

27. Bautzen-Forum

26.–27. Mai 2016

Macht und Gewalt

Zum Herrschaftssystem
der SBZ/DDR

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

In Zusammenarbeit mit
Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



ISBN 978-3-95861-607-3

27. Bautzen-Forum

**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG

Landesbüro
Sachsen



Macht und Gewalt

Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR

27. Bautzen-Forum
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen

26. und 27. Mai 2016

DOKUMENTATION

Gefördert aus Mitteln der Erich-Brost-Schenkung in der
Friedrich-Ebert-Stiftung

27. BAUTZEN-FORUM 26. UND 27. MAI 2016

EINLEITUNG Matthias Eisel	6
GRUSSWORTE	
Alexander Latotzky	9
Hanka Kliese	11
Alexander Ahrens	15
GESPRÄCH Wie weiter mit den Stasi-Akten? Roland Jahn Moderation: Stefan Nölke	19
PODIUMSDISKUSSION Die SED als zentrales Staatsorgan. Machtausübung in über 40 Jahren SBZ/DDR Prof. Dr. Rainer Eckert, Wolfgang Templin, Dr. Stefan Wolle Moderation: Eileen Mägel	39
PODIUMSDISKUSSION Umgang mit Unangepassten in der DDR Heinz Greifenhain, Christian Kunert, Wolfgang Löttsch, Uwe Schwabe Moderation: Silke Klewin	71
VORTRAG Kindheit hinter Stacheldraht. Geboren in den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR Alexander Latotzky	98

ERLEBNISBERICHTE Gewalterfahrung in den Jugendwerkhöfen der DDR Corinna Thalheim, Alexander Müller Gesprächsleitung: Manuela Rummel	114
PODIUMSDISKUSSION Die DDR in den Köpfen und die Erwartungen an Demokratie heute Susann Rüttrich, Dr. Anna Kaminsky, Prof. Dr. Heinrich Best, Dr. Michael Parak Moderation: Michael Naumann	137
Referent_innen des 27. Bautzen-Forums	164
Bautzen-Foren im Überblick	166
Impressum	170

EINLEITUNG

Matthias Eisel

Die heute wunderbar restaurierte ostsächsische Stadt Bautzen mit ihrem mittelalterlichen Stadtkern steht für viele Menschen in Deutschland noch immer synonymisch für politische Verfolgung und Repression in der DDR und der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), für leidvolle Hafterfahrungen und Verfolgung im Namen der SED. Inzwischen hat die Stadt leider auch durch rechtsextreme Ausschreitungen und durch Brandstiftung in einer vorbereiteten Asylunterkunft deutschlandweit von sich reden gemacht. Bei den Landtagswahlen im August 2014 erzielten NPD und AFD in Bautzen ihre besten Ergebnisse im Freistaat Sachsen.

In Bautzen wurden in über 40 Jahren SBZ und DDR Tausende Menschen wegen ihrer politischen Gegnerschaft zum SED-Regime inhaftiert, drangsaliert oder sie starben an Auszehrung und schlimmsten Haftbedingungen. Die Gedenkstätte Bautzen am historischen Ort, dem ehemaligen Zuchthaus Bautzen II, erinnert mit einer beeindruckenden Ausstellung daran. Beeindruckend ist auch, wie die Stadt Bautzen und ihre neuen politischen Kräfte seit 1990 dieses schwere Erbe angenommen und ihren Beitrag zur Aufarbeitung geleistet haben. Deshalb war es auch für den 2015 neu gewählten Bautzener Oberbürgermeister Alexander Ahrens selbstverständlich, das nunmehr 27. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur am 26. Mai 2016 zu eröffnen und die aus ganz Deutschland angereisten Forumsgäste in seiner Stadt willkommen zu heißen.

„Macht und Gewalt. Zum Herrschaftssystem der SBZ/DDR“ war das Forum überschrieben. Dabei wurde erörtert, wie offene, repressive und subtile Gewaltanwendung zur Sicherung des Machtanspruchs der SED im Großen wie im Kleinen in der DDR funktionierte. Wie ein mehrheitlich ungeliebtes Partei- und Staatswesen 40 Jahre lang im Zentrum Europas seine Macht sichern konnte. Wie die DDR-Staatssicherheit die ihr zugewiesene Rolle mit aller Härte und Perversion ausfüllte, nicht aus sich heraus, sondern im Auftrag der SED, als deren „Schild und Schwert“ sie sich verstand und so auch agierte.

Nach zwölf Jahren Nationalsozialismus, dem Holocaust und einem verheerenden, von Deutschland angezettelten Weltkrieg gehörte der deutsche Osten im Ergebnis der Viermächtevereinbarungen ab 1945 zum Einflussgebiet der Sowjetunion. Zur Nachkriegsordnung in der Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR ge-



hörten feste Kommandostrukturen im engen Rahmen der kommunistischen oder stalinistischen Ideologie auf allen Ebenen nach sowjetischem Vorbild. Dies gehörte gewissermaßen zur Staatsdoktrin in der DDR. Die von der SED beschworene Freundschaft der DDR-Bevölkerung zur Sowjetunion blieb dabei eine leere Phrase, weil sie staatlich verordnet war und abstrakt blieb. Und weil die Menschen gar nicht so ohne Weiteres miteinander in Kontakt kamen, wie das die Einheitspartei und DDR-Medien glauben machen wollten.

Nach Stalins Tod 1953 und einer kurzen Tauwetterperiode hatte sich an der doktrinen Gangart in der Sowjetunion und der DDR so viel nicht geändert. Auch nicht für die zu Tausenden politisch Verfolgten und Inhaftierten. Im Gegenteil. Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 wurde mit sowjetischer Militärgewalt blutig beendet und damit zerschlug sich für Jahre die Hoffnung auf demokratische Verhältnisse. Die sozialistischen Produktionsverhältnisse konnten mit der aufstrebenden Wirtschaft in Westdeutschland ohnehin nie mithalten. Das führte durchgehend zu Unzufriedenheit und Minderwertigkeitskomplexen, die die SED auch propagandistisch mit ihrer Geschichte vom besseren Deutschland nicht zu übertünchen vermochte.

Als Walter Ulbricht 1945 mit anderen Kommunisten nach der großen Kriegskatastrophe aus dem Moskauer Exil zum Wiederaufbau in Deutschland abgesetzt wurde, äußerte er intern den programmatischen Satz: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Der 2014 verstorbene Wolfgang Leonhard, der 1945 zu den in Moskau Ausgewählten der sogenannten Gruppe Ulb-

richt zählte und später einen anderen Weg nahm, hat dieses Ulbricht-Zitat überliefert und darüber auch bei einem unserer Bautzen-Foren gesprochen.

„Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“ Im Kern gehörte das zum Selbstverständnis der SED in 40 Jahren DDR. Nach innen war ein solcher Anschein kaum zu vermitteln. Bei der Außenwirkung sollten Spitzensport und Hochkultur das realsozialistische Diktaturimage mit Mauer und Stacheldraht aufbessern helfen. Dazu gehörte auch die Legende vom Platz unter den zehn führenden Industrienationen in der Welt, die sich allerdings für viele so richtig erst 1989/90 mit dem Ende der DDR als ziemlicher Unsinn erwies.

Mit dieser Dokumentation legen wir Ihnen die spannenden Rede- und Diskussionsbeiträge des 27. Bautzen-Forums zum Nachlesen vor. Dabei möchte ich mich im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung bei allen Beteiligten für ihr Mitwirken noch einmal sehr herzlich bedanken.



GRUSSWORT

Alexander Latotzky

Sehr geehrte Frau Kliese, sehr geehrter Herr Jahn, sehr geehrter Herr Ahrens, liebe Kamerad_innen, liebe Anwesende,
das 27. Bautzen-Forum in 26 Jahren trägt diesmal den Titel „Macht und Gewalt“. Ich denke, wir werden heute und morgen einige sehr interessante Beiträge dazu zu hören bekommen. Ich freue mich besonders, dass in diesem Jahr extrem viele Schüler anwesend sind, um sich mit diesem Thema zu beschäftigen. Ich möchte stellvertretend für alle diese Schüler und Lehrer Frau Helga Unger von der Schule in Breitenbrunn hier begrüßen, die sich seit vielen Jahren mit ihren Schülern speziell mit dem Thema Frauen von Hoheneck und dem Thema der Kinder beschäftigt.

Herzlich willkommen hier. Ich freue mich auch, dass in diesem Jahr wieder ein Vertreter der älteren Generation auf dem Podium ist, ein Vertreter, der stellvertretend für die durch sowjetische Militärtribunale verurteilten Häftlinge hier ist. Herzlich willkommen, Herr Greifenhain, wir haben uns noch nicht kennengelernt, aber ich freue mich auf Sie.

Ich denke mir, dass gerade die Themen morgen für die Jugendlichen besonders interessant sein werden, wenn wir darüber sprechen, wie eine Diktatur mit ihren schwächsten Teilnehmern, den Kindern und Jugendlichen, umgeht. Aber auch die anderen Themen werden sicher von großem Interesse sein. Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltet das Bautzen-Forum nun schon seit 26 Jahren, im ersten Jahr gab es zwei Foren. Ich denke, es ist eine der Veranstaltungen, auf die die Friedrich-Ebert-Stiftung ganz besonders stolz sein kann und deswegen auch ganz besonders stolz auf ihre Leipziger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die das Forum schon seit so vielen Jahren organisieren.

Für uns ist es eine der wichtigsten Veranstaltungen im Jahr, die zum Thema Haft und Unterdrückung stattfinden. Deshalb noch einmal an die Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig meinen ganz herzlichen Dank dafür. Ich hoffe, dass wir noch viele von diesen Foren haben werden.

Ihnen allen wünsche ich viele neue Erkenntnisse, und ich würde mich freuen, wenn ich Sie alle wieder im nächsten Jahr und den Jahren danach wieder hier begrüßen kann. Herzlichen Dank dafür!



GRUSSWORT

Hanka Kliese

Liebe Gastgeber der Friedrich-Ebert-Stiftung, sehr verehrte Kameradinnen und Kameraden der Opferverbände, lieber Roland Jahn, liebe Gäste!

„Das Vergangene ist nicht tot, es ist nicht einmal vergangen.“ Sehr treffend empfinde ich diesen Satz von William Faulkner für unser gemeinsames Thema, die Aufarbeitung des Unrechts in der SBZ und DDR. Nicht vergangen ist das Vergangene für die Mutter, die bis heute nach ihrem Kind suchen muss, das in der DDR zur Adoption freigegeben wurde, als sie aus politischen Gründen inhaftiert war. Es ist nicht vergangen für die einstige Leistungssportlerin, die heute berufsunfähig ist, da die Medikamente zur Leistungssteigerung ihren Körper nachhaltig zerstört haben. Es ist nicht vergangen für den einstigen Republikflüchtling, der heute noch unter Schlafstörungen leidet, infolge der Traumatisierung durch seine Haftzeit. Das Ver-

gangene ist längst nicht vergangen für die Tochter und die Witwe von Matthias Domaschk, die bis heute nach seinen Todesumständen forschen. Diese Aufzählung ließe sich leider weit fortsetzen und viele von Ihnen könnten selbst ein Beispiel darin sein.

Trotz der sehr gegenwärtigen Wirkung des Vergangenen sehen viele immer wieder gerade die Bedeutung der Aufarbeitung infrage gestellt. Durch politische Entscheidungen oder mangelndes Interesse seitens der Entscheidungsträger. Auch mir fällt es schwer, manche Dinge wie etwa den aktuellen Kommissionsbericht nachzuvollziehen; auch ich bedauere, dass meinen Kollegen, gerade wenn sie aus den alten Bundesländern stammen, das Thema etwa so fern ist wie das Hochmittelalter. Doch es gibt auch viele ermutigende Erfahrungen und gerade diese möchte ich Ihnen heute überbringen.

Es ist diese beeindruckende Stille, die man in einer aufgeweckten Schulklasse erleben kann, wenn ein Zeitzeuge seine Verhaftung schildert. Es sind die Tausenden Besucherinnen und Besucher in unseren Gedenkstätten, die geduldig anstehen und darauf bestehen, von Zeitzeugen geführt zu werden, statt einfach nur ein Gefängnis anzusehen. Es sind die gut besuchten Veranstaltungen der Außenstellen der BStU und die Fragen der Jugendlichen, die uns zeigen: Es gibt ein ganz ehrliches, authentisches Interesse an dieser Vergangenheit unseres Landes. Auch Aufarbeitung verändert sich, denn sie wird nicht mehr nur von Zeitzeugen gemacht: zum Beispiel im Verein Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Dort besteht der jüngst gewählte Vorstand aus Menschen zwischen Ende 20 und 60 Jahren, vier der Vorstandsmitglieder kennen die DDR nicht aus eigenem Erleben. Nun fragen Sie sich vielleicht: Ist das eine gute Idee? Ich glaube schon. Denn es ist die einzige Möglichkeit, das Thema weiterzutragen. Und ich finde es erfreulich, wenn ein junger Mann, Jahrgang 1986, sagt: „Ich habe Lust, mich für eine Gedenkstätte zu engagieren.“ Lassen Sie uns das als Chance begreifen, wie wir gemeinsam das Vergangene weitertragen und eine Mahnung für die Kommenden sein lassen können.

„Das Volk, welches seine Vergangenheit von sich wirft, entblößt seine feinsten Lebensnerven allen Stürmen der wetterwendischen Zukunft.“ So schrieb es einst der katholische Publizist Joseph Görres. Wir leben nun tatsächlich in wetterwendischen Zeiten, in denen die Demokratie, um die wir hier so hart gekämpft haben, nur noch wenig Vertrauen erfährt. Vielleicht auch, weil sie nicht in jeder Hinsicht so geworden ist, wie die Menschen sie sich gewünscht haben. Auch deshalb ist es immer wieder wichtig, darauf zu verweisen, welche deutlichen Unterschiede es bei aller Unzufriedenheit mit der heutigen Demokratie dennoch zur SED-Diktatur gibt: Wer meint, es gebe heute eine Gesinnungsdiktatur und eine eingeschränkte Meinungs-

freiheit, dem muss vergegenwärtigt werden, wie hart die freie Meinungsäußerung in der DDR zuweilen geahndet wurde. Ich denke da an Wolfgang Löttsch, der für seinen Satz „Alles Scheiße hier in diesem Land“ zehn Monate ins Gefängnis kam. Wer heute auf die Presse schimpft, sollte sich bei aller berechtigten Kritik an schlechten Recherchen doch auch darüber freuen können, dass in unserem Land Journalisten ihre guten wie ihre schlechten Artikel schreiben können, wie es ihnen gefällt. Dass es ihnen so frei möglich ist, darin liegt die Errungenschaft, nicht darin, dass sie seriös sein müssen.

Die Errungenschaften unserer Demokratie dürfen uns aber auch nicht selbstgerecht werden lassen. Und es ist wichtig, dass wir wachsam sind in der Art, wie wir auf drohende Einschränkungen reagieren – etwa bei der Vorratsdatenspeicherung. Hier gibt uns unsere Vergangenheit eine besondere Sensibilität. Und diese können wir nur verspüren, wenn wir die Vergangenheit gut kennen. Darin liegt unsere gemeinsame Aufgabe.

Als Abgeordnete des Sächsischen Landtages möchte ich Ihnen natürlich auch kurz berichten, was eigentlich der Landtag dafür tut, die Erinnerung an die SED-Diktatur wach zu halten. Zunächst haben wir für den laufenden Haushalt die Mittel für die Stiftung Sächsische Gedenkstätten erhöht, denn wir wissen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort viel leisten und eine bessere Ausstattung oft notwendig wäre. Auch für den kommenden Haushalt werden wir wieder eine Erhöhung beantragen. Außerdem haben wir gemeinsam mit CDU und Grünen ein Gesetz eingebracht, das die Aufgaben des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen beschreibt; das geltende Gesetz dazu war schon recht betagt. Es kommt sehr selten vor, dass im Landtag ein Gesetz mit einer Oppositionsfraktion eingebracht wird, doch hier wollten wir signalisieren: Das Thema geht alle Parteien etwas an, und die, die sich damit befassen wollen, sind herzlich eingeladen, sich einzubringen. Die Grünen haben das getan und hatten schon in der vorherigen Legislatur Vorarbeit geleistet. Ich möchte Sie jetzt nicht mit Gesetzestexten langweilen, sondern vielmehr kurz erklären, was neu ist: Der Zeitraum umfasst nun nicht mehr nur die SED-Diktatur, sondern auch die SBZ. Das ist für manche von Ihnen ein wichtiger Unterschied und wir wollen dieses Leid nicht vergessen. Außerdem ist der Fokus weggerückt von der alleinigen Sicht auf Staatssicherheit. Es geht mehr um das alltägliche Funktionieren einer Diktatur, einen Ansatz, den ja auch Roland Jahn verfolgt. Zudem haben wir einen Schwerpunkt auf das Thema politische Bildung gelegt. Politische Bildung und Aufarbeitung sind zwei Seiten einer Medaille und beide sehr notwendig. Wir freuen uns, dass wir bisher auf den Gesetzentwurf positive Rückmeldungen aus den Verbänden bekommen haben.

Nun will ich den vielen interessanten Rednern, die nach mir folgen, genügend Raum geben. Ich freue mich sehr auf eine interessante Tagung und über das Wiedersehen mit Ihnen. Denn das Bautzen-Forum ist auch für mich inzwischen zu einer wohltuenden Tradition geworden und ich freue mich, dass Sie mich stets in Ihrer Mitte so freundlich aufnehmen, obgleich ich „nur“ zur Generation der Nachvollziehenden gehöre.



GRUSSWORT

Alexander Ahrens

Liebe Anwesende,
auch von mir ein herzliches Willkommen zum 27. Bautzen-Forum. Insbesondere die Bautzener_innen unter Ihnen werden wissen, dass ich selber nicht aus Bautzen stamme. Ich bin eine West-Berliner Pflanze. Deswegen musste ich auch ein bisschen schmunzeln, als ich den Titel der Veranstaltung las. Den Begriff „SBZ“ habe ich in meiner Jugend im Kreis meiner Mitschüler noch benutzt, wenn es um das Thema DDR ging. Wir waren aber keine „Kommunistenfresser“, sondern haben uns damals um ein eigenes Bild von der DDR bemüht. Ich kann mit Glück sagen, dass ich vor allem durch meine Mutter das Privileg hatte, die DDR sehr gut zu kennen. Das war keine Selbstverständlichkeit, auch für meine Mitschüler nicht. Wir fuhren sehr oft

in die DDR, wir kannten die meisten Städte der DDR. Unsere Mutter sagte nämlich, schon als wir noch ganz klein waren: „Das müsst ihr alles kennen, das ist eure Heimat.“ Sie hatte einen etwas größeren Blick auf das Ganze. Diesen Blick habe ich verinnerlicht und immer sehr geschätzt. Die Probleme dabei waren mir immer durchaus bewusst und ich sage ganz offen: Ich bin froh, dass ich nicht in der DDR leben musste, sondern in West-Berlin leben durfte. Dabei hat sich mein Elternhaus stets bemüht klarzumachen, dass da einiges schief läuft, manches sogar sehr schief, aber dass man dort zumindest am Anfang wenigstens mal die Idee hatte, ein bisschen etwas anderes auszuprobieren. Allerdings haben meine Eltern trotz dieser Grundeinstellung immer den Finger in die offene Wunde gelegt und mich darauf hingewiesen, was in der DDR schief läuft und in welchem Ausmaß.

Mein Vater, das wusste ich früher nicht, fuhr regelmäßig in die DDR, um verbotene Bücher rüberzuschmuggeln. Er war in West-Berlin Mitglied der katholischen Studentengemeinde, das war bis über die 1960er-Jahre hinaus eine gemeinsame Gruppierung von Studenten ganz Berlins. Sie war durch die Mauer zunächst nicht getrennt worden. Er hat für einen jungen Kommilitonen aus dem Ostteil der Stadt, einen gewissen Herrn Thierse, verbotene Bücher in die DDR gebracht. Es gibt eine ziemlich dicke Stasi-Akte darüber, die haben jeden seiner Schritte verfolgt. Denen war klar, dass da etwas läuft, das nicht legal ist, sind aber nicht darauf gekommen, was es ist. Sie haben die Bücher immer nur durchgeblättert, um nachzusehen, ob da irgendetwas einliegt, merkten aber nicht, dass die Bücher in falsche Einbände eingeklebt waren. Das hat jahrelang gut funktioniert, hätte allerdings auch mit einem kleinen Aufenthalt in Bautzen enden können. Das hat meinen Vater aber offenbar nicht ausreichend genug beeindruckt, um es sein zu lassen.

Ich selber habe vier Kinder, meine älteste Tochter ist 16 Jahre alt. Vor zwei Jahren hat sie uns daran erinnert, dass gerade das Weitergeben des Wissens und die Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der Thematik die zentrale Aufgabe schlechthin ist. Das wurde uns aus einem ganz alltäglichen Umstand deutlich. Meine Frau stammt hier aus der Gegend, aus Meschwitz, einem Teil der Gemeinde Hochkirch, dort lebten zu DDR-Zeiten rund 200 Einwohner. Einmal erzählte sie so nebenbei beim Essen: „In Meschwitz hatten wir damals nur ein Telefon.“ Daraufhin unsere 14-jährige Tochter: „Was, ihr hattet nur Festnetz?“ Da wurde uns klar, dass sie einen etwas anderen Blick hat, und wir sagten: „Nein, es war nur ein Telefon im gesamten Dorf!“ Da guckte sie sehr böse und war beleidigt. Sie meinte, es sei schon dreist, dass wir sie für so dämlich halten, ihr so einen Unsinn zu erzählen. Es kostete uns dann etwas Überzeugungsarbeit, um ihr klarzumachen, dass das tatsächlich ein relativ gängiges Problem war, besonders auf dem Land, und es nicht viele Telefone gab. Das

hat uns deutlich gemacht, dass sie nicht einmal ansatzweise eine Vorstellung davon hat, wie das Leben in der DDR lief und was das bedeutete. Das hat uns natürlich auch darüber nachdenken lassen, wie wir diese Geschichten und Botschaften transportieren müssen. Vor diesem Hintergrund freue ich mich, dass heute so viele Schüler_innen hier sind und sich dieses Themas annehmen und das für eure Generation sicherlich noch ein bisschen sperriger ist als für die, die das Forum schon einmal mitgemacht haben. Ich halte es für extrem wichtig, an dieser Stelle ausdrücklich meinen Dank an euch und eure Lehrerin: Ich habe Frau Gerhardt vorhin hier herumhüpfen sehen. Ich sage ganz bewusst „herumhüpfen“, weil sie nämlich sehr engagiert ist und sich an vielen Stellen in der Stadt einbringt. An dieser Stelle ganz herzlichen Dank für das Engagement und die Teilnahme von euch.

Das nächste Thema ist die Stadt Bautzen, für die ich heute hier stehe. Ich freue mich, dass das Forum hier stattfindet. Ich kann Ihnen vielleicht berichten – ich bin im vergangenen Sommer ins Amt gekommen und habe natürlich viele gute Ratschläge bekommen, was ich alles so tun sollte. Da erreichte mich auch mal ein Brief, in dem stand, wenn es Veranstaltungen gebe, die mit diesem Stasi-Knast zu tun hätten, brauchte ich nicht hinzugehen, denn schließlich sei das nie eine städtische Einrichtung gewesen. Bemerkenswerter Hinweis. Ich habe es mir verkniffen, mich für diesen Hinweis zu bedanken oder sonst auf ihn einzugehen. Und kann an dieser Stelle nur sagen, dass ich wirklich stolz darauf bin, in welcher engagierten Form und mit welcher tollen Arbeit die Gedenkstätte hier in Bautzen präsentiert wird. Ich sehe da hinten Frau Klewin stehen. (Applaus) Ihr Applaus für sie und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommt völlig zurecht, denn die Arbeit, die da geleistet wird, ist wirklich großartig. In Ergänzung zu diesem Brief bekomme ich auch immer wieder Tipps nach dem Motto: Bautzen könnte mehr Touristen vertragen. Es gibt nicht wenige, die dann zu dem Thema sagen: „Wir sollten ein paar Dinge unter den Teppich kehren. Wir sollten die Gedenkstätte nicht so rausstellen. Die Hinweistafel an der Autobahn ist ja furchtbar, wie kann man denn so das Nest beschmutzen.“ Dazu kann ich nur sagen, es mag eine Nestbeschmutzung sein, mit der wir es da zu tun haben, aber die ist sicherlich nicht von der Stadt initiiert worden. Der Stasi-Knast ist Teil unserer Geschichte. Es gibt keinen Grund, das Thema auch nur ansatzweise zu verstecken, ganz im Gegenteil. Je besser und je intensiver wir es aufarbeiten, desto eher gereicht uns das als Stadt zur Ehre. Das muss eigentlich jedem bewusst sein. Hier im Saal brauche ich das niemandem zu erklären, aber draußen erkläre ich es jedem, der mich auf das Thema anspricht, das ist wichtig. Mit mir wird es das unter gar keinen Umständen geben, dass wir das Thema auch nur ansatzweise oder dieses Gebäude oder die Geschichte der Stadt in diesem Zu-

sammenhang unter den Teppich kehren. Das wird es definitiv nicht geben. (Applaus)

Am vergangenen 3. Oktober hatten wir eine Delegation aus Worms hier zu Besuch, da war eine junge Tanzgruppe dabei. Wir hatten für die gesamte Delegation am Sonnabend um zehn Uhr eine Stadtführung organisiert und dort sprachen uns diese jungen Leute an: „Heute Nachmittag 15 Uhr ist der Besuch der Gedenkstätte geplant, aber da haben wir unseren Auftritt als Tanzgruppe hier auf der Bühne. Können wir uns die Gedenkstätte zu einer anderen Zeit ansehen, denn sie interessiert uns hier in der Stadt am meisten.“ Mein Pressereferent versuchte daraufhin noch schnell eine zweite Führung zu organisieren, was natürlich in der Kürze der Zeit nicht machbar war. So sagte ich: „Gut, dann führe ich euch eben im Rahmen des Möglichen selber durch die Gedenkstätte.“ Das war für mich wirklich eine großartige Erfahrung, und es ist auch eine von diesen Mut machenden Beispielen. Was diese jungen Gymnasiasten aus Worms an Fragen insgesamt zu der Thematik hatten, das war so differenziert und gesellschaftspolitisch immer an den richtigen Stellen, eben überhaupt nicht schwarz-weiß malend, sondern kritisch hinterfragend, sodass mir das einen Riesenspaß gemacht hat. Es war sehr kurzweilig, wir waren fast drei Stunden in der Gedenkstätte. Das hat mir Hoffnung gemacht, dass es uns gelingen wird, jedenfalls den Interessierten dieser Generation dieses Thema auch weiterhin näher zu bringen. Das ist Aufgabe dieses Forums, es ist aber auch Aufgabe der Stadt. Und dieser Aufgabe werden wir uns in Zukunft stellen.

Ich bedaure, dass ich heute keine weitere Zeit habe, um hier teilzunehmen, denn Geschichte in jeder Form, auch die jüngere deutsche Geschichte, ist für mich ein hochspannendes Thema, darüber kann man gar nicht genug wissen. Man lernt auch immer wieder Neues, besonders wenn man viel mit den Zeitzeugen redet. Das ist das, was ich heute am schmerzlichsten empfinde, dass ich heute dazu keine Gelegenheit haben werde. Ich bin sicher, dass auch das 27. Bautzen-Forum wieder zu neuen Erkenntnissen führen und zu einem Weitertragen der Gesamtproblematik beitragen wird. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gutes Gelingen, viel Erfolg und nicht zuletzt trotz des Themas auch viel Spaß in diesen zwei Tagen. Vielen Dank!



GESPRÄCH

Wie weiter mit den Stasi-Akten? Perspektiven zur Diskussion um die Vorschläge der Bundestags-Expertenkommission

Roland Jahn

Moderation: Stefan Nölke

Matthias Eisel: Ganz kurz in Stichworten: Roland Jahn, Journalist und Bürgerrechtler, wurde 1983 aus der DDR zwangsausgebürgert. Seit 2011 ist er Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen, gegenwärtig von der Bundesregierung einstimmig für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen (Anm. der Red.: am 9. 6. 2016 vom

Bundestag für eine zweite Amtszeit von fünf Jahren wiedergewählt). Die Wahl im Deutschen Bundestag soll im Zusammenhang mit der Beratung über die Ergebnisse einer Expertenkommission zur Zukunft der Behörde erfolgen. Roland Jahn, schön dass Sie da sind. Ebenso herzlich willkommen Moderator Stefan Nölke, Redaktionsleiter beim Radiosender MDR Kultur, den ja viele schon vom Bautzen-Forum kennen.

Stefan Nölke: Herzlich willkommen, meine Damen und Herren, hier in Bautzen beim Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung und bei MDR Kultur zu einer hoffentlich spannenden Gesprächsrunde mit Roland Jahn!

Wie geht's weiter mit den Stasi-Unterlagen? Was wird aus der Behörde? Und was aus ihrem Chef? Das wird derzeit heiß diskutiert, nachdem die sogenannte Böhmer-Kommission dem Bundestag am 12. April ihre Empfehlungen dazu vorgelegt hat. Und die lauten wie folgt: Die Stasi-Akten sollen bis Herbst 2021 in das Bundesarchiv überführt werden. Deren Sonderstatus und auch deren Lagerung in ost-deutschen Archiven würden allerdings erhalten bleiben. Und aus Roland Jahn bzw. aus dem Leiter der Behörde soll ein Bundesbeauftragter für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur werden. Gedacht auch als eine Art Ombudsmann, der die Interessen der SED-Opfer auf Bundesebene künftig vertritt. Außerdem besagt der Plan, dass die Stasi-Gedenkstätte in der Berliner Normannenstraße in eine Stiftung „Diktatur und Widerstand – ein Forum für Demokratie“ umgewandelt wird. Inwieweit macht das alles Sinn? Oder eben auch nicht? Die Meinungen gehen stark auseinander unter Bürgerrechtlern, Opferverbänden, Gedenkstättenleitern, Historikern und Parteien. Wobei die Position von Roland Jahn selbst einigermaßen klar ist: Er befürwortet eine Reform oder zumindest weite Teile. Warum und weshalb? Das soll er uns in der nächsten Stunde erklären. Herzlich willkommen, Roland Jahn, hier beim Bautzen-Forum!

Roland Jahn, es gab am 27. April eine Anhörung im Kulturausschuss des Bundestages zu der Frage, wie es mit der Stasi-Unterlagen-Behörde weitergeht. Da hagelte es heftige Kritik an den Empfehlungen der Expertenkommission. Hat es Sie überrascht, dass die Wogen derart hoch gehen?

Roland Jahn: Es hat mich nicht überrascht. Wir, und damit meine ich auch viele hier im Saal, haben ja eine Revolution gemacht, damit wir frei diskutieren können, damit eine kontroverse Diskussion den besten Weg findet. Ich glaube, diese Diskussion ist viel zu spät gekommen. Mir wäre es wichtig gewesen, dass schon während der Arbeit der Expertenkommission offene Foren stattgefunden hätten, auf denen Opferverbände, gesellschaftliche Initiativen, aber auch staatliche Institutionen gehört werden. So ist das jetzt nach dem Ende der Kommission anhand des Vorschlags

geschehen. Aber wichtig ist, dass diese Diskussion geführt wird, denn es geht um etwas Bedeutendes: Diese Akten sind nicht irgendwelche Akten, sondern dahinter stecken menschliche Schicksale. Das ist immer wieder wichtig zu betonen, wenn wir über die Zukunft der Stasi-Akten reden.

Stefan Nölke: Nun ist Kritik das eine, das andere ist die völlige Ablehnung des Ganzen. Inwieweit waren Sie eingebunden in die Arbeit der Expertenkommission und inwieweit identifizieren Sie sich mit den Ergebnissen?

Roland Jahn: Ich bin gleich in der ersten Sitzung der Expertenkommission angehört worden und empfand das als gutes Signal. Die Kommission hat für diese Sitzung in der ehemaligen Zentrale der Staatssicherheit in Berlin-Lichtenberg getagt, sie hat sich auch ein ganz besonderes Datum ausgewählt, nämlich den 15. Januar. Wir müssen uns immer wieder klar machen, der 15. Januar steht auch dafür, dass erstmalig in der Welt die Akten einer Geheimpolizei durch Bürger gesichert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden. Was in den Bezirkshauptstädten der DDR schon ab Dezember 1989 geschah, nämlich die Besetzung der Stasi-Dienststellen, hat im Januar 1990 seinen Höhepunkt mit der Besetzung der Stasi-Zentrale gefunden und damit auch der Sicherung des Zentralarchivs. Bis dahin hatte die Stasi viele Akten vernichtet, um Dokumente des Unrechts beiseite zu räumen. Es war wichtig, dem ganzen Treiben ein Ende zu bereiten. Mit der Besetzung wurde der Weg dafür geebnet, dass wir heute die Stasi-Akten nutzen können. In diesem Sinne ist der Zugang zu den Stasi-Akten ein Symbol der Friedlichen Revolution. Das gilt es immer hochzuhalten. Und deshalb müssen wir sorgsam damit umgehen, wenn wir Pläne für die Zukunft machen.

Sie fragten nach meiner Identifikation mit den Ergebnissen: Die Kommission hat anderthalb Jahre getagt, hat versucht, einen Rundumblick zu bekommen. Ich bin der Lage, zu den Teilen etwas zu sagen, die ich aus Sicht des Bundesbeauftragten und der Behörde gut finde. Ich finde es gut, dass der Vorschlag beinhaltet, dass es eine dauerhafte Sicherung der Stasi-Unterlagen geben soll, es ist der erste Vorschlag, bei dem nicht mehr von einer Behörde im Wartestand geredet wird, von einer Behörde auf Abruf, sondern hier wird klar und deutlich benannt, dass diese Akten für die Aufarbeitung der SED-Diktatur unverzichtbar sind und dass sie als Teil des Gedächtnisses der Nation dauerhaft aufbewahrt werden und zugänglich sein sollen.

Stefan Nölke: Warum ist dieses dauerhafte Aufbewahren nicht möglich unter dem Dach der eigenen Behörde?

Roland Jahn: Die Kommission hat einen Vorschlag vorgelegt. Die Diskussion von Alternativen hat sie nicht vorgelegt. In dem Sinne kann ich nur sagen, ich nehme erst mal dieses Angebot und stelle fest, hier wird klar erklärt: Diese Akten sind un-



verzichtbar und wir wollen sie weiter nutzen. Welchen Weg man dann geht und wie das organisatorisch geschieht, das hat die Kommission weiter ausgeführt, da muss man in die Details gehen. Aber erst einmal sage ich, das Wichtigste ist dauerhafte Sicherung. Das Zweitwichtigste ist, nicht nur die Akten physisch zu sichern, sondern auch den Zugang weiter so abzusichern, wie er sich in den vergangenen 25 Jahren mit dem Stasi-Unterlagen-Gesetz bewährt hat, also dass Betroffene Akteneinsicht nehmen, damit ein Stück ihres gestohlenen Lebens zurückbekommen und ihre Selbstbestimmung wiedererlangen können. Es wird auch weiter abgesichert sein, dass Forschung und Medien diese Akten nutzen können, um über das Herrschaftssystem in der DDR und besonders über das Wirken der Staatssicherheit aufzuklären. Es wird weiter möglich sein, anhand dieser Akten zu überprüfen, wer früher für die Stasi gearbeitet hat, damit keiner mit Stasi-Vergangenheit unerkannt eine wichtige öffentliche Stelle bekleidet oder eine Auszeichnung bekommt. Dass es all diese Möglichkeiten weiter geben soll, ist zu begrüßen. In der Klärung organisatorischer Fragen ist sicher noch Diskussionsbedarf. So gilt es genau zu be-

trachten und auch dem Praxistest zu unterwerfen, inwieweit die Überführung des Stasi-Unterlagen-Archivs unter das Dach des Bundesarchivs sinnvoll ist.

Stefan Nölke: Von Seiten der Opferverbände oder von Gedenkstättenleitern kam immer wieder die Frage, ob es denn nicht besser wäre, die Stasi-Unterlagen-Behörde zwar zu reformieren, aber als eigene Institution zu belassen, anstatt den ganzen Komplex ins Bundesarchiv zu überführen. Verbunden war das mit der Frage, ob diese Kommission überhaupt ergebnisoffen an ihre Arbeit herangegangen ist oder von vornherein den Plan hatte, die Akten ins Bundesarchiv zu überführen.

Roland Jahn: Ich bin nicht Mitglied der Kommission und will diese Vorschläge auch nicht eins zu eins verteidigen. Aber ich muss ihr zugestehen, dass sie weitgehend ergebnisoffen herangegangen ist, so hab ich sie jedenfalls erlebt. In meinen Befragungen sollte ich auch Reformbedarf benennen. Das habe ich getan, denn wir haben die Aufarbeitung gefährdende Zustände.

Stefan Nölke: Was meinen Sie damit konkret?

Roland Jahn: Keine einzige unserer Außenstellen hat eine archivgerechte Lagerung der Akten. Wir müssen dringend investieren. Hier müssen Millionen ausgegeben werden, damit uns die Akten nicht zerfallen, sondern langfristig lesbar sind, damit die nächsten Generationen auch in 50 oder 100 Jahren diese Akten nutzen können. Deswegen brauchen wir eine langfristige Planungssicherheit. Und zweitens brauchen wir die digitale Brücke in ein neues Zeitalter. Wir wollen die Akten nicht nur in herkömmlichem Sinne, sondern auch dem digitalen Zeitalter entsprechend herausgeben. Journalisten und Forscher wollen wir schnell bedienen, sie sollen die Dokumente per Email bekommen können. Diesen Herausforderungen müssen wir uns jetzt stellen. Zukunft plant man nicht, indem man einen Schalter umlegt und sagt, jetzt geht es los, sondern Zukunftsplanung ist langfristig. Deshalb müssen jetzt die Weichen für eine Digitalisierungsoffensive gestellt werden. Dafür müssen wir die Voraussetzungen auch in der Personalentwicklung schaffen. Wir brauchen langfristig gut ausgebildete Archivare, die sich langsam in die Thematik hineinarbeiten. Wir brauchen bessere Abläufe gerade in der Nutzung zur persönlichen Akteneinsicht. Bei all diesen Dingen plädiere ich dafür, das Potenzial des gesamten Bundes zu nutzen, nach vorn zu schauen und einen Weg für Verbesserungen zu finden.

Stefan Nölke: Bleiben wir mal bei den Kosten. Wie hoch schätzen Sie das Investitionsvolumen ein, das zur Sicherung der Papierbestände und zur Digitalisierung notwendig wäre?

Roland Jahn: Ich kann keine Summe nennen, ich habe zunächst den Reformbedarf benannt. Mir geht es darum, dass wir von der Politik grünes Licht bekommen, um diese Berechnung anstellen zu können. Wir müssen wissen, wie die Strukturen in

Zukunft sein werden, wie es mit den Außenstellen weitergeht. Die Kommission hat vorgeschlagen hat, dass auch in den östlichen Ländern Außenstellen bleiben sollen. Das ist ein wichtiges Signal, auch dafür, dass diese Akten zwar ein Mahnmal der Diktatur, aber auch der Revolution sind, die in der gesamten DDR stattfand. Aber wie viele Außenstellen man sich leisten kann, ob man in den jetzigen Außenstellen die Akten weiter lagern kann oder es angebracht ist, langfristig in Archivbauten zu investieren und Standorte zusammenzulegen – das sind die Fragen, die wir angehen müssen. Aber wir können sie nur angehen, wenn wir wissen, wie die Zukunft strukturell aussieht.

Stefan Nölke: Sie haben es angesprochen, die Wartezeiten der Bearbeitung von Anträgen auf Einsicht in die Akten dauern viel zu lange, bis zu drei Jahren. Auch die Wartezeiten für Forschungsvorhaben sind zu lang. Wer garantiert, dass die Bearbeitungszeiten unter dem Dach des Bundesarchivs kürzer wären?

Roland Jahn: Auch das muss man unabhängig von dieser strukturellen Frage sehen. Wichtig ist, dass wir die Dinge angehen. Die Kommission hat vorgeschlagen, dass der Bundesbeauftragte und das Bundesarchiv darüber Gespräche führen und im Detail genau betrachten sollen, welche Vorteile ein organisatorisches Zusammengehen haben kann. In diesem Sinne also keine Vorschläge vom grünen Tisch, sondern ganz klare, konkrete Gespräche über Vor- und Nachteile, das meine ich mit Praxistauglichkeit.

Wir arbeiten jetzt schon mit dem Bundesarchiv zusammen. Für die Forscher ist es hilfreich, wenn sie beim Recherchieren nicht von Archiv zu Archiv laufen, sondern schon online recherchieren. Gemeinsam mit dem Bundesarchiv haben wir entsprechend Findmittel für Forscher online gestellt. Wir haben unter dem Dach des Bundesarchivs ein Rechercheportal entwickelt, auf dem der Forscher gleichzeitig in den DDR-Beständen des Bundesarchivs, dem Archiv Stiftung Parteien und Massenorganisationen, wo die SED-Akten liegen, und im Stasi-Unterlagen-Archiv recherchieren kann. Der Forscher gibt ein Thema ein und bekommt ausgewiesen, wo Akten dazu liegen können.

Das wollen wir weiterentwickeln, auch – wo es zutrifft – für die persönliche Akteneinsicht. Viele Menschen, die hier in Bautzen oder im heutigen Chemnitz in Haft saßen oder auch in anderen Strafvollzügen, beantragen bei uns Einsicht, stellen aber fest, dass sie im Stasi-Unterlagen-Archiv nichts finden. Dann sind sie empört. Wir wissen aber teilweise gar nicht, dass sie ihre Haftakten wollen. Die liegen jedoch im Bundesarchiv, weil alle Gefängnisse damals dem Ministerium des Inneren unterstellt waren. Dank diesem Rechercheverbund bekäme jemand, der seine Akte beantragt, gleich ausgewiesen, wo seine Stasi-, seine Haft- und vielleicht noch eine andere Akte

aus einem staatlichen Archiv der DDR liegen könnten. Unrecht ist ja nicht nur durch die Stasi, sondern insgesamt in der SED-Diktatur geschehen. Das sollten wir bei der Nutzung der Akten mit beachten.

Stefan Nölke: Viele Menschen, die einen Antrag auf Akteneinsicht gestellt haben, sind hinterher enttäuscht, weil in ihren Akten so viele Namen geschwärzt sind. Verändert sich das, wenn die Akten unter der Obhut des Bundesarchivs sind?

Roland Jahn: Es ist ausdrücklich vorgeschlagen worden, das Stasi-Unterlagen-Gesetz in der bewährten Praxis weiter anzuwenden. Auch die Praxis der Anonymisierung soll in der Form weitergehen. Das ist gut so, denn die Anonymisierung dient dem Schutz der Opfer. Es werden nur Namen von Menschen geschwärzt, deren Persönlichkeitsrechte geschützt werden sollen, das ist Datensicherheit. Ihr Name würde in einer Akte, die zum Beispiel ein Journalist bekommt, geschwärzt werden. Nur mit ihrem Einverständnis dürfte die Akte herausgehen. Diese Regeln des Datenschutzes sollten wir hochhalten. Wir wollen nicht, dass die Stasi noch weiter wirken kann, indem Informationen, die sie unrechtmäßig gesammelt hat, verbreitet werden. Hier geht es um die Selbstbestimmung der Menschen, über die Informationen gesammelt wurden. Deswegen ist das ein bewährtes Verfahren. Die Namen aller Täter, aller Verantwortlichen, aller, die für den Staat gearbeitet haben, ob Funktionäre in der SED oder Mitarbeiter der Staatssicherheit, werden nicht geschwärzt, sondern der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt, damit aufgearbeitet werden, man sich mit ihnen auseinandersetzen und sie zur Rede stellen kann. Dieses Erfolgsrezept hat wesentlich zur Aufarbeitung beigetragen.

Stefan Nölke: Wie geht es weiter mit den Stasi-Akten, mit der Stasi-Unterlagen-Behörde, das ist das Thema unseres Gesprächs mit Roland Jahn. Lassen Sie uns, Roland Jahn, über die Zukunft der Behörde sprechen, die ja auch in einzelne Abteilungen aufgegliedert ist. Wie steht es um den Bereich Forschung und Bildung, was soll Ihrer Meinung nach und nach Meinung der Expertenkommission damit geschehen?

Roland Jahn: Ich habe in der Stellungnahme für die Expertenkommission deutlich gemacht, dass wir im Bereich Forschung und Bildung Weichen für die Zukunft stellen müssen. Wie können wir die Generationen, die diese Zeit nicht miterlebt haben, erreichen? Hier sind wir herausgefordert, eine digitale Brücke zu bauen, also die Digitalisierung zu nutzen, um junge Menschen zu erreichen. Wir haben dazu Anfang 2015 eine Stasi-Mediathek im Internet gestartet, die sich großer Beliebtheit erfreut, besonders bei jungen Leuten. Dort kann man sich in einer semantischen Suche Schritt für Schritt an Stasi-Unterlagen herantasten. Diese Stasi-Mediathek ist eine Art Schaufenster des Stasi-Unterlagen-Archivs und macht neugierig, sich auch

mit diesen Akten ein Bild über Geschichte zu machen. Da sind wir weiter herausgefordert, Zukunft zu gestalten.

Aber wir sind auch herausgefordert, die historischen Orte zu nutzen. Da gehören die Archive der Staatssicherheit dazu, die Gebäude der alten Bezirksverwaltungen, die für Repression, aber genauso auch für Revolution stehen. Wir können die Archive in der Wucht ihres Ansehens, in der Masse ihrer Akten, der Masse von gesammelten Informationen als Mahnmal gegen den Überwachungsstaat, gegen Diktatur nutzen. Wir merken immer wieder bei den Archivführungen, wie Menschen vor allem darüber staunen, was da alles gesammelt wurde. Wir können aber auch erzählen, wie diese Akten gesichert worden sind. Deshalb sind es auch Orte der Revolution. So ist der Vorschlag der Kommission zu verstehen, dass diese Orte zunehmend als historische Orte genutzt und als eine Art von Gedenkstätten ausgebaut werden sollen. Konkret benannt ist die Stasi-Zentrale in Berlin, da gibt es ganz spezifische Vorschläge, auch in der Zusammenarbeit mit gesellschaftlichen Initiativen, die jetzt schon vor Ort sind.

Wir haben dort das Stasi-Museum, den Dienstsitz des Stasi-Ministers Mielke, der vom Verein „Antistalinistische Aktion Berlin-Normannenstraße e. V.“ schon in den 1990er-Jahren gesichert und als Museum aufgebaut wurde. Das soll, getragen von diesem Verein, weiter existieren. Wir haben die Arbeit des Vereins mit einer gemeinsamen 2015 fertiggestellten Ausstellung unterstützt, die unter dem Titel „Staatsicherheit in der SED-Diktatur“ diesen Ort der Schreibtischtäter darstellt. Demnächst wird auf dem Hof der Stasi-Zentrale eine sehr eindrucksvolle Ausstellung der Robert-Havemann-Gesellschaft zur Friedlichen Revolution eröffnen (Anm. der Red.: seit 15. 6. 2016 geöffnet). Wenn zum Beispiel ausländische Gäste kommen, wollen sie meistens wissen: „Wie habt ihr es in Deutschland geschafft, dem Treiben der Stasi ein Ende zu setzen?“ Wir können das von den Anfängen des Aufstandes 1953 bis zur Deutschen Einheit vermitteln. In Ergänzung des Stasi-Unterlagen-Archivs, dem Ort der Aufklärung, wo die Akten anzuschauen sind, erklären wir ab 2017 in einer Ausstellung, wie die Stasi die Informationen gesammelt und in das Leben der Menschen eingegriffen hat. Gerade so eine Archivausstellung macht deutlich, wie wichtig es ist, auch die Akten für die Aufklärung der Herrschaftsmechanismen dieser Diktatur zu nutzen.

Stefan Nölke: Nun haben Sie dabei nicht erwähnt, dass eine neue „Stiftung Diktatur und Widerstand“, ein Forum für Demokratie, ins Leben gerufen werden und in der Berliner Normannenstraße ihren Sitz haben soll. Erklären Sie uns kurz, warum es jetzt einer neuen Stiftung bedarf? Es gibt ja schon die Stiftung Aufarbeitung, es gibt das Robert-Havemann-Archiv, es gibt den Träger-Verein, der die



Gedenkstätte in der Normannenstraße seit 1990 betreut. All das, was Sie eben aufgezählt haben, gibt es schon. Warum braucht es jetzt noch die Stiftung Diktatur und Widerstand?

Roland Jahn: Da müssen Sie die Kommission fragen, wie sie auf die Idee gekommen ist.

Stefan Nölke: Das war, glaube ich, doch auch eine Lieblingsidee von Ihnen?

Roland Jahn: Nein, nein, für mich ist vor allem wichtig, dass dieser Ort nicht verschenkt wird. Er lag jahrelang brach, die Gebäude standen leer. Die Stasi-Unterlagen-Behörde hat in Berlin-Mitte einen weiteren Dienstsitz, der Beauftragte muss bislang immer von Mitte hin zu diesem historischen Ort fahren, wenn er Besuch bekommt. Außerdem fahren wir die Akten hin und her. Deshalb habe ich mit meinem Amtsantritt gesagt, es ist wichtig, dass wir an diesen Ort ziehen, damit wir ihn auch nutzen können als Ort, der Geschichte vermittelt. In diesen Kontext gehört auch mein Vorschlag, Institutionen und Gesellschaften einzuladen, sich dort

niederzulassen. Das hat die Robert-Havemann-Gesellschaft getan und hat nun diese Ausstellung fertiggestellt.

Mein Anliegen ist es, dass wir an diesem Ort nicht nur am Leid der Vergangenheit festhalten, sondern ihn als Ort nutzen, an dem wir über das Spannungsfeld von Diktatur und Demokratie diskutieren. Die nächsten Generationen kann man nicht nur mit Aufarbeitung erreichen, sondern muss ihnen ein Angebot machen, darüber zu diskutieren, wie sie Demokratie gestalten. Ein Campus für die Demokratie wäre eine Botschaft in die Zukunft, wenn wir hier Vergangenheit und Zukunft zusammenbringen.

Die Frage der Trägerschaft, die die Kommission hier behandelt hat, sehe ich vollkommen offen. Es ist wichtig, dass die Beschäftigung mit Geschichte eine Vielfalt zeigt. Ich bin gegen staatliche Kombinate gewesen und so bin ich auch gegen ein staatliches Aufarbeitungskombinat. Viele gesellschaftliche Träger vor Ort, das finde ich eine gute Sache. Man könnte sicher etwas bündeln, die Gebäudeverwaltung, das Marketing, die internationale Werbung für diesen Ort. Das ist eine praktische Angelegenheit, und da ist noch Nachholbedarf. Es kann ja weiter nachgedacht werden, wie das am besten geschieht.

Stefan Nölke: Die Aufregung war ja auch deshalb so groß, weil die Expertenkommission empfohlen hat, unter dem Dach dieser neu zu gründenden Stiftung auch die Gedenkstätte Hohenschönhausen zu integrieren. Da gab es heftigen Einspruch, unter anderem von deren Leiter Hubertus Knabe, den viele aufgrund seiner offenen Worte, für die er bekannt und berühmt ist, schätzen. Wie stehen Sie dazu?

Roland Jahn: Wir arbeiten sehr gut mit der Gedenkstätte Hohenschönhausen zusammen. Dort ist der Ort, an dem deutlich gemacht werden kann, dass die Stasi nicht nur Informationen gesammelt und in Akten abgeheftet hat, sondern dass Menschen am Ende eines Operativvorgangs meistens die Haft erleben mussten. Diese Arbeit in den Gedenkstätten ist zu unterstützen, sowohl hier in Bautzen als auch in Hohenschönhausen. Das sind wichtige Orte, an denen der nächsten Generation konkret vermittelt werden kann, dass die DDR ein Unrechtsstaat war. Was in Hohenschönhausen geleistet wird, etwa an Führungen durch Zeitzeugen, ist ein wichtiges Element zur Aufklärung über die SED-Diktatur. Ich denke, und das habe ich auch im Deutschen Bundestag bei der Anhörung zum Ausdruck gebracht, dass es keinen Grund gibt, hier etwas zu verändern, gerade weil die Eigenständigkeit dieser Gedenkstätte wesentlich zu ihrem Erfolg beigetragen hat. Die Bundestagsmitglieder haben bereits signalisiert, dass sie nicht gewillt sind, diesen Vorschlag umzusetzen.

Stefan Nölke: Also ist die Sache vom Tisch?

Roland Jahn: Das kann man nach den Aussagen der Bundestagsabgeordneten bei einer Veranstaltung in der Gedenkstätte Hohenschönhausen, wo ich selbst zugegen war, so sagen.

Stefan Nölke: Lassen Sie uns auf die Mitarbeiter Ihrer Behörde zu sprechen kommen, die jetzt die Perspektive haben, demnächst Angestellte des Bundesarchivs zu sein. Möglicherweise wird der Mitarbeiterstab auch weiter reduziert werden. Wie ist die Stimmung in Ihrer Behörde, wie nehmen Sie das wahr?

Roland Jahn: 1 600 Mitarbeiter – da hat jeder eine Meinung. Auf den jüngsten Personalversammlungen wurde jedoch deutlich, dass es darum geht, Zukunft für die Aufarbeitung, für die Stasi-Unterlagen und auch für die Mitarbeiter mit ihrer Kompetenz und ihrem Wissen zu sichern, das sie sich zu großen Teilen über 25 Jahre erarbeitet haben. Da sind auch Mitarbeiter, die neu eingestellt wurden und mit großem Elan ihren Anteil beitragen wollen. Dass in den Vorschlägen Chancen für zukünftige Arbeit enthalten sind, ist so verstanden worden. Die Frage, wie es mit den Außenstellen weitergeht, bringt Verunsicherung mit sich. Darüber gilt es in Ruhe zu sprechen und zu schauen, welcher Weg gegangen wird. Aber umso wichtiger ist es, das Ganze als Prozess zu verstehen, in dem genau geprüft werden muss, was sinnvoll ist und was nicht. Es darf jetzt nicht funktionieren nach dem Motto: Da wird ein Schalter umgelegt. Dafür stehe ich nicht zur Verfügung.

Man muss genau schauen, wo es sich lohnt, etwas zusammenzulegen und wo nicht. Welchen Vorteil es hat, wenn man nur noch eine Personalabteilung hat und vielleicht Arbeitskräfte einspart, die in der Bundesverwaltung anderweitig eingesetzt werden können. Eins muss man klar und deutlich sagen: Die Mitarbeiter haben alle Arbeitsverträge mit der Bundesrepublik Deutschland. Da wird keiner entlassen, wenn Veränderungen kommen. Am Ende geht es darum, welche Dienstleistung wie am besten erbracht werden kann. Behörden sind Dienstleister für die Gesellschaft. Gerade die Stasi-Unterlagen-Behörde ist ein Dienstleister für Menschen, die die Akten nutzen und Aufklärung wollen, die wollen, dass anerkannt wird, was den Opfern geschehen ist. Dafür brauchen wir optimale Arbeitsvoraussetzungen. Es muss darüber diskutiert werden, was sich verbessern kann. Nichts darf schlechter werden, aber manches sollte besser werden.

Stefan Nölke: Das hört man sicher gern. Trotzdem noch einmal die Frage, was passiert mit den Mitarbeitern, speziell aus dem Bereich Forschung und Bildung? Sie haben sehr hochqualifizierte Leute wie zum Beispiel den Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk, ein ganz wichtiger, meinungsstarker Mann bei Ihnen in der Behörde. Was wird aus diesem Bereich, was sagen Sie diesen Mitarbeitern, wenn Sie gefragt werden?

Roland Jahn: Auch da habe ich an zwei Punkten Reformbedarf deutlich gemacht. Forschung hat das Problem, dass sie in der Struktur einer Behörde nicht komplett frei sein kann. Diese Struktur ist auch nicht geeignet, um Forschung zu fördern. Deshalb gibt es Universitäten und Institute. In diesem Spannungsfeld bewegen wir uns öfters bei verschiedenen Forschungen und Publikationen, und ich denke, es ist wichtig, dieses Spannungsfeld aufzulösen. Das Zweite ist, dass das Stasi-Unterlagen-Gesetz – als Basis unserer Arbeit – der Behörde vorschreibt, nur über das Thema Staatssicherheit zu forschen. Gesetzlich festgelegt ist der Auftrag zur Unterrichtung über Struktur, Methoden und Wirkungsweise der Staatssicherheit. Das beengt. Forschung sollte aber frei sein. Wenn wir das Thema der heutigen Veranstaltung nehmen: Wir brauchen mehr Forschung zu den Herrschaftsmechanismen insgesamt. Reformbedarf gibt es hier insofern, als der Forschungsgegenstand auf die SED-Diktatur und die Gesellschaft insgesamt erweitert werden sollte.

Stefan Nölke: Dafür gibt es schon die Stiftung Aufarbeitung, soweit ich weiß. Sie vergibt Stipendien und unterstützt Forschungsprojekte. Es gibt auch den Forschungsverbund SED-Staat an der Berliner TU und es gibt verschiedene andere Forschungseinrichtungen, wie das Hannah-Arendt-Institut zum Beispiel. Und es gibt die Universitäten, wo in der Hauptsache Forschung betrieben werden soll, tatsächlich aber skandalös wenig an DDR-Aufarbeitung geleistet wird. Entstehen da nicht Doppelstrukturen? Das wurde von Dr. Anna Kaminsky von der Stiftung Aufarbeitung kritisiert.

Roland Jahn: Auch da muss man eine klare Analyse machen. Es ist durchaus wichtig, dass eine Evaluierung der ganzen Landschaft stattfindet, das hat die Kommission zum Teil gemacht. Der Forschungsverbund SED-Staat zum Beispiel wird ein Ende haben. Er ist nicht langfristig gesichert. Es gibt verschiedene Institute, die zu verschiedenen Themen forschen. Die Stiftung Aufarbeitung fördert Forschungsprojekte, auch da kann noch mehr geschehen. Aus meiner Sicht ist das Thema nicht überforscht, sondern es gibt so viele Themen, wo Bedarf ist und wo wir an Grenzen stoßen. Ich habe meinen Reformbedarf aus meiner Arbeit heraus angemeldet. Wenn unsere Forscher das Thema des Zusammenwirkens der Staatssicherheit mit der Justiz, die Rolle der Staatsanwaltschaften, verdeutlichen wollen, werden sie beim Vorschlag dieses Themas vor dem wissenschaftlichen Beratungsgremium der Behörde von vornherein beschränkt. Ihnen wird gesagt, dass sie sich auf die Staatssicherheit konzentrieren und die Staatsanwaltschaften raus lassen sollen. Diese Einschränkung ist der freien Forschung nicht dienlich. Es wäre aber gut, das Wirken der DDR-Justiz genauer zu untersuchen. Hier ist deutlich Bedarf. Deshalb ist es gut, wenn der Horizont und der Forschungsgegenstand erweitert werden.

Stefan Nölke: Wenn es keine eigenständige Stasi-Unterlagen-Behörde mehr gibt, könnte das ein Ende der Aufarbeitung mit sich bringen: Das ist die Sorge der Union der Opferverbände, die sie am 27. April artikuliert hat. Was entgegnen Sie dem?

Roland Jahn: Ich entgegne dem erst einmal gar nichts. Ich denke, dass sie Recht haben, wenn sie sich Sorgen machen, dass hier Schlussstriche gezogen werden. Ich war selber politischer Häftling, ich habe selber einiges Unrecht erfahren. Ich bin in ständiger Verbindung mit den Opferverbänden. Wenn man einzelne Vorschläge der Kommission aufnimmt, ist immer zu fragen: Was hilft den Opfern? Nur unter dieser zentralen Frage dürfen Reformen stattfinden. Das ist der richtige Ansatz. Das habe ich den Bundestagsabgeordneten in Hohenschönhausen auch so mit auf den Weg gegeben. Darum geht es mir ganz konkret. Wir müssen endlich viele alte Probleme lösen: Was ist mit den Haftfolgeschäden, was mit den Zwangsadoptierten, die nicht in die Akten der Jugendämter schauen können. Was ist mit dem Fremdenrentenrecht für Flüchtlinge, freigekaufte Häftlinge? Hier findet Rentenungerechtigkeit statt, weil man das Rentenrecht plötzlich, mit der deutschen Vereinigung, aufhob. Wir haben viele unbeantwortete Fragen, für die Lösungen gefunden werden müssen. Da sollte eine Reform unterstützen. Oder denken Sie an die Antragsfristen zur Rehabilitierung. 2019 sollen die auslaufen, wir haben nicht mehr viel Zeit, das zu ändern. Aber Aufarbeitung, Aufklärung hat doch kein Verfallsdatum mit einer Frist, sondern das dauert ewig. Hier müssen Reformen ganz konkrete Verbesserungen für die Opfer bringen.

Stefan Nölke: Trotzdem erinnere ich noch einmal an den Einwand, der von einigen ehemaligen Bürgerrechtlern deutlich artikuliert worden ist: Die Stasi-Unterlagen-Behörde ist mehr als eine Behörde, sie ist ein Symbol für die Friedliche Revolution. Dass es sie gibt, ist das Ergebnis eines langen Ringens der Bürgerrechtler und beinahe einzigartig. Sie steht für einen offenen Umgang mit einem diktatorischen Erbe und bezeugt einen anderen Weg des Umgangs mit Geschichte, als ihn einige osteuropäische Länder oder auch die Spanier mit dem unsäglichen Erbe der Franco-Diktatur eingeschlagen haben. Deutschland hat mit der Stasi-Unterlagen-Behörde weltweit eine Vorbildwirkung. Wenn man die abschafft, bedeutet das einen Einschnitt in der Erinnerungskultur, würde ich meinen.

Roland Jahn: Was an Ängsten da ist, muss man immer klar und deutlich aufnehmen. Es darf sich nichts verschlechtern, hier darf nichts abgeschafft werden. Es geht darum, für die Zukunft weiterzuentwickeln. Es darf keinen Schlussstrich geben. Der entscheidende Gedanke, um über die Botschaft einer Stasi-Unterlagen-Behörde hinauszukommen, ist für mich: Die Fixierung auf das Thema Stasi hat die Aufarbeitung der vergangenen 25 Jahre beeinträchtigt. Das Thema heute in Bautzen

zeigt, es geht um die Herrschaftsmechanismen der gesamten DDR, um Volksbildung, Universitäten, Betriebe, die Menschen rausgeworfen haben. Da war nicht immer die Stasi mit im Spiel. Wenn wir die Stasi zu sehr in den Mittelpunkt stellen, gehen wir an den Erkenntnissen vorbei, die wir brauchen, um zu verstehen, wie Diktatur funktioniert hat. Deswegen ist es wichtig, den Horizont zu erweitern.

Stefan Nölke: Über die Frage, was wird aus den Mitarbeitern der Stasi-Unterlagen-Behörde, haben wir bereits gesprochen. Die Frage nach dem Leiter der Behörde, dem Bundesbeauftragten selbst, haben wir dabei ausgeklammert. Die Aufsicht über die Behörde hätte nach den Empfehlungen der Böhmer-Kommission künftig der Chef des Koblenzer Bundesarchivs, Michael Hollmann. Er hätte wohl kaum die Autorität eines Joachim Gauck, einer Marianne Birthler oder eines Roland Jahn, was Fragen zur DDR-Geschichte angeht. Mit der Neugestaltung würde somit auch der Behördenchef als geschichtlich-moralische Institution abgeschafft werden. Dafür soll es aber – laut Empfehlungen – das neu zu schaffende Amt eines Bundesbeauftragten für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur geben. Ist das eine gute Idee? Und wollen Sie das werden?

Roland Jahn: Im Jahr 2021 bin ich in Rente, ich bin jetzt 63. Es geht nicht um mich. Es geht darum sicherzustellen, dass gut organisiert ist, was in Zukunft zur Aufarbeitung und Aufklärung nötig ist. In Sachsen wird das neue Gesetz für die Erweiterung vom Beauftragten für die Stasi-Unterlagen zum Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gerade verabschiedet. In Sachsen-Anhalt und Thüringen ist das schon umgesetzt worden. Dass das für den Bund analog sinnvoll wäre, liegt auf der Hand.

Es gibt viele Angelegenheiten, etwa Bundesgesetze, die geändert werden müssen, damit im Interesse der Opfer etwas durchgesetzt wird. Ein Bundesbeauftragter wäre hilfreich, um diese Dinge auf den Weg zu bringen. In dem Sinne kann ich den Vorschlag nachvollziehen. Und man darf nicht vergessen, dass auch weiterhin sämtliche Akten in der politischen Verantwortung eines Bundesbeauftragten liegen sollten.

Stefan Nölke: Er wäre dann aber de facto nicht mehr Herr über die Akten, sondern hätte allein die politische Verantwortung dafür. Was bedeutet in dem Fall politische Verantwortung?

Roland Jahn: Ein Herr der Akten ist sowieso nicht gut. Wir haben ein demokratisches Archiv, zu dem die Menschen nach rechtlichen Regeln Zugang haben. Es ist nicht gut, wenn jemand vorgibt, wie die Akten der Staatssicherheit zu deuten sind. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch hier keine Hoheit über die Akten haben, sondern sicherstellen, dass alles nach rechtsstaatlichen Regeln geschieht und die

Erkenntnisse aus den Akten in einer Auseinandersetzung über die Diktatur gut genutzt werden. In dem Sinn muss man auch keine Dienstanweisung geben, sondern politisch dafür sorgen, dass diese Diskussion stattfindet und Aufarbeitung und Aufklärung über die Diktatur weitergehen.

Stefan Nölke: Es gibt ja schon die Landesbeauftragten in den ostdeutschen Bundesländern, wie Herr Rathenow in Sachsen zum Beispiel, die für die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur im weiteren Sinne zuständig sind und auch als Ansprechpartner für die SED-Opfer fungieren. Wie würde das Verhältnis zwischen diesen Landesbeauftragten und dem Bundesbeauftragten sein? Sind das nicht auch wieder Doppelstrukturen?

Roland Jahn: Ich bin nicht die Expertenkommission. Ich sehe, dass die Landesbeauftragten sehr gute Arbeit machen. Aber ich weiß auch, dass wir nicht nur aus Ostdeutschland, sondern aus Gesamtdeutschland bestehen. Viele reisen aus den westlichen Bundesländern zum Bautzen-Forum an, das sind freigekauft Häftlinge, die in verschiedenen Ländern Opferverbände haben und auch einen Ansprechpartner im Bund brauchen, der für ihre Interessen eintritt. Es ist wichtig, dass man sich nicht in Konkurrenzkampf begibt, sondern dass alle miteinander ihre Themen voranbringen und einander unterstützen.

Natürlich ist der Bund herausgefordert, Doppelstrukturen zu vermeiden. Wir müssen nicht Geld ausgeben, wenn Aufgaben schon durch andere erledigt werden. Aber das ist eine Sache des Bundestags. Wir haben alle nur einen kleinen Blickwinkel über unsere eigene Arbeit. Der Bundestag muss einen Rundumblick haben, um Entscheidungen über die besten Instrumente für die Zukunft der Aufarbeitung zu treffen, damit wir der nächsten Generation etwas an die Hand geben können. Wir dürfen nicht in den 1990er-, 2000er-Jahren stehenbleiben, sondern müssen Angebote machen, die eine langfristige Wirkung haben.

Stefan Nölke: Was wird aus Ihnen, Roland Jahn, das fragen sich viele. Sie sind ja seit einiger Zeit kommissarischer Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde: ein Provisorium bis zu einer endgültigen Entscheidung, wie es weitergeht. Die SPD wollte es so, die CDU hätte gerne Ihre reguläre zweite Amtszeit verlängert. Wie empfinden Sie persönlich diese Schwebesituation?

Roland Jahn: Ich habe Respekt vor dem deutschen Bundestag, er wird entscheiden, wann er wählt. Es ist nicht gut, wenn Verunsicherungen entstehen und manche denken, hier wird ein Schlussstrich gezogen. Es ist wichtig, dass die Politik Signale setzt, dass die Aufarbeitung weitergeht, und drei wesentliche Punkte anstrebt: die Opfer zu würdigen, über Ursachen und Folgen der Diktatur aufzuklären und das Demokratiebewusstsein zu stärken. Diese drei Punkte aus dem Gedenkstättenkon-



zept des Bundes sollten die Richtschnur für die weiteren politischen Entscheidungen sein.

Stefan Nölke: 25 Jahre sind seit der deutschen Einheit ins Land gegangen, die Debatten um die DDR-Geschichte werden mittlerweile sehr sachlich, fast emotionslos geführt. Selbst ein Linkspolitiker wie der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow redet halbwegs vernünftig über die Notwendigkeit, sich mit der SED-Diktatur auseinanderzusetzen. Ist die Luft bisschen raus aus der Aufarbeitung? Oder sagen wir besser die Emotionen und damit verbunden das Engagement, das es noch vor Jahren gegeben hat?

Roland Jahn: Die Emotionen sind immer noch vorhanden. Das ist gut so, denn es macht uns deutlich, dass es um Menschen und ihre Schicksale geht. Bei aller Emotion sollten wir in der Sache dennoch nüchtern diskutieren und an manchen Punkten gelassen sein. Wir haben Freiheit und Demokratie hier im Osten Deutschlands erreicht – diesen Triumph sollten wir jeden Tag genießen. Jetzt, nachdem viele Verantwortliche ihre Jahre im Gefängnis abgesessen haben, sollten wir sagen: Ja, es ist Unrecht geschehen, es ist wichtig, dass wir darüber reden und unsere Erfahrungen den nächsten Generationen mitgeben. Wo die Verantwortlichen Unrecht

eingestehen, sind wir immer bereit, Unrecht zu vergeben. Aber dazu gehören Aufklärung und das Eingeständnis, dass Menschenrechte verletzt worden sind. Und das gibt es noch viel zu wenig.

Stefan Nölke: Herzlichen Dank, Roland Jahn. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich würde jetzt gern das Podium für Ihre Fragen öffnen.

Frage aus dem Publikum: Zunächst möchte ich mich für dieses aufschlussreiche und tiefgreifende Gespräch herzlich bedanken. Ich möchte aber in diesen Zusammenhang gleich zwei klassische Zitate vortragen. Einmal: „Grau, teurer Freund, ist alle Theorie“, und das Zweite: „Die Botschaft hör ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube“. Das aus verschiedenen Gründen.

Meine erste Frage ist die nach dem wirklichen politischen Willen, weshalb die BStU aufgelöst werden soll. Das ist hier nicht klar geworden. Der Hinweis darauf, dass man über 2021 hinaus für die Weiterentwicklung sorgen muss, ist vollkommen in Ordnung, aber für mich sekundär. Warum muss gerade heute, in diesem Jahr, die Auflösung erfolgen? Würde man sagen, es bleibt im Prinzip alles beim Alten trotz der Symbiose mit dem Bundesarchiv, dann könnte man die Bundesbehörde für die Stasi-Unterlagen auch erhalten.

Meine zweite Frage, Herr Jahn, Sie haben der Empfehlung der Expertenkommission zugestimmt. Warum haben Sie nicht dafür gekämpft, dass die Bundesbehörde so erhalten bleibt, wie sie heute besteht? Sie haben angedeutet, dass es viele Einzelheiten gibt, die bedacht werden müssen. Wir haben Gesetze wie das Stasi-Unterlagen-Gesetz und das Bundesarchivgesetz. Was wird von dem Unterlagengesetz noch übrig bleiben? Das sind alles Fragen, die nicht beantwortet worden sind. Das erscheint mir zu eilig. Man hätte Sie doch für weitere fünf Jahre als Leiter der BStU benennen können statt als kommissarischen Leiter. In diesen fünf Jahren hätte man Zeit gehabt, über die Weiterentwicklung im Einzelfall nachzudenken. Dazu kommt, dass wir für die Aufarbeitung der SED ja eine sehr umfangreiche Bundesstiftung haben. Vielen Dank!

Stefan Nölke: Ich danke Ihnen.

Roland Jahn: Ich kann Sie vollkommen verstehen, gerade Ihre Zitate. Die Frage des politischen Willens und des Glaubens sind zwei Punkte, die ich in den Diskussionen öfters wahrnehme. Ich sage auch oft „grau ist alle Theorie“, deshalb sagte ich, es muss in der Praxis geprüft werden, inwieweit Veränderungen konkrete Verbesserungen bringen. Es ist nicht gut, eins zu eins zu sagen, so machen wir das, sondern es ist genau abzuwägen. Die Diskussion hat erst begonnen. Es ist wichtig, dass das Ganze ein Prozess ist. Wo der endet, muss man sehen. Sie dürfen mich nicht verantwortlich machen für die Vorschläge im Einzelnen. Aber wir können den Ist-Zustand

nicht einfach belassen. Wir brauchen Reformen. Die Kommission hat dazu einen Vorschlag gemacht. Der Bundestag wird darüber entscheiden. Das ist ja nicht ab morgen so. Wir führen jetzt die Diskussion, um den Bundestag darauf hinzuweisen, was an den Vorschlägen gut ist und was nicht.

Wir brauchen die Investition und wir brauchen Planungssicherheit. Wir brauchen eine freiere Forschung und wir brauchen die historischen Orte, nicht nur in Berlin, sondern auch an den Außenstellen gibt es genügend Orte, die man besser nutzen kann, statt sie in dem Zustand zu belassen, in dem sie jetzt sind. Ich brauche von der Politik Reformbereitschaft und Planungssicherheit. Das sind meine Forderungen, die sich genau mit Ihren Forderungen treffen. Es muss klar sein, wann was warum gemacht wird, damit es besser wird, nicht schlechter. Dass das Ganze nicht nur eine rationale, sondern eine emotionale Angelegenheit ist, das merkt man jedes Mal, wenn man mit jemandem redet, der in der DDR Unrecht erfahren hat. Es geht nicht nur um Akten, sondern um Menschen. Das muss auch der Bundestag sehen. Ich glaube, da haben sowohl Kommission als auch Politik noch einiges an Kommunikationsbedarf. Es müssen noch viele Veranstaltungen stattfinden, damit am Ende auch die klugen Entscheidungen getroffen werden.

Stefan Nölke: Haben Sie Einblick in das Prozedere, was die nächsten Schritte sind und wann diese kommen werden?

Roland Jahn: Es gab im Bundestag das Fachgespräch mit verschiedenen Institutionen und Opferverbänden. Es gab Veranstaltungen, etwa in Hohenschönhausen, wo ganz viele ehemalige Inhaftierte gesprochen und die für Kultur und Erinnerungspolitik zuständigen Vertreter des Bundestags aus CDU und SPD anwesend waren. Sie haben sich alles angehört und in ihre Beratungen mit den Fraktionen mitgenommen, die gerade stattfinden. Dort berät man jetzt, wie man mit den Vorschlägen der Expertenkommission umgeht. Es ist allgemein der Satz gefallen: Es ist eine Arbeitsgrundlage, deren Tauglichkeit nun ordentlich abgeklöpft werden muss. An den Punkten, wo es zu Verschlechterungen kommen würde, muss man klar Stoppzeichen setzen. Aber an den Punkten, wo wir deutliche Vorteile bekommen könnten, hoffe ich, dass die Bundestagsfraktionen so fundiert entscheiden, dass ein guter Weg beschritten werden kann.

Nach der Abstimmung der Fraktionen wird es im Bundestag eine Entscheidung geben, ob Gesetze geändert werden müssen oder nicht. Auch das will wohl überlegt sein, aber es ist bereits mit auf den Weg gegeben worden, dass die Zugangsvoraussetzungen zu den Stasi-Akten weiterhin gelten sollen.

Frage aus dem Publikum: Ich habe der Presse entnommen, dass Herr Jahn die Funktion des Leiters in Zukunft nicht mehr übernehmen soll. Ich habe bei meinem

Bundestagsabgeordneten schon dagegen protestiert. Ich bin der Meinung, dass Herr Jahn die richtigen Meinungen vertritt, aber ich habe Bedenken, wenn er nicht mehr da ist, dann ist keiner mehr da, der alles miterlebt hat. Ich würde dafür plädieren, dass wir uns alle dafür einsetzen, dass Herr Jahn als Bundesbeauftragter tätig wird. Sonst habe ich Bedenken, dass alles im Sande verläuft.

Frage aus dem Publikum: Ich widerspreche Ihnen nicht gern, Herr Jahn, aber Sie sagen, dass die Namen der Stasi-Mitarbeiter in Klarschrift stehen. Das kann ich nicht bestätigen. In meinen Akten ist das nicht so. Ist das eine neue Überarbeitung oder so etwas, soll ich noch mal die Anträge stellen?

Roland Jahn: Ich sehe das nicht als Widerspruch. Wenn etwas falsch herausgegeben wurde, dann beschweren Sie sich bitte bei mir. Entsprechend des Gesetzes werden die Namen der Mitarbeiter der Staatssicherheit offengelegt. Stellen Sie einen Antrag und ich sichere zu, dass Sie Ihre Akten auch mit Klarnamen bekommen bzw. Decknamen entschlüsselt werden können. Dass das gemacht wird, dafür bin ich da. Wenn das von uns falsch gemacht wurde, fallen natürlich keine Kosten an. Kopien bis 100 Stück werden kostenlos zugeschickt.

Frage aus dem Publikum: Wenn die Akten dem Bundesarchiv unterstellt sind, gehören sie dann zu Koblenz?

Roland Jahn: Der Vorschlag ist, dass die Akten in der Stasi-Zentrale an dem Ort bleiben, wo sie sind. In den Ländern soll es mindestens eine Außenstelle pro Bundesland geben, die Akten bleiben also in den Ländern. Das Bundesarchiv würde die Akten verwalten, und das Bundesarchiv ist der Beauftragte für Kultur und Medien der Bundesregierung, zurzeit Frau Staatsministerin Monika Grütters, unterstellt. Sie hat die Dienst- und Fachaufsicht. Das Ministerium ist direkt beim Kanzleramt. Haftakten sind jetzt unter dem Dach des Bundesarchivs. Die meisten Justizakten der DDR sind in den Landesarchiven. Es gibt verschiedene Archive, wo noch Akten liegen können. Das muss man wissen, wenn man seine Vergangenheit und geschehenes Unrecht aufarbeitet.

Frage aus dem Publikum: Das große Problem, das wir gerade erleben, ist, dass wir zwei Öffentlichkeiten haben. Das eine ist eine Verwaltungs- und Fachöffentlichkeit, die den Reformbedarf diskutiert, auf der anderen Seite haben wir eine sehr emotionale Ebene. Ich glaube, das Ganze ist wenig sensibel kommuniziert worden, das merken wir hier im Raum. Meine Frage: Wie kann denn dieser Diskussionsprozess gestaltet werden? Ein großer Teil der interessierten Öffentlichkeit liest nicht die Gesetzesentwürfe oder die Kommissionseinschätzungen im Detail. Es ist sehr viel Meinung und Emotion im Raum. Mit Blick auf die Schülerreihe: Den jungen Menschen ist es völlig egal, wo die Akten aufbewahrt werden. Mir als Forscher ist es

auch relativ egal, ob es ein Archiv oder eine Behörde ist. Aber den Betroffenen ist es nicht egal, ob Ihre Schicksale zu den Akten gelegt werden oder nicht. Das ist jetzt Aufgabe des Bundestags. Aber wie können wir diesen Diskussionsprozess so gestalten, dass er auch außerhalb eines solch überschaubaren Forums stattfindet?

Stefan Nölke: Eine spannende, wichtige Frage.

Roland Jahn: Das Bautzen-Forum ist ein Teil dieses Prozesses. Klar hätte ich mir gewünscht, dass die Abgeordneten des Bundestags auch so eine Gelegenheit nutzen. Morgen wird eine SPD-Abgeordnete hier sein, die kann man ansprechen und darauf hinweisen. Der Dialog mit den Abgeordneten ist wichtig, man kann auch Briefe schreiben und zu weiteren Veranstaltungen einladen. Es ist wichtig, dass wir den Diskussionsprozess so gestalten, dass wir verstehen, was andere damit meinen, aber auch etwas von der Politik einfordern. Wir können sachlich Lösungen vorschlagen, aber wenn wir das über die Köpfe der Menschen hinweg tun, wird es nicht erfolgreich sein. Es ist schon manche kluge Reform gescheitert, weil sie nicht ordentlich kommuniziert wurde. Das ist eine große Gefahr. Die Frage muss sein, was den Opfern und was den nächsten Generationen hilft. Nur wenn wir diese Frage ehrlich beantworten, einschließlich der Entscheider des Deutschen Bundestages, dann werden wir einen guten Weg finden. Durch solche Foren wie dieses hier muss diskutiert werden, damit am Ende alle sagen: Reform ist gut, wenn sich dadurch etwas verbessert.

Stefan Nölke: Vielen Dank, meine Damen und Herren. Es bleibt spannend, was die Zukunft der Stasi-Unterlagen, die Zukunft der Behörde, ihrer Mitarbeiter und die Zukunft der Aufarbeitung insgesamt angeht. Noch ist nichts entschieden, es wird weiter diskutiert. Vielleicht sollte die Diskussion aber insgesamt intensiver und gesellschaftlich breiter geführt werden. Herzlichen Dank an Roland Jahn für dieses ausführliche Gespräch, das MDR KULTUR aufgezeichnet hat. Besten Dank an Matthias Eisel von der Friedrich-Ebert-Stiftung, die das Bautzen-Forum als Ort der Begegnung für die ehemaligen politischen Gefangenen und Opfer der SED-Diktatur organisiert. Und allerbesten Dank an Sie, liebes Publikum, für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit. Ich wünsche Ihnen alles Gute und eine schöne Zeit.



PODIUMSDISKUSSION

Die SED als zentrales Staatsorgan. Machtausübung in über 40 Jahren SBZ/DDR

Prof. Dr. Rainer Eckert, Wolfgang Templin, Dr. Stefan Wolle

Moderation: Eileen Mägel

Matthias Eisel: Wir möchten über spezifische Machtstrukturen der SED ohne die Verengung auf die Staatssicherheit reden. Ich begrüße dazu unsere Podiumsgäste Wolfgang Templin, Dr. Stefan Wolle und Prof. Dr. Rainer Eckert. Absagen musste leider Heidi Bohley. Unsere Gäste vorstellen wird unsere Moderatorin Eileen Mägel, die Sie schon von früheren Bautzen-Foren kennen. Sie ist Pressesprecherin einer großen sächsischen Kunsthochschule in Dresden, war Pressesprecherin im Sächsi-

schen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst, hat viele Jahre als Radiomoderatorin gearbeitet und ist heute neben ihrer Tätigkeit als Pressesprecherin in vielen Runden, soweit das zeitlich möglich ist, tätig in den Bereichen Sozialpolitik, Kultur und gesellschaftspolitischen Themen, wie auch wir uns eines gestellt haben. Eileen Mägel, ich darf Ihnen das Wort übergeben.

Eileen Mägel: Vielen Dank, Matthias Eisel, für diese freundliche Vorstellung. Ich habe mich sehr gefreut, dass ich eingeladen wurde, Sie durch dieses Podium „Die SED als zentrales Staatsorgan, Machtausübung in über 40 Jahren SBZ/DDR“ zu führen. In Vorbereitung dieser Veranstaltung musste ich mir erst noch einmal bewusst machen, wie das eigentlich war mit nur einer Partei als zentrales Staatsorgan. Heute hat man das Gefühl, dass ständig neue Parteien meinen, sie müssten Alternativen bieten. Das werden wir vielleicht in den nächsten anderthalb Stunden gemeinsam herausfinden. Ihre Fragen sind natürlich herzlich willkommen.

Zunächst möchte ich Ihnen unsere Gäste noch einmal vorstellen, den einen oder anderen werden Sie kennen. Unser erster Gast ist in Potsdam geboren, hat 2009 das Bundesverdienstkreuz erhalten und war bis 2015 Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig. Herzlich willkommen, Prof. Dr. Rainer Eckert.

Unser zweiter Gast stammt aus Halle. Er hat an der Humboldt-Uni zu Berlin Geschichte studiert und war dann wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Seit 2005 leitet er das DDR-Museum in Berlin. Herzlich willkommen, Stefan Wolle.

Der Gast an meiner Seite ist in Jena geboren, ursprünglich hat er mal Facharbeiter für Bibliothekswesen gelernt, dann Philosophie in Berlin studiert. Er war Mitbegründer des Bündnisses 90. Heute arbeitet er als freier Autor und ist auch für die Heinrich-Böll-Stiftung tätig. Herzlich willkommen, Wolfgang Templin.

Wenn man über die SED als zentrales Staatsorgan reden will, dann tut man das am besten, wenn man Menschen fragt, die aus dieser Zeit persönliche Erfahrungen mitbringen. Meine erste Frage, Prof. Dr. Rainer Eckert, geht an Sie. Wenn man Sie heute nach Ihren Erfahrungen mit der SED fragt, müssten Sie eigentlich sagen: Ich hab keine, ich war kein Mitglied, aber gefragt haben Sie mich immer wieder. Stimmt's?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Das muss ich ein bisschen weiter erzählen. Ich war Jungpionier, noch aus Überzeugung wie sehr viele, FDJler dann nur noch, um Abitur machen zu können, und bin später aus der FDJ ausgeschlossen worden. Das war im Rahmen einer Relegation von der Humboldt-Universität. Stefan Wolle und ich waren Kommilitonen, wir sind beide relegiert und zur „Bewährung“ in die Produktion geschickt worden, dort habe ich drei Jahre arbeiten müssen. Danach war ich

wissenschaftliche Hilfskraft an einem Akademieinstitut für Geschichte und bin dort dreimal gefragt worden, ob ich in die SED eintrete. Einmal auf dem Betriebsfest in der Ost-Berliner „Hafenbar“ in der Friedrichstraße, die jetzt gerade abgerissen wird. Das zweite Mal dann von einer Kollegin – mehr im Vorbeigehen – im Institut und ernsthafter wiederum im Institutsgebäude von einer weiteren Kollegin, der Parteigruppenorganisatorin der Abteilung, in der ich arbeitete. Sie begründete auch, warum man als Wissenschaftler in der DDR Mitglied der SED sein müsse – auch wenn ich nur Hilfswissenschaftler war. Sie sagte, nur ein Marxist könne Wissenschaftler sein, weil uns lediglich der Marxismus die Möglichkeit gebe, die Wirklichkeit zu erkennen. Als marxistischer Wissenschaftler müsse er dann aber auch Mitglied der marxistischen „Kampfpartei“ sein. Wer nicht in der SED, also kein Marxist sei, könne folglich auch kein Wissenschaftler sein. Das schien mir nicht ganz schlüssig zu sein, ich habe mich jedenfalls nicht überzeugen lassen. Spätestens mit der Friedlichen Revolution habe ich ja schließlich Recht bekommen.

Eileen Mägel: Das hat viele meiner weiteren Fragen beantwortet, ich würde trotzdem noch mal nachfragen: Sie haben begonnen, Geschichte zu studieren, dieses Studium aber abgebrochen. Dazu geführt haben Sie Ereignisse, die sich damals in Prag abspielten. Was ist da genau passiert?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Prägend waren für mich verschiedene Dinge. Mein Vater war überzeugter Kommunist, ist aber sehr früh gestorben, ich war fünf Jahre alt, er spielte daher keine große Rolle. Unsere Familie war gespalten. Meine Großeltern lebten in West-Berlin. Ich war das einzige Enkelkind, durfte sie aber nach 1961 nicht wiedersehen. Mein Großvater ist gestorben, bevor West-Berliner wieder in Ost-Berlin einreisen konnten, meine Großmutter habe ich noch gesehen. Ich habe den 13. August 1961 als Elfjähriger in Berlin miterlebt. Wir wollten morgens unsere Großeltern besuchen und mussten von Potsdam nach Ost-Berlin fahren. Da habe ich diesen Hass erlebt, der wegen der Absperrung von Berlin auf den Straßen herrschte. Niemand konnte es glauben, alle sagten, das halten die nicht durch, in ein paar Wochen greifen die West-Alliierten ein. Aber es passierte nichts. Das war das erste prägende Erlebnis.

Das zweite war 1968, das Jahr der Hoffnung auf einen Reformsozialismus, der hing auch ich an. Ich war der Meinung, es sei möglich, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen. Ich habe den 21. August in Prag erlebt, die Soldaten des Warschauer Pakts auf den Straßen, die Verzweiflung der Menschen. In diesem Moment war klar, dass diese Reformhoffnung gescheitert war. Trotzdem bin ich sie im Grunde genommen, und das geht uns allen im Podium – glaube ich jedenfalls – ganz ähnlich, bis 1989 nicht ganz losgeworden. Das unterscheidet uns auch ganz

stark von unseren mittel- und osteuropäischen Freunden, die einen radikaleren Schnitt gemacht haben, ich habe das später in Prag und in Polen erlebt. Meine Hoffnung war 1968 gescheitert und trotzdem dachte ich, vielleicht gibt es doch irgendwann noch einmal die Chance auf eine reformatorische Veränderung in der DDR.

Eileen Mägel: Sie haben dann sogar Berlin-Verbot erhalten?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Die Relegation von der Humboldt-Universität ging mit einem bestimmten Ritual vor sich. Als Erstes musste man aus der FDJ ausgeschlossen werden oder aus der SED, sofern man Mitglied war, denn aus politischen Gründen durfte kein FDJ- oder SED-Mitglied relegiert werden. Erst stimmte die Seminargruppe – wir waren zwölf Studenten und es gab noch nicht diese freie Studienform wie heute – über die Entlassung aus der FDJ ab. Wir waren zu viert, die relegiert wurden, und das Interessante an diesem Verfahren war, dass alle außer mir ihrer eigenen FDJ-Entlassung zustimmten. Sie haben zugestimmt, weil sie später irgendwann mal wieder studieren wollten. Deshalb haben sie die Kritik angenommen und die Hand zu ihrem Ausschluss gehoben. Ich habe dagegen gestimmt. Hinter mir saß mein Kommilitone Ulrich Geyer, der spätere Mitbegründer des Unabhängigen Historikerverbandes der DDR, ein Archivar, und sagte: „Stimm doch zu, mach dir doch nicht noch weitere Schwierigkeiten.“ Ich konnte nicht.

Die nächste Stufe war die Relegation von der Universität mit der Bewährung in der Produktion ohne zeitliche Begrenzung. Es war also offen, ob das mit einem Studium jemals wieder etwas wird. „Netterweise“ hat die Humboldt-Universität auch die Stadtverwaltung informiert, dass meine Aufenthaltsgenehmigung für Ost-Berlin erloschen sei. Als Potsdamer konnte ich in Berlin nur wohnen, wenn ich arbeitete oder studierte. Deshalb lebte ich dann in einem zweiten Hinterhaus, unerkannt, wie ich dachte. Wie ich später erfuhr, war die Stasi genau im Bilde, was ich da trieb. Ich hatte nur gedacht, sie hätten mich aus den Augen verloren. Und dann hat die Universität noch an die Nationale Volksarmee geschrieben, dass diese mich doch jetzt einziehen könne, da ich kein Student mehr sei. Das ging jedoch nicht, weil ich aus gesundheitlichen Gründen ausgemustert wurde.

Als Drittes erließ die Humboldt-Uni ein Hausverbot gegen mich. Als ich später im Fernstudium zu Ende studierte, nach zwei Jahren Bewährung in der Produktion, durfte ich das Gebäude nicht betreten. So musste ich mein Studium in den Räumen der Staatlichen Archivverwaltung in Potsdam absolvieren und gleichzeitig in einem Baubetrieb arbeiten.

Das waren die drei flankierenden Maßnahmen. Dazu kam die Stasi-Überwachung, „Operativer Vorgang Demagoge“, aber das ist eine andere Geschichte.

Eileen Mägel: Ich habe noch eine letzte Frage in diesem biografischen Zusammen-

hang. Sie sind später dann doch zur Akademie der Wissenschaften der DDR gekommen, nachdem Sie sich eine Weile lang auf dem Bau durchgeschlagen haben. Man hat Sie versucht zu überzeugen, in die SED einzutreten, Sie haben es aber nicht getan. Trotzdem waren Sie an der Akademie der Wissenschaften. Wie ging das?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Zwischendurch lag der Anwerbungsversuch der Staatssicherheit. Ich bekam so eine allgemein bekannte graue Karte, ich solle mich bei der Volkspolizei melden, zur Klärung eines Sachverhalts. Ich ging in das Polizeirevier – dort empfingen mich zwei finstere Herren, Offiziere der Staatssicherheit, ihre Namen kenne ich inzwischen, da meine Akten bei der Einsicht nicht geschwärzt waren. Es war ein langes Verhör, das mehrere Stunden dauerte, dann sagten sie, meine Lage sei hoffnungslos, es gebe zwei Möglichkeiten: „Drei Jahre Zuchthaus wegen Spionage (die Strafe stand interessanterweise schon fest) oder Sie machen Ihre Vergehen wieder gut, Sie arbeiten für uns, dann folgt eine steile Karriere. Sie werden bald wieder studieren können, Professor werden, Westreisekader, wir geben Ihnen das alles.“ Ich habe meinen ganzen Mut zusammengenommen und gesagt, ich müsse erst mal mit meinem Pfarrer drüber sprechen, mit dem Bischof vielleicht auch. „Dekonstruktion“ würde man heute dazu sagen, damals war das eher gefühlsmäßig. Und ich sagte: „Außerdem lehne ich es aus moralischen Gründen ab, mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenzuarbeiten.“ Ich hatte sogar den Mut, das schriftlich zu machen. Das ist in den Akten erhalten, deshalb kann ich es so unbefangen erzählen. Der damaligen Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Marianne BIRTHLER, erzählte ich einmal davon und sie sagte, es sei ganz selten, dass so ein Schreiben erhalten ist.

In diesem Augenblick dachte ich eigentlich, so, jetzt Handschellen und ab nach Bautzen, aber das war nicht der Fall. Die Offiziere guckten mich finster an und sagten: „Tja, wenn Sie nicht wollen, das finden wir nicht gut. Und moralische Gründe, das ist natürlich für uns beleidigend. Sie können gehen, aber wir garantieren Ihnen, Sie werden in der DDR nie wieder Boden unter die Füße bekommen. Sie werden nie wieder beruflich aufsteigen, Karriere machen können.“ Ab in die Arbeitslosigkeit und dann in den Baubetrieb.

Das änderte sich jedoch dadurch, dass mich der „Wasserstraßenbau“ wieder zum Studium delegierte. Es war ein Spezifikum des SED-Staats: Jetzt delegierte mich die Arbeiterklasse zu einem Studium. Die Universität, die nicht zur herrschenden Klasse gehörte, konnte schlecht nein sagen, wenn die herrschende Klasse meinte, ich solle wieder studieren.

Nachdem ich das Studium abgeschlossen hatte, kam Ulrike Poppe, die die meisten hier als Bürgerrechtlerin kennen werden, ins Spiel, die ich aus Berliner Oppositions-



zusammenhängen kannte. Deren Vater war Abteilungsleiter im Zentralinstitut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften. Sie sprach mit ihrem Vater, und er hat mich angestellt. So kam ich zurück in die Wissenschaft, erst in die Bibliothek, dann habe ich 14 Jahre lang bibliografische Arbeiten geleistet. Alles, was ich wissenschaftlich gemacht habe, Promotion und so weiter, musste ich nebenbei abends und am Wochenende schaffen. Und so bin ich der „Schrecken“ meiner heutigen Studenten, wenn ich sage, ich habe meine Doktorarbeit in knapp zwei Jahren abends geschrieben. Heute brauchen manche Studenten ja mehrere Stipendien und sieben Jahre. Das hören die gar nicht gern. Es war aber möglich.

Eileen Mägel: Herr Templin, auch Sie waren am Zentralinstitut für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Auch Ihnen hat man zahlreiche Anwerbungsversuche angetragen. Sie sind irgendwann in die SED eingetreten.

Wolfgang Templin: Bei mir war das deutlich anders. Sie werden die Kontraste sehen, die sich in und um die SED abgespielt haben. Ich bin im Sommer 1968, da

war ich knapp 20, aus der DDR-Provinz Jena nach Ost-Berlin gekommen. Ich hatte gerade den Abschluss als Bibliotheksfacharbeiter gemacht und mich zog es nach Ost-Berlin, das war aber gar nicht so einfach. Studienplatz selber aussuchen ging in der Regel nicht, Berlin hatte außerdem Zuzugsbeschränkungen.

Ich hatte aber das Glück, auf eine gerade neu eröffnete Fachrichtung zu stoßen, nämlich die Fachschulebene auf dem Gebiet Information und Dokumentation. Die gab es nur in Berlin. Weil die so neu war, suchten sie noch Studenten. Ich konnte meinen Ausbildungsbetrieb, die Universitätsbibliothek Jena, überzeugen, dass sie mich nach dem Facharbeiter direkt nach Ost-Berlin ließen. Ich wollte den sorgenden Armen meiner Mutter und der Provinz Jena entfliehen. Ost-Berlin war mit und trotz Mauer ein spannender Mikrokosmos, viel intensiver als die Ecke, aus der ich kam.

Die Zeit in Jena, vor allem die letzten Jahre in der Bibliothek, waren sehr prägend für mich. Ich kam aus einem Arbeiterhaushalt, wurde von zwei liebevollen Frauen, meiner Mutter und meiner Großmutter, aufgezogen, aber fern jeder klassischen Bildungssituation zu Hause. Ich hatte einen Lesehunger wie nur irgendwas. In dieser Bibliothek zu arbeiten, das war ein ungeheures Erlebnis. Was mich politisch sehr beeinflusste: Ich bin vereinzelt in der Bibliothek auf SED-Genossen der Aufbau- generation gestoßen, die sich kritisch gaben. Sie waren mehrfach angeeckt, teilten aber diesen Idealismus, dieses: Wir wollen etwas ganz anderes auf die Beine stellen, trotz aller Nachteile gegenüber dem Westen. Das wird schwierig, aber in der Perspektive haben wir die Chance dazu.

Das zusammen mit dem jungen Marx, den ich verschlang, ließ mich als einen ver- stiegen idealistischen, hoffnungstrunkenen jungen Mann aus der Provinz in Ost- Berlin ankommen. Nach der Fachschule machte ich natürlich nichts unter Phi- losophie. Ich wollte es wirklich vom Marxismus her gesehen im Kern wissen. Das führte dazu, dass ich aus Überzeugung, ohne Werbungsversuche, Mitglied der SED wurde. Nicht weil ich nicht sah, was sich vor meinen Füßen oder ringsum in der DDR abspielte. Die Verführungskraft, die mich erreichte, die sich von Generation zu Generation fortpflanzte, kann man in Biografien, Autobiografien, Tagebüchern finden, ich habe sie in der eigenen Biografie. Die Ernüchterung, die dann später ein- trat, kann jeder Nachgeborene nachempfinden.

Ich habe später Wolfgang Leonhard gelesen, ich habe mich wiedererkannt in dem jungen Wolfgang Leonhard, in dessen Weg von Gläubigkeit zu Kritik und Ernüch- terung, in seiner Konsequenz des Bruches. Es gab die Autobiografie von Heinz Brandt „Ein Traum, der nicht entführbar ist“ und die Bücher der international bekannten „Renegaten“, die ich später las: Ich habe mich in der Phase meiner Über-

zeugung – und die konnte für viele SED-Mitglieder eine wichtige Rolle spielen – in der Identifikation mit der SED befunden.

Es gab die Opportunisten, es gab die Karrieristen, es gab die Zyniker, die sich aus verschiedenen Gründen in diese Partei hinein bewegten, zum großen Teil auch drin blieben, aus ganz rationalen Gründen. Und es gab die anfänglich Überzeugten wie mich.

Ich brauchte vier Jahre ungefähr, die Dauer meines Studiums, um gründlich desillusioniert zu werden. Ich hatte dann auch Kontakte zu kritischen Kommilitonen, denen ich wirklich vertraute, wir hatten so eine kleine Lese- und Debattiergruppe, die sich ganz schnell in einen linken Konspirationskreis verwandelte. Kontakte zur Staatssicherheit, die ich ebenfalls aus Überzeugung einging, hatte ich dann schon hinter mir, weil ich mich in dieser Gruppe, wie man so schön sagt, dekonspirierte.

Eileen Mägel: Darf ich mal einen ganz kurzen Schnitt machen? Ich finde es ganz toll, wie Sie diesen Kontrast geschildert haben, weil man hier schon sieht, genau wie Sie es eingangs geschildert haben, welche verschiedenen Wege und Strukturen es gab. Und welche verschiedenen Rollen die SED auch in verschiedenen Biografien spielte. Wir gehen gleich mal etwas voran: In den 1980er-Jahren haben Sie es zu einem der gefährlichsten Feinde der SED gebracht. Wie haben Sie das geschafft?

Wolfgang Templin: Zwischen dem Zeitpunkt, den ich jetzt geschildert habe, Mitte der 1970er-Jahre, und dieser Rolle in der Opposition beim Aufbau der dann doch wichtigsten Vorläufergruppe von 1989, der Initiative Frieden und Menschenrechte, zu deren Gründungsmitgliedern ich gehörte, liegen zehn Jahre. Diese zehn Jahre waren ein Weg mit Fragezeichen, inneren Krisen und Auseinandersetzungen. Ganz entscheidend in dieser Phase war Polen. Das ist etwas, das mich zutiefst mit Roland Jahn verbindet. Er hat seine Solidarnosc-Phase, für mich begann das einige Jahre früher.

Ich hatte noch die Chance zu einem Zusatzstudium in Polen, das war 1976/77. Die zeitgeschichtlich ganz Präsenten unter Ihnen werden wissen, vier Jahre vor Solidarnosc, das war das Jahr der erneuten großen Krise, das Komitee zur Verteidigung der Arbeiterrechte. Ich habe dieses Jahr in Polen erlebt und mit meinen Voraussetzungen und meiner inneren Distanz und Kritik gemerkt: Du musst dich entscheiden. Ich wusste, was ich mal als Hoffnung hatte, gab es in der Realität nicht. Diese Realität musste sich, wenn sie besser sein wollte, grundlegend ändern. Wie? Große Frage.

Ich hatte den Marxismus schon halb hinter mir, wollte auch keine neue Ideologie – es gab ja auch Leute, die haben sich dann an Rudolf Bahro oder den Trozismus geklammert, – ich merkte, es geht um den offenen Weg. Es geht um die Auseinander-

setzung mit der eigenen Bindung, die ich ja vorher hatte. Wie kann ich diese Lösung nicht nur für mich zustande bringen, sondern wie kann ich meine inneren Erfahrungen aus diesem Parteileben an andere weitergeben. Wie schaffe ich daraus die Motive, dass wir aus der Friedensbewegung und den kleinen Kreisen, die ich dann erlebte, etwas zustande bringen, das dem Anspruch einer politischen Opposition in der späten DDR nahekommt. Das Riesenbeispiel Polen vor Augen, wusste ich zugleich, das ist uneinholbar, wir haben eine andere Situation. Das Trauma von 1953, die vier Millionen, die weg sind, die wirken. Ich wusste, wir müssen uns neu erfinden und würden auf viel kleinerer Ebene etwas zustande bringen müssen. Das trat dann Gott sei Dank ab Mitte der 1980er-Jahre ein.

Eileen Mägel: Sie sind dann auch aus der SED ausgeschieden?

Wolfgang Templin: Das ist einer der für das Thema SED interessantesten Punkte. Ich hätte, wenn ich meiner eigenen inneren Lösung konsequent treu geblieben wäre, acht bis zehn Jahre früher aus der SED austreten sollen, so Mitte der 1970er-Jahre. Ich hatte Freunde, die mich bestürmten, die wussten, wie weit ich eigentlich schon weg war, die sagten: Bleib drin, du musst dich nicht einfügen, aber halte einen gewissen Außenposten besetzt, damit wir nicht alle draußen sind. Die setzten darauf, dass man im Innern vielleicht mehr Informationen bekommen oder etwas bewirken konnte. Das war ein Argument, das für mich damals zählte, obwohl ich es im Nachhinein für unrealistisch halte.

Ich bin auf anderem Wege als Rainer Eckert dann auch zur Akademie der Wissenschaften gekommen. Das klingt so toll, aber genauer besehen hatte diese staatliche Akademie der Wissenschaften, mindestens unser philosophisches Institut, ungefähr fünf Stockwerke. Oben saßen die Kader, darunter die Karrieristen, dann die Mitläufer, und ich saß mit einigen anderen auf der untersten Etage, unter denen, die man bäugte. Über mich wurden schon Akten angelegt, aber das Prinzip – und das ist ganz wichtig für die spätere SED – war: Man kann Leute, die danebengetreten sind, selbst die, die aus politischen Gründen inhaftiert waren, nach genügend langer Bewährung wieder reinnehmen. Die kriechen dann zu Kreuze und sind ein abschreckendes Beispiel für die anderen, dass sie solche Ausbruchversuche nicht unternehmen. Ich hatte an meinem Philosophieinstitut an der Akademie zwei bis drei Leute, ältere, die in den 1950er-Jahren aus politischen Gründen eingesessen hatten, als Intellektuelle. Die wollten in dieser intellektuellen Sphäre bleiben, kamen nach Produktionsbewährung und anderem auf mittlerer Ebene ins Institut zurück und erzählten Leuten wie mir, hör auf zu rebellieren, das bringt nichts, die Partei ist stärker, die Partei hat Recht, füg dich ein. In DDR-Fachkreisen war unser Institut, mit Prof. Manfred Buhr als Direktor, als „Sibirien der Philosophie“ berüchtigt.

Dass ich die nachträgliche Anpassung nicht konnte und wollte, hatte sicher mit meiner Natur und stärkeren Lebenserfahrungen außerhalb dieses Instituts zu tun, den Ost-Berliner alternativen Kreisen, auch den Friedens- und Gemeindegruppen und eben – lebensentscheidend für mich – mit Polen.

Eileen Mägel: Über die Initiative für Frieden und Menschenrechte (IFM) werden wir wahrscheinlich nachher noch sprechen. Nur eine letzte biografische Frage, bevor wir zur Herrn Wolle kommen. 1988 große Demonstration in Berlin. Sie sind verhaftet worden und wurden wenig später abgeschoben, gemeinsam mit Bärbel Bohley unter anderem. Das war eigentlich nicht das, was Sie gewollt hatten.

Wolfgang Templin: Das war weiß Gott nicht, was ich gewollt hatte. Wir hatten ein Ziel in der 1985 begründeten IFM: Wir machten etwas, das bisher vielen anderen unmöglich schien. Wir traten öffentlich auf, wir waren nicht konspirativ. Wir haben eine eigene Zeitschrift herausgegeben, die natürlich im Untergrund erschien, aber die Redaktion und der Herausgeber waren bekannt. Wir haben in Kirchen und Privatwohnung Bildungsveranstaltungen organisiert, wir haben Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, wir hatten internationale Kontakte trotz Reiseverbot. Es ging aber über Kuriere und Umwege. Wir hatten auch Kontakte zu westlichen Medien, schrieben dort unter eigenem Namen. Ich selbst jahrelang für die Westberliner TAZ. Etliche Leute sagten, ihr seid verrückt, die werden euch im Handumdrehen einstecken. Das wäre 10, 15 Jahre früher auch passiert, aber wir lebten in der DDR der 1980er-Jahre. Die Machthaber mussten die ganze Zeit abwägen, was passiert, wenn sie eine solche Gruppe frontal hochnehmen. Wir setzten auf das Prinzip „Öffentlichkeit schützt“, und das hat uns zwei bis zweieinhalb Jahre gehalten. Wir hatten eine sehr intensive Gruppenarbeit und wurden damit kollektiver Staatsfeind Nummer eins. Nachdem Honecker dann in Bonn war und der Roten Teppich wieder eingerollt wurde, genau in diesem Herbst 1987 gewannen die Falken oben die Vorhand, die setzten sich durch und sagten, so, die Köpfe weg. Das war dann die Gruppe um Bärbel Bohley, die auch mich betraf.

Und jetzt ist die Wortwahl wichtig, auf die ich sehr viel Wert lege, weil wir bis in die juristischen Auseinandersetzungen der Gegenwart Präzedenzfälle schafften: Wir sind nach allgemeinem Verständnis abgeschoben worden, was eigentlich heißt, dass man dann Bundesbürger wurde. Wir haben aus guten Gründen darauf bestanden, DDR-Bürger zu bleiben und die Rückkehrmöglichkeit zu haben, wenn wir schon zwangsweise die DDR verlassen mussten. Ich wäre in Hohenschönhausen geblieben, wurde aber mit der Verhaftung meiner Frau und der Heimeinweisung der Kinder konfrontiert. Ähnlich war es bei einer Reihe anderer Verhafteter. Unter dieser massiven Erpressung willigten wir ein zu gehen. Aber wir sagten, wir gehen nur,

wenn wir als DDR-Bürger gehen, bleiben und zurückkehren können. Das klang so verrückt, dass uns die Gegenseite das fast nicht glauben wollte. Die waren aber in der Zwangslage, die mussten uns so schnell wie möglich rausbringen, weil draußen die Demonstrationen immer stärker anschwellen. Unsere Rechtsanwälte, als einziger Kontakt zur Außenwelt, wurden von der Gegenseite in Dienst genommen. Sie drangen auf uns ein, wir sollten uns darein fügen.

So kam ein ganz eigenwilliger Kompromiss zustande, der uns mit DDR-Pässen in der Bundesrepublik sein ließ, während die Repressionen weitergingen. Wir hatten das Staatsgebiet der DDR verlassen, es gab aber Maßnahmepläne gegen uns, die im Westen umgesetzt wurden. Bspitzelung, Bedrohung, Manipulationen in unserer Umgebung setzten sich fort. Das heißt, wir sind als DDR-Bürger anderthalb Jahre in der Bundesrepublik geblieben und dann Ende 1989 zurückgekehrt. Heute würde ich sagen, eine unschätzbare Zeit des Vergleichenkönnens. Insgesamt bin ich der Meinung, diese Entscheidung, die Pässe hochzuhalten und im Westen Teil der DDR-Opposition zu bleiben, als politische Emigranten, hatte Sinn.

Eileen Mägel: Wolfgang Templin, danke für diesen biografischen Abriss. Stefan Wolle, auch Sie haben Geschichte an der Humboldt-Uni studiert und sind zeitweilig von diesem Studium ausgeschlossen worden. Was ist da passiert?

Dr. Stefan Wolle: Das war vollkommen analog mit der Biografie von Rainer Eckert, wir sind ein Jahrgang übrigens. Der Bruch war für mich auch der 21. August 1968. Wir waren gerade 17 oder 18 geworden. Es war derart empörend, was da in Prag passierte, dass man das Gefühl hatte, man muss etwas dagegen tun, durchaus auch geprägt von jugendlichem Leichtsinn. Wir waren in der zwölften Klasse der Oberschule, es gab Auseinandersetzungen und ich rechnete fest damit, dass sie mich von der Schule schmeißen. Aber das passierte nicht. Für mich ist es auch strukturell interessant, denn damals schon, bei allem Gefühl, innerlich gegen diesen Staat zu sein, dieses System und für den demokratischen Sozialismus und für Dubček, war es ein Weg voller Inkonsequenzen, voller teilweise verständlicher, teilweise auch fauler Kompromisse. Im Grunde hat dieser Weg 21 Jahre gedauert über all diese Schwierigkeiten und Konflikte hinweg.

Es gab dann an der Universität wieder ähnliche Schwierigkeiten. Ich hatte eine zu große Klappe und konnte meine Ironie nicht immer zügeln, wurde denunziert. Es gab diese unsäglichen FDJ-Versammlungen mit all diesem widerlichen Opportunismus und all diesen kleinlichen und ekelhaften Denunziationen, das haben wir parallel alles erlebt, zur gleichen Zeit. Dann habe ich mich „freiwillig verpflichtet“, mich in der Produktion zu bewähren, was von der Sache her ein kluger Schachzug war, denn dadurch habe ich das Relegationsverfahren vermieden und konnte nach



einem Jahr mit einer fabelhaften Beurteilung von meiner Brigade aus dem Transformatorwerk Schöneweide wieder bei der Universität antanzen, die haben mich auch wieder genommen.

Da spielte eine Rolle, was Wolfgang Templin sagte: Die DDR hatte immer so einen furchtbar pädagogischen Anspruch. Die wollte alle Welt immer erziehen. Und für sie gab es natürlich nichts Schöneres, als wenn das „schwarze Schaf“ zurück zur Herde kehrt, fein weiß gewaschen, am Busen der Arbeiterklasse aufgepäppelt, jetzt den richtigen Klassenstandpunkt vertritt und die richtige ideologische Anschauung, um sich wieder in die Herde einzureihen. Das war ein gutes pädagogisches Beispiel, da waren die Herren von der Parteileitung auch stolz drauf. Sie konnten sagen, der Herr Sowieso hatte ideologische Schwierigkeiten – wie es immer so schön hieß –, aber jetzt ist er auf dem rechten Wege. Das war natürlich ein ganz widerlicher Kompromiss. Ich bin da angetanzt und habe meine Rolle gespielt. Es gab eine Kommission, von der ich gefragt wurde: Wie ist denn das nun mit Ihren ideologischen Schwierigkeiten, wie haben Sie die denn überwunden. Ich sagte, ja selbstverständlich, ich bin vollkommen auf der Basis des Marxismus-Leninismus. Ich habe die Floskeln runtergebetet, die sie hören wollten. Sie wussten natürlich auch, dass das Schwindel war, und ich wusste, dass sie es wussten. Das war wie ein Theaterstück, wir haben es gemeinsam aufgeführt und dann war es gut.

Denn ich wollte in der Tat studieren, das war für mich wichtig. Ich bin diesen Kompromiss eingegangen, um ins Studium zu kommen, das hat dann auch funktioniert. Ich will aber die Pointe der Geschichte nicht verschweigen. Dieser Beamte, der diese Kommission geleitet hat, um meine ideologische Sittenreinheit festzustellen, ein Dozent der Humboldt-Universität, ist einige Wochen später von einer Dienstreise aus dem Westen nicht zurückgekehrt, wurde also republikflüchtig.

Für Außenstehende ist das vielleicht merkwürdig, aber es zeigt, dass in der DDR jeder mit so einer Maske rumgelaufen ist. Man hat sie gelegentlich ein bisschen gelüftet, man hatte auch so kleine Erkennungssignale untereinander. Wir haben viel diskutiert, auch über die Frage, die Rainer Eckert angesprochen hat: Wird es denn nun überhaupt nichts mit dem Sozialismus oder gibt es eine Chance für einen demokratischen Sozialismus? Wollen wir wirklich den Kapitalismus, wollen wir die bürgerliche Demokratie oder eine Räte-demokratie? So wurde viel diskutiert, aber dazu musste man einander erkennen. Das ist im Großen und Ganzen die Biografie, alle diese Halbheiten und Kompromisse wiederholten sich immer wieder.

Eileen Mägel: Hat die ideologische Sittenreinheit dann auch zum Eintritt in die SED geführt?

Dr. Stefan Wolle: Ich weiß nicht, ob man stolz drauf sein oder sich schämen soll: Ich bin nie gefragt worden.

Eileen Mägel: Das Schaf war zu schwarz.

Dr. Stefan Wolle: Im Nachhinein war ich fast ein bisschen beleidigt, ich bin auch nie von der Stasi angeworben worden. Als ich dann hörte, dass nur die Besten und die Fähigsten beim MfS waren, hab ich mich bisschen geschämt. Ich hätte so gerne mal abgelehnt, Ihnen ihre ganze menschliche Niedrigkeit richtig ins Gesicht geschleudert. Ich weiß nicht, wie ich mich verhalten hätte. Ich hätte wahrscheinlich wieder so ein seltsames „mal sehen“ und „mal abwarten“, „ich muss es mir überlegen“ erwidert, so wie ich mich selber kenne. Ich kenne verschiedene, bei denen hat das geklappt, die hatten zwei, drei Bewerbungsgespräche und wurden dann in Ruhe gelassen.

Zwei Dinge sind noch strukturell interessant, das eine: Niemand wurde gezwungen, in die SED einzutreten. Man konnte auch leben, ohne in der Partei zu sein, gerade bei der Akademie der Wissenschaften, die ja auch ein Sammelsurium war: Gescheiterte Typen, die schon dies und das auf dem Kerbholz hatten, nicht nur politische Sachen. Das Zweite: Man konnte in der Regel auch Anwerbungsversuche des MfS einfach ablehnen. Es stimmt nicht generell, was ich sage, aber im Großen und Ganzen hat das MfS keine Druckwerbung, wie es im Jargon hieß, gemacht. Sondern die brauchten ja die Leute und haben, wenn sie nicht was ganz Spezielles

wollten, darauf verzichtet, wenn jemand nein sagte. In der Regel hatte das keine Auswirkungen auf die weitere Laufbahn. Natürlich gab es eine gewisse Grenze. Sie können mir sofort mit Gegenbeispielen kommen, aber im Großen und Ganzen konnte man leben. Das ist wichtig, das im Westen und jungen Leute zu sagen: Man konnte leben, ohne in der SED zu sein. Man konnte auch leben, ohne Stasi-Spitzel zu sein oder Mitarbeiter, es ging alles. Es war nicht immer einfach, und es war ein Eiertanz, aber es ging schon.

Eileen Mägel: Ich kann das mal bestätigen. Ich bin auch zweimal gefragt worden und habe zweimal nein gesagt. Aber ich konnte das auf meine Jugend schieben. Eine letzte biografische Frage habe ich noch an Sie, Stefan Wolle. Von 1998 bis 2000 waren Sie Referent in der Stiftung Aufarbeitung für die SED-Diktatur. Haben Sie da Dinge gesehen und erfahren, von denen Sie nicht geglaubt hätten, dass es sie so gegeben hat in der SED-Diktatur?

Dr. Stefan Wolle: Da war die Zeit interessanter, die ich direkt bei der Auflösung des MfS mitgemacht habe. Ich war von Anfang an mit dabei, zusammen mit meinem Freund und Kollegen Armin Mitter. Seit dem 15. Januar 1990 waren wir mitten im Getümmel, mitten im Geschäft, und da war fast alles neu für uns. Wir wussten damals so gut wie nichts. Wir sind hineingestolpert, waren beide überhaupt keine Zeitgeschichtler, sondern hatten uns mit früheren Epochen der Geschichte beschäftigt. Wir sind da hineingekommen, ohne etwas über die Staatssicherheit zu wissen. Wir haben über alles nur gestaunt. Die schlimmsten Gerüchte und Erwartungen sind durch die Realität noch übertroffen worden.

Vor 1989 gab's ja die sogenannte „Stasi-Macke“. Also wenn Leute überall die Stasi vermuteten. Jedes Mal, wenn das Telefon knackte, und es knackte oft bei der Technik damals, haben Sie gemutmaßt, dass sie abgehört werden, dass überall Wanzen seien und Spitzel und so weiter. All diese Erwartungen und geradezu paranoiden Vorstellungen sind von der Realität sämtlich übertroffen worden. Kein Mensch der Welt hat gewusst, wie gigantisch dieser Apparat war, welche irrsinnigen Massen von Material die Staatssicherheit aufgehäuft hat. Abgesehen von vielen Einzelheiten, die noch hinzukamen. Zum Beispiel hat sich keiner vorstellen können, wie eng die Verbindung zu den Linksterroristen im Westen war, und vieles, vieles andere. Die Episode in der Stiftung hingegen, die ich sehr schätze, war eher marginal in dem Zusammenhang.

Eileen Mägel: Wir wollen mal weg von den persönlichen Biografien ...

Prof. Dr. Rainer Eckert: Kurze Anmerkung zur Akademie der Wissenschaften: Sie müssen verstehen, was wir alle drei erzählt haben. Die Akademie war liberaler als die DDR-Universitäten, was viele so nicht wissen. Das hat den ganz einfachen Grund,

dass die Akademiemitarbeiter keine Lehrtätigkeit ausübten und damit keine Studenten beeinflussen konnten. Professoren an der Uni schon, da wurde stärker und schärfer hingeblickt. An den Akademieinstituten waren viele zur Rehabilitation bis hin zu ehemaligen politischen Häftlingen.

Dr. Stefan Wolle: Man konnte ganz gut überwintern in so einer Akademie. Wollen wir es mal nicht dramatisieren. Es war schon keine schlechte Position da.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ja, aber auf der anderen Seite, in der Spätphase des Instituts für deutsche Geschichte waren die jüngeren Mitarbeiter in zwei Kategorien eingeteilt. Kategorie I waren alle, die in der SED waren, darunter wissenschaftlich total ungeeignete Kollegen. Kategorie II waren alle, die nicht in der SED waren, darunter auch viele untauglich, und ich. Ich war Kategorie II. Kategorie I bedeutete förderungswürdig im Sinne der Stasi, II bedeutete, aus dem wird nie was werden, der hat einfach keine Chance. Das muss man auch mal bezogen auf die Akademie sagen.

Dr. Stefan Wolle: Auch als Kategorie II konnte man noch ganz gut leben.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Man konnte ganz gut leben, aber man konnte vieles andere nicht ...

Eileen Mägel: Ich würde gern Herrn Templin abschließend zu dieser Thematik zu Wort kommen lassen.

Wolfgang Templin: Um das Thema bzw. die Überschrift des Themas zu ergänzen, das ist aus den Beiträgen jetzt deutlich geworden: Bei den allermeisten SED-Mitgliedern, die ich kannte und kennenlernte – mich eingeschlossen –, war von Machtbeteiligung überhaupt keine Spur. Die Macht, die natürlich mit der SED verbunden war, spielte sich auf ganz anderen Etagen ab. Das waren die Nomenklaturkader, die höhere und mittlere Funktionärsschicht. Da ging es um Macht und da ging es auch um die Fähigkeit zur massiven Repression. Die Menge der unteren Parteimitglieder in diesen drei Millionen hatte höchstens minimale Privilegien.

Der Grund dafür, dass man nach einer solchen großen Anzahl strebte, waren nicht etwa die an der Macht zu Beteiligten. Sondern die andere, ganz entscheidende Funktion der SED war Kontrolle und diese Art perverser Erziehungsbemühung. Diese Pädagogik: Solange wir sie drin haben, bleiben sie vielleicht doch noch bei der Stange. Und Kontrolle: Jede Ebene kontrollierte die andere. Berichte wurden – und zwar auch schon halb konspirativ, da durfte der eine nicht wissen, was der andere schrieb – von den unteren über die höheren Ebenen geschrieben. Das war eine Art kollektiver Verblödung, der Einzelne sollte noch etwas daran finden, was es gar nicht mehr hergab.

Und dann gibt es das Märchen, im Grunde genommen hätten sie alle nicht mehr daran geglaubt. Da rate ich zur Vorsicht. Lange genug dabei zu sein und innerlich

dieses Widerstandsgen nicht mehr zu haben, das führt zu einer Art, sich dem zu überlassen: Man glaubt zwar nicht mehr positiv daran, aber meint irgendwie, das läuft, und für mich läuft es nicht so schlecht, also bin ich dabei. Das hat diese DDR auch mit so lange am Leben erhalten.

Eileen Mägel: Sie haben mir eine gute Brücke gebaut, ich würde nämlich jetzt gern zur Geschichte kommen. Wir wollen ja über 40 Jahre SED-Zeit reden und würden bei den Anfängen beginnen. Die SED stand nach ihrer Gründung massiv unter dem Druck der sowjetischen Besatzungsmacht. 1948 strebte man die Umwandlung in einen Partei neuen Typus an, Vorbild war der Leninismus. Wie viel Einfluss hatte die KPdSU tatsächlich auf die SED?

Dr. Stefan Wolle: Soll ich den Anfang machen? Das war einfach eine Anweisung der Besatzungsmacht, so deutlich muss man das sagen. Damals ist nichts ohne die Weisung aus Moskau passiert. Jede Einzelheit wurde in Moskau abgesprochen, die obersten KPD-Führer, also Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und einige andere, wurden nach Moskau zitiert, und da erklärte ihnen Stalin ganz detailliert, was zu machen sei. Da gab es keine Möglichkeit des Widerspruchs, die machten das. In der ersten Zeit war es direkter und krasser als in späteren Jahren. Da gab es keinen Druck, es war einfach eine Anweisung.

Eileen Mägel: Das wäre meine nächste Frage, Herr Eckert, ich gebe an Sie weiter: Dieser Einfluss wurde schwächer mit den Jahren?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich möchte an zwei Punkten widersprechen. Es ist natürlich richtig, was du sagst, Stefan, andererseits wollten sie gehorchen. Das waren Leute aus dem gleichen Holz, mit den gleichen Zielen. Das waren keine, die sagten: „Um Gottes Willen, was sollen wir denn jetzt schon wieder machen.“ Sondern: „Wenn Genosse Stalin das will, klar, machen wir.“ Wer war denn übrig geblieben von den deutschen Emigranten in die Sowjetunion – die Stalinhörigen. Die wollten genau das gleiche Ziel vertreten.

Die SED hatte 2,3 Millionen Mitglieder, und es wären noch viel mehr geworden. Es gibt eine neue Arbeit über die Bergakademie in Freiberg, in der nachgewiesen wird, dass es einen ungeheuren Drang von Mitarbeitern gab, die in die SED wollten, aber die man nicht aufgenommen hat, weil der Arbeiterklasse-Anteil – der sowieso schon unter zehn Prozent lag – nicht noch schlechter werden sollte. Wir können davon ausgehen, dass die SED, wenn sie alle aufgenommen hätte, die wollten, 2,6 oder 2,7 Millionen Mitglieder gehabt hätte.

Mein Eindruck – und das ist mein zweiter Widerspruch – ist, dass die meisten von denen zum einen freiwillig Mitglieder waren, zum anderen sich diesem Geheimhalteritual unterworfen haben und zum dritten die Partei geliebt haben. Mich



wundert es wirklich, dass nach der Revolution, nach der Wiedervereinigung alle sagten, wir waren drin, weil wir mussten, weil wir was erreichen wollten. Ich habe auch Leute kennengelernt, die liebten die Partei, wie sie vielleicht ihre Frau nicht geliebt haben. So ist mein Eindruck. Umso größer ist dann das „Wunder von 1989“, dass das alles wie weggeblasen ist und von den 2,3 Millionen nur 90 000 übrig bleiben.

Wolfgang Templin: Ich würde das alles unterschreiben, aber noch etwas hinzufügen. Es gibt ja so eine Art erweiterte Schutzbehauptung, auch von SED-Verantwortlichen, wie stark und wie heftig und wie drückend die Hand Moskaus gewesen sei. Da sage ich: Vorsicht. Die SED stützte sich auf eine eigene deutsche Tradition, die immer von Moskau oder der Komintern beeinflusst war, aber originär deutsche Wurzeln hatte. Die Gründung der KPD in den Wirren der Novemberrevolution folgte dem internationalen kommunistischen Anspruch: Wir stellen diese alte Welt auf den Kopf, und zwar brachial. Da bleibt kein Stein auf dem andern und wir bauen mit an der Weltrevolution. Jeder, der sich innerhalb der deutschen Kommunisten diesem Parteianspruch widersetzte und der immer engeren Bindung an die Kom-

intern, also auch an die Moskauer Zentrale, der musste ab den 1920er-Jahren daran glauben. Dafür sorgten Thälmann und seine Gefolgsleute. Das war aber originär deutsch. Und das blieb bis über die 1930er-Jahre hinaus mit Denunziationen und Selbstdenunziationen im Exil so. Ulbricht brauchte meiner Überzeugung nach keinen zusätzlichen Befehl aus Moskau, um der zu sein, der er war. Und er blieb dieser kommunistischen Grundüberzeugung „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ treu. Dieser Haltung: „Wir müssen so viele wie möglich aus dem bürgerlichen Lager herüberziehen, ob mit Locken, mit Versprechen, mit Druck. Wir wollen die SED auch aus einem SPD-Anteil schmieden, aber wir behalten das Heft in der Hand.“ Wolfgang Leonhard hat es in einem Satz zusammengefasst: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen das Steuer in der Hand behalten.“ Das blieb Linie der SED bis 1989, man hat ja selbst die Bürgerbewegung, das Neue Forum, noch mit diesen Mitteln zu locken versucht. Kommt doch, kommt doch mit. Das war eine Fassadengeschichte, auf die wir Gott sei Dank nicht völlig reingefallen sind.

Eileen Mägel: Über diese perfide Form der Machtausübung haben wir ja verschiedentlich schon etwas gehört. Ich würde Sie trotzdem gern noch fragen: Die Machtausübung der SED hat sich über die Jahre dennoch verändert. In den 1940er-, 1950er- und 1960er-Jahren gab es zahlreiche brutalere Übergriffe und Methoden. Ab den 1970er-Jahren spricht man eher von weicheren, von „Zersetzungs“-Methoden. Welche Methoden waren das und wie kam es dazu, dass sich die Form der Machtausübung auf diese Art und Weise geändert hat? Wer trug die Verantwortung dafür?

Wolfgang Templin: Die Verantwortlichen wurden um keinen Deut liberaler, offener oder weniger brutal und menschenverachtend. Um keinen Deut. Es war ein ganz rationales Kalkül, das diese Veränderung in den 1970er- und 1980er-Jahren bewirkte: internationale Rücksichtnahme. Die DDR wollte nicht die Diktatur nach außen sein, die sie tatsächlich war. Es gab eine Art Mimikry. Das Einwilligen in den Helsinki-Prozess: Nach außen sollte es offener wirken, aber nach innen wurde intensiv aufgerüstet. Die Militarisierung nahm zu, die Staatssicherheit, die vorher weiß Gott einer der brutalsten und schon relativ effizienten Sicherheitsdienste war, wurde in den 1970er-Jahren vor allem intellektuell aufgestockt und aufgerüstet. Und das, was unter Ulbricht noch Standard war, dieses: „Sobald sich der Feind zeigt, wird er beseitigt, und sei es über längere Gefängnisstrafen“ wechselte hier zu einem neuen Umgang mit den immer wieder neu auftauchenden Widerstandspotenzialen. Die Biermann-Affäre zeigte so etwas, die späten 1970er-, 1980er-Jahre. Die Fragen waren jetzt: Wie geht man damit um, wie hält man solche Leute nieder, wie kann man sie paralisieren, klein kriegen, isolieren, ohne nach außen durch

ständige Verhaftungsaktionen ungute Reaktionen aufkommen zu lassen.

Und da hieß das Zauberwort „Zersetzung“, mit dem Potenzial, was man hatte. Die Spitzel, die gesellschaftlichen Mitarbeiter, die Kontrolleure, die auf den einzelnen Unbequemen und dann zunehmend in den Kreisen der Oppositionellen angesetzt waren, setzten eigene, zum Teil nicht unqualifizierte Psychologen ein. Die sahen sich an, welches Persönlichkeitsprofil, welche Schwächen, Vorlieben und Neigungen der Betreffende hat, und überlegten gezielt: Wie kommen wir an den ran, wie können wir beruflichen Misserfolg organisieren, ihn ins soziale Aus setzen. Joachim Fuchs hat das intensiv beschrieben.

Ich saß zigfach in diesen Vernehmungen, die ich vor der Verhaftung hatte. Zuführung und dann acht bis 24 Stunden: „Sagen Sie, Herr Templin, Sie sind doch eigentlich ganz intelligent, Sie hatten so viel vor sich, Sie haben das alles in den Dreck getreten, sind zum Verräter an der guten Sache geworden und jetzt sind Sie sozialer Paria. Nicht mal Ihre Nachbarn möchten noch mit Ihnen reden.“ Da hatten sie sogar Recht. Unsere Nachbarn beschwerten sich bei uns darüber, dass jede Nacht drei Autos vor der Tür standen mit angestelltem Motor. Es störte sie. Sie hatten Angst und wollten nicht, dass wir Dinge betrieben, die ihnen ihre Ruhe nahmen. So weit ging das, um einen in der Isolation zu halten. Und das klappte ziemlich lange ziemlich gut. Zeichen der Solidarität, die wir auch erhielten, waren viel seltener.

Das war diese veränderte Umgangsweise. Aber am Grundcharakter hat sich überhaupt nichts geändert.

Dr. Stefan Wolle: In den 1980er-Jahren geriet allerdings die SED in eine Zwei-Fronten-Situation. Auf der einen Seite legte sie unheimlich viel Wert auf ihre internationale Reputation, nicht zuletzt auch aus ökonomischen Gründen. Sie brauchte die westlichen Kredite, eine gute Presse im Westen, gute Beziehungen zu westlichen Staatsmännern, die sich bei Honecker ja auch sehr willfährig die Klinke in die Hand gaben. Die andere Seite war die Veränderung in der Sowjetunion seit Februar 1985, die unter den beiden Schlagworten Perestroika und Glasnost in die Geschichte eingegangen ist. Das wirkte sich unmittelbar auf die Verhaltensweise der Funktionäre aus. Nicht, dass sie gänzlich von ihren hohen Rossen runtergestiegen wären, aber sie waren verunsichert, desorientiert, wussten nicht, wie es weitergeht. Wenn sie von ihren zentralen Anleitungen kamen, dann machten sie so bedenkliche Gesichter: „Wo soll das noch enden, Genossen.“ Die hatten immer am Montag ihre Parteiversammlung, da konnten die Nichtparteimitglieder schon um 15 Uhr heimgehen – es war nicht nur von Nachteil, wenn man nicht in der Partei war. Am nächsten Tag erzählten sie dann, was in der Parteiversammlung alles diskutiert wurde. Sie waren wirklich desorientiert, hatten den Biss verloren, den Fanatismus,



weil sie nicht wussten, wie es weitergeht. Viele wollten sich auch nicht mehr so profilieren in dieser radikalen Richtung und als scharfe Hunde gelten. Gerade in unserem Verein, in der Akademie, waren alle butterweich geworden. Das ist ganz charakteristisch für diese Zeit. Und man merkte, wie die Spielräume immer weiter wuchsen. Ich habe mir im Nachhinein gewünscht, dass ich selber damals ein bisschen mutiger gewesen wäre.

Eileen Mägel: Das klingt bisschen so, wie man es in den amerikanischen Agentenfilmen sehen kann, psychologische Kriegsführung gab es schon in der DDR. Die SED verstand sich als zentrales Staatsorgan mit absoluter Machtausübung. Welche Strukturen braucht es denn, damit solche Machtausübung überhaupt über einen solch langen Zeitraum gelingen kann?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Erst noch kurz zu dem anderen: Dieses Aufweichen der SED habt ihr richtig geschildert, das ist in den Akten einwandfrei nachzulesen. Ihre Genossen hatten den Glauben an sich selbst verloren. Dafür zu kämpfen, ein Kommunist zu sein; „ein Kommunist, wie stolz das klingt“; „wo ein Genosse ist, da ist die Partei“ – daran glaubte keiner mehr so richtig.

Eine ganz wichtige Rolle spielte auch das Westgeld. Die Privilegierung bestimmter Bevölkerungsschichten durch „Intershops“ und dergleichen unterminierte die Ge-

folgschaft der SED. Viele von denen durften nicht reisen, während immer mehr Ostdeutsche zu Verwandtenbesuchen in den Westen fahren konnten. Ich lese jetzt gerade die Berichte der SED für ein neues Buch über Potsdam in dieser Zeit. Was nicht unterschätzt werden darf, ist die Sorge der SED-Führung vor Entwicklungen in Polen und in Ungarn. Auch in der Sowjetunion, immer jedoch in Polen und Ungarn. Das war gewissermaßen ein Dreigestirn, da passierten Dinge, die die Position der SED gefährdeten.

Zur Zersetzung ganz kurz ein Beispiel, wie teuflisch das wirken konnte. Ich habe es selbst einmal erlebt, da wurde über mich gesagt, ich würde für die Staatssicherheit arbeiten. Das ist von einem Inoffiziellen Mitarbeiter, wie ich später nachvollziehen konnte, verbreitet worden und war geradezu tödlich. Auf Partys zogen sich alle zurück. In der Küche wurde immer geplaudert, und nun gingen plötzlich alle aus der Küche raus, wenn ich kam, aber keiner sagte was. Keiner sagte, du arbeitest für die Stasi, alle entfernten sich bloß. Es war wie so ein unsichtbarer Eisgürtel um einen. Das hielt in einem Fall bei mir bis 1990 an. Wir hatten an der Humboldt-Universität eine Gruppe zur „Aufarbeitung“ der Stasi-Strukturen und der politischen Verfolgung an dieser Universität gegründet. Da war eine Frau aus dem damaligen Zusammenhang dabei, die guckte mich immer noch so misstrauisch an. Da hab ich sie gefragt: „Was willst du denn von mir?“ Daraufhin erzählte sie mir von dem Spitzelverdacht. Das konnte ich erst durch die Akteneinsicht in die MfS-Unterlagen widerlegen. Ich war einer der Ersten, der solche Akten als „Operativer Vorgang“ Anfang 1991 einsehen konnte. Das ist heute eines meiner Argumente für die unbedingte Notwendigkeit der Offenhaltung der Staatssicherheits-Akten: Man muss die eigene Biografie erklären können. Ob nun als Behörde oder im Bundesarchiv, ist eine andere Frage.

Nun zu den Strukturen der SED: Die Staatspartei brauchte erst einmal eine entsprechende Mitgliederschaft, dann eine Struktur, die von der Spitze bis nach unten nach dem Prinzip des „demokratischen Zentralismus“ durchorganisiert war, und eine parallele staatliche Organisation. Vieles konnte nicht direkt exekutiert werden, deshalb gab es für jede Einrichtung der SED eine Parallelorganisation des Staates, die immer weisungsgebunden war und umzusetzen hatte, was die SED wollte. Die Diktatur ist nur zu begreifen, wenn man diese Doppelstruktur immer vor Augen hat.

Entscheidend war weiterhin auch das System der Nomenklaturkader. Zu den großen Defiziten der historischen Auseinandersetzung der letzten 27 Jahre gehört dieses Nomenklaturkadersystem, das es auf den unterschiedlichsten Ebenen gab, der der SED, der Blockparteien, des Staates, und das jeweils zentral, bezirks- und kreis-

mäßig. Zehntausende waren da erfasst, und so konnte geherrscht werden, mit bestimmten Privilegien. Dass das Thema erst so wenig bearbeitet wurde, ist wirklich bedauerlich. Es gibt nur ein Buch über die Nomenklaturkader, geschrieben von einem unserer Mitstreiter im „Unabhängigen Historikerverband“ und ehemaligen Freund, der leider auch IM war. Da gibt es noch ein Forschungsdefizit, das weit hinausgeht über dieses enge Staatssicherheitsthema.

Eileen Mägel: Ich möchte jetzt mal in die Runde schauen und Sie auffordern, gern in die Diskussion einzusteigen, sich zu beteiligen. Zu den Strukturen hätte ich noch eine Nachfrage. Welche Rolle innerhalb der Struktur hat denn das MfS gespielt? Wäre es überhaupt möglich gewesen, über 40 Jahre dieses zentrale Machtorgan SED zu erhalten ohne die Strukturen des MfS?

Wolfgang Templin: Beides. Die SED brauchte das MfS und das MfS brauchte die SED als Verkörperung der Parteiherrschaft im eigenen Apparat. Es gab ja auch diese SED-Kreis-Organisation des MfS. Ich werde in der nächsten Woche in Polen an einer Diskussion teilnehmen, in der es um Filme gegen die Diktatur geht. Dort wird „Das Leben der Anderen“ vorgestellt. Einer meiner Haupteinwände gegen diesen für mich völlig überschätzten Film – es gibt viele Einwände – ist, dass der Spielraum der MfS-Mitarbeiter, den sie laut diesem Film angeblich hatten, nicht existierte. Der Einsame auf dem Dachboden, der mit erwachendem Gewissen gegen die Realität der Gespräche anschreibt – das war völlig unmöglich. Diese Leute wurden vom Apparat selber vollkommen durchkontrolliert. Zu solchen Gesprächen wurden immer Korrektivtonbänder, Abhörprotokolle angefertigt, und dann wurde verglichen. Anders als im Film gezeigt funktionierte das System der engmaschigen Kontrolle und Selbstkontrolle viel enger, und dazu brauchte man die wachende Hand der SED innerhalb des MfS. Mein zweiter und wichtigster Einwand: Die Schlimmsten, die Schurken kommen dort interessant und fast spannend rüber, weil sie lebendig gezeichnet sind. Die kritischen Leute, die Intellektuellen, die man fast Oppositionelle nennt, das sind langweilige, flaue Pappkameraden, weichgespült. Ohne eine Gruppe der Opposition oder jemanden von uns heroisieren zu wollen – so uninteressant und so fade waren wir nun wirklich nicht. Es ging wild und ungebärdig und anarchisch und sonst was zu, aber ich habe leider noch keinen einzigen Film gefunden, der wiedergibt, in welcher Intensität sich das alles tatsächlich mit allen Widersprüchen abspielte. Auch die Verfilmung des Buches von Erich Loest ist mir zu flach.

Eileen Mägel: Wollen wir vielleicht nicht zu kritisch sein, es war ja nur ein Film.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich bin da vollkommen Wolfgangs Meinung, kein Film war so falsch wie dieser. Und keiner war so wirkungsmächtig wie dieser. Bis hin zum

„Oscar“, bis hin zu einem Bundesbeauftragten für Kultur und Medien, der alle Bundestagsabgeordneten animiert oder verpflichtet hat, sich gemeinsam diesen Film anzusehen, damit sie endlich einmal erfahren, wie es im Osten zugegangen ist. Und ich bin noch nie so oft von Westdeutschen angesprochen worden, die sagten: „Dieser großartige Film, endlich wissen wir, wie es bei Ihnen gewesen ist.“ Es ist wirklich schrecklich. Und Wolfgang hat Recht, das Anarchische, die wilden Feten, das müsste endlich mal auf die Leinwand gebannt werden. Das wäre mal etwas, worüber wir uns alle freuen würden.

Eileen Mägel: Über die Strukturen haben wir gesprochen, jetzt habe ich noch eine Nachfrage. Es klang vorhin schon an, es gab ja im zweiten Drittel der Geschichte der DDR eine Zeit, in der ganz deutlich wurde, dass das immer wiederholte Mantra „Der blühende Kommunismus kommt, er wird sich entfalten“ nicht wirklich wird. Das Bild, die Vision begann zu bröckeln. Hat man das auch an der SED gespürt?

Dr. Stefan Wolle: Man hat den weltumspannenden Sieg des Sozialismus in weite Fernen verschoben, während 1950 noch viele fanatisch glaubten, es dauere nicht mehr lange mit dem Imperialismus, der breche bald zusammen und dann siege die Weltrevolution. Das hatte sich verflüchtigt. Aber nicht ganz im Sinne des orthodoxen Dogmas hoffte man dennoch auf die Dritte Welt. Die gläubigen SED-Mitglieder, die Überzeugten, wurden durch Kuba, Nicaragua und Vorgänge in Afrika und in verschiedenen anderen Ländern immer wieder zurückgestoßen in die Illusion, dass die Entwicklung zum Kommunismus durch die Hintertür der Dritten Welt kommen würde. Übrigens im Westen auch eine verbreitete Theorie unter den Linksradiكالen. Es war nicht die orthodoxe Lehrmeinung, aber viele glaubten irgendwie daran. Es gab dann die These von den drei revolutionären Hauptströmungen: Die erste die Sowjetunion, die zweite die Arbeiterbewegung der entwickelten kapitalistischen Länder und die dritte die Befreiungsbewegung der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Man setzte sehr stark auf diese letzte vermeintliche Strömung, weil es auch immer wieder Entwicklungen gab, die diese Hoffnung zu beleben schienen.

Wolfgang Templin: Es gibt ja zwei Grundstereotype für die Geschichte der DDR und damit auch der SED, die beide wirklich falsch sind. Die eine ist die vom guten Anfang dieses Staates: Wer Ulbricht vor Augen hat, weiß genau, es konnte mit Leuten vom Schlage Ulbrichts 1945 keinen guten Anfang geben. Dieses Experiment am lebendigen Leibe trug von Anfang an in sich, was es in seinen schlimmsten Formen hervorbrachte. Die zweite, mich direkt betreffende Legende ist die vom sanften Tod. Die Idee, die Leute an der Spitze seien zerbröckelt und könnten kaum noch und hätten sich in sich selbst aufgelöst. Wer Egon Krenz und sein Grinsen, als

die Panzer in Peking rollten, vor Augen hat, der kann an diese Legende nicht glauben. Die hatten noch so viel Macht konzentriert, und es gab noch genug Leute aus dem Sicherheitsapparat und auch Genossen, die bereit waren, zur Fahne zu stehen. Der Schießbefehl hätte kommen können. Und er hätte eine ganz andere Entwicklung ausgelöst. Wir können aus vielerlei Gründen froh sein, dass es anders kam. Aber es war nicht so, dass die DDR vorher bereits auf null gestellt und sanft entschlafen war.

Eileen Mägel: Herr Eckert und dann habe ich eine Wortmeldung im Publikum.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich will nur etwas sagen zu den Berichten in der Diktatur in diesem Zusammenhang. Es gab in der DDR ein ausgefeiltes Berichtssystem, das sich über alle Massenorganisationen, Parteien usw. erstreckte, aber heute wenig berücksichtigt wird. Es geht nicht nur um die Betrachtung der Staatssicherheit. Eines der differenziertesten Berichtssysteme hatte etwa der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund. Ich lese jetzt gerade für Potsdam die verschiedenen Berichte aus der Endphase der DDR parallel, und da fällt etwas sehr Spezifisches auf. Die kritischsten Berichte über die Situation im Bezirk Potsdam waren die der Staatssicherheit. Sehr kritisch, allerdings ohne die wirklichen Gründe für die Probleme zu benennen. Wenn irgendwas kritisiert wird, ist immer der Klassenfeind schuldig, ideologische Diversion und, und, und. Die zweitkritischsten Berichte kamen aus Struktureinheiten der SED, etwa der Abteilung Agitation und Propaganda, und vollkommen unkritisch war die Berichterstattung der SED-Bezirksleitung – Günter Jahn, Jubel-Jahn genannt – in Potsdam an Erich Honecker. Da gibt es keine Kritik mehr, und zum Schluss schreibt er immer: „Die Bevölkerung steht voll hinter der Politik der SED, die wir Dir, sehr verehrter Genosse Honecker, zu verdanken haben. Deine Ausführungen auf dem VI. Plenum beschäftigen die Menschen“, in diesem Stil berichtet er bis zum Herbst 1989, und dies, obwohl dieser Mann die kritischen Berichte der anderen Einrichtungen kannte. Er hat sie einfach unterdrückt und nach oben Berichte weitergegeben, die die Realität verzerrt haben. Darin sehe ich auch einen Grund für den Niedergang der SED. Die Führung hat sehr spät begriffen, dass ihr wirklich eine letale Krise bevorsteht.

Eileen Mägel: Jetzt machen wir einen Schnitt und hören die erste Wortmeldung. Bitteschön.

Frage aus dem Publikum: Bitte entschuldigen Sie die vielleicht etwas naive Frage einer Generation, die die DDR nur noch aus dem Schulbuch kennt: Es klang am Anfang so, als ob es auch unterschiedliche Lager in der Machtspitze der SED gab. Ich würde mich freuen, wenn Sie etwas zu den unterschiedlichen Positionen dieser Lager sagen könnten. Vor allem würde mich auch interessieren, was denn innerhalb

eines so autoritären Systems eigentlich die Machtbasis dieser Menschen war. Warum saßen die Sprecher der unterschiedlichen Lager an der Machtspitze dort, wo sie saßen, wie sind Sie dahin gekommen, was waren das für Leute?

Eileen Mägel: Vielen Dank, möchte jemand eine Frage anschließen?

Frage aus dem Publikum: Ich habe mit Spaß hinzuzufügen: Eine Illusion des Kommunismus der DDR ist ja fast in Erfüllung gegangen. Die wollten das Geld abschaffen. Ich kenne schon viele, die keins mehr haben.

Eileen Mägel: Vielen Dank. Noch eine Frage?

Frage aus dem Publikum: Zu welchem Zeitpunkt war die SED-Herrschaft aus Ihrer Sicht am Ende?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Heute würde man sagen, es war früh, sehr früh. Ich selbst habe das jedoch erst sehr spät erkannt. Witzigerweise treffe ich immer wieder Stefan Wolle. So auch am 10. November 1989 in West-Berlin in einem Buchladen. Wir durften ja lange nicht reisen, und ich war in Moabit, wo meine Großeltern lebten. An dem Tag habe ich erkannt – nicht weil ich dich getroffen habe –, dass es zu Ende ist mit der weiteren SED-Herrschaft. Und zwar nicht, weil mir West-Berlin so toll gefallen hätte, der Konsum und so, sondern weil ich meine Mitbürger gesehen habe, die zu Zehn- und Hunderttausenden den Kurfürstendamm entlang marschierten und alle einen gläubig-glücklichen Blick hatten – ich will das aber nicht kritisieren. Die waren alle „happy“, richtig glücklich, sie blickten an den Fassaden hoch auf die Reklametafeln, und da wusste ich, mit denen ist Reform nicht mehr machbar, das kann man wirklich vergessen, das mit der DDR ist vorbei. Ich bin abends nach Hause gekommen, habe das meiner Familie erzählt, und meine Schwiegermutter, eine SED-Genossin, wollte es nicht glauben. Ich sagte, ihr könnt machen, was ihr wollt, es ist einfach vorbei.

Dr. Stefan Wolle: Ich habe noch Weihnachten 1989 unterm Tannenbaum mit meinem Vater über die Frage debattiert, und der meinte, die Siegermächte werden es nie zulassen, dass sich Deutschland wieder vereinigt. Ich sagte, warte mal, das geht ganz schnell auf einmal. Es war also acht Wochen nach dem Fall der Mauer, da habe ich klipp und klar gesagt, es wird zu Ende gehen. Wir haben dann Silvester zusammengesessen, da gab es drei Meinungen in der Runde. Das ist überhaupt ein Charakteristikum der Zeit gewesen, solche Gelegenheiten zu nutzen, um über Politik zu debattieren. Die eine Meinung war von meinem Vater, der sagte, nie und nimmer wird es eine deutsche Einheit geben. Die Sowjetunion und die Siegermächte werden das nicht zulassen. Die zweite Meinung war, es kommt zur deutschen Einheit und zur entsprechenden Veränderung der Gesellschaft nach westlichem Vorbild, aber es wird noch ein paar Jahre dauern. Die dritte Meinung war,



nächstes Jahr Silvester sitzen wir zusammen im vereinigten Deutschland. Ich war, typischer Sozialdemokrat, der mittleren Meinung.

Eileen Mägel: Die deutsche Einheit war ja gar nicht so unbedingt das erste Ziel.

Dr. Stefan Wolle: Nein, nein, aber damit verband sich das ja. Eine reformierte DDR nach dem Vorbild Prager Frühling mit mehr Demokratie auf der Basis des gesellschaftlichen Eigentums hätte ja auch eigenständig bleiben müssen. Insofern waren diese beiden Fragen „Sozialismus oder freie Marktwirtschaft?“ und „Wiedervereinigung oder eigenständige DDR?“ unlösbar miteinander verknüpft, obwohl es theoretisch zwei unterschiedliche Fragen sind.

Eileen Mägel: Ich habe nicht so ganz den Eindruck, als sei Herr Templin damit einverstanden.

Wolfgang Templin: Zwei Zeitmarken bei mir: Wenn es um das bevorstehende historische Ende dieses weltgeschichtlichen Experiments geht, war für mich klar: Solidarnosc. Die Wirkung von Solidarnosc. Ich hätte nie sagen können, wie lange noch genau, aber ich wusste, jetzt sind sie auf der abrutschenden Ebene, und es wird

eine Kettenreaktion sein. Ich war nie auf die DDR fixiert, obwohl ich darin lebte und zum Teil nicht raus konnte. Ich habe immer versucht, den Ostblock und dessen Unruhepotenziale zu sehen, in Polen war das sehr stark. Ich habe die Hoffnung darauf gesetzt, 1989 ist für mich der Beleg dafür.

Das Zweite: Ich hätte nicht von einer zu reformierenden DDR gesprochen, obwohl ich sie noch länger selbstständig sah. Für uns in der IFM galt der Grundsatz, wir wollen die geschlossene Gesellschaft durch eine offene ersetzen. Offen heißt, die Leute müssen die Möglichkeit haben, sich für ihre eigene politische Option zu entscheiden. Das Pech für uns – denn ich bin bis heute im sozialen Sinne ein Linker geblieben – war, dass sich die meisten nicht für den mühseligen Weg „Wir buddeln uns da selber raus“ entschieden haben, an den wir glaubten, sondern sagten: „Nein, wir sind Realisten, nehmen die dargebotene Hand und machen das schneller.“ Es war ihr gutes Recht und wir haben im Grunde genommen – deswegen habe ich auch nicht damit hadern können – das gewollt, was dann über den Runden Tisch eingetreten ist. Nämlich die Wahlmöglichkeit für die Einzelnen. Das und wie viele ihre erste Wahl später verflucht haben, steht auf einem anderen Blatt.

Eileen Mägel: Ich möchte noch auf die Frage des jungen Mannes zurückkommen. Gab es verschiedene Lager innerhalb der SED und wo war deren Machtbasis?

Dr. Stefan Wolle: Die schlimmste Sünde für einen Genossen der SED war Fraktionsbildung, also irgendwie anderer Meinung zu sein als die Partei. Das gab es überhaupt nicht. Insofern ist es ganz schwer, innerhalb der SED Strömungen, Fraktionen, die heute in demokratischen Parteien selbstverständlich sind, auszumachen. Natürlich waren die SED-Mitglieder alle Menschen und hatten ihre heimliche Meinung und haben da mal rumgemosert zu Hause in der Küche oder im trauten Kreise. Aber wirkliche Strömungen, die irgendwie festzumachen waren, kann man erst in den späten 1980er-Jahren feststellen, so eine Art Perestroika-Fraktion auch in der Basis. Die Debatten, von denen ich vorhin erzählte, an den Montagen, als wir gehen durften, fanden immer zwischen Perestroikisten und Antiperestroikisten statt, Gorbatschow gegen Anti-Gorbatschow. Da muss ich zur Ehre der SED-Mitglieder der Akademie sagen, wenn es richtig ist, was sie mir erzählt haben, waren die Gorbatschowianer sehr deutlich in der Mehrheit und auch offensiv. Während die echten Dogmatiker und Hardliner – die ja irgendwie Recht hatten, das muss man dazusagen – in der Minderheit waren, in der Defensive. Insofern schon Strömungen, Debatten in den späten 1980ern. Vielleicht auch in der ganz frühen Zeit.

Wolfgang Templin: Ja, Ende der 1940er-Jahre. Dafür muss man Namen wie Anton Ackermann oder Rudolf Herrnstadt nennen, das war der gefährlichste und

wichtigste Konkurrent von Ulbricht. In den 1950ern Wollweber und Zeiser, da gab es Fraktionskämpfe, bei denen interessanterweise jeweils Stasi-Hauptverantwortliche oder Minister an der Spitze der konkurrierenden Gruppen standen. Das erreichte nicht die Tiefe von Strömungen oder Fraktionen, aber es gab durchaus Risse. Die sind mit differierenden Haltungen darüber verbunden, dass man vielleicht doch einen deutschen Weg zum Sozialismus mit etwas mehr Unabhängigkeit von der Sowjetunion gehen könne. Das ging noch lange nicht in Richtung Prager Frühling. Das war viel stärker in Polen der Fall.

Dr. Stefan Wolle: 1953, allemal 1956 nach der Entstalinisierung gab es eine Menge Leute, die sagten: Das geht nicht so weiter mit der SED, wir müssen mehr auf die Menschen zugehen. Aber in dem Moment, da sie eine eigene Meinung hatten, eine Strömung vertraten, etwas von der Parteilinie abwichen, standen sie auch außerhalb der Partei. Manche haben diesen Bruch vollzogen, aber die meisten sind immer dabei geblieben, mit ideologischen Bauchschmerzen, traurigen Gesichtern und privaten Debatten.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Ich neige mehr Wolfgang Templin zu, es gab in den 1950ern durchaus Diadochenkämpfe. Einige Lager ist vielleicht der falsche Ausdruck. Man darf nicht vergessen, dass Ulbricht kurz vor der Absetzung stand, vor dem 17. Juni 1953, der ihn eher gerettet hat. Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt ist, in der späten DDR gab es keine organisierte Opposition in der SED. Es gab eine abweichende Gruppierung, das sogenannte Sozialismusprojekt, im Wesentlichen getragen von Wissenschaftlern der Akademie und der Humboldt-Universität, die Reformvorschläge entwickelten. Diese waren dadurch gekennzeichnet, dass man erstens die „biologische Lösung“ haben wollte: Man erarbeitete Reformvorschläge für den Fall, dass die SED-Parteispitze wegen Todesfällen in ihren Reihen nicht mehr einsatzfähig sein würde. Vor allem wurde dabei an Erich Honecker gedacht. Leute, die später die PDS mitprägten, standen hinter diesem „Konzept“.

Es ist allerdings so, dass sich diese „Reformer“ explizit gegen die Bürgerbewegung richteten. Es gibt Broschüren des „Sozialismusprojekts“, in denen Texte abgedruckt sind, die direkt anboten: Wir können eine Gegenantwort der Partei auf den Tisch legen gegen das Neue Forum. Alle, die sich daran erinnern, werden wissen: Wenn die „Reformer“ einen mehr oder weniger bekannten Bürgerrechtler, Wolfgang Templin vielleicht, auf der Straße gesehen hätten, wären sie auf die andere Straßenseite gegangen, um nicht zusammen gesehen zu werden. Also keine wirkliche Opposition. Das ist dann im Nachhinein erfunden worden, um der PDS eine legitimatorische Grundlage zu geben.

Anmerkung aus dem Publikum: Ich hatte mir lange schon Gedanken gemacht, wie das weitergeht und wie das läuft. Für mich entscheidend war der Punkt, als der Stasi-Chef Markus Wolf seinen Posten verließ und in Rente ging. In Moskau hielten alle ja bis 80 Jahre an der Krippe fest und wollten nicht weg. Der ist freiwillig weggegangen. Da habe ich gedacht, hier ist was los. Das hatte mit Gorbatschow zu tun. Ich nehme an, an der Stelle fing es schon an, dass die Stasi in sich nicht mehr geschlossen war. Das war auch der Grund dafür, dass es nicht zum Blutvergießen kam. Das ist meine Meinung. Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

Frage aus dem Publikum: Herr Wolle, Sie erzählen gerade so lustig von der Partei, wie das alles war. Vielleicht erzählen Sie mal einfach aus der Zeit, in der Sie bei den Weltfestspielen unter der Aktion „Banner“ gedient haben bzw. für diese Aktion arbeiten mussten, wo viele Jugendliche weggesperrt wurden. Ich selber kam dadurch in ein Arbeitslager, bin jetzt viermal rehabilitiert worden. Mein Leben ist anders verlaufen als Ihres, ich bin nicht bei den Pionieren, nicht in der FDJ, nicht in der Partei gewesen. Vielleicht können Sie darüber mal berichten.

Dr. Stefan Wolle: Ich habe selbst darüber berichtet, daher wissen Sie es wahrscheinlich auch. Ich war damals Student der Humboldt-Universität. Alle Studenten der HU waren während der Weltfestspiele in Berliner Schulen kaserniert als abrufbereite schnelle Eingreiftruppe, als Jubeleinheit, und sind von hier nach dort geschickt worden. Im Rahmen dieser von mir beschriebenen pädagogischen Bewährung war ich verantwortlich für die Verpflegung. Ich habe mich darum gekümmert, dass alle ihre Essenmarken bekamen und dass für den Bier- und Brausenachschub gesorgt ist. Darüber kann ich eine ganze Menge erzählen, es war sehr interessant und aufschlussreich, was ich da kennengelernt habe. Ich weiß aber nicht genau, worauf Ihre Frage abzielt. Sie wollen irgendwie, dass ich mich jetzt als mitschuldig bekenne an Ihrer Verhaftung? Davon habe ich nichts gewusst. Hätten Sie es mir gesagt, hätte ich Ihnen tröstende Worte gesendet.

Frage: Es war der Auftrag der Gruppe ...

Dr. Stefan Wolle: Was für einer Gruppe?

Frage: Ihrer Gruppe, die sich in Adlershof einquartiert hat.

Dr. Stefan Wolle: Richtig, in der Hilfsschule Adlershof. Ich sagte es ja, es war meine Aufgabe, für Versorgung und Nachschub zu sorgen.

Eileen Mägel: Mein Vorschlag für dieses Thema, damit wir hier kein Zwiegespräch führen und alle anderen ausschließen, ist, das gleich im Anschluss unter vier Augen zu diskutieren. Wir haben gerade darüber diskutiert: Opposition innerhalb der SED hat es nicht gegeben, es gab aber kritische Zirkel außerhalb der SED und vor allem in den evangelischen Kirchen. Warum – und das ist meine letzte Frage in dieser

Runde – war die evangelische Kirche so im Zentrum der Bewegung gegen die SED?

Prof. Dr. Rainer Eckert: Was Sie sagen, ist so falsch. Es gibt nicht die evangelische Kirche, sondern es gibt die evangelischen Landeskirchen. Man muss genau hingucken. Oppositionelle Gruppierungen gab es in ganz wenigen Gemeinden mit mutigen Pfarrern und mutigen Gemeindekirchenräten. Es waren immer Doppelentscheidungen. Bei uns in Friedrichshagen ist es abgelehnt worden, so eine Gruppe aufzunehmen, weil der Gemeindekirchenrat dagegen war. Sie hatten Angst, dass ihre Kinder dann nicht mehr zum Abitur zugelassen werden. Es waren relativ wenige, die Courage zeigten. Ich selbst bin protestantischer Christ, wir können aber als Kirche nicht für uns in Anspruch nehmen, Schutzraum der Opposition gewesen zu sein. Nur wenige hatten den Mut, andere waren angepasst, und verschiedene unserer führenden Geistlichen waren auch relativ systemnah. Heinrich Fink – führender Geistlicher ist er nicht, aber immerhin Theologieprofessor – mit dem Weißenseer Arbeitskreis und andere, da bitte ich um differenziertes Herangehen.

Eileen Mägel: Hatten Sie den Eindruck, Herr Templin, dass Ihre Initiative für Frieden und Menschenrechte mit vielen evangelischen Gemeinden konkurrierte?

Wolfgang Templin: Nein, überhaupt nicht. Ich würde sagen, wir haben mit denen eng zusammengearbeitet, die Rainer Eckert benannt hat. Das waren Einzelne, wie Rainer Eppelmann, mutige Aktivisten, im besten Sinne politisierte Pfarrer, oder Markus Meckel und Martin Gutzeit. Wir konnten uns auch auf einzelne Gemeindekirchenräte stützen, die uns dann mal in die Kirche ließen. Und wir hatten zu Gemeindegliedern Kontakt, es waren ja auch konfessionelle, von Gemeinden geprägte Christen in unserer Gruppe. Aber unser Arbeitsprinzip war, und das war ganz klar der Sprung nach vorn: Wir sind eine Oppositionsgruppe, die den Schutzraum der Kirche nicht mehr in der Weise in Anspruch nimmt wie die anderen, um in die Öffentlichkeit, die es eigentlich gar nicht gab, zu gehen und auch die Kirchen nicht zu überfordern. Die informellen Kontakte blieben, waren aber spannungsvoll, weil ein Teil des Kirchenpersonals immer dazu eingesetzt war, uns zu pazifizieren. Manfred Stolpe und andere versuchten immer wieder, die renitente Gruppe und die renitenten Kirchenmitglieder bei uns stärker zum Zurückweichen zu bringen. Das war ein Spannungsspiel sondergleich in dieser Zeit.

Wenn ich noch zwei Sätze habe: Ich würde gern für die Jüngeren eine Literatur- oder Vergleichsempfehlung geben. Wer einen lupenreinen SED-Doktrinären meiner Altersgruppe heute noch mal live vor sich haben oder lesen will, dem empfehle ich die Junge Welt – mache ich sonst nicht – und deren Chefredakteur Arnold Schölzel. Er ist wirklich ein Hardcore-Ideologe geblieben, der schreibt die Linke von radikal links nieder. Und das ist ein Blatt, was sich bei Jüngeren sogar einiger



Popularität erfreut. Diese Nummer ist nicht erloschen, die haben wir weiter vor uns.

Eileen Mägel: Sie haben mir eine kleine Brücke zum Abschluss unserer Diskussionsrunde gebaut. Die SED als zentrales Organ. Machtausübung in über 40 Jahren. Wir haben eine Reihe von persönlichen Beispielen gehört, wir haben einen kurzen Streifzug durch die Geschichte unternommen. Die Frage geht an zwei von Ihnen, an Herrn Eckert und Herrn Templin. Was lernen wir aus dieser Zeit?

Wolfgang Templin: Ich kann nur einen alten polnischen Freund von mir, den ich unglaublich geschätzt habe, der aber leider nicht mehr lebt, zitieren. Die meisten von Ihnen kennen ihn sicher, Władysław Bartoszewski. Mit dem ganz einfachen Satz: Widerstehen lohnt sich.

Prof. Dr. Rainer Eckert: Du hast dasselbe gesagt, das ich sagen wollte. Ich blicke immer auf Opposition, Widerstand und Friedliche Revolution, und das war das Entscheidende: Zivilcourage, ob unter diktatorischen oder anderen Umständen, ist nicht nur geboten, sie ist menschlich-moralisch verpflichtend. Und letztendlich lohnt sie sich, auch wenn es oft sehr lange dauert.

Eileen Mägel: Vielen Dank! Die letzte Frage, Herr Wolle, geht an Sie. Was lehren Sie denn, in Ihrem DDR-Museum zum Beispiel?

Dr. Stefan Wolle: In unserem DDR-Museum. Am besten wäre es, Sie schauen einfach mal vorbei in Berlin, gleich gegenüber dem Dom. Es ist immer sehr voll, also kommen Sie sehr früh oder sehr spät. Wir gestalten alles neu und versuchen ein breites Spektrum aufzumachen über den Alltag der DDR durchaus im politischen Zusammenhang, aber aus der Lebensperspektive derer, die es erlebt haben. Alltag in der Diktatur, Alltag als Teil der Diktatur, aber insbesondere ohne die Menschen, die dort gelebt haben, zu denunzieren. Wir sparen Stasi, Partei und Massenorganisationen überhaupt nicht aus, aber eben immer aus dieser konkreten Lebensperspektive. Der Besucherandrang zeigt zumindest, dass das Interesse groß ist.

Eileen Mägel: Auch das Interesse an Ihnen war groß, vielen Dank, dass Sie da waren, Herr Eckert, Herr Wolle, Herr Templin. Und vielen Dank an Sie alle, ich wünsche Ihnen noch spannende Tage hier in Bautzen.



PODIUMSDISKUSSION

Umgang mit Unangepassten in der DDR

Heinz Greifenhain, Christian Kunert, Wolfgang Löttsch, Uwe Schwabe
Moderation: Silke Klewin

Silke Klewin: Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich über Ihr Interesse an unserem Zeitzeugenpodium „Umgang mit Unangepassten in der DDR“. Es ist mir Freude und Ehre, das Podium moderieren zu dürfen. Die meisten von Ihnen kennen mich, für diejenigen, die mich nicht kennen: Ich bin die Leiterin der Gedenkstätte Bautzen und bin inzwischen seit 20 Jahren darin aktiv. Ich werde mich mit vier gebürtigen Sachsen über ihre Erlebnisse, ihre ganz konkreten Erfahrungen mit Macht und Gewalt in der DDR unterhalten.

Heinz Greifenhain stellte sich mir mit den Worten vor: „Ich bin ein politischer

Mensch, ein Individualist.“ Am 30. Mai 1927 in Dresden geboren, machte Heinz Greifenhain eine Ausbildung zum Kaufmännischen Angestellten. 1948 trat er der CDU bei und wurde bald Mitglied des Kreisvorstandes. Zugleich war er als Vorsitzender der Freien Deutschen Jugend der Stadtbezirksgruppe Südräcknitz in Dresden aktiv. Im November 1949 wurde er von sowjetischen Sicherheitskräften festgenommen. Er wurde wegen angeblicher Spionage von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, sieben Jahre verbrachte er in verschiedenen Haftanstalten. Er saß in Dresden, im Gelben Elend in Bautzen und schließlich in Torgau ein. Nach seiner Entlassung im September 1956 verließ er die DDR. Über Berlin, Kiel und Hamburg führte ihn sein Weg schließlich nach Emden. Beruflich war er zuletzt 1970 als Abteilungsleiter der Thyssen-Nordsee-Werke tätig. Fast ununterbrochen war Heinz Greifenhain zeit seines Lebens weiter für die CDU aktiv, bis 1997 als Mitglied des Kreisvorstandes in Emden. Seit 1978 engagierte er sich als Mitglied der Ost- und mitteldeutschen Vereinigung der Union der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU auf Bundes- und Landesebene. Seit 2000 ist er Vorsitzender des Arbeitskreises ehemaliger politischer Häftlinge der CDU/CSU und damit auch auf Bundesebene für die Union aktiv. Herzlich willkommen, Herr Greifenhain, ich freue mich, dass Sie die sehr weite Reise aus Emden nicht gescheut haben und heute hier in Bautzen sind.

Ich darf Ihnen Uwe Schwabe vorstellen. Er ist Protagonist der Friedlichen Revolution in Leipzig, ein bedeutendes Gesicht der Leipziger Bürgerbewegung. 1962 in Leipzig geboren, lebte Herr Schwabe als „ganz normales Kind“ in der DDR, war Pionier, Mitglied der FDJ, lobte bei der Jugendweihe seine Liebe zur DDR, machte eine Ausbildung zum Instandhaltungsmechaniker im VEB Wasserversorgung und verpflichtete sich für drei Jahre bei der NVA. Anfang der 1980er-Jahre begann er sich in der Arbeitsgruppe Umweltschutz und der Jungen Gemeinde der Leipziger Nikolaikirche aktiv zu zeigen, er organisierte Friedensgebete, Demonstrationen und Meetings. 1987 gründete er mit anderen „Unangepassten“ die politische und ökologische Initiativgruppe „Leben“ und beteiligte sich in der „Arbeitsgruppe Menschenrechte“. Er geriet ins Visier des Geheimdienstes der DDR. Die Staatssicherheit bearbeitete ihn im „Operativen Vorgang Leben“ und zugleich in einem, der „Willy“ hieß. Als er seinen Arbeitsbetrieb wegen Umweltverschmutzung anzeigte, folgten Schikanen, die so unerträglich waren, dass er sich entschied, 1988 zu kündigen und sich fortan als Hilfskrankenpfleger durchzuschlagen.

Unermüdlich trotzdem sein Einsatz: Er organisierte Protestveranstaltungen und Demonstrationen, zum Beispiel die Gedenkmärsche entlang der zubetonierten und verschmutzten Pleiße. Wegen der Verteilung von Flugblättern mit Aufrufen zu De-

monstrationen und für Versammlungs- und Meinungsfreiheit wurde er von der Stasi in Untersuchungshaft genommen. Er wurde bald wieder entlassen, bekehrt werden konnte er nicht. Schwabe gründete das Neue Forum in Leipzig mit und wurde einer von dessen Regionalsprechern. Er war aktiv bei den Friedensgebeten und Montagsdemonstrationen in Leipzig. Das Ministerium für Staatssicherheit setzte ihn noch im Oktober 1989 auf den ersten Listenplatz der dringend zu isolierenden Personen. Im vereinten Deutschland gründete Uwe Schwabe in Leipzig neue Vereine und Initiativen. Er war Mitbegründer des Archivs Bürgerbewegung Leipzig e. V., das er bis 1993 leitete. Seit 1994 ist er im Zeitgeschichtlichen Forum in Leipzig tätig. Sein gesellschaftliches Engagement wurde 1995 mit dem Bundesverdienstkreuz und 2014 mit dem Deutschen Nationalpreis ausgezeichnet. Bis heute ist er ehrenamtlich in den verschiedensten Institutionen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte aktiv, so ist er auch Mitglied im Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die auch das schützende Dach der Gedenkstätte Bautzen darstellt. Er ist Mitglied im Fachbeirat für gesellschaftliche Aufklärung der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, des Beirates der Stasi-Unterlagen-Behörde und hat verschiedene Publikationen zur Opposition und Friedlichen Revolution in der DDR vorgelegt. Er ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Herzlich willkommen, Herr Schwabe.

Neben mir sitzt der Liedermacher Christian „Kuno“ Kunert, der den meisten Anwesenden sicher kein Unbekannter ist. Kuno, Keyboarder der Renft-Combo und Teil des Duos Pannach und Kunert. 1952 in Leipzig geboren, war er vier Jahre lang Mitglied im weltberühmten Leipziger Thomanerchor. Mit zwölf Jahren gründete er seine erste eigene Band, der elterliche Keller diente als Probenraum für „Kuno“, wie er sich fortan nannte. Nach Berufsausbildung mit Abitur, das er trotz Nichtmitgliedschaft in der FDJ ablegen konnte, nahm er sein Musikstudium auf. 1971 stieg er mit 19 Jahren als Keyboarder bei der „Klaus Renft Combo“ ein, die große künstlerische Erfolge und Popularität erlangte. Es gibt Menschen, die sagen, es sei die beste Band der DDR überhaupt gewesen. (Applaus)

1975 wurde die Combo wegen ihrer systemkritischen Äußerungen verboten. Kuno wurde Hilfsarbeiter im Obst- und Gemüsehandel und konnte nur noch bei inoffiziellen Anlässen auftreten. Das tat er meist zusammen mit seinem Freund und Kollegen, dem früheren Texter der Renft-Combo Gerulf Pannach, gelegentlich auch mit dem Schriftsteller Jürgen Fuchs und der Liedermacherin Bettina Wegener. Kurz nach ihren Protesten gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann 1976 wurden Kuno, Fuchs und Pannach von der Stasi unter dem Vorwurf, mit ihren Songs staatsfeindliche Hetze zu betreiben, festgenommen und in die Stasi-Untersuchungshaft Berlin-Hohenschönhausen verbracht. Ihnen wurde eine Haftstrafe



von zehn Jahren angedroht, um sie zur Ausreise zu bewegen. Nach neun Monaten willigten sie schließlich ein und wurden im August 1977 nach West-Berlin ausgebürgert, wo sie von der Stasi weiterhin observiert wurden.

Kuno ging auch im Westen seiner Berufung nach. Pannach und Kunert traten recht erfolgreich auf, wenn auch der große Durchbruch nicht gelang. Kunert schrieb Musikstücke fürs Theater, für Film und Fernsehen, unter anderem für den „Tatort“. 1988/89 war er musikalischer Leiter der „Stachelschweine“. Nach dem Fall der Mauer gaben Pannach und Kunert wieder verstärkt Konzerte, auch und gerade im Osten Deutschlands. 1993 zog sich Kunert in den Oberharz zurück und betrieb eine Pension. 1998 wurde er wieder Teil der „Klaus Renft Combo“, bis 2005. Er trat häufig auch bei Veranstaltungen zur Aufarbeitung der SED-Diktatur auf, unter anderem in verschiedenen Gedenkstätten, auch im Berliner Abgeordnetenhaus. Im April 2007 trat er erstmals wieder auf, nachdem er ein Jahr wegen des Verlusts seines Hörvermögens pausiert hatte. Inzwischen hat er eigene CDs vorgelegt, die ich Ihnen wärmstens ans Herz lege. 2013 hatten wir die Freude, ihn in der Gedenkstätte Bautzen begrüßen zu dürfen, das war ein ganz hervorragender Abend. Deshalb

freue ich mich sehr, dass Kuno Kunert heute hier in Bautzen ist. Herzlich willkommen.

Christian Kunert: Ich freue mich auch sehr, dass ich heute hier diskutieren muss.

Silke Klewin: Last but not least unser vierter Teilnehmer dieses Podiums: Wolfgang Löttsch, der beste Radfahrer der DDR. Er durfte nie Weltmeister werden – was er garantiert geworden wäre –, weil er zum Staatsfeind gemacht wurde. 1952 in Karl-Marx-Stadt geboren, entwickelte er früh seine Leidenschaft im Radsport. Er war das Radsporttalent schlechthin, Löttsch war mehrfacher Landesjuniorenmeister und Spartakiadesieger, folgerichtig wurde er 1971 für die Friedensfahrt und die Olympischen Spiele nominiert. Er sagt bis heute: „Ich bin kein politischer Mensch, es ging mir nur um den Sport.“ Trotzdem weigerte er sich, Mitglied der SED zu werden. Deshalb wurde er ausgeschlossen. Der Sportclub Karl-Marx-Stadt und der DDR-Radverband verhinderten seine weitere Teilnahme an internationalen Wettkämpfen. Dennoch errang der „politisch Unzuverlässige“ dann für Betriebssportgruppen und als Hobbyfahrer viele Rennsiege.

1976 verbot der DDR-Radverband durch die sogenannte „Lex Löttsch“ auch diese Wettkämpfe. Als der so sabotierte Rennfahrer entnervt seinen Ausreiseantrag stellte, wurde er auch von einem Studienplatz ausgeschlossen. Die Stasi überwachte ihn als Risikoperson. Im Dezember 1976 kam es wegen einer Banalie zur Katastrophe. Löttsch wurde nach einem Polterabend von einem Volkspolizisten auf der Straße angehalten, er sei zu laut gewesen und solle fünf Mark Strafe zahlen. Da platzte Löttsch der Kragen und er schrie: „Alles Scheiße hier, scheiß Polente, und Wolf Biermann hatte auch Recht.“ Zehn Monate war er deshalb auf dem Chemnitzer Kaßberg im Stasi-Gefängnis. Nach seiner Entlassung observierte ihn die Stasi als gefährlichen Staatsfeind durch rund 50 Inoffizielle Mitarbeiter. Der Operative Vorgang hieß – das ist an Genialität nicht zu überbieten – „Speiche“. 1979 wurde das generelle Rennverbot aufgehoben, als Hobbyradler für Betriebssportteams fuhr Löttsch bis 1989 viele Rennsiege ein.

1985 trat er der SED bei. Nach der Friedlichen Revolution startete er für den Hannoverschen Radclub in der Bundesliga von 1990 bis 1992. 1990 errang er die gesamtdeutsche Meisterschaft im 100-km-Straßenvierer. Sein letztes Rennen mit dem 550. Sieg seiner Karriere bestritt er im Alter von 42 Jahren, was ja für Radsportler schon die Seniorenfraktion darstellt. Im Oktober 1995 wurde er für seine Zivilcourage mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt. Im Chemnitzer Polizeisportverein und dann als Radmechaniker im Team Nürnberger, im Team Gerolsteiner, im Team Milram sowie im Team NSP Gost war er bis 2013 tätig. Seine besondere Biografie wurde durch die Aufnahme in die Hall of Fame der Stiftung

Deutsche Sporthilfe im Mai 2012 ausgezeichnet. Es ist eine Biografie und auch ein Film entstanden, die ich Ihnen ans Herz legen möchte, eine Doku über das „Drama eines Jahrhunderttalents“, wie es heißt, „Sportsfreund Löttsch“. Herzlich willkommen, Herr Löttsch. Toll, dass Sie da sind.

Das Zeitzeugenpodium im Rahmen des Forums dient dazu, die Erfahrungsgeschichte Einzelner und deren ganz konkrete Erlebnisse in den Blick zu nehmen. Deshalb freue ich mich auch, dass sich die vier Anwesenden bereit erklärt haben, über sich, über ihr Leben, ihre Empfindungen zu sprechen. Herr Greifenhain hat sich mir als „Individualist“ vorgestellt. Das macht ein Anpassen in der DDR kaum möglich. Er war viele Jahre in Haft und selbst dort unbeugsam. Wie sah es aus, das Unangepasstsein von Herrn Greifenhain, welche Erfahrungen hat er mit Gewalt in der SBZ und der frühen DDR gemacht? Welche Möglichkeiten hat man in der Haftanstalt? Zu all diesen Fragen hat Herr Greifenhain sich vorbereitet, ich übergebe ihm das Wort.

Heinz Greifenhain: Ich bedanke mich für Ihre Vorstellung, das erleichtert es mir zu berichten, was ich erlebt habe. Lassen Sie mich mit einem Gedicht eines Häftlings beginnen, der auch hier in Bautzen gesessen hat.

Die Hasen

*Ein Hase sah die anderen sausen
dass sich die Ohrenspitzen grausen.
„He, Freunde“, riefer, „was ist los?“
„Lauf, lauf, das raten wir dir bloß.
Hörst du nicht die Donnerbüchse,
die GPU jagt alle Füchse.“
„Die Füchse? Seid ihr geisteskrank?
Ich bin ein Hase, Gott sei Dank!“
„Lauf, das ist gänzlich einerlei,
bring du der GPU mal bei,
dass du ein armer Hase bist
und nichts als Kraut und Rüben frisst.
Bei denen wird noch Stück gejagt.“
Und ist wie alle fortgeflitzt
Fürwahr, der Hase war gewitzt.*

Dieser Mithäftling hat Gedichte von Hans Sachs nachgedichtet. Wir haben auch

den „Ross lieb“ und den „Gänsehandel“ von Hans Sachs gespielt, die ebenfalls voller Anspielungen an die „Rechtsgedanken“ der DDR waren. Wir wurden beim „Ross lieb“ von der Bühne weg verhaftet, ins Hauptgebäude gebracht und verhört. Das war der Grund dafür, dass ich von Bautzen nach Torgau kam. Als wir in Torgau ankamen, wurde uns gedroht: „So einen Unsinn macht ihr bei uns nicht!“ Ich hatte dann etwas Zeit und habe meine Gedanken komprimiert. Es merkt sich leichter und man ist gezwungen nachzudenken.

*Zum Kampf! Der Kommunismus lebt!
Verhetztes Volk die Waffen hebt.*

*„Freiheit!“ schreien käufliche Knechte,
treten mit Füßen der Menschen Rechte.*

*„Gleichheit!“ versprechen niedere Subjekte,
worauf man ungleich die Grenzen absteckte.*

*„Brüderlichkeit!“, dies hohe Wort
ist Vorwand zu neuem Massenmord.*

*Abermals wirst du, Volk, betrogen,
da du aus Verganem keine Lehre gezogen.*

*Erbitterten Herzens, mit ganzer Kraft
kämpft ich, dass dem nicht so sei,
doch – erst in rotfaschistischer Kerkerhaft,
da wurde ich frei!*

(Heinz Greifenhain, Torgau 1952)

Dem schließt sich an:

*Ruhm, Ehre, Vaterland! Treue zum Staat!
Nichts vom Menschsein, wie klingt's drum so hohl,
und Menschen, Hand an der Hosennabt,
dürfen nur denken: Zu Befehl, jawohl!*

*Und Krieg überzieht die friedlichen Lande,
im Herzen wächst bitterer Groll –
Menschen sterben auffremdem Sande,
schon knirscht man: Zu Befehl, jawoll!*

*Doch einmal werden die Menschen schrei'n:
Wir wollen nicht länger nur Knechte sein!
Zu Befehl, nein!*

*Ist's einmal so weit,
dann freue dich, Erde,
dann bewohnen dich Menschen,
keine Menschenherde.*

(Heinz Greifenhain, Torgau 1952)

Es ist mir wichtig, Ihnen auch das letzte Gedicht vorzutragen, damit Sie wissen, wir haben nicht resigniert, sondern Gedanken formuliert, nach denen wir später – und das werden Sie bei mir hören – auch gehandelt haben.

*Denke, schaffe, strebe,
doch wisse,
dass du im Gewebe
des Stoffs der Menschenbruderschaft
ein Faden nur, der ohne Kraft,
wenn er allein,
er muss mit anderen verbunden sein.*

(Heinz Greifenhain, Torgau 1952)

Das ist das geistige Erbe, das ich aus meiner Haftzeit mitgebracht habe. Meine Haftzeit hat es mir sogar erlaubt, mich auch gezwungen, nach diesen Gedanken zu leben. Wir waren von den Sowjetbehörden zwar zu Arbeitslager verurteilt worden und wurden nach Gründung der DDR an „sowjet-deutsche“ Behörden zur Strafverbüßung übergeben, aber es gab für uns keine Arbeit, außer für eine kleine Zahl von Häftlingen, die für die interne Hausarbeit nötig waren. Wir waren junge Leute Anfang 20, eine Jugendzelle mit bis zu 30 Häftlingen. Es fing klein an, aber nach und



nach wurden wir zur Arbeit herangezogen. Das erste reguläre Arbeitskommando in Torgau war das sogenannte „Netzkommando“: Dort wurden an Netzen Flicker angebracht als Tarnnetze für die Volkspolizei und die NVA.

Da erst nicht alle arbeiten konnten, blieben einige in der Zelle zurück, dazu gehörte ich. Etwas später wurden auch wir geholt. Ich sollte mich am nächsten Tag mit Schüssel und Löffel bereit halten, da auf der Arbeitsstelle gegessen werden sollte. Ich nahm also meine Schüssel unter den Arm, steckte mir einen Löffel in die Tasche und ging mit in die Halle, wo diese Tarnnetze gefertigt wurden. Da habe ich mich vornehm zurückgehalten, bis ich als Letzter übrig blieb. Den Anordnungen des Anstaltspersonals war Folge zu leisten, aber für mich war klar, dass ich diese Arbeit ablehnen würde. Der Oberwachtmeister wollte mich einteilen, ein älterer Herr, der auch nichts dafür konnte, dass er uns bewachen musste. Als er zu mir sagte: „Nun komm“, sagte ich: „Diese Arbeit mache ich nicht. Führen Sie mich wieder zurück in meine Zelle.“ Er sagte mehr erschrocken als erstaunt: „Jungchen, das kannst du doch nicht machen.“ Ich: „Doch, ich kann.“ Er rief also beim Offizier vom Dienst an und meldete, dass ein Häftling die Arbeit verweigere. Im Hauptgebäude hatten sich der Offizier und die Wachtmeister, die nichts weiter zu tun hatten als die Türen auf-

und zuzuschließen und deshalb bei uns „Etagenkellner“ hießen, im Torweg versammelt, um sich den „Arbeitsverweigerer“ anzusehen.

Nachdem sie mich gesehen hatten, nahm mich der Offizier vom Dienst mit in sein Dienstzimmer und sagte: „So, Sie verweigern also die Arbeit.“ Ich: „Nein, ich verweigere diese Arbeit. Ich bin als junger Mann Soldat geworden, musste aktiv am Krieg teilnehmen und habe meinen 18. Geburtstag in russischer Kriegsgefangenschaft gefeiert. Lassen Sie mich Steine klopfen, Häuser bauen, Bäume fällen, mache ich alles. Aber ich mache kein Kriegsmaterial.“ Er: „Aber das ist doch kein Kriegsmaterial, die Tarnnetze dienen der Verteidigung.“ Ich: „Tut mir leid, ich wurde wenige Tage nach Gründung der DDR inhaftiert. Ich kann nicht verteidigen, was ich nicht kenne. Außerdem bin ich Christ und lehne Gewalt ab.“ Ich kam auf meine Zelle zurück und es passierte nichts, obwohl ich mit Einzelhaft, Karzer oder Brief- und Paketsperre durchaus rechnen musste.

Wenig später wurde ein Schrottkommando eingerichtet, in dem unter anderem auch Kriegsgüter aus dem Zweiten Weltkrieg verschrottet wurden. Das wurde in den Knast gekarrt, wir mussten die Metallschrauben vom Aluminium lösen. In dem Kommando habe ich gearbeitet. Eines Tages sagte ein Mithäftling in der Jugendzelle für alle verständlich, laut und deutlich: „Robbi (das war mein Spitzname, weil Heinz so ein häufiger Name war), du bist ein Rindvieh. Tarnnetze machst du nicht, aber Schrott klopfen, aus dem sie Kanonen und Panzer bauen, das machst du.“ Da sagte ich: „Mein lieber Daniel, das Rindvieh bist du. Die Tarnnetze habe ich gesehen. Wenn ich aber behaupte, dass sie aus dem Schrott Kriegsmaterial bauen, dann könnten sie sagen, dass sie Maschinen für den friedlichen Wiederaufbau herstellen, und mich wegen Hetze bestrafen.“ Man soll nicht impulsiv reagieren, sondern bisschen nachdenken. Vielleicht hat mich diese Denkweise vor weiteren Strafen bewahrt. Ich habe mich dann während der ganzen Zeit zurückgehalten und immer erst zuletzt entschieden.

Ich habe am Ende im Technikerkommando in Torgau gearbeitet. Die Arbeit wurde in verschiedene Zweige des Maschinenbaus eingeteilt, manche waren Mathematiker, es gab auch Schreiber. Ich bin kein Techniker, aber ich konnte gut schreiben und habe das gemacht. Im Schwermaschinenbau sollten wir neue Originale von Zeichnungen fertigen, die die Russen als Kriegsbeute mitgenommen und später, als sie technisch veraltet waren, „großzügig“ zurückgeschenkt hatten. Sie mussten ins Deutsche rückübersetzt und wieder auf die deutsche Norm gebracht werden. Später wurde das Technikerkommando weiter unterteilt. Und wo habe ich gearbeitet? Im Landmaschinenbau. Das war nicht angreifbar. Ich habe im letzten Jahr meiner Haft in Torgau schön im Sonnenschein eine Kartoffelsortiermaschine gemeinsam mit

einem anderen vermessen. Aus dieser Maschine, die für eine Messe zusammengebaut worden war, haben wir dann Fertigungszeichnungen gemacht.

Über diese Zeit bin ich dann 1956 nach Dresden entlassen worden. Ich hatte immer zugesehen, dass ich sauber blieb, damit ich argumentieren konnte, wenn ich wieder nach Hause kam. Aber ich brauchte nicht lange zu argumentieren, denn als ich entlassen wurde, besuchte mich erst einmal mein Bruder, der in Potsdam-Babelsberg bei Berlin wohnte. Ich bin Dresdner. Dann besuchte ich meinen Bruder und fuhr natürlich mit einer Rückfahrkarte nach Berlin. Mit einem zwei Tage alten Ausweis, nur mit Aktentasche, musste ich damit rechnen, überprüft zu werden, bin aber der Kontrolle im Zug entgangen. Auf der Rückreise musste ich zunächst mit der S-Bahn zum Anhalter Bahnhof fahren. Ich war fremd in Berlin und stieg „aus Versehen“ am Bahnhof Zoo aus. So habe ich die DDR verlassen. Ich war im Westen und konnte nicht mehr zurück. Sie haben es schon gesagt, Frau Klewin, ich landete schließlich in Emden, wo ich noch heute lebe.

Zurück ins Jahr 1956: Ich ging in West-Berlin zum Aufnahmelager und wurde aufgenommen. Als die Zeremonie zu Ende war, sagte der Vorsitzter: „Gehen Sie doch mal zum Richthofenplatz ins Ost-Büro der CDU.“ Da ging ich hin und wen treffe ich da? Die Welt ist klein. Meinen ehemaligen Geschäftsführer vom CDU-Büro in Dresden, der geflüchtet war, als ich verhaftet wurde, weil er – ohne dass ich es wusste – immer nach Berlin gefahren und „illegales“ Material geholt hatte. Als er von meiner Verhaftung erfahren hatte, war er sofort stiftend gegangen. Er floh nach West-Berlin und meldete dort im Ost-Büro der CDU meine Verhaftung. Ich traf ihn also in Berlin wieder.

Eins muss ich lobend erwähnen: Durch seine Flucht war mein Verhaftungsdatum bekannt. Die CDU schickte daraufhin an meine Familie Pakete, die ich in den Knast bekam. 1950, kurz vor meiner Verhaftung, waren die „Hunger“-Schreie der Häftlinge des überfüllten Bautzner Gefängnisses bis zu den Einwohnern der Stadt gedrungen, sodass von da an der Erhalt eines Pakets monatlich erlaubt war. Das Gewicht und was nicht enthalten sein durfte, war festgelegt. Meine Pakete wurden von der CDU bezahlt, geschickt haben sie alte Damen aus Altenheimen, damit die Adressen neutral waren. Obwohl meine Angehörigen in Dresden wohnten, waren meine Pakete also „westlichen“ Inhalts. Nach meiner Entlassung habe ich mich dann in Hamburg bei der Dame noch herzlich dafür bedankt.

Silke Klewin: Recht herzlichen Dank, Herr Greifenhain. Jetzt kommt ein Schnitt in eine andere Erlebnissgeneration. Uwe Schwabe, Jahrgang 1962, hat natürlich völlig andere Erfahrungen, was die DDR und ihre Ausprägungen bis dahin angeht. Mich würde interessieren, Herr Schwabe, Sie begannen Ihr Leben als „ganz

normales Kind“, wenn man das so sagen darf. Wodurch änderte sich etwas, wie wurden Sie zum Bürgerrechtler?

Uwe Schwabe: Ich möchte zunächst betonen, dass ich vor Menschen, wie sie hier am Tisch sitzen, die in frühen Jahren der DDR Widerstand geleistet haben, den Hut ziehe. Sie hatten ganz anderes als wir in den 1980er-Jahren auszustehen, das kann man gar nicht hoch genug werten.

Ja, wie kommt man dazu, man wird ja nicht zum Widerstandskämpfer oder Bürgerrechtler geboren. Es sind viele Mosaiksteinchen, die zusammen ein Bild ergeben. Natürlich hat man als junger Mensch Fragen gestellt, und man hat auf diese Fragen in der SED-Diktatur keine Antworten bekommen. Man stand Leuten gegenüber, die sich einbildeten, sie hätten „die Weisheit mit Löffeln gefressen“, und sagten: „Was wir verkörpern, ist das einzig Wahre.“ Ich habe die Antworten woanders gesucht. Ich will das mal an zwei Erlebnissen festmachen.

Als ich in der Lehre war, musste jeder von uns am GST-Lager (GST: Gesellschaft für Sport und Technik) teilnehmen, der vormilitärischen Ausbildung, die auf den Armeedienst vorbereiten sollte. Die Lehrgruppe wollte in das betriebseigene GST-Lager fahren, weil es dort viel entspannter zugeht als in Scheibe-Alsbach, wo alte, nicht mehr gebrauchte NVA-Offiziere dies durchführten. Irgendwann sagte der Betriebsleiter, wir könnten nicht in das eigene, sondern müssten in das Lager nach Scheibe-Alsbach fahren, weil einer im Lehrlingskollektiv kein GST-Mitglied sei. Damit war ich gemeint. Sie können sich vorstellen, was in den zwei Wochen danach los war. Ich wurde von 20 Lehrlingen bedrängt, in die GST einzutreten, weil sie in das betriebseigene GST-Lager fahren wollten. So wurde zu DDR-Zeiten die Zustimmung zur Politik der SED organisiert.

Ein anderes Beispiel: Ich war in einer Brigade, die sich in der Verpflichtung zur „Brigade der sozialistischen Arbeit“ festgelegt hatte, zu 100 Prozent aus Mitgliedern der DSF (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft) zu bestehen, um die Brigadeprämie zu erhalten. Ich war nicht Mitglied, weil ich mir meine Freunde selber aussuchen wollte. Also schloss mich die Brigade aus, erfüllte damit die 100 Prozent und bekam die Prämie.

Das waren Erfahrungen, woran man erkannte: Hier stimmt was nicht in diesem Land. Ich bin in Leipzig groß geworden, man sprach vom Sieg des Sozialismus, aber wenn man in Leipzig durch die Straßen ging, sah man, wie dieser Sieg aussah: zerfallene Häuser, die Umweltsituation war katastrophal. An solchen Punkten habe ich hinterfragt und Sachen infrage gestellt, die die ältere Generation als gegeben hinnahm. In einer Diktatur wird man natürlich als Staatsfeind abgestempelt, wenn man das tut.

Ich habe dann überlegt, wie ich diesem Land entfliehen könnte, und hatte die naive Vorstellung: Du fährst zur See. Es gab zu DDR-Zeiten die Handelsflotte, die Wirtschaftsgüter auch in das nichtsozialistische Ausland transportierte, und ich sah das als Möglichkeit, auf legalem Weg das Land zu verlassen. Voraussetzung für die Bewerbung war allerdings die Entscheidung für einen längeren Wehrdienst. Ich verpflichtete mich also für drei Jahre Armee und habe da das Laboratorium DDR in kleinem Maßstab erlebt: gegenseitige Bespitzelung, Demütigung und den ständigen Versuch, einem das Rückgrat zu brechen. Weil ich mich dagegen zur Wehr setzte, bin ich mit den Worten entlassen worden: „Herr Schwab, wir werden dafür sorgen, dass Sie in der Braunkohle landen.“ Eine Woche später bekam ich eine Ablehnung von der Handelsflotte, in der stand: „Für den grenzüberschreitenden Verkehr nicht geeignet.“ Das war ein Stempel, den ich nie wieder los wurde.

Ich ging dann in meinen Ausbildungsbetrieb zurück und dachte: Es muss in diesem Land noch vernünftige Menschen geben, die dieses System infrage stellen. Ich hatte das Glück, jemanden kennenzulernen, der in der Jungen Gemeinde der Nikolaikirche aktiv war und sagte: „Komm doch mal mit, hier sind junge Leute, die sind offen für Diskussionen und überlegen, wie man in diesem Land etwas verändern kann.“ Ich bin kein Christ, ich war sehr skeptisch, kannte Kirche nur vom Beten am Sonntag im Gottesdienst, ging aber dann in die Junge Gemeinde und erlebte da zum ersten Mal junge Leute, die offen, frei von der Leber weg diskutierten und zuhörten, wenn andere etwas sagten. Das war eine Gesprächskultur, die ich vorher immer vermisst hatte, ob bei FDJ-Veranstaltungen oder im Privaten, da überlegte man ja auch genau, wem man was erzählt.

In dieser Szene bin ich hängen geblieben, was nicht so leicht war, wenn man als Nichtchrist keine Beziehung dazu hatte. Ich hatte das Glück, offen aufgenommen zu werden, und wurde Mitglied der Arbeitsgruppe Umweltschutz. Leipzig war damals eine Stadt, die nach einer Studie der EU nicht mehr bewohnbar war. Ich fand Gleichgesinnte, in Leipzig war das eine wunderbare kreative junge Szene ohne Denkschablonen. Sie waren sehr aktiv und wollten andere Leute, auch fern von diesen Kirchenstrukturen, erreichen und davon überzeugen, selbst etwas zu unternehmen, wenn sich in diesem Land etwas verändern sollte.

Wir haben verschiedene Aktionsformen entwickelt. An einem Pleiße-Gedenkmarsch, der an die Umweltsituation in Leipzig erinnerte, beteiligten sich 1988 immerhin circa 90 Leute. Wir überlegten, wie man Leute noch mehr emotional erreichen könnte, und organisierten 1989 ein Straßenmusikfestival, wo wir unter anderem Lieder von Renft spielten. Die Leute, die an einem Sonntagnachmittag – in der Innenstadt war nicht viel los – unterwegs waren, hörten diese Musik. Es war eine



wunderbare Atmosphäre. Aber was macht der Staat? Er hatte nichts Besseres zu tun, als nach zwei Stunden mit LKWs vorzufahren und das Straßenmusikfestival zu beenden. Das alles waren Zeichen, die mich fragen ließen: In welchem Land lebst du? Wieso nehmen sich Leute heraus zu entscheiden, welche Bücher ich lesen, welche Filme ich schauen, welche Musik ich hören, in welches Land ich reisen darf? Als junger Mensch fragt man natürlich und stellt das, was einem die Alten vorleben, infrage.

Und das führte zu den Ereignissen des 9. Oktober 1989 in Leipzig, einem der wichtigsten Tage in der deutschen Geschichte. Da haben viele Leute mitgewirkt. Es heißt immer, ich sei die Nummer eins auf der Liste der Staatssicherheit gewesen, aber da haben ganz viele Leute mitgewirkt und waren aktiv. Wir haben hier ein gutes Beispiel im Raum: Der Tontechniker Thomas Hauf, der diese Veranstaltung heute begleitet, hat am 9. Oktober im Leipziger Rathaus eine heimliche Parteiversammlung mitgeschnitten, auf dem die Genossen nichts anderes zu tun hatten als zu überlegen, wie man die Macht erhalten kann. Das war Hauptbestandteil dieser Rede. Dabei erfuhr der Tontechniker, dass zwei Stunden später eine heimliche Einweisung der SED-Genossen stattfinden sollte, die die Nikolaikirche besetzen sollen,

damit die Oppositionellen keinen Platz darin haben. Das war natürlich total idiotisch, denn die Oppositionellen standen schließlich auf dem Nikolaikirchhof, es ging also genau nach hinten los. Aber was machte der Tontechniker? Er versteckte heimlich zwei Mikrofone hinterm Vorhang und schnitt diese Einweisung mit. Wenn Sie sich diese Aufnahme heute anhören, dann verstehen Sie, warum das Land nicht überleben konnte. Die Hilflosigkeit der Genossen ist sehr prägnant. Ich kann Ihnen nur empfehlen, das Buch zu lesen, das in der Zwischenzeit über diese Tontechnik-Aufzeichnung erschienen ist, man kann sie nachlesen.

Das waren also Ereignisse, die mich auf den Weg in diese lebendige, kreative Leipziger Szene geführt haben.

Silke Klewin: Ich danke Ihnen sehr, möchte aber eine Frage anschließen. Zu den Handlungsspielräumen: Herr Greifenhain sagte: „Ich wollte ja sauber bleiben“, und fragte, inwieweit er gegenhalten, sich wehren, etwas erreichen könne, ohne dass es zu stärkeren Folgen führte. Die Situation war in den 1980ern eine andere. Rückwirkend scheint es so klar, das Land musste untergehen. In der Zeit selber war es nicht klar. Inwieweit war denn die Gefahr bei den Handlungen leitend, wie viel Angst war verbreitet und inwieweit war klar, welche Konsequenzen folgen konnten.

Uwe Schwabe: Angst hat man immer gehabt. Man musste immer abwägen, ob man eine Aktion initiiert bzw. sich beteiligt, und musste mit den Folgen leben. Man war sich nicht zu 100 Prozent über die Folgen im Klaren. Wir haben auch oft gesagt: Wir denken jetzt gar nicht darüber nach, was passieren kann. Wenn man nur vom Ergebnis her denkt, ist man in seinem Handlungsspielraum sehr eingeschränkt. Wir haben immer Schiss gehabt. Wenn ich abends gegen 22 Uhr nach Hause kam und zwei dunkle Gestalten vor meiner Tür standen und das Haus überwachten, wusste ich nie: Nehmen die mich fest, bringen die mich in den Knast, komme ich da wieder raus, ist die Solidarität innerhalb des Landes so groß, dass so etwas auch öffentlich werden würde? Wir hatten ja einen gewissen Schutz dadurch, dass wir viele Aktionen öffentlich durchführten. Wir haben natürlich nicht jedem erzählt, wo unsere Druckmaschine steht, aber die Stasi kannte unsere Namen, wir verkündeten offiziell an der Informationstafel der Nikolaikirche: „Die Initiativgruppe ‚Leben‘ trifft sich mittwochs in der Zweinaundorfer Straße 20a, wir arbeiten in verschiedene Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen, wer will, kann dazukommen.“ Wir haben das nicht versteckt gemacht, sondern offen argumentiert. Das war ein gewisser Schutz. Der zweite Schutz war, dass wir Beziehungen zu den Medien in der Bundesrepublik hatten. Roland Jahn, der heute hier ist, war damals Redakteur bei „Kontraste“. Als wir im Januar 1989 im Gefängnis saßen, war das sofort in den Westmedien präsent. Das ist über die Gruppe um Wolfgang Templin organisiert worden, die hat es nach

Polen weitergegeben, es ist von der Solidarnosc beim KSZE-Folgetreffen in Wien und den amerikanischen und deutschen Außenministern angesprochen worden. So hat Honecker die Entscheidung getroffen, dass wir Leipziger freigelassen werden. Obwohl uns nach DDR-Gesetz zwei Jahre und drei Monate Knast drohten, waren wir nach sieben Tagen wieder draußen. Das hat natürlich nicht gerade dazu geführt, dass wir danach besonders vorsichtig waren. Es hat uns eher animiert weiterzumachen. Ich glaube, die Angschwelle war auch nicht mehr so hoch wie 1985 oder 1986.

Eins kommt dazu: Wenn man in Stasi-Haft saß, musste man erst einmal mit der Situation klarkommen. Für mich waren diese sieben Tag in Untersuchungshaft sehr schwer, weil ich nicht wusste, was auf mich zukommt, ob ich wieder rauskomme, ob ich zwei Jahre in den Knast gehe. Da hinterfragte ich natürlich, ob es richtig war, was wir gemacht haben. Ich hatte aber das Glück, zu dem Zeitpunkt noch keine Familie, keine Kinder zu haben, sondern habe nur für mich selbst entschieden. So konnte ich freier entscheiden. Wenn ich Kinder und eine Ehefrau zu Hause gehabt hätte, wäre ich vermutlich viel vorsichtiger gewesen. Was mich sehr beeinflusst hat: Die haben mich im Stasi-Knast dazu gebracht, Aussagen zu machen. Ich habe denen sehr übel genommen, dass sie mich in eine Situation gebracht haben, über die ich vorher immer sagte: „Ich rede mit denen kein Wort. Ich bleibe ganz stur.“ Aber als ich dort saß, war es eine ganz andere Situation. Als ich rauskam, dachte ich: „Das passiert dir nicht noch einmal. Das schaffen die nicht noch mal.“ Es hat mich eher bekräftigt, weiter aktiv zu sein und an diesen Themen dranzubleiben.

Silke Klewin: Eine Nachfrage zu Ihren Zielen. Sie haben schon genannt, dass sie nach Gleichgesinnten suchten. Was war noch Ziel? Die Reform der DDR? Ein Sturz? Das lässt sich für die Reformbewegung der DDR ja nicht auf einen Nenner bringen. Was war es bei Ihnen ganz persönlich?

Uwe Schwabe: Wolfgang Templin hat es heute früh wunderbar gesagt: Uns ging es nicht um einen Sturz, sondern um eine Öffnung der DDR. Um eine neue Offenheit, um Mitgestaltung und die Möglichkeit, Parteien gründen und selber Zeitungen drucken zu können. Wo das hinführen sollte, ist in den Leipziger Kreisen nicht groß diskutiert worden. Wir rechneten nicht damit, dass die Wiedervereinigung vor der Tür steht. Das hängt aber auch damit zusammen, dass für mich – geboren 1962 – die Mauer etwas Selbstverständliches war und ich an der Stelle gar nicht hinterfragt habe. Das ist aber eine Generationsfrage. Uns ging es darum, eine Öffnung dieser Gesellschaft und Teilhabe an den Machtstrukturen zu erreichen, wobei natürlich klar war, dass der Machterhalt der SED in diesem Fall schwierig sein würde.

Silke Klewin: Wenn ich mich richtig erinnere, waren Sie nicht begeistert über die ersten Wahlergebnisse 1990. Können Sie dazu etwas sagen?

Uwe Schwabe: Ich habe damals einen Satz gesagt, der im SPIEGEL abgedruckt wurde: „Man sollte das Volk nicht wählen lassen.“ Das war der erste Frust, als das Neue Forum nur wenige Prozent bekommen hat. Wir sahen uns damals als eine neue Bewegung, der ganz viele Leute folgen werden und die erst einmal überlegt, wohin der Weg in unserem Land gehen könnte. Wir wollten aus den Erfahrungen der Bundesrepublik und den Fehlern, die dort vielleicht gemacht wurden, lernen. Mir ging es darum, erst einmal selber zu lernen, wie es funktionieren kann. Wenn Sie Ihren Kinder sagen: „Das ist der richtige Weg, das mache ich schon immer so“, dann stellen die das erst einmal infrage und wollen selbst ausprobieren, wo es langgehen kann. In dieser Situation waren ich und viele andere. Wir wollten es selber erleben und selber Erfahrungen machen.

Der Weg ist durch die Wahlergebnisse ziemlich schnell abgebrochen worden. Einer hat mal gesagt: „Wir waren die Ersten, die gegen das geschlossene Tor rammelten. Das Tor gab nach, wir fielen hin und die Leute überrannten uns, Zielen entgegen, die wir nicht mehr beeinflussen konnten.“ So fühlten wir uns zu diesem Zeitpunkt. Das war für mich damals frustrierend. Aus heutiger Sicht bin ich anderer Meinung, ich denke, es gab kein großes Zeitfenster, um Experimente zu machen, und die Leute waren nicht bereit dazu. Das hängt damit zusammen, dass wir in elitären Strukturen lebten, wir hatten gar keine Berührung mit den normalen Arbeitern. Wir arbeiteten nicht in Betrieben, sondern in kirchlichen Einrichtungen, auf Friedhöfen oder Ähnlichem. Wir wussten gar nicht, was das Hauptziel dieser Menschen wirklich war, als sie im Herbst 1989 auf die Straße gingen. Das hat uns überrascht.

Silke Klewin: Was bedeutet Ihnen aus heutiger Sicht Ihr damaliges Tun. Wie ordnen Sie es in Ihr Selbstverständnis ein?

Uwe Schwabe: Es war ein Mosaiksteinchen, das mit dazu beigetragen hat, dass dieses Land glücklicherweise sein Ende fand. Wenn ich sehe, was meine Kinder – meine Tochter ist 18, mein Sohn 16 – heute für Möglichkeiten haben! Ich finde so klasse, was sie machen, wohin sie reisen, wo sie studieren können. Ich habe mit ermöglicht, dass sie heute in einer freien Gesellschaft leben können, mit allen Problemen, die wir haben, das brauchen wir nicht schönzureden. Aber es gibt die Möglichkeiten. Selbst das Gefühl, reisen zu können, wohin man will, ist doch fantastisch. Auch wenn ich es nicht in Anspruch nehme, ich habe es. Ich kann sagen, ich fahre jetzt nach Italien. Ich fasse den Eiffelturm in Paris an. Das konnte ich früher nicht. Das ist eine Errungenschaft, die man gar nicht hoch genug einschätzen kann. (Applaus)

Silke Klewin: Sie sind ausgesprochen aktiv in der Aufarbeitung und haben verschiedene Publikationen vorgelegt, um das Wissen um die damaligen Ereignisse hochzuhalten. Wie können wir den Staffeln weitergeben, wie können wir diejenigen, die sich nicht dafür interessieren, gewinnen. Ich würde Sie bitten, auch auf die Frage einzugehen, warum sich Jugendliche heute mit der DDR auseinanderzusetzen sollten.

Uwe Schwabe: Roland Jahn sagt immer so schön, man könne Freiheit nur begreifen, wenn man erkannt hat, was das Urziel einer Diktatur ist. Ich denke auch, das muss man erst einmal begreifen können, um Freiheit schätzen und genießen zu können. Das Wichtigste ist, den Jugendlichen alle Möglichkeiten zu geben und die Freiheit zu lassen, alles infrage zu stellen und auch uns Fragen darüber zu stellen, was wir in den vergangenen 25 Jahren vielleicht falsch gemacht haben. Das ist ihr Recht. Das tut manchmal weh, es tut auch bei meinen Kindern manchmal weh, wenn ich sage: „Ich weiß, wie das geht, ich kann euch das alles erzählen.“ Und dann glauben die mir nicht, was ich erzähle. Das sind Prozesse, die man aushalten muss. Ich finde das gut und kann immer wieder nur an Jugendliche appellieren: Stellt viele Dinge infrage, die eure Eltern euch vorleben. Fragt nach, schaut genau hin, bildet euch eine Meinung und rennt keinem hinterher, der sagt, dass er weiß, wie es funktioniert.

Silke Klewin: Danke. (Applaus) Herr Kunert, Sie waren schon seit frühester Jugend unangepasst. Sie haben einen starken Eigenwillen. Woher kommt das? Ist das die Prägung, liegt es in den Genen, ist es die Umwelt?

Christian Kunert: Der Fall der Berliner Mauer hat so eine Eigenart. Er jährt sich. Und ganz besonders alle fünf Jahre. Und immer wenn die Fünf wieder voll ist und der Jubiläumstag naht, dann werde ich nach meinen Gefühlen an diesem Tag gefragt. Man erwartet von mir große Antworten: der Atem der Geschichte. Dem war nicht ganz so. Ich spielte damals Kabarett in West-Berlin, wohin ich in den 1970er-Jahren ausgebürgert worden war, und zwar mit Matthias Deutschmann im Mehringhof-Theater. Das war immer voll, 200 Leute, en suite haben wir da gespielt und auch gut Geld verdient, ganz nebenbei. Die Mauer fällt: vier Leute. Das ist meine Erfahrung mit dem Tag des Mauerfalls. Spielen vor leerem Saal. Das ist noch nicht alles. Am nächsten Tag kam dann noch etwas anderes dazu. Meine Stammkneipe lag in der Gneisenaustraße, einer ehemaligen Prachtstraße in Kreuzberg, damals dörflich, weil die Mauer gleich in der Nähe stand. Da konnte man in Ruhe draußen sitzen und Bier trinken. Von heute auf morgen war das nicht mehr möglich, weil die Trabis alle nach West-Berlin fuhren, um die 100 D-Mark abzuholen. Die Gneisenaustraße ist sechsspurig! Im Kabarett erwartete man, dass wir

uns zum Mauerfall äußern. So habe ich mich damals an einem alten Volkslied vergriffen und trage das mal kurz vor, auch wenn es nicht ganz hierher gehört. Ich komme dann gleich zum Thema. Das ging so:

*Die Verwandten sind frei,
wer hat sie entlassen?
Im Zweitakt-Konvoi
versperrn sie die Straßen.
Die Autoabgase
ziehn an meiner Nase
nicht spurlos vorbei,
die Verwandten sind frei.*

(Lachen, Applaus)

Für Ihren Humor sollen Sie das ewige Leben erreichen!

Das ging noch weiter, es hat noch einige Strophen.

Warum ich das erzähle: Im November 2014 kam mal wieder eine Fünf ins Spiel, die 25 in dem Fall. Da war ich im Justizministerium zu einer Veranstaltung eingeladen. Justizministerium deshalb, weil es sich heute in dem Gebäude befindet, in dem einst das Presseamt der DDR untergebracht war. Der Raum, in dem Schabowski seine berühmte Pressekonferenz abhielt. Große Feier also zum Gedenken an den 25. Jahrestag des Mauerfalls. Der STERN-Redakteur Hans-Ulrich Jörges machte die Conférence und fragte mich auf der Bühne, ob die Biermann-Ausbürgerung der Anfang vom Ende der DDR gewesen sei. Ich antwortete, weil man ja gern mal bisschen salopp daherredet: „Der Anfang vom Ende der DDR war die Gründung der DDR.“ (Lachen, Applaus) Hinterher im Auto habe ich dann überlegt: „Was hast du denn da für einen Mist erzählt.“ Ich habe, was nicht so meine Stärke ist, nachgedacht und kam zu dem Schluss, dass es so blöd gar nicht ist. Denn die Gründung der DDR beruhte auf einer Lüge, das wissen wir alle. Uns wurde gesagt, es werde eine humanistische Gesellschaft mit einer demokratischen Grundlage. Im Gegensatz dazu steht der überlieferte Satz Walter Ulbrichts vor den ersten Wahlen: „Es muss demokratisch aussehen, aber gewinnen müssen wir.“ Getreu seinem großen Vorbild Stalin, der gesagt hatte: „Es kommt nicht darauf an, wer wie viele Stimmen kriegt, sondern darauf, wer sie auszählt.“ Und diese Lüge, von der ich sprach, hat uns junge Leute in der DDR die ganze Kindheit, Jugendzeit und die Anfangsjahre im Beruf, in meinem Fall also etwa 25 Jahre, verfolgt. Die Diskrepanz zwischen dem, was war,

und dem, was erzählt wurde, hat unser Leben bestimmt. Das kann einen auf die Dauer nicht unbeeindruckt lassen, zumal wenn man nicht ganz so angepasst sein will.

Silke Klewin: Herr Kunert, in einem Interview 2010 sagten Sie: „Wenn Ausbürgerung die staatliche Anerkennung für aufmüpfige Künstler ist, dann ist ein Einlochen so etwas wie der Nationalpreis. Nicht ganz so gut dotiert, zugegeben, aber doch unter Auszeichnung zu verbuchen.“ Da habe ich Erklärungsbedarf.

Christian Kunert: Ein Verbot, eine bestimmte künstlerische Arbeit ausführen zu dürfen, ist in so einem Staat, den Uwe Schwabe Diktatur nennt, ein Orden. Wir haben es zumindest so empfunden. Ich mache ja immer gern Witze bei aller Angst, die man in der ganzen Zeit hatte. Aber am Ende, wenn man sich ansieht, was durch das Verbot von Renft passierte: Wir haben dadurch gute Jahre gehabt, eine Karriere gemacht, die heute noch anhält. Ich säße nicht hier vor Leuten, die sich für das interessieren, was ich zu erzählen habe, wenn ich nicht verboten worden wäre. Es hilft einem also bis ins Rentenalter hinein, im Gespräch zu bleiben. Anderes Beispiel: Meine Mama schickt mir einen Zeitungsartikel aus der Leipziger Volkszeitung, der überschrieben ist mit: „Berühmte Gohliser“. Wenn ich Ihnen sage, dass ich in Gohlis geboren und aufgewachsen bin, dann ahnen Sie wahrscheinlich schon, wohin das führt. Berühmte Gohliser – ich bin einer davon. Das habe ich nur meiner bescheidenen Aufmüpfigkeit und dem Verbot der Renft-Combo durch den Staat zu verdanken. Meine Mama ist eine Konzertpianistin, die große Konzerte gegeben hat, mit Orchester und allem, was dazugehört. Meine eine Schwester ist eine Frau Doktor der Chemie, die andere Doktor der Medizin. Allesamt keine berühmten Gohliser. Aber der kleine, versoffene Kuno, der ja. (Lachen, Applaus)

Silke Klewin: Herr Kunert, noch eine letzte, kurze Frage. Mit dem Begriff der Diktatur sind Sie nicht einverstanden oder haben Sie ein Problem?

Christian Kunert: Ich habe vor drei, vier Jahren einen Artikel in der FAZ gelesen: Egon Krenz habe eine Rede bei einem Treffen ehemaliger NVA-Offiziere gehalten, die sehr beklatscht wurde. Für ihn war es ein Heimspiel. Unter frenetischem Beifall der Anwesenden sagte er: „Wer die DDR eine zweite deutsche Diktatur nennt, der macht sich der Volksverhetzung schuldig und gehört entsprechend bestraft.“ Sie lachen, aber man muss die Leute ja warnen. Ich war schon mal im Gefängnis, ich muss das nicht ein zweites Mal haben.

Ich habe über Egon Krenz nachgedacht. Eine Diktatur trägt in dem Moment, in dem sie errichtet wird, bereits den Bazillus ihrer Beseitigung in sich. Das wissen wir alle. Es gibt keine Diktatur, die ewig besteht. Eigentlich muss das auch Egon Krenz wissen, denn er ist ein Dialektiker, er hat in Moskau an der Parteihochschule



studiert. Der wird wissen, dass ich mit dem Recht habe, was ich heute hier in Bautzen sage: dass die Diktatur dazu verurteilt ist, irgendwann abgesägt zu werden. Wenn das so ist, dass eine Diktatur den Bazillus ihrer Beseitigung in sich trägt und mithin zwangsläufig irgendwann beseitigt wird, die DDR aber keine Diktatur war, wieso gibt's die dann nicht mehr? Wieso steht Egon Krenz nicht mehr auf der Mai-Tribüne und winkt huldvoll? Das müssten Sie ihm, wenn Sie ihn mal treffen, vielleicht zu denken geben. Ich halte mich da raus, wie gesagt, ich war schon im Gefängnis.

Silke Klewin: Vielen Dank! Herr Löttsch, mich würde interessieren, wie Sie sich zum Staatsfeind entwickelten. Sie waren ja von Ihrer Überzeugung her nie einer. Sie wurden dazu gemacht. Erzählen Sie uns von Ihren Erfahrungen mit Macht und Gewalt in der DDR?

Wolfgang Löttsch: Meine Verhaltensweise war total unpolitisch. Ich hatte schon als Kind den Traum – wie viele Kinder in der DDR –, Friedensfahrer zu werden. Ich habe mich 1971 zum erfolgreichsten Juniorenfahrer der DDR entwickelt und wurde daraufhin Friedensfahrerkandidat und Olympiakandidat für München. Aber München lag ja damals im Feindesland. Es gab die interne Abmachung im DTSB (Deutscher Turn- und Sportbund): Nur Genossen kommen nach München. Am

Jahresende kamen immer die individuellen Trainingspläne raus, auf denen stand, was man für Zeiten und Platzierungen bringen musste. Da stand unter anderem auch: Kandidat der SED, Termin 31. Dezember 1971. Da sagte ich: „Nein, das will ich nicht. Mir passt einiges nicht, man bekommt nicht, was man haben will. Musik, die einem gefällt, darf man nicht hören, seine Haare darf man nicht so tragen, wie man will.“ Auch legte man die Worte meines 71 Jahre alten Vaters auf die Goldwaage, der damals sagte, ich solle kein Abitur machen, sondern einen Beruf lernen und Geld verdienen. Im Januar 1971 haute der Eiskunstläufer Günter Zöller ab, man war wachsamer. Für jeden, der ins westliche Ausland fuhr, mussten zwei Bürgen her. Für mich sollten damals der Kinder- und Jugendschulsportdirektor und der stellvertretende Clubleiter von Karl-Marx-Stadt bürgen, die haben es abgelehnt. Daraufhin bin ich aus allen Kaderkreisen, aus der Nationalmannschaft usw. ausgeschlossen worden und wurde gezwungen, im BSG-Bereich (BSG: Betriebssportgemeinschaft) meinen Sport weiterzumachen, nach der regulären Arbeitszeit. Ich habe da mit hoher Intensität weitergemacht, habe um Erfolg gerungen, aber das war den Genossen ein Dorn im Auge, weil ich nicht die Aufgabe hatte, die vom Staat geförderten Leistungssportler abzuhängen, sondern meine ganze Kraft im Beruf bzw. Studium einzubringen. Daraufhin hat man zu meinen Ungunsten die ganzen Wettkampfbestimmungen so verändert, dass ich immer seltener mitfahren konnte. 1975 durfte ich fast keine Rennen mit der DDR-Spitze mehr fahren, nur noch im BSG-Bereich. Dann habe ich einen Ausreiseantrag gestellt.

1976, wie Sie schon sagten, kamen wir eines Abends vom Polterabend und die Polizei behauptete, wir hätten randaliert. Ich sagte: „Alles Scheiße hier, was soll das heißen: Nur die Polizei hat Recht.“ Ich wurde zu zehn Monaten Haft auf dem Kaßberg in Karl-Marx-Stadt verurteilt und habe dort ein halbes Jahr in U-Haft, also allein, verbringen müssen, auf acht Quadratmetern ohne Fenster, das einzige Licht kam durch die Glasziegel, man hat nichts gesehen. Wenn es hieß: „Freigang“, dann war das nicht so, wie man es aus Filmen kennt, dass alle im Kreis laufen, sondern man kam in den sogenannten „Tigerkäfig“, einen kleinen, von Mauern umschlossenen Hof, fünf Meter lang, fünf Meter hoch, und nur den Blick zum Himmel. Oben war Maschendraht drüber, da stand einer mit der Kalaschnikow. Sobald man etwas sagte, drückte der auf den Knopf und man wurde wieder hineingeführt. Man hat nie jemanden von den Mithäftlingen oder den Stasi-Mitarbeitern gesehen, sondern nur seinen persönlichen Vernehmer.

Ich wurde zu zehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt und habe dann nach einem halben Jahr als normaler Verurteilter im Männerkommando gearbeitet. Ich habe die Schweine gefüttert. Wenn die ihre Orgien gefeiert haben, haben sie früh eine Sau ge-

holt, abends kam sie portioniert zurück und ich habe sie in den Räucherofen gesteckt. So war mein Dasein. Wir hatten vergitterte Fenster und alle zwei Wochen wurden die Fenster zugenagelt: „Heute ist wieder Transport“, hieß es. Ich wusste nicht, was das bedeutete. So bin ich dann, als ich wieder zu Hause war, mal mit dem Rad hinaufgefahren. Man konnte nicht lange stehen bleiben, da hätten sie einem sofort das Rad weggenommen. Schon an der ganzen Querstraße standen PKWs mit Berliner Kennzeichen. Das große Nebentor ging auf, und es kamen zwei große Westbusse herausgefahren. Da waren diejenigen drin, die vom Westen freigekauft wurden. 33 500 Menschen vom Kaßberg sind ja für 3,5 Milliarden D-Mark nach dem Westen verkauft worden.

Nach meiner Haftentlassung durfte ich erst einmal zwei Jahre lang gar keinen aktiven Sport machen, nicht einmal Schach, ich wurde aus dem DTSB ausgeschlossen. 1979 wurde ich wieder aufgenommen und durfte langsam wieder fahren. Ich habe um meinen Erfolg gerungen, musste aber für mich abhaken, mal ins westliche Ausland zu dürfen. Mit der Wende, mit fast 40, bin ich dann noch drei Jahre für Hannover gefahren und in Chemnitz. Ich habe das Bundesverdienstkreuz erhalten, wurde in die Hall of Fame des Sports aufgenommen, der Film wurde gedreht und das Buch geschrieben, das einen großen Erfolg hatte. Das alles war eine späte Anerkennung und macht mich doch etwas stolz.

Aber noch mal zurück zur Haftentlassung. Als ich aus dem Knast kam, bin ich pausenlos verfolgt worden, mit zwei Autos, immer die gleichen Kennzeichen. Hielt ich an, blieben die auch stehen. Einmal bin ich mit dem Rad die Treppen runter, um sie abzuhängen, das hat geklappt. In meinen Akten habe ich gelesen, dass sie sofort alle Straßen in Richtung Berlin, alle Züge überwachten und alle Telefonzellen anzapften, weil sie Angst hatten, ich würde zu westlichen Medien Kontakt aufnehmen. Es ist ein Aufwand betrieben worden, der unwahrscheinlich viel Geld gekostet haben muss. Ich sage immer wieder, wenn man mich normal gefördert hätte, wäre ich den Staat bestimmt billiger gekommen als auf diese Art und Weise.

Silke Klewin: Könnten Sie eins noch erläutern. 1985 sind Sie dann doch in die SED eingetreten, das hat aber nicht wirklich etwas verändert. Was hatten Sie für Hoffnungen, wie kam das zustande?

Wolfgang Löttsch: Ich war 1972 einmal in das Fettnäpfchen getreten. Und nun kam mein Chef, Mitglied der Blockpartei NDPD, zu mir und sagte: „Mensch, die gehen mir auf den Geist wegen deiner Freistellung. Geh doch in die Partei, da hast du deine Ruhe und kannst Radfahren, wie du willst.“ Die hätten mir hier und da nicht mehr freigegeben in der Woche, sondern gewartet, bis ich 40 bin, aber da ist die Zeit vorbei. Da dachte ich: „Na ja gut, als Genosse kannst du wenigstens fahren.“



Leistungssport ist nun mal leider altersbegrenzt. Arbeiten kann man bis sonst wann, aber Leistungssport geht nicht auf Dauer. Ich habe es nur gemacht, damit ich regelmäßig von der Arbeit freigestellt werde. Nicht weil ich zu faul war, sondern weil ich Rad fahren wollte.

Silke Klewin: Was können Jugendliche aus Ihrem Beispiel lernen, was ist Ihnen wichtig zu vermitteln?

Wolfgang Löttsch: Das Wichtigste ist, dass man niemals aufgeben sollte. Wenn man so einen Berg hochfährt und fünf Kilometer vorm Ziel Schmerzen hat und aufhört zu treten, bleibt man stehen und die anderen überholen einen. Das gilt auch in politischer Hinsicht oder wenn man einen Beruf lernt: Rückschläge gehören dazu, die kommen irgendwann mal. Auch dann: nicht aufgeben! Das sind zwei Ziele. Das kann man vom Sport auf das Berufliche oder Politische übertragen. Im Gegensatz zu damals haben die Jugendlichen heute die Möglichkeit zu sagen: Ich kann aus meinem Hobby einen Beruf machen. Das ist eine Gabe, die man nicht bezahlen kann. Es gehören sehr viele Entbehrungen, sehr viel Leistung dazu, aber es lohnt sich.

Silke Klewin: Ich würde jetzt, sofern Sie Fragen haben, das Podium öffnen.

Frage aus dem Publikum: Herr Löttsch, Sie haben gesagt, 1985 sind Sie in die SED eingetreten. Sie hatten aber in den 1970er-Jahren Ausreise beantragt. Jetzt stellt sich für mich die Frage, warum Sie das mit der Ausreise nicht durchgezogen haben? Ich glaube, da hätten Sie noch bisschen mehr Zeit gehabt, Ihren Sport in der BRD weiterzumachen, als das dann unter dem Einfluss der SED 1985 ausklingen zu lassen.

Wolfgang Löttsch: Die Staatssicherheit hat mir ganz deutlich gemacht: „Wir lassen dich nicht rüber. Wir lassen uns doch von dir die Medaille nicht wegnehmen.“ Da wäre ich ein Rennen gefahren und wäre gestürzt. Ich sagte: „Wie soll denn das gehen?“ Meinten die: „Wir haben einen Guillaume im Westen, da würden wir wohl mit einem Löttsch fertig werden.“ Denkt man an Lutz Eigendorf, glaube ich heute, dass solche Sachen passiert wären. Das haben wir damals zwar nicht so gesehen, aber jetzt, wo viele Fälle aufgedeckt und geklärt werden, weiß man doch, wozu die Staatssicherheit fähig war. Sie hat – denke ich mal – den ganzen Westen unterwandert.

Frage aus dem Publikum: Herr Löttsch, wie viele Kilometer fahren Sie jetzt täglich? Und eine zweite Frage: Als Sie plötzlich eingesperrt wurden, haben Sie in der Zelle trainiert? Sie mussten ja plötzlich abtrainieren.

Wolfgang Löttsch: Ich lebte auf acht Quadratmetern und hatte den ganzen Tag Zeit. Ich bekam die Zeitung vom Vortag, das Neue Deutschland und die Freie Presse, da las ich natürlich jedes Wort. Und ein Buch pro Woche, das war alles. Ich habe also angefangen mit Kniebeugen, 3000 bis 5000 täglich, immer 1000 hintereinander und dazu 300 bis 400 Liegestütze. Einmal in der Woche durfte ich auf einem Ergometer fahren und hatte sogar eine Duscheraubnis, man schwitzte ja wie verrückt. Ich durfte einmal in der Woche duschen, einmal war Klamottentausch – das war der Kaßberg.

Zu Ihrer ersten Frage: Vor ein paar Jahren hatte ich die Million Kilometer voll und bin bis vor Kurzem noch viel gefahren. Aber ich hatte vor Weihnachten eine Herzoperation, weil ich nur noch 25 Prozent Herzleistung hatte. Mein Herz ist drei- bis viermal so groß wie das eines normalen Menschen. 30 Jahre aktiver Leistungssport hinterlässt seine Spuren. Mir wurde ein Defibrillator eingesetzt und ich bekam zu hören: Sie sind jetzt 70, Sie können auch ausscheiden. Da hatte sich das viele Fahren erledigt. Aber ich fühle mich wohl und versuche noch 200 bis 300 Kilometer pro Woche zu fahren. Ich habe eine eigene Nachwuchsgruppe gegründet, die jungen Fahrer werden immer schneller. Bis vor einem Jahr bin ich noch mitgefahren, aber irgendwann ist mal Schluss.

Silke Klewin: Ich habe noch eine ganz kurze Frage. Wenn das Ihre Fragen waren, gäbe es das Angebot von Herrn Kunert, noch das eine oder andere zu singen? (Applaus)

Christian Kunert: Ich habe hier kein Instrument, kann aber vielleicht trotzdem etwas in der Richtung tun. Dazu muss ich noch etwas erklären: Wenn wir verboten waren, muss das ja Gründe gehabt haben. Das hatte zu tun mit unserer Musik, mit unseren Haaren, mit den Bärten, was wir auf der Bühne sagten, und natürlich auch mit den Texten der neuen Songs. Wir haben zum Beispiel bei den Konzerten Lyrik vorgelesen, Brecht und Biermann, Kunze. Es gibt Leute, die heute noch von diesen Konzerten schwärmen, es waren also keine reinen Rockkonzerte mehr, sondern auch politische Veranstaltungen.

Deshalb wurden wir dann immer zum Komitee für Unterhaltungskunst zitiert. Das war dem Kulturministerium unterstellt. Wir mussten nach Berlin fahren und wurden dort examiniert. Wir haben da oben eine Sprache gesprochen, die wir miteinander nicht sprachen und die wir auch nicht beherrschten. Die kamen uns mit ihrem Sozialismus und den Errungenschaften, mit der Partei- und Staatsführung, die wir nicht zu beleidigen hätten. Wir haben mit denen diskutiert und hätten gerne gesagt: „Du kannst mich mal mit deiner Partei.“ Heutzutage würde man sagen: „Fuck you, Errungenschaften. Ich will singen, was ich will, und das ist alles.“ Das ging aber nicht so einfach.

Natürlich sind über jedes dieser Gespräche, bei denen wir aus gutem Grund bisschen rumgedrückt haben, Berichte bei der Staatssicherheit gelandet. Wir waren also direkt verkabelt. Diese vertraulichen Gespräche, in denen es hieß: „Wir wollen niemanden zurücklassen, was haben Sie denn?“, das waren de facto Vernehmungen durch den Geheimdienst. Was wir dort sagten, konnte gegen uns verwendet werden und ist auch später so benutzt worden. Man legte uns eine Liste von Songs vor, die wir spielen durften, und eine mit Songs, die wir nicht spielen durften. Und wir hatten zu unterschreiben, dass wir uns daran halten würden. Auf der Bühne sagten wir dann: „Diesen Song dürfen wir nicht spielen, aber wir lesen euch den Text vor.“ Da habe ich sehr ungläubige Gesichter unter den Menschen gesehen, so in der Richtung: „So etwas dürfen die?“ Da ging es zum Beispiel darum, dass man ins Gefängnis kam, wenn man den Wehrdienst verweigerte. Das waren Themen, die sonst in Songs und in der Literatur nicht vorkamen. Da gehörte auch die Republikflucht dazu, das Unglück eines jungen Menschen, der nicht damit zurechtkommt, dass er das Land nicht verlassen kann.

Ich erinnere mich an das letzte Konzert, das wir gegeben haben, in Potsdam auf dem Flughafen, eine riesige Halle voller Menschen, wunderschön. Da haben wir – in aller Bescheidenheit – gut gespielt und diese Texte vorgelesen. Am Ende war ein großer Jubel, ich denke sehr gern daran. Wir gingen in die Garderobe, und als wir auf die Bühne zurückwollten, um Zugaben zu geben, die gefordert wurden, stand die

Polizei vor der Treppe zur Bühne und so ein Bulle sagte: „Sie kommen hier nicht noch einmal hoch!“ Da habe ich zu ihm gesagt: „In Ordnung, aber da muss ich jetzt noch mal raus und den Leuten sagen, warum wir keine Zugaben geben. Und was dann kommt, verantworten Sie.“ Das hat er verstanden, trat zur Seite und machte den Platz frei. So was gibt’s. Einen der Songs kann ich Ihnen mal andeuten, die damals zum Verbot führten. Das ist die Rockballade vom kleinen Otto. Da kommt der Begriff „Tütenkleben“ vor, aber wir sind ja unter uns und wissen, was das zu bedeuten hatte, das brauche ich hier nicht zu erklären. Es ist die Geschichte eines kleinen Jungen, der an seinem Fernweh zugrundegeht.

(Singt a capella:)

*Seine Kinderjahre lagen ihm im Magen
wie Steine, doch er weint nicht mehr.
Manchmal sagte Otto: Leben ist wie Lotto,
doch die Kreuze macht ein Funktionär.
Ob ich nach Norden, ob ich nach Norden, ob ich nach Norden flieh?*

*Als er mal ein Foto sah vom großen Otto
aus Hamburg an der Reeperbahn,
schrieb er dem Namensvetter: He, du bist mein Retter,
der mir die Freiheit kaufen kann.
Hol mich nach Norden, hol mich nach Norden, hol mich oder ich flieh.*

*Die Deutschen Mark, die harten, ließen auf sich warten,
da ging er an die Autobahn
und fuhr ungefährdet bis nach Wittenberge,
dort sprang er auf ‘nen Elbekahn.
Nimm mich mit, ob Kapitän, auf die Reise. Nimm mich mit, ob Kapitän, durch die
Schleuse.*

*Nach dem Tütenkleben wollt er nicht mehr leben,
er fuhr nach Wittenberge rauf
und ging in die Elbe, die Stelle war dieselbe,
vielleicht taucht er in Hamburg wieder auf.
Hol mich nach Norden, hol mich nach Norden, hol mich oder ich flieh. (Applaus)*

Silke Klewin: Ich würde versuchen, eine Gitarre aufzutreiben, damit wir nachher in der Gedenkstätte vielleicht noch etwas hören. Ich bedanke mich herzlich! Sollten noch Fragen ungeklärt sein, darf ich Sie jetzt auch im Namen der Friedrich-Ebert-Stiftung in den Hof der Gedenkstätte Bautzen einladen, wo ein Abendimbiss auf Sie wartet und die Vorführung eines neuen Dokumentarfilms über Erich Mielke. Ich danke den vier Herren, danke Ihnen für Ihr Interesse und wünsche uns allen noch einen angenehmen Abend.



VORTRAG

Alexander Latotzky

Kindheit hinter Stacheldraht. Geboren in den Lagern und Gefängnissen der SBZ/DDR

Sehr geehrte Forumsteilnehmer, liebe Freunde, ich möchte Sie heute mit einem Thema bekannt machen, dass auch 26 Jahre nach dem Ende der DDR noch immer viel zu wenigen Menschen bekannt ist. Es geht dabei um Kinder, die Kinder, die nach dem Zweiten Weltkrieg in einem der zehn sowjetischen Lager auf deutschem Boden oder in einem Gefängnis der frühen DDR auf die Welt kamen. Jeder, der in der DDR aufgewachsen ist, kennt die Geschichte von Jerzy Zweig, dem Kind von Buchenwald. Aber kaum einer wusste, dass nach

1945 ebenfalls Kinder in Buchenwald, Bautzen oder Sachsenhausen gewesen sind. Seit den 1990er-Jahren beschäftige ich mich mit diesem Thema, hatte ein von der Stiftung Aufarbeitung gefördertes Forschungsprojekt dazu, habe Dutzende von Interviews mit Betroffenen geführt, mit verschiedenen Sendern der ARD an Filmen dazu gearbeitet, einen auch mit dem russischen Fernsehen, und doch bin ich noch immer der Einzige, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Dass es überhaupt dazu kam, dafür ist übrigens Dr. Anna Kaminsky verantwortlich, die als junge Historikerin 1997 erstmals einige dieser Kinder und Mütter in Sachsenhausen zu einem Treffen zusammenbrachte und die mich davon überzeugte, nicht nur über mich, sondern auch über andere Kinder zu forschen.

Über sowjetische Speziallager, wie sie genannt werden, brauche ich ihnen vermutlich nicht viel zu erzählen. Eine für mich sehr gute Definition hat die Historikerin Bettina Grainer einmal gegeben. Sie stellte nüchtern fest, dass sich die Zustände schlagartig verbesserten, als 1948 die drei letzten Lager an die Gulag übergeben wurden. Spätestens seit den Erzählungen von Alexander Solschenizyn werden die meisten von Ihnen eine Vorstellung davon haben, welche Zustände in den Lagern der Gulag herrschten. Wie, so fragt man sich, müssen sie dann vor der Übergabe an die Gulag gewesen sein.

Mindestens 122 671 deutsche Bürger waren nach sowjetischen Angaben bis 1950 darin eingesperrt. 42 889 von ihnen benennt der offizielle Abschlussbericht der „Abteilung Speziallager“ aus dem Jahr 1950 als verstorben. Das entspricht einer Todesrate von ca. 36 Prozent. Unter den Toten waren auch Kinder. Wie viele es waren, wird sich nie genau feststellen lassen. In der Regel wurden die im Lager geborenen Kinder nicht extra in der Buchführung ausgewiesen. Wenn sie Glück hatten, wurde ihre Geburt aber wenigstens in den Unterlagen der Sanitätsabteilung festgehalten oder auf irgendeiner Karteikarte der Mutter vermerkt. Für die Lagerbürokratie existierten Kinder, wenn überhaupt, nur insofern, als sie einen Einfluss auf die „Kopfzahl“ der Lagerinsassen und damit auf die Verpflegungsrationen hatten.

Besonders in den ersten Jahren mussten sich die Mütter ihre eigene, geringe Essensration mit ihren Kindern teilen. In Sachsenhausen beispielsweise bewilligte die Verwaltung erst ab 1947 für je fünf Kinder eine Flasche Milch und das auch nur von Montag bis Freitag.

Die katastrophalen hygienischen Bedingungen in den Lagern boten immer wieder Nährboden für Infektionskrankheiten. Zudem litten nahezu alle Kinder nach ihrer Geburt unter Mangelerscheinungen. Die Mutter von Barbara Kirchner, eine Pharmazeutin, erzählte mir: *„Damit die Kinder Calcium bekamen, kratzten wir den*

Kalkputz von den Steinfundamenten der Baracken ab. Um mehr Vitamine für sie zu haben, sammelten wir die zwischen den Baracken wildwachsende ‚Melde‘, die wir roh gehackt ins Essen mischten. Dann brach im Lager die Ruhr aus, an der viele gestorben sind. Sie brach zuerst bei den Allerschwächsten, bei unseren Kindern, aus!“

Eine andere Mutter, Lieselotte Scharf, sie wurde später Ärztin in West-Berlin, berichtete mir: *„Nach der Entbindung durfte ich noch drei Tage in einem abgetrennten kleinen Raum der Krankenbaracke bleiben. Vom Fenster konnte ich direkt auf den Leichenkeller gegenüber sehen. Es war ein schrecklich kalter Winter und die Leute sind damals in Massen gestorben. Ich kehrte dann in die II. Zone zurück. Für mein Kind durfte ich mir zuvor im Magazin aus der Kleidung der Toten Sachen aussuchen. Daraus nähte ich Kinderkleidung und Windeln. Die Nadel, wir durften so etwas ja gar nicht haben, versteckte ich in den Windeln und nahm sie mit in die Baracke. Geschlafen hat die Kleine in einer Kartoffelkiste, die mir die Männer besorgt hatten.*

Im März oder April starb dann das Kind von Gertrud. Es war ein Mädchen, das erst im November zur Welt gekommen war. In dieser Zeit sind noch andere Kinder gestorben. Es gab für sie ja nur Grütze zu essen, und viele Mütter hatten bei der schlechten Ernährung auch kaum Muttermilch.

Einmal, kann ich mich erinnern, weigerte sich das Leichenkommando, ein totes Kind mit zu den anderen Toten in das Massengrab in den Wald von Schmachtenhagen zu legen. Es ist dann in ein kleines Einzelgrab gekommen. Die Männer wollten das so, und es war für sie ja auch nicht viel mehr Arbeit.“

Wer aber waren diese Mütter, was warf man ihnen vor? Unschuldige inhaftiert werden konnte damals nahezu jeder, aber natürlich waren nicht alle Frauen unschuldig. Als ich im Archiv von Hoheneck die Karteien jener Frauen auswertete, die im Februar 1950 aus dem Lager Sachsenhausen nach Hoheneck überführt worden waren, stieß ich auch auf Mitarbeiterinnen aus Konzentrationslagern wie Auschwitz oder Ravensbrück, auf Frauen, die für den SD, den Sicherheitsdienst gearbeitet hatten. Solche Frauen bildeten aber die Ausnahme. Was sich dagegen immer wieder fand, waren Anschuldigungen wie Konspiration, Sabotage oder Spionage, Vorwürfe, deren sich das stalinistische System bei der Ausschaltung von vermeintlichen oder tatsächlichen Regimegegnern immer wieder bediente. Lassen Sie mich Ihnen, der knappen Zeit wegen, nur drei, vier Beispiele dafür geben:

Elfriede S. wurde für den Besuch eines SPD-Büros und die Arbeit gegen die SED zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Käthe P. wurde wegen der Verbreitung von Schumacherliteratur und Spionage für das Ost-Büro der SPD zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Irma P. wurde ebenfalls wegen angeblicher Spionagetätigkeit zu 25 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Und um Ihnen die Absurdität dieser Urteile



besser verständlich zu machen: Erschwerend kam bei ihr hinzu, dass sie angeblich im Auftrag des amerikanischen Geheimdienstes sowjetische Bürger mit Geschlechtskrankheiten angesteckt hatte. Den Gipfel bildeten für mich allerdings die „Vergehen“ von Erika F. und Ingeborg W., beide wurden wegen „des Neigens zum Hochverrat“ zu 25 bzw. 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Verstehen Sie bitte, die Frauen hatten noch gar nichts gemacht, sie neigten angeblich nur dazu.

Im August 1948 löste die sowjetische Militärverwaltung alle Lager bis auf Buchenwald, Bautzen und Sachsenhausen auf und unterstellte sie der Gulag. Sachsenhausen war nun zentrales Lager für alle Frauen und Häftlinge mit einer „geringen“ Haftstrafe, also 15 Jahre und weniger. Die Mehrzahl der Kinder lebte deshalb fortan mit ihren Müttern hier, abgesondert in zwei Baracken am Rand des Lagers. Neuer Leiter der Lager wurde Oberst Nicolai Zikljajew. Der machte zunächst eine Bestandsaufnahme über sein neues Aufgabengebiet. Dazu richtete er eine Anfrage an alle Lagerleiter und bat um Auskunft über Häftlinge mit psychischen Erkrankungen sowie über Frauen mit Kindern.

Am 11. 12. 1948 meldete Major Andrejew aus Buchenwald fünf Kinder, ihm folgte am 16. 12. 1948 Oberst Kasakow aus Bautzen mit sechs Kindern, drei Jungen und drei Mädchen. Die letzte Meldung kam am 24. 12. 1948 von Oberstleutnant Kost-

juchin aus dem Lager Sachsenhausen, er meldete 25 Kinder. Die jüngste Mutter war gerade 20 Jahre, ihre Tochter drei Monate alt. Die älteste Mutter war bereits 42 und hatte ebenfalls eine drei Monate alte Tochter.

Die Frau starb wenig später. Ihr Kind wurde Erna Dachs übergeben, einer Mutter, deren Tochter kurz zuvor verstorben war. Eine solche Vorgehensweise wird auch aus anderen Lagern berichtet.

Viel mehr als ein paar Eckdaten über die Mütter und Kinder hat Zikljajew mit den Berichten allerdings nicht bekommen. Es sind Verwaltungsunterlagen in nüchterner Sprache. Sie enthalten kein Wort über die Lebensumstände, Sorgen und Nöte. Mütter und ihre Kinder litten besonders unter den ohnehin schon schweren Haftbedingungen. Katastrophale Hygiene und erbärmliche Hungerrationen, das Fehlen von Windeln, Kleidung und Pflegemitteln führten dazu, dass es bei nahezu allen Kindern zu Mangelerscheinungen und Krankheiten kam, die sich teilweise bis heute auswirken. So waren viele Kinder mit der in allen Lagern grassierenden Tuberkulose infiziert, erkrankten an Typhus oder Diphtherie. Sie litten unter Wanzen und Läusen, ihre Windeln und Kleidung wurden aus den Textilien der Verstorbenen oder aus alten Zuckersäcken hergestellt. Da sie keine Schuhe hatten, kamen sie im Winter und bei schlechtem Wetter kaum an die frische Luft. Für die Sommermonate gab es handgenähte Schuhe aus Stoff, die aber nie lange hielten. *„Ihr wart ein seltsamer Anblick, wenn ihr mit euren rachitischen O-Beinen so durch das Gelände gelaufen seid“*, erinnerte sich eine der Frauen.

Was man den Kindern nicht ansah, waren die traumatischen Folgen des Lagerlebens. Bei nahezu allen Befragten wurden in den ersten Jahren nach ihrer Entlassung neben physischen Schäden auch psychische Auffälligkeiten festgestellt. Christa-Maria K. berichtet zum Beispiel, dass ihre Tochter Barbara große Schwierigkeiten hatte, Treppen auf Bahnhöfen oder in Häusern zu begehen, denn in Sachsenhausen gab es keine Treppen, alle Baracken waren ebenerdig und so kannte sie keine Stufen. Felicitas B. fürchtete sich vor Männern, denn Männer waren Wachpersonal und vor dem musste man sich vorsehen, so war es ihr beigebracht worden. Andere im Lager Geborene klagen bis heute über Störungen im Essverhalten.

Dennoch veranlassten die wenigen Informationen Zikljajew dazu, im Januar 1949 ein Schreiben an das Moskauer Innenministerium zu senden, in dem er unter anderem um die Erlaubnis bat, die im Lager geborenen Kinder an Familienangehörige außerhalb der Lager übergeben zu dürfen. Er erhielt auf seinen Brief jedoch nie eine Antwort.

Gleichzeitig ordnete er im Januar 1949 eine eigene Verpflegungsration für Kinder an. Nach den Unterlagen des Archivs der sozialen Demokratie setzte sie sich in

Sachsenhausen aus der halben Ration eines Erwachsenen und der vollen Tabakration zusammen.

Die Zählung von 1948 war nach bisherigen Erkenntnissen die einzige. Nur dadurch sind diese Kinder überhaupt aktenkundig geworden. Wie viele Säuglinge und Kleinkinder wirklich in den Lagern lebten, muss daher offenbleiben.

Im Winter 1949 durften erstmals Bischof Otto Dibelius und Probst Heinrich Grüber von der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg das Lager Sachsenhausen besuchen. Zeitzeugen zufolge sollen sie dabei auch die Kinder getauft haben. Allerdings finden sich weder im Archiv der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg noch bei der Kirchengemeinde Sachsenhausen Unterlagen darüber. Auch in den Berichten der Geistlichen findet sich kein Hinweis über die Existenz von Kindern.

Im Februar/März 1950, nur vier Monate nach Gründung der DDR, wurden die Lager aufgelöst. Die UdSSR entließ fast alle internierten Häftlinge und mehr als 5 000 SMT-Verurteilte, darunter acht Mütter mit Kindern. Mindestens vier Frauen deportierte man mit ihren Kindern zur Strafverbüßung in die UdSSR, mehr als 10 000 Häftlinge wurden den DDR-Behörden zum weiteren Strafvollzug übergeben. Aus Sachsenhausen brachte die Volkspolizei am 11. Februar 1950 offiziell 1119 verurteilte Frauen zum Bahnhof Oranienburg, von wo man sie in Viehwaggons nach Stollberg im Erzgebirge fuhr. In eisiger Kälte, die Böden nur notdürftig mit Stroh bedeckt, ohne sanitäre Anlagen und ohne Verpflegung oder Wasser. Mit ihnen auch ca. 30 Kleinstkinder und Säuglinge sowie etliche schwangere und hochschwangere Frauen.

Schon vier Wochen nach der Ankunft in Hoheneck brachte Johanna R. ihren Sohn Gert zur Welt. Am 26. März folgten Viktor Harald und am 9. April das Kind von Hildegard B., das jedoch noch am selben Tag starb. Auch das Kind von Lieselotte H. starb in Hoheneck. Am 12. April wurde der Sohn von Erika R. geboren, am 4. Juni Heinz-Rüdiger, am 1. Juli Dorothea K. usw. Als letzte der aus Sachsenhausen überführten Frauen entband Elfriede L. Es war eine Totgeburt, die nur auf der Haftkarteikarte der Mutter handschriftlich vermerkt wurde. Insgesamt kamen zwischen 1950 und 1953 in Hoheneck mindestens 25 Kinder zur Welt. Nicht allen war ein langes Leben geschenkt.

Mit den Frauen aus Sachsenhausen war die Anstalt völlig überfordert. Das Gefängnis war für 500 bis 600 Insassen gebaut und nun total überfüllt. In den Zellen schliefen viele Frauen auf dem Fußboden. Sie hatten ihre Decken und leere Strohsäcke aus Sachsenhausen mitgebracht. Doch erst nach und nach wurden die Säcke mit Stroh gefüllt. Kinder ab einem Jahr mussten bei der Mutter auf dem Strohsack schlafen, kleinere Kinder hatten eine Kiste. Eine besondere Ernährung war nicht für

sie vorgesehen, ab dem dritten Monat hatten auch sie das Schwarzbrot und die Kohlsuppe der Erwachsenen zu essen. Häufig kauten die Mütter daher ihren Kindern das Essen vor, um es dann mit Speichel verdünnt zuzuführen. Frauen, die nicht stillen konnten, erhielten bisweilen etwas Magermilch, ansonsten wurden ihre Kinder von anderen Müttern mitgestillt, damit sie am Leben blieben.

Kinder waren im Strafvollzug der DDR nicht vorgesehen und so stand Hoheneck mit der Übernahme der neuen Insassen vor einem Problem: Entlassen konnte man die Mütter nicht, denn die Verfügungsgewalt lag noch bis 1954 bei den sowjetischen Behörden. Über die Kinder, die ja nur ein „Anhängsel“ der Frauen waren, konnte das DDR-Innenministerium jedoch verfügen. Man suchte nach einer Lösung und fand sie. Aus den Protokollen der Volkspolizei geht hervor, dass Ellen Kunz von der Landesleitung der SED Sachsen mit der Durchführung der Aktionen beauftragt wurde.

Am 28. Februar 1950 trafen erstmals mehrere mit Spielzeug und etwas Obst dekorierte Kleinbusse in der Haftanstalt ein. Den Frauen erzählte man, die Kinder würden zu einer ärztlichen Untersuchung oder zum Fotografieren gebracht. Sie seien daher mit den besten Sachen zu bekleiden. Während die Mütter in ihren Zellen warteten, führte man die Mädchen und Jungen jedoch zu den Fahrzeugen und transportierte sie ab. Zu einem Abschiednehmen voneinander blieb keine Gelegenheit.

Kurze Zeit später gab es eine weitere Aktion. Diesmal waren die Mütter jedoch gewarnt und schrieben Botschaften mit Kohle oder Mörtel auf Stoffetzen, die sie den Kindern zusteckten und in denen sie die unbekannten Empfänger darum baten, ihr Kind gut zu behandeln. Angeordnet wurde die Trennung vom damaligen Staatssekretär beim Ministerium des Inneren Hans Warnke über Käthe Kern, Leiterin der Hauptabteilung Mutter und Kind im Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen der DDR.

Nach dem Abtransport teilte man den Frauen lediglich mit, dass ihre Kinder in einem Kinderheim seien, es ihnen gut gehe und der Staat für ihre Erziehung aufkomme, womit auch eine Erziehung im sozialistischen Sinne gewährleistet sei. Auch die später in Hoheneck geborenen Kinder wurden, sobald sich eine Gruppe von etwa fünf Kindern gebildet hatte, ihren Müttern weggenommen. Eine extreme Belastung für die Mütter, die zwar wussten, dass dieser Tag X irgendwann kommen werde, aber nicht, wann.

Alle befragten Frauen empfanden diese Trennung daher als ein Trauma, das über den Zeitpunkt der Haftentlassung hinweg, selbst noch Jahre später anhielt.

Was mit den Kindern geschah, ist bisher nur in Einzelfällen genau rekonstruiert.

Fest steht, dass sie zunächst in ein Krankenhaus in Leipzig kamen.

„Bericht der Oberin eines Leipziger Krankenhauses“ – so ist ein Dokument im Archiv des Diakonischen Werkes der EKD in Berlin überschrieben. Protokolliert sind die Aussagen der Oberin Frau Naumann, die bis zu ihrer Flucht 1951 nach West-Berlin das städtische Krankenhaus in der Leipziger Waldstraße leitete. In West-Berlin informierte sie über einen Vorgang, der sich im März 1950 in ihrem Haus ereignet hatte. Sie war damals aufgefordert worden, sofort auf das Polizeipräsidium zu kommen, um eine „geheime Meldung“ entgegenzunehmen. Das von mir hier aus Zeitgründen stark gekürzte Protokoll schildert die folgenden Ereignisse:

Der Polizeipräsident Winkelmann teilte ihr mit, dass sie in ihrem Krankenhaus unverzüglich eine Kinderstation einrichten müsse, da noch am selben Abend ca. 20 bis 30 Kleinkinder eintreffen würden. Das Haus hatte 350 Betten und eine Abteilung für ca. 20 kranke Kinder im Alter von 8 bis 15 Jahren. Für Säuglinge war die Anstalt nicht eingerichtet. Vom Polizeipräsidium wurde der Oberin keine Hilfe zugesagt, ihr wurde absolute Schweigepflicht auferlegt.

Durch Tatkraft und private Initiative gelang es Frau Naumann im Verlaufe von 24 Stunden, das Notwendigste wie Windeln, Decken und Milchflaschen zu besorgen. Am späten Abend des nächsten Tages trafen die Kinder ein. Begleitpersonen: ein Polizeiarzt, zwei Volkspolizistinnen. Zehn Kinder im Alter von neun Monaten bis drei Jahren. Der begleitende Offizier sagte der Oberin: *„Die Kinder haben keine Namen, sie sind unter der Bezeichnung ‚Kinder der Landesregierung‘ zu führen. Es ist verboten, eine Kartei anzulegen. Achten Sie darauf, dass kein Wort davon an die Öffentlichkeit dringt.“*

Am nächsten Tag musste die Oberin Lebensmittelkarten für die Kinder besorgen. Die Kartenstelle lehnte es ab, für Kinder ohne Namen Karten auszugeben. Auch der Hinweis auf den Polizeipräsidenten Winkelmann nutzte nichts. Daraufhin gelang es der Oberin, Blechmarken mit Nummern für die Kinder zu erhalten, die den größeren um den Hals, den Säuglingen ans Bettchen gehängt wurden. Die Kartenstelle wurde informiert und für die Kinder wurden auch Schuhscheine ausgeliefert, da sie alle ohne Schuhe waren. Sie hatten lediglich primitiv zusammengenähte Segeltuchschuhchen.

Nach einigen Tagen traf ein weiterer Transport mit 15 Kleinkindern ein. Die Oberin benutzte den Augenblick, als sie mit dem Polizeiarzt allein blieb, und bat nochmals dringend um die Namen. Sie wies darauf hin, dass ein Kind sterben könnte und ihr der Friedhofsvorsteher niemals eine Leiche ohne Namen abnehmen würde. Das leuchtete dem Arzt ein und er stellte die Akten für eine Stunde zur Verfügung. In großer Eile schrieb die Oberin die Namen ab und stellte fest, dass die

Mütter in der Strafanstalt Hoheneck bei Stollberg interniert seien. Auf den Akten waren auch die Vergehen der Mütter verzeichnet: illegaler Grenzübertritt, Spionage, Sabotage etc., 5, 10 und 25 Jahre. Die Mütter waren alle erst in Sachsenhausen interniert gewesen.

Fast für jedes Kind war ein Bündel dabei mit zum Teil verwaschenen Sachen und oft einem herzzerreißenden Brief der Mutter (jenen mit Kohle oder Mörtel beschriebenen abgerissenen Zetteln) mit Angaben von Gewohnheiten des Kindes und Bitten, es liebevoll zu behandeln. Auch Wünsche über die Weitergabe an bestimmte Verwandte waren dabei. Die Oberin notierte sich nach Möglichkeit die Adressen. Hinweise wie: *„Sascha hat nur in meinen Armen geschlafen, seid gut zu ihm.“* oder *„Seid nett zu Dag, er kennt kein Bettchen“* und andere erschütternde Bitten waren häufig. Die Oberin und ihre Schwestern versuchten allem nachzukommen, doch es war anfangs sehr schwer, da die Kinder Tag und Nacht nach ihren Müttern riefen. Auch die Säuglinge waren schwer zu beruhigen, da sie zum Teil eben erst entwöhnt waren. Fünf Kleinstkinder, darunter einige von zwei bis drei Monaten, waren beim Transport nicht mitgekommen, da die Mütter nicht so schnell abstillen konnten. Diese fünf Kinder wurden später in ein Dresdner Kinderheim gebracht.

Die Oberin bemühte sich daraufhin, die Kinder in Leipziger Kinderheimen unterzubringen, was ihr nach vielen vergeblichen Versuchen schließlich auch gelang. Jedem Kind wurde auf Weisung des Polizeipräsidenten ein Abmelde-Verpflegungsschein mitgegeben, letzter Aufenthalt: Krankenhaus Waldstraße, demnach auch Geburtsort. Die Kinder galten als Waisen. Der gesamte Schriftwechsel mit den Behörden und den Angehörigen wurde dem Polizeipräsidium ausgeliefert. Ein Auffinden der Kinder ist für die Angehörigen nunmehr sehr schwierig.

Nach dem Tod Stalins 1953 fasste das Zentralkomitee der KPdSU im November einen Beschluss zur Freilassung von mehr als 6000 SMT-Verurteilten. Auch einige der Mütter kamen dabei frei und konnten ihre Kinder aus den Heimen abholen.

Margit S. schildert das Wiedersehen mit ihrem Sohn so: *„Wir wurden am Entlassungstag in eine Grüne Minna gesetzt, die uns zu unseren Kindern bringen sollte. Wir waren sechs Frauen. Die Fenster des Wagens waren verklebt, und wir konnten nicht sehen, wohin die Fahrt überhaupt ging. Als wir dann in dem Heim ankamen, fuhr der Wagen rückwärts bis auf das Gelände, die hintere Wagentür wurde geöffnet und wir sahen aus dem Auto auf eine Treppe, auf der sechs Kinder standen, alle gleich angezogen. Irgendwer rief unsere Namen auf und sagte: Das ist dein Kind, das ist deines usw. – und das mussten wir dann auch glauben. Wir selbst wussten ja schon lange nicht mehr, wie unser Kind inzwischen aussah und welches Kind nun zu wem gehörte. Als wir sie zuletzt gesehen hatten, waren sie oft nicht älter als ein paar Monate.“*

Die Kinder weinten, als sie zu uns in den Wagen steigen sollten. Sie kannten uns ja nicht, und einen besonders gut aussehenden Eindruck machten wir nach den Jahren der Haft auch nicht gerade. Die Fahrt ging dann weiter, bis wir schließlich aussteigen durften. Das war am Hauptbahnhof Leipzig – hier erkannten wir erstmals, wo wir überhaupt waren.“

Die frühe Trennung und die Strapazen der Haft führten manchmal dazu, dass Mütter ihre Kinder emotional ablehnten. Viel zu jung und oft auch noch unfreiwillig zur Mutter gemacht, gelang es ihnen nicht, die ohnehin schwache Bindung aufrechtzuerhalten. Margit S. berichtet weiter: „Hedwig K., die mit uns war, antwortete, als man ihr ihr Kind zeigte, laut: ‚Das ist nicht mein Kind.‘ Das Kind musste aber trotzdem mit zu uns in den Wagen. Als wir später im Zug saßen – wir hatten ein Abteil für uns –, sah ich bei der Abfahrt plötzlich ihr Kind ganz allein auf dem Bahnsteig stehen. Ich konnte es deutlich an der roten Mütze erkennen, die sie doch alle trugen, und schrie noch laut auf. Wir hatten in der allgemeinen Hektik das Fehlen von Hedwig und ihrem Kind gar nicht bemerkt. Wir haben sie nie wiedergesehen. Ich weiß nicht, warum sie das gemacht hat, Hedwig war ja nicht etwa schlecht oder böse. Vielleicht hatte sie plötzlich Angst vor der Verantwortung für ihr Kind bekommen, so mittellos, wie wir alle waren.“

In dem kleinen Ort Naunhof bei Leipzig liegt eines der wenigen Heime, in dem sich Spuren der von Oberin Naumann beschriebenen Kinder finden ließen. Sechs Kinder aus Hoheneck kamen hierher – ausgestattet lediglich mit einem Zettel mit Name und Geburtsdatum. Mitgeteilt wurde außerdem, dass sie von den Unterbringungskosten von monatlich 40 Mark befreit seien. Woher sie stammten, wer ihre Eltern waren und warum sie in ein Heim kamen, wussten die Mitarbeiterinnen angeblich nicht, was von einigen Erzieherinnen jedoch bestritten wird.

Frau G. zufolge wurden die Kinder zunächst nur aufbewahrt, von einer pädagogischen Betreuung konnte mangels geeigneter Kräfte nicht die Rede sein. Eingeteilt waren sie in drei auf die Stockwerke verteilte Gruppen. Die bis zu Dreijährigen schliefen auf dem provisorisch eingerichteten und nicht isolierten Dachboden, Kinder zwischen ein und zwei Jahren im ersten Stock, die Babys waren im Erdgeschoss untergebracht. Diese Aufteilung wählte man nach Erinnerung von Frau G., um die Säuglinge gelegentlich in den sonnigen Garten bringen zu können. Das Personal hätte diese Anweisung nach Befürchtungen der medizinischen Leitung nicht befolgt, wenn man die Kleinsten in den oberen Etagen einquartiert hätte. Allerdings fehlte es an Kinderwagen, sodass doch nur wenige Kinder wirklich in die Sonne kamen.

Für die Kinder von politisch Inhaftierten galten, wie aus den Akten des Bundes-



archivs Berlin hervorgeht, Sonderbestimmungen. So durften sie keinen Besuch von Angehörigen erhalten. Das ist dem Bericht von VP-Hauptwachmeister W. zu entnehmen, der im Auftrag des Ministeriums des Innern, Hauptabteilung Haftachen, 1952 „Ermittlungen“ über den Verbleib der aus Hoheneck verlegten Kinder anstellte. Dazu besuchte er verschiedene Leipziger Heime, in denen sich „seiner Vermutung nach“ die Kinder befanden. In seinem Bericht beschreibt er einen Zwischenfall im Kinderheim Alte Straße: Als hier eines Tages doch eine Verwandte erschien, wusste die Oberschwester nicht, wie sie sich verhalten sollte: „Denn sie konnte es nicht begreifen, dass die Kinder nie Besuch von irgendwelchen Angehörigen erhalten, [dass] dieser verboten sei.“ Sie rief in ihrer Verzweiflung daher VP-Hauptwachmeister W. an und der gab ihr die telefonische Anweisung, „dass das Kind bis an die Glastür geführt werden darf und die Angehörige sich das Kind einmal ansehen kann.“ Lobend erwähnt er noch, dass an den Wänden Losungen der FDJ und der Jungen Pioniere angebracht waren – „sodass man sehen konnte, dass die Kinder im Geiste des Fortschritts erzogen werden“.

In den Augen vieler Betreuer stammten die Häftlingskinder von „Feinden des

Sozialismus“ ab, ein Makel, der sich auswirkte. Schwester Anneliese, eine der Heimleiterinnen in Naunhof, die mit ihrem eigenen Kind im Haus wohnte, erzählte mir, dass Frau G. einmal sagte, sie wolle ihr Kind nicht mit diesem „Proletenpack“ in einem Raum spielen lassen. In den Akten im Bundesarchiv finden sich auch wiederholt Klagen über das Verhalten einzelner Erzieher und Heimleiter. Bei dem geringen Monatslohn fanden sich damals nur wenige zu dieser Arbeit bereit. Zwangsläufig waren es nicht immer die Geeignetsten. Eine Bedarfsanalyse vom März 1950 belegt eine starke Fluktuation unter ihnen. Über die Hälfte der ca. 4 000 Erzieherinnen der DDR war damals unausgebildet.

Einen weiteren Hinweis auf die schlechten Zustände in den Heimen gibt eine Aufstellung der Volkspolizei von 1955 über Fluchten aus den Heimen. Danach sind allein im ersten Halbjahr 1955 insgesamt 1 869 Jugendliche „entwichen“. Einige Ältere von ihnen flohen in den Westen und berichteten dort öffentlich über die Zustände, die sie hinter sich gelassen hatten. Das hatte eine vertrauliche Anfrage der Hauptabteilung Jugendhilfe/Heimerziehung in all den Heimen zur Folge, aus denen im besagten Zeitraum mehr als 40 Insassen die Flucht ergriffen hatten. Die Erklärungen einiger Heimleiter lassen stark an deren Qualifikation zweifeln. So wurde die Flucht von Mädchen etwa mit deren „Triebhaftigkeit“, die von Jungen mit deren „Wanderlust im Frühjahr und Herbst“ begründet. Ein anderer Heimleiter sieht allenfalls in dem „lieblos“ zubereiteten Frühstück den Grund dafür.

Nimmt man einem Kind seine vertraute Umgebung, dann verliert es nach einiger Zeit den Bezug zur Realität und wird manipulierbar. Daher gab es für Häftlingskinder immer wieder Verlegungsaktionen in andere Heime, wodurch die Kinder aus ihrer vertrauten Gruppe wieder herausgerissen wurden. Ich selbst habe in meinen sieben Heimjahren mindestens fünf verschiedene Heime durchlebt.

Viele Kinder haben die Erinnerungen an die Heimzeit inzwischen verdrängt und sind nicht zu einem Gespräch darüber bereit. Wozu alte Wunden wieder aufreißen, ist oft die Antwort. Die wenigen, die reden, berichten übereinstimmend und unabhängig voneinander von ständigem Hunger und Schlägen. Viktoria S. schildert etwa, wie sie und andere zur Strafe oft stundenlang mit einer Decke über dem Kopf im Bett stehen mussten. Sie berichtet weiter vom Einsperren in einem dunklen, fensterlosen Raum unter der Kellertreppe, wo sie sich die Finger an der Tür blutig kratzte, um herauszukommen. In einigen Heimen wurden noch immer die so genannten Gruppenkeile praktiziert. Dabei wird die Bestrafung vom Erzieher an das Kollektiv abgegeben. Das war bei uns immer dann der Fall, wenn ein Kind wegelaufen war, und diente der Erziehung einer allseitig entwickelten sozialistischen Persönlichkeit, ganz getreu der Theorie von Makarenko.

Einige ehemalige Mitarbeiter des Heimes Naunhof, die sich auf Suchanzeigen gemeldet haben, bestreiten Misshandlungen, wie sie von Viktoria S. geschildert werden. Dagegen steht jedoch, dass mir gegenüber noch 1994 eine Mitarbeiterin der sächsischen Heimaufsicht in einem Interview einräumte, dass Schläge, Essensentzug und andere Strafen in der Heimerziehung der DDR zwar offiziell verboten, aber durchaus nicht unüblich gewesen seien.

Schlimmer als die körperlichen Misshandlungen erscheint aber der Medikamentenmissbrauch, der von Teilen des Personals aus Gründen der Arbeitserleichterung betrieben wurde. So erklärt Frau D., die in Naunhof als Heimleiterin tätig war, auf den Hinweis, dass sich einige Kinder noch heute an bittere Tabletten erinnern können, dass das Personal die Kinder abends immer wieder mit Psychopharmaka ruhiggestellt habe, da „*die Arbeit von einer Nachtschwester alleine sonst nicht erledigt werden konnte*“.

Zur Adoption wurden Kinder nach Angaben von Frau G. selten freigegeben. In jedem Fall hätte ihrer Ansicht nach die Mutter zustimmen müssen. Auch der zitierte VP-Hauptwachmeister W. erhielt in den Heimen auf die Frage nach Adoptionen die Antwort, dass „*noch keine erfolgt*“ seien. Belegt ist, dass das Ministerium für Staatssicherheit der DDR keine Hemmungen hatte, mit Zwangsadoptionen zu drohen. Auch hierzu liegen mir eindeutige Aussagen vor.

Ab hier verliert sich die Spur der Kinder. In keinem Archiv ließen sich konkrete Unterlagen über die Heime finden. Der Bürgermeister der Stadt Naunhof teilte auf Anfrage schriftlich mit, die Akten über das Heim seien 1966/67 verbrannt worden, da sie sich „*in einem unbrauchbaren verschimmelten Zustand*“ befunden hätten. Das wird auch von Frau D. bestätigt, die nach eigener Aussage bei der Aktion zugegen war.

Ähnlich verhält es sich mit den Unterlagen für die übrigen Kinderheime. Für Seiffen, wo später sogar das Gebäude abgerissen wurde, bewahrt das Kreisarchiv Marienberg nur Papiere aus den Jahren von 1946 bis 1949 und dann erst wieder von 1963 bis zur Auflösung des Hauses 1984 auf. Für den Zeitraum dazwischen fehlt jeglicher Beleg. Das Sächsische Staatsarchiv gab mir auf Anfrage nach meinem letzten Heim folgende Antwort: „*Vom Ref. Jugendhilfe/Heimerziehung der Abt. Volksbildung des RdBez. Karl-Marx-Stadt sind mehrere Aktenbände mit Berichten von Kinderheimen aus der Zeit von ca. 1950 bis 1960 überliefert. Vom Landkreis Marienberg befanden sich in diesen Akten Berichte der Kinderheime in Probersau, Wernsdorf und Lippersdorf, jedoch nicht von einem Kinderheim in Seiffen. Dieses Kinderheim wird in keiner einzigen Meldung an den Rat des Bezirkes erwähnt! Vermutlich ist dieses Heim nie in der Trägerschaft des Landkreises Marienberg geführt worden ...*“

In einem anderen Schreiben heißt es dazu: „... Eine Prüfung des Findbuches zum Aktenbestand ‚Landesbehörde Sachsen der VP‘ brachte keine Hinweise auf Unterlagen zu Kinderheimen, dies kann auf eine zentrale Unterstellung dieser Heime beim Mdl hindeuten ...“

Auch im noch bestehenden Kinderheim Zschortau-Biesen sind keine Unterlagen mehr vorhanden, sind keine ehemaligen Mitarbeiter bekannt, die sich an irgend-etwas erinnern könnten, ist alles, wie die heutige Leiterin sagt, *„spätestens mit der Wende verschwunden“*. Nur mit großer Mühe gelang es mir ein einziges Mal, einen Verantwortlichen zu befragen. *„In der Heimerziehung war die DDR dem Westen um Jahrzehnte voraus!“*, sagte mir Rolf Leuchtemann, einer der seinerzeit in Leipzig verantwortlichen Erzieher in einem Gespräch, zu dem er erst nach langem Drängen bereit war. Als Mitglied der SED habe er *„stets nur das Beste für die Kinder“* getan, *„sie durften manchmal sogar Westfernsehen sehen“*. Nach dem Ende der DDR war Leuchtmann dann noch lange Jahre als Dozent für die Erzieherausbildung in Leipzig tätig. Zweifel am Geschehenen hatte er keine und *„überhaupt wird heute alles viel zu negativ dargestellt“*, meinte er. Er treffe noch heute Kinder, die sich bei ihm für die schöne Zeit bedanken würden. An diesem Punkt beendete ich das Interview.

Mein Forschungsprojekt liegt nun schon über 15 Jahre zurück, das Buch dazu ist nur noch im Antiquariat oder als E-Book erhältlich. Trotzdem melden sich noch immer Betroffene bei mir. So schrieb mir eine Frau in Bezug auf einen Film über die Kinder: *„Ich bin in Torgau geboren und war immer bei meiner Mutter oder Oma, auch im Lager Sachsenhausen. Im Heim war ich nicht und habe trotzdem sehr mit Depressionen zu tun, die mit dem Älterwerden immer tiefer, breiter, massiver werden. ... Ich war ziemlich unterentwickelt und musste das Sprechen und alles erst mit meiner älteren Schwester nachholen, die während der fünf Jahre mit dem Bruder bei Verwandten war. Ein Buch zu lesen über diese Zeit ist schon schlimm genug, aber alles wiederzusehen ...“* Und ihr Brief endet mit dem Satz: *„Neugierig bin ich schon, aber Angst habe ich auch ...“*

Wenn ich Sie jetzt auch neugierig gemacht habe – ohne Angst zu haben –, dann geben Sie im Internet einfach einmal die Worte „Kindheit hinter Stacheldraht“ ein oder nehmen Sie Kontakt zu uns auf. Das kann über die Stiftung Aufarbeitung erfolgen, die uns seit vielen Jahren unterstützt. Seit einigen Jahren gibt es auch eine kleine Wanderausstellung zu dem Thema, die zurzeit in Potsdam zu sehen ist und kostenlos bei mir ausgeliehen werden kann. Vielleicht bringen die Informationen dort den einen oder anderen Unverbesserlichen ja doch dazu, seine so verklärte Ansicht über die DDR infrage zu stellen.

Wir Kinder von damals sind keine depressiven Menschen geworden, die heute ständig jammernd durch die Welt laufen. Wir können genauso lachen, weinen oder fröhlich sein wie Sie. Und nicht alle Heime waren ja schlecht, nicht jeder Erzieher ein kleiner Sadist. Viele Erzieherinnen gaben ihr Bestes und für manches Kind war es sogar ein Segen, aus einer ständig prügelnden Alkoholikerfamilie in ein Heim zu kommen. Ich beteilige mich daher auch nicht an dem allgemeinen Verteufeln aller Kinderheime.

Lassen Sie mich zum Abschluss eine Bemerkung machen, um die ich zudem gebeten wurde. Dass manche Erzieher, wie zum Beispiel Herr Leutemann, den Umgang mit uns richtig fanden, ist verständlich und nachvollziehbar. Was hingegen verletzt ist, wenn ehemalige Häftlinge unser Schicksal mit verharmlosenden Bemerkungen abtun wie *„Ihr wart zwar auch im Lager, aber ihr wart ja noch Kinder“*, wie erst voriges Jahr auf einer Veranstaltung in Buchenwald wieder geschehen. So etwas von Menschen zu hören, die es selbst erlebt und erlitten haben, schmerzt. Haben Kinder denn weniger unter dem Hunger gelitten? Wurden sie von den Wanzen und Läusen weniger geplagt? Haben die Krankheiten, die Tbc, die Diphtherie, sie etwa verschont? Hat ihnen die Kälte im eisigen Winter weniger ausgemacht?

Für mich war diese Arbeit gleichzeitig eine Aufarbeitung meiner eigenen Geschichte. Denn jener Sascha, dessen Mutter bei der Trennung in Hoheneck in ihrer Verzweiflung auf ein Stückchen Stoff schrieb, dass ihr Kind nur in ihren Armen eingeschlafen ist, und die den unbekannten Empfänger der Nachricht darum bat, gut zu ihrem Sohn zu sein, das bin ich. Meine Mutter starb elf Jahre nach ihrer Entlassung nach langer Krankheit im Alter von nur 41 Jahren.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.



ERLEBNISBERICHTE

Gewalterfahrung in den Jugendwerkhöfen der DDR

Corinna Thalheim, Alexander Müller
Gesprächsleitung: Manuela Rummel

Matthias Eisel: Leider ist auch das, was wir jetzt hören werden, ähnlich brutal, und passt zu unserem Tagungsthema „Macht und Gewalt im Herrschaftssystem der DDR“. Dazu gehörte auch die Gewalterfahrung von Tausenden Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren, also im Alter unseren jungen Gäste, der Schüler. Jugendliche, die in den Jugendwerkhöfen der DDR gefangen gehalten waren, damit möchten wir uns jetzt beschäftigen. Ich danke zuerst einmal sehr herzlich der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau, mit der wir gemeinsam dieses Podium vorbereitet haben, für die angenehme, produktive Zusammenarbeit. Frau

Manuela Rummel ist Bildungsreferentin in der Gedenkstätte, die uns auch die Ausstellung gebracht hat, die hier zu sehen ist. Vielen Dank dafür, dass Sie mit zwei ehemaligen internierten oder inhaftierten Jugendlichen hier zu uns gekommen sind und hier dieses wichtige Thema Jugendwerkhöfe in der DDR, das unbedingt zu diesem Bautzen-Forum gehört, besprechen wollen.

Ich möchte ganz kurz unsere beiden Gesprächsgäste begrüßen. Das ist zum einen Corinna Thalheim, sie wurde 1984 in den Jugendwerkhof Wittenberg eingewiesen, hat mehrfach versucht zu flüchten, ist von der Polizei rückgeführt worden. Sie ist – das war oft das Schicksal – in den berüchtigten Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau gekommen. Darüber gibt es inzwischen eine ganze Menge Literatur und Zeitzeugenberichte. Vielen Dank, dass Sie sich heute hier dieser Problematik stellen. Frau Thalheim ist Vorsitzende der Betroffeneninitiative Missbrauch in DDR-Heimen, sie leitet auch eine Selbsthilfegruppe.

Gleichzeitig herzlich willkommen, Alexander Müller. Er ist in einem systemkritischen Elternhaus aufgewachsen, geriet früh in der Schule mit Lehrerinnen und Lehrern in Konflikt, war seit 1980 in verschiedenen Jugendwerkhöfen, Einrichtungen und nach einigen Fluchtversuchen dann auch im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Er hat sich nach seiner Entlassung in der DDR-Bürgerrechtsbewegung in Plauen politisch engagiert, ist auch Mitglied im Verein Initiative Gruppe Geschlossener Jugendwerkhof. Ich bedanke mich wirklich sehr, dass Sie mit dem Thema zu uns gekommen sind.

Manuela Rummel: Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, dass auch ich Sie heute hier zum Bautzen-Forum begrüßen kann. Vielen Dank an die Friedrich-Ebert-Stiftung für die Einladung. Die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau ist bundesweit der einzige Ort, der sich mit der Geschichte der repressiven DDR-Heimerziehung auseinandersetzt und damit, wie auch Herr Latotzky, mit der jüngsten Opfergruppe des SED-Regimes, den Kindern und Jugendlichen. Seit 20 Jahren gewährleistet die Gedenkstätte am historischen Ort die Aufarbeitung und Dokumentation der repressiven Machtstrukturen innerhalb des Bildungs- und Erziehungsapparats der DDR und erinnert an die Schicksale der jugendlichen Opfer.

Eine wichtige Rolle spielen – gerade bei der Bildungsarbeit der Gedenkstätte – unsere Zeitzeugen.

Ich freue mich besonders, Frau Corinna Thalheim heute hier zu haben. Sie wurde mit 16 Jahren in den Jugendwerkhof Wittenberg eingewiesen und von dort aus für 3,5 Monate auch in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Sie unterstützt die historisch-politische Bildungsarbeit in der Gedenkstätte und ist Vorstandsvor-

sitzende der Betroffeneninitiative „Missbrauch in DDR-Heimen“. Herzlichen Dank, dass Sie uns heute von Ihren persönlichen Erfahrungen berichten.

Unser zweiter Zeitzeuge ist Alexander Müller. Er wurde 1980 mit elf Jahren in ein sogenanntes Spezialkinderheim eingewiesen. Nachdem er verschiedene Heimeinrichtungen durchlaufen musste, kam er im Alter von 14 Jahren in den Jugendwerkhof Burg, kurz darauf wurde er für fünfeinhalb Monate in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen und musste diese gefängnisähnliche Einrichtung 1985 erneut durchlaufen. Herr Müller ist Vorsitzender der Demokratischen Kultur- und Bildungsgesellschaft e. V. und auch er verweist immer wieder auf die Notwendigkeit von demokratischen Umgangsformen. Auch an Sie vielen Dank, dass Sie heute hier sind.

In den Erlebnisberichten der Zeitzeugen fokussieren wir uns auf das Thema „Gewalterfahrung in den Jugendwerkhöfen der DDR“, und doch möchte ich Ihnen zunächst einen ganz kurzen Abriss zum Thema Spezialheime in der DDR geben, um Ihnen die Funktionen dieser Einrichtungen zu verdeutlichen.

Das im Gesetz über das einheitliche Bildungssystem festgeschriebene Erziehungsziel verlangte die Herausbildung sozialistischer Persönlichkeiten. Erziehung hatte einen hohen Stellenwert in der DDR. Am Ende des Bildungs- und Erziehungsprozesses sollte ein Menschentypus stehen, dessen Denken und Handeln an den politischen Zielen des SED-Regimes ausgerichtet war. Dies war auch in der Heimerziehung oberstes Gebot. Es zählte die Einordnung ins Kollektiv, für Individualität war wenig Platz. Wer aus den vorgegebenen Bahnen ausscherte, galt schnell als „schwer erziehbar“ oder „verhaltensgestört“ und sollte umerzogen werden.

Nehmen wir uns nur den Begriff der Schwererziehbarkeit vor – ein sehr dehnbarer Begriff. Wir hatten gestern Kuno Kunert von der Band „Renft“ hier: Auch Anhänger „jugendlicher Subkulturen“ wie zum Beispiel der Beatgeneration konnten in diese Kategorie fallen. Die Volksbildung gehörte in der DDR neben der Staatsicherheit, den bewaffneten Organen und den Massenorganisationen zum Kernbereich der strukturellen Machtsicherung im sozialistischen Gesellschaftssystem. Im Zuge der Neustrukturierung der DDR-Heimeinrichtungen wurde mit der „Anordnung über die Spezialheime der Jugendhilfe“ vom April 1965 ein System von Spezialheimen geschaffen, die ausschließlich der Umerziehung zur sozialistischen Persönlichkeit dienten. Zu diesen Spezialheimen gehörten Spezialkinderheime, in die schon Kinder ab dem Alter von sechs Jahren eingewiesen werden konnten. Es gab das Kombinat der Sonderheime, Durchgangsheime und die Jugendwerkhöfe, um die es heute hier gehen soll. Jugendwerkhöfe waren Umerziehungseinrichtungen für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Durch Beschluss des Ministerrates der

DDR aus dem Jahr 1964 wurde gleichzeitig eine in der DDR einmalige Sonderform eines Jugendwerkhofs errichtet: der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau. Er hatte im Jugendhilfesystem eine Sonderstellung als offiziell einzige geschlossene Heimeinrichtung und galt als Endstation im Erziehungssystem der DDR. Jugendliche, die sich dem rigiden und tristen Alltag in den Jugendwerkhöfen nicht unterordnen konnten oder wollten, sollten hier unter haftähnlichen Bedingungen diszipliniert werden. Der Geschlossene Jugendwerkhof Torgau unterstand direkt dem Ministerium für Volksbildung, Abteilung Jugendhilfe, Sektor Heimerziehung in Berlin und somit Margot Honecker. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass die Heimerziehung abgegrenzt war vom Jugendstrafvollzug.

„Keiner darf zurückgelassen werden – alle Minderjährigen, die sich fehlentwickeln, müssen umerzogen werden“, so die Devise der Zentralstelle für Spezialheime 1965. Fehlende Zuwendung, kollektiver Zwang, Unterordnung, Drill und Misshandlungen sind in zentraler Erinnerung vieler ehemaliger DDR-Heimkinder.

Herr Müller, als ich Ihnen das heutige Gesprächsthema mitgeteilt habe, war Ihre erste Reaktion, bereits der Ablauf der Einweisung bzw. der Weg in die erste Heimeinrichtung der DDR-Jugendhilfe sei für Sie eine Gewalterfahrung gewesen. Sie berichteten bei Ihren Zeitzeugengesprächen, dass Ihre alleinerziehende Mutter freischaffende Künstlerin und Kunsthandwerkerin war. Nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann unterschrieb sie eine Petition gegen diese Ausbürgerung. Danach wurde sie unter Druck gesetzt, ihr wurde auch mit dem Entzug ihrer Kinder gedroht. Sie musste ihre Selbstständigkeit aufgeben und in einem Betrieb als Näherin arbeiten. Sie war somit besser „unter Kontrolle“. Ihre Mutter verhielt sich allerdings weiterhin politisch unangepasst. Herr Müller, Sie berichten, dass das für Sie letztlich zur Folge hatte, bereits im Alter von elf Jahren in eine Jugendhilfeeinrichtung eingewiesen zu werden, konkret in ein Spezialkinderheim. Wie lief das ab, wie müssen wir uns das vorstellen? Wussten Sie als Kind davon und kannten Sie den Tag, an dem Sie in das Spezialkinderheim gebracht werden sollten?

Alexander Müller: Nein, das wusste ich nicht. Ich wollte wie jeden Tag ganz normal in die Schule gehen, als zwei Herren mich von hinten ansprachen, mich am Ranzen festhielten, mich zu einem Wartburg zogen und sagten, dass sie mich jetzt ins Heim bringen würden. Sie zogen mir den Ranzen vom Rücken, warfen ihn in den Kofferraum, ich wurde auf den Rücksitz platziert und dann ging die Fahrt los. Viele von Ihnen haben selber Kinder, andere sind noch Kinder und Jugendliche. Was haben Sie Ihren Kindern gesagt oder was sagen Eure Eltern zu Euch: Geht nicht mit Fremden mit und steigt um Himmelswillen niemals in ein fremdes Auto ein. Genau das passierte mir. Die Fahrt ging übers Land ins tiefste Erzgebirge, wir waren drei

Stunden unterwegs, und so war ich am Ende wirklich froh – so absurd das klingt –, im Heim angekommen zu sein, ohne dass die Männer mit mir rechts rausgefahren waren.

Aber dann ging es weiter. Die Männer waren weg, mir wurden meine Klamotten abgenommen, ich bekam Heimklamotten, die recht übel aussahen. Second Hand wäre Luxus gewesen, aber das Ganze hatte auch Methode. Wegen der vielen „Entweichungen“ der Heimkinder, also wenn sie abhauten, sollten sie erkannt werden. So war es einfacher, sie rauszupicken und zurück ins Heim zu bringen. Der erste Tag war gleich noch gekennzeichnet von einem ziemlich eindrücklichen Erlebnis. Wir saßen abends beim Abendbrot, 60, 70 Kinder. Jeder kennt das aus der Schule, aus der Mensa: Wo viele zusammenhocken, da ist echt Krach, da wird erzählt, einer übertrumpft den anderen. Das war in dem Heim überhaupt nicht so. Da saßen 60, 70 Kinder total still. Das Einzige, was man hörte, war mal das Rücken von einem Stuhl oder das Klappern von Besteck auf dem Teller. Es gab Brot mit Wurst und auch noch einen kleinen Apfel zum Abendbrot, den ich mir einsteckte, weil ich mir dachte: Den kann ich ja dann später noch essen. Ich wunderte mich schon, dass der, der mit mir am Tisch saß, mich völlig entsetzt ansah. Wir wurden dann aufgerufen, um in den Gruppenbereich zu gehen, und da rannte der zum Erzieher und sagte: „Der Neue hat einen Apfel eingesteckt.“ Ich war völlig verwirrt und dachte, der spinnt doch. Dann schrie mich auch schon der Erzieher an, was ich mir dabei denke, was für ein Schwein ich sei, ob ich auf der Gruppe Ratten züchten will, das sei absolut verboten. Dann fuhr er langsam runter und sagte: „Na gut, du bist neu, aber das passiert nicht noch mal. Und du isst jetzt sofort diesen Apfel.“ Ich war völlig überwältigt und eingeschüchtert, ich schlang den Apfel runter. Er steckt mir bis heute im Hals. Drei Stunden Fahrt von meiner freien Kindheit ins Heim. Wenn mich heute jemand fragt, wie weit ein Universum von einem andern entfernt ist, sage ich: drei Stunden.

Manuela Rummel: Dankeschön. Frau Thalheim, was haben Sie an Ihrem ersten Tag im Jugendwerkhof Wittenberg erlebt, in den Sie 1984 eingewiesen wurden?

Corinna Thalheim: Meine Geschichte ist ein bisschen anders als die von Herrn Müller. Ich gehörte wahrscheinlich zu den wenigen Jugendlichen, die sich freiwillig beim Jugendamt gemeldet und um Hilfe gebeten haben. Es war 1984, ich wollte unbedingt meine Schule abschließen, das Jugendamt wollte mich unterstützen, wollte mir helfen. Diese Hilfe sah dann so aus, dass ich in den Jugendwerkhof Wittenberg gebracht wurde. Ich bin an diesem 19. März 1984 zwangsausgeschult worden, weil ich wegen Überalterung die Schule nicht mehr zu besuchen brauchte, mit einem Abgang aus der achten Klasse. Am ersten Tag in diesem Jugendwerkhof

wurde mir ganz schnell klar, dass meine Zukunft und mein Berufsziel für mich Geschichte sind. Ich kam dann in den Gruppenbereich, war mit 18 Mädchen zusammen, die gerade von der Arbeit kamen. Es war in dem Moment für mich kein Problem, mit so vielen Jugendlichen zusammen zu sein, ich dachte, es wird alles schick, es wird alles schön und du stehst das hier durch.

Bis der Abend kam, 22 Uhr der Einschluss, die Erzieherin die Station verließ und für das gesamte Objekt nur noch eine Nachtwache da war, die es nicht schaffte, in jedem Gruppenbereich gleichzeitig zu sein. Es gab Aufnahme-rituale, Gewalt von den Erziehern, das wusste jeder, es wurde auch nichts dagegen unternommen seitens der Erwachsenen. Es war für mich, die keine großartige Gewalt aus dem Elternhaus kannte, eine schlimme Erfahrung, mir sagen zu lassen, ich müsse gereinigt werden, könne irgendwelche Krankheiten einschleppen, könne irgendwelche Tierchen an mir haben. Ich wurde dann von den Gruppenältesten, die in der sogenannten Hackordnung ziemlich weit oben standen, unter kaltem Wasser gereinigt, mit Ata bestreut, mit Schrubbern geschrubbt. Das Wasser färbte sich rot, es hat sie nicht davon abgehalten weiterzumachen. Ich habe an diesem Abend jegliches Zeitgefühl verloren. Ich weiß nicht, wie lange das gedauert hat. Ich weiß nicht, wann ich ins Bett bin. Ich weiß nur eins, das war für mich eine Erfahrung, die ich heute noch mit mir trage. Es ist erschreckend zu wissen, wozu auch Jugendliche imstande sind, wenn sie von Erziehern geleitet werden. Für mich lag das an der Leitung der Erzieher, die bewusst die Gruppenerziehung förderten und nichts dagegen unternahmen.

Der erste Tag im Jugendwerkhof war für mich auch kurz der letzte Tag im Jugendwerkhof. Ich war ja eine Jugendliche, aber ich bin nicht wegen irgendwelcher Frühlingsgefühle aus diesem Jugendwerkhof abgehauen, weder im Sommer, im Frühjahr noch im Winter, sondern einfach nur, um meine Freiheit wiederzubekommen und nicht nur eingesperrt zu sein. Unter Jugendlichen drangsaliert zu werden, legitimiert durch die Erzieher, und alles wird geprüft und kontrolliert – das war so furchtbar, dass jeder von uns den Drang hatte, von da wegzukommen. Aber nicht, weil er irgendwelchen Gefühlen hinterherlief. Unser einziges Gefühl war der dringende Wunsch nach Freiheit.

Manuela Rummel: Wir haben von Frau Thalheim diesen Begriff der „Hackordnung“ gehört. Das in den Heimen angewandte Prinzip der Kollektiverziehung förderte eine teilweise brutale Hackordnung unter den Jugendlichen. Zudem herrschte das Prinzip der Selbsterziehung und wurde von den Erziehern durch die bewusste Verhängung von Kollektivstrafen forciert. Für individuelle Zuwendung und Zuneigung blieb wenig Raum.

Herr Müller, Sie wurden nach verschiedenen Heimaufenthalten 1983 in einen Ju-

gendwerkhof eingewiesen. Haben Sie es auch so empfunden? Was haben Sie dort erlebt?

Alexander Müller: Dem ging voraus, dass ich in der Schule zu viele unbequeme Fragen gestellt hatte und ich als Heimkind niemanden hatte, den ich hätte vertrauensvoll fragen können. Stattdessen hat eine Erzieherin von Anfang an Berichte über mich geschrieben. Schon als ich 13 Jahre alt war, bezeichnete sie mich als konterrevolutionäres Element. Dies und einige Episoden aus meinem Leben, die ich hier nicht anführen kann, weil uns die Zeit fehlt, führten dazu, dass ich zunächst in ein weiteres Durchgangsheim kam und dann im September 1983 in den Jugendwerkhof Burg bei Magdeburg. Dort wurde ich zum Heimleiter gebracht, der mir eröffnete: „Jugendlicher Müller, wir teilen Ihnen mit, dass Sie ausgeschult sind und ab morgen eine Teilfacharbeiterlehre als Schlosser beginnen.“ Ich fragte: „Wieso Schlosser, geht nicht etwas anderes?“ Da schaute er sich zu seiner Sekretärin um und fragte: „Haben wir noch was anderes?“ Doch die sah gar nicht auf und sagte einfach: „Nö.“ Ich habe mein Päckchen mit Arbeitssachen und Bettzeug bekommen, dann ging es auf Gruppe.

Ich war 14 Jahre alt, die meisten aus meiner Gruppe waren Stahlwerker, Schlosser, Tischler, waren so 16, 17 Jahre alt. Zunächst hatte ich als Jüngerer einen sehr schweren Stand, und zum andern sah ich meine Behandlung überhaupt nicht ein. Ich wollte zurück, wollte wieder in die Schule. Ich konnte nicht begreifen, wieso ich ausgeschult worden war. Vor allem, wieso ich im Jugendwerkhof war, zumal ich bis dahin ja auch glaubte, was viele bis heute glauben: dass im Jugendwerkhof Kriminelle waren.

Nachdem ich das erste Mal abgehauen und dann wieder zurück im Jugendwerkhof war, bekam ich Arrest, und dann wurde die ganze Gruppe dafür bestraft. So war das geregelt. Wenn jemand abgehauen war, durfte die ganze Gruppe nicht ins Kino oder bekam kein Taschengeld oder sonst irgendetwas. So wurde immer etwas konstruiert, um den einen in Schwierigkeiten zu bringen. Wenn er auf die Gruppe zurückkam, bekam er das zu spüren. Dann schimpften sie nicht einfach, sondern man bekam ganz klipp und klar auf die Fresse. Es klingt hart, aber so war es.

Um mich dem zu entziehen, haute ich wieder ab und schaffte es, nach Plauen zurückzukehren. Dort bat ich in der Jugendhilfe darum, wieder in die Schule gehen zu dürfen. Das wurde mir auch zugesichert, aber ich wurde zurück in den Jugendwerkhof gebracht. Dort erwarteten mich erneut Repressionen, weil die Gruppe wieder sauer auf mich war. Sie hören, die Gruppenerziehung war Gang und Gäbe in den Jugendhilfeeinrichtungen der DDR. Sie war zwar verboten, aber sie war Realität. Ich kann das nur bestätigen.



Manuela Rummel: Sie haben einen ganz wichtigen Punkt angesprochen: die Schul- und Ausbildung. Wenn man in den Jugendwerkhof kam, war Schluss mit der Schul- ausbildung, man konnte eine Teilfachausbildung machen, war dann aber oftmals nicht viel mehr als ein Hilfsarbeiter. Das ist ebenfalls ein Stigma, das die Betroffenen bis heute begleitet – bis heute haben sie schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie beide sind aufgrund der Bedingungen in den Jugendwerkhöfen mehrmals davongelaufen. Diese Fluchtversuche nannte man „Entweichungen“. Durch ihre „Entweichungen“ haben Sie sich der Umerziehung widersetzt und kamen deshalb zur Disziplinierung in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Hier ging es darum, die „Erziehungsbereitschaft“ herzustellen, der Wille der Jugendlichen sollte gebrochen werden. Der langjährige Direktor des Geschlossenen Jugendwerkhofs äußerte: „In der Regel benötigen wir drei Tage, um die Jugendlichen auf unsere Forderungen einzustellen.“ Herr Müller, was war damit gemeint?

Alexander Müller: Am besten, ich erzähle dazu die Aufnahme-prozedur, die ich beim ersten Mal mitgemacht habe. Ich war übrigens zweimal im Umerziehungslager. Man muss sich Torgau vorstellen wie ein Gefängnisgebäude mit einem Vorhof und einem grauen Tor, das sich automatisch öffnet. Da fuhren wir ein, ich wurde aus

dem Fahrzeug herausgezogen, in dieses Gebäude reingeschoben und erst mal in einem Gang zwischen zwei Gitterwänden für zwei Stunden abgestellt. Ständig kam jemand vorbei und schloss sich durch, nahm aber keine Notiz von mir. Die Situation, die Atmosphäre war für mich bedrohlich, alles war sehr ungewohnt. Ich merkte, dass es ziemlich brenzlich dort ist.

Und doch fasste ich nach den zwei Stunden den Mut zu fragen. Ich musste auch mal. Den nächsten, der vorbeikam, sprach ich direkt an und fragte: „Entschuldigen Sie bitte, wie geht es denn jetzt hier weiter?“ Der drehte sich um und schlug mir mit dem Schlüsselbund in der Faust direkt in den Magen. Ich ging in die Knie, und als ich am Boden war, sagte er: „Du hast hier gar keine Fragen zu stellen. Du hast zu machen, was wir dir sagen. Außerdem kannst du dir schon mal merken, ich bin dein Gruppenerzieher, ich heiße Zimmer.“ Ganz toller Anfang.

Ich habe damals gedacht, es würde nur mich betreffen, aber dem war überhaupt nicht so. Was ich da erlebt habe, war die Regel. Das war die sogenannte Explosionsmethode. Mit diesem körperlichen Übergriff sollte die sofortige Umerziehungsbereitschaft des Jugendlichen hergestellt werden. Ich kann nur bestätigen: Sie war hergestellt. Es ging dann ganz schnell. Ich wurde auf die Kammer geführt, meine Sachen wurden mir weggenommen, ich stand 20 Minuten nackt herum. Mir wurde in sämtliche Körperöffnungen geschaut, damit ich nicht irgendwas reinschmugge. Danach ging es zum Haarschneiden, aber von Frisur konnte man nicht reden. Wir bekamen die Haare komplett abgeschnitten, da war nichts mehr da. Dann ging es auf Zelle. Dort bekamen wir die Haus- und Arrestordnung überreicht, aus der hervorging, dass wir nichts zu tun hätten außer auf dem Hocker zu sitzen und über unsere Misstaten nachzudenken.

Dann kam ein ganz einschneidendes Erlebnis. Wir wurden wieder aus der Zelle herausgeführt und kamen in einen Raum. Ich beschreibe mal, wie ich mir eine Gaskammer vorstelle: Eine Gaskammer ist für mich ein Raum, der nur indirektes Licht hat, also keine Fenster. Ein Raum, in dem die Duschköpfe oben an der Decke angebracht sind. Ein Raum, vor dem außen ein großes Stellrad angebracht ist, mit dem das Wasser oder was auch immer eingeleitet werden kann. Am Eingang eine schwere Stahltür mit Spion und zwei eisernen Riegeln. In so einen Raum haben sie uns zu viert reingeschoben, haben uns eine Paste in die Hand gedrückt und gesagt: „Zum Desinfizieren.“ Dann knallten sie die Türen zu. Ich weiß nicht, wer von Ihnen den Film „Schindlers Liste“ gesehen hat, da gibt’s eine Szene, in der die Frauen quieken, als aus den Duschköpfen Wasser kommt, kein Gas. Ich konnte in dem Film genau das nachempfinden. Ich wusste, was das bedeutet. Wir standen bibbernd und zitternd nackt dort und hatten Angst davor, was da rauskommen würde. Jeder, der

in der DDR aufgewachsen ist, der weiß, dass genau diese Dinge ständig im Vordergrund standen: Faschismus, Gaskammern, Auschwitz, Buchenwald. Und auf einmal steht man in so einem Raum, den man ständig als Ort des Grauens übermittelt bekommen hat. Wir waren wie gelähmt, fast ohnmächtig.

Es ging dann wieder zurück auf Zelle. Nach meiner Ersteinweisung verbrachte ich dort drei Tage und wurde in dieser Zeit auf die Umstände eingestimmt, auf das Sportpensum wie auf das Arbeitspensum, über das ich dann später noch sprechen werde.

Manuela Rummel: Frau Thalheim, auch Sie mussten diese Einweisungsprozedur durchlaufen. Auch den Mädchen wurden die Haare abgeschnitten, auch ihnen wurde die Individualität genommen. Sie haben auch erlebt, dass Arrest als Bestrafung zum Alltag im Geschlossenen Jugendwerkhof gehörte.

Corinna Thalheim: Zunächst kann ich eins zu eins nur bestätigen, was Herr Müller erzählt hat. In diesem Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau wurde nicht nach Geschlecht unterschieden. Jungen und Mädchen haben alles das Gleiche erlebt, was diese Einweisungsprozedur betrifft. Eine Strafe sind für mich bis heute enge kleine Räume, Türenknallen, Schreien. Diese Bestrafungen haben aus ganz nichtigen Gründen stattgefunden, aus Lust und Laune der sogenannten Erzieher – es war ja kein pädagogisch ausgebildetes Personal –, die einfach entschieden, den/die brauchen wir heute nicht, den/die sperren wir einfach weg. Der Aufnahmearrest dauerte bei mir zwölf Tage. Ich stand zwölf Stunden allein in diesem Flur und durfte auch nicht sprechen, mich nicht bewegen, sondern musste warten, bis irgendjemand kommt. In dieser Zeit gab es keinen Toilettengang, was ganz furchtbar war, aber man bekam ja weder zu essen noch zu trinken, also musste man ja auch nicht auf Toilette. Vor allem diese engen Räume, diese kleinen Zellen, diese an die Wand angebrachte Holzspritze, die am Tage nicht benutzt, sondern nur nachts heruntergeklappt werden durfte. Der Kübel für die Notdurft, alles Dinge, die einen heute denken lassen: „Wo war ich damals eigentlich, haben die die NS-Zeit verpasst? Haben die verpasst, dass inzwischen Frieden war?“ Strafen im Jugendwerkhof Torgau sind lebenslang. Das sage nicht nur ich, sondern alle Betroffenen können darüber berichten und empfinden so.

Manuela Rummel: Herr Müller, welche weiteren Erinnerungen haben Sie an den Geschlossenen Jugendwerkhof?

Alexander Müller: Als sich einige in der DDR ganz gut eingerichtet hatten, vor sich hin revoltierten, vom demokratischen Sozialismus träumten und dabei ganz bequem in Universitäten und Akademien überwinterten, standen meine Leidensgenossen und ich mit 14, 15 Jahren auf dem Gefängnishof in Torgau und spulten dort Tag für

Tag ein Sportprogramm runter, für das gestern Herr Löttsch hier bewundert wurde. Wir haben jeden Tag ein Sportpensum von bis zu 500 Liegestützen, 500 Hock-Streck-Sprüngen, 500 Kniebeugen und 500 von den berüchtigten Torgauer Dreiern machen müssen, nachdem wir Akkordarbeit geleistet hatten. Das alles bei Wind und Wetter, Oberkörper frei, mit einer Turnhose, Strümpfen und Turnschuhen bekleidet. Bei Hagel, Schnee und Eis, egal. Ich habe noch vor Augen, mit dem Dreck im Gesicht Liegestütze machen zu müssen, während der Erzieher den Takt vorgab: Eins, zwei. Eins für unten, zwei für oben. Wie er fünf Minuten wartet bei eins und guckt, wer wackelt, und sich dann auf den Rücken desjenigen kniet, sodass der mit der Fresse im Dreck landet.

Da wäre ich schon gern in der Uni gewesen und hätte mir dort ein stilles Plätzchen gesucht. Aber für uns Jugendwerkhöfler in der DDR gab es kein stilles Plätzchen und leider auch kein Abkommen, mit dem wir hätten freigekauft werden können. Wir wussten auch, sollte es doch jemand schaffen, dann würden wir wieder ausgeliefert werden. So viel stand fest. Wir konnten nirgendwo hin. Uns blieb nur eins, wir mussten es durchstehen, wir mussten es aushalten.

Noch eins, was ich hier anführen möchte. Zu den brutalsten Sachen in Torgau gehörte der Durst. Wir durften nur zu den Mahlzeiten trinken. Es war uns strikt verboten, selbst nach dem Sport, im Duschraum oder im Waschraum zu trinken. Wenn wir dabei erwischt wurden, sind wir geschlagen worden. Auch abends durften wir nichts trinken. Wir wurden eingeschlossen, hatten kein Waschbecken auf der Zelle, wir hatten nur Kübel mit Chlor drin. Also auch dieses Wasser konnte man nicht trinken zur Not. Dieser Durst begleitet mich bis heute. Es gibt keine Situation, in der ich nichts zu trinken dabei habe. Diese Dinge können jedoch nur teilweise beschreiben, was wir dort durchgemacht haben.

Manuela Rummel: Ein weiteres kaum aufgearbeitetes Kapitel der DDR-Heimerziehung, das ich jetzt gern ansprechen möchte, weil es wichtig ist, und das noch immer mit Scham behaftet ist: Frau Thalheim, Sie sind Initiatorin der Selbsthilfegruppe „Verbogene Seelen“ für Betroffene von sexuellem Missbrauch, die sich seit 2011 regelmäßig in der Gedenkstätte trifft. Aus dieser Selbsthilfegruppe heraus ist 2014 die Betroffeneninitiative „Missbrauch in DDR-Heimen“ entstanden, gegründet von ehemaligen DDR-Heimkindern. Ihnen und uns als Gedenkstätte ist es wichtig, auch dieses Thema aufzuarbeiten und darüber aufzuklären.

Corinna Thalheim: Zur Gründung der Selbsthilfegruppe ist zu sagen, dass es bis 2011 keine größeren Angebote seitens der Regierung zur Aufarbeitung für Betroffene der Heimerziehung gegeben hat. So haben wir uns entschlossen, in der Gedenkstätte Jugendwerkhof Torgau diese Selbsthilfegruppe zu gründen, den Be-

troffenen einen Raum zu geben, in dem sie sich treffen können, in dem sie gemeinsam über ihre Schicksale sprechen können. Bis zum heutigen Tag trifft man mit der Geschichte der Heimerziehung auf taube Ohren, man wird von kaum einem Politiker in der Regierung angehört. Wir treffen uns seit 2011 regelmäßig und haben, um mehr Betroffene aufnehmen zu können, bundesweit diesen Verein gegründet. Ich weiß, dass viele Mitglieder mit Stolz sagen, wir sind bundesweit der einzige Verein, die einzige Selbsthilfegruppe in dieser Form. Mich macht es aber eher traurig. Wir sind die Einzigen und bekommen so gut wie keine Unterstützung. Ziel dieses Vereins ist die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs in Heimen der DDR und die Anerkennung des Missbrauchs, der den Betroffenen widerfahren ist. Es sind nicht nur ehemalige Mädchen, es sind auch Männer. Ich arbeite im Betroffenenrat unter den Unabhängigen Beauftragten in Berlin mit, vertrete dort als einzige Vertreterin die Heimkinder der DDR, mittlerweile auch die des Westens. Und es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass mir von den Ländervertretern der neuen Länder gesagt wird: „Wir werden für die Betroffenen sexuellen Missbrauchs nicht einstehen. Alles, was vor 1990 passiert ist, liegt nicht in unserer Hand.“ Ich frage mich, wo hier der Einigungsvertrag bleibt. Man hat nicht nur das Land DDR übernommen, sondern auch Menschen mit übernommen und demzufolge auch deren Schicksale. Es gibt Mütter, die ungewollt schwanger geworden sind und sich mitunter heute an mich wenden und sagen: „Sie wissen gar nicht, wie grausam das alles war, und Sie wissen vielleicht auch nicht, wie es ist, nicht angenommen zu werden.“ Das ist das Ziel unseres Vereins.

Ich bin ganz stolz darauf, dass es jetzt in Deutschland eine Aufarbeitungskommission gibt, die am 3. Mai 2016 an die Öffentlichkeit gegangen ist, damit sie Gehör bekommt, und dass auch unsere erste Beauftragte für die Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs Mitglied der Kommission ist. Das ist Frau Dr. Christine Bergmann, mit der ich viel zusammenarbeite, mit der ich viele Gespräche geführt und mit der wir damals am Runden Tisch zusammengesessen haben. Wir denken, dass wir etwas in dieser Richtung bewegen können. Traurig ist immer noch, dass Betroffene von sexuellem Missbrauch in DDR-Heimen nicht anerkannt werden und kein Recht auf Entschädigung haben.

Manuela Rummel: Vielen Dank für diese Ausführungen. Herr Müller, Sie stehen auch mit Betroffenen im Austausch. Wie ist die Wahrnehmung der jüngsten Opfergruppe des SED-Regimes in der Öffentlichkeit, was sind Ihre Erfahrungen?

Alexander Müller: Gute Frage. Anfang des Jahres, am Rande einer ähnlichen Veranstaltung wie heute, habe ich einen ehemaligen politischen Häftling kennengelernt. Er erzählte, dass er Mitte der 1980er-Jahre ausreisen wollte, es dabei aber



Probleme gab, weil er Geologe war, ich glaube in Freiberg, er war wohl auch Geheimnisträger. Man machte ihm richtig Probleme, unter anderem hat die Stasi versucht, ihn mit einem Frauenmord in Verbindung zu bringen, und ihn damit unter Druck gesetzt. Irgendwie hat er es nach etwa einem Jahr dann doch geschafft, das Land zu verlassen, und in der Bundesrepublik ein neues Leben angefangen. Wir unterhielten uns dann über meine Erlebnisse im Geschlossenen Jugendwerkhof, worauf er entgegnete, zu Heimkindern, zu Jugendwerkhöflern habe er seine eigene Meinung. Irgendwas würden die schon ausgefressen haben. Darauf schaute ich ihn an und sagte: „Also wenn ich mir das jetzt mit dem Frauenmord so überlege, vielleicht war da auch irgendwas dran.“ Daraufhin schaute er mich ganz böse an. Da sagte ich zu ihm: „Fühlt sich richtig scheiße an, oder? So fühle ich mich jetzt auch.“ Ich frage euch: Wann können wir endlich dieses Stigma ablegen? Heimkinder und Jugendwerkhöfler gewesen zu sein – wenn nicht mal einer von euch ehemaligen politischen Häftlingen unser Martyrium anerkennen kann, wie sollen wir es dann von der Gesellschaft erwarten. Wie sollen wir das von der Justiz erwarten, die sich bis heute schwer tut, Teile unserer Vergangenheit zu rehabilitieren. Sehr schwierig. Wir haben jetzt 2016. Ich denke, es wird Zeit. (Applaus)

Manuela Rummel: Frau Thalheim und Herr Müller, erst einmal herzlichen Dank. Wir haben noch etwas Zeit für Fragen.

Frage aus dem Publikum: Ich habe gehört, dass die Torgauer Einsitzenden, wenn sie mindestens ein halbes Jahr dort Aufenthalt hatten, auch SED-Opferrente bekommen. Ist das so?

Manuela Rummel: Ja, Torgau wird seit 2004 strafrechtlich rehabilitiert. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer im Geschlossenen Jugendwerkhof war 4,5 Monate, nach maximal sechs Monaten kamen die Jugendlichen wieder zurück in ihren „Stammjugendwerkhof“. Mehr als ein halbes Jahr kommt also meist nur bei Betroffenen zusammen, die ein zweites Mal in den Geschlossenen Jugendwerkhof eingewiesen wurden. Diese können die SED-Opferrente beantragen, das ist richtig.

Frage aus dem Publikum: Welche Erfahrungen haben Sie mit der Dauer der Bearbeitung solcher Anträge?

Corinna Thalheim: Die Bearbeitung der Anträge auf strafrechtliche Rehabilitation geht relativ schnell. Für diejenigen, die nachweisen können, dass sie 180 Tage in Torgau waren, kann auch eine Opferpension beantragt werden. Nach circa drei Monaten haben die Betroffenen ihre Zahlung, es geht für deutsche Verhältnisse relativ unbürokratisch und schnell.

Manuela Rummel: Die Gedenkstätte ist auch Anlauf- und Beratungsstelle für Betroffene. Wir haben ein Projekt, in dem wir die Akten für die Antragsteller kostenfrei recherchieren und Unterstützung leisten.

Corinna Thalheim: Wir fungieren als Betreuer der Betroffenen, mit uns zusammen wird der Antrag ausgefüllt und abgeschickt.

Wolfgang Templin aus dem Publikum: Sie nannten konkret das Beispiel Christine Bergmann. Welche Erfahrungen haben Sie im Kontakt mit Politikern? Mir geht es dabei nicht nur um diejenigen, die in Institutionen sitzen, oder die Ländervertreter, sondern um öffentlich sichtbare verantwortliche Politiker. Gibt es Kontakte, reagieren sie auf Einladungen und kommen sie dann selbst? Und vor allem, was folgt diesen Kontakten? Haben Sie eine positive Entwicklung vor Augen und können bestimmte Personen nennen?

Corinna Thalheim: Frau Christine Bergmann hat sich damals mit dem Thema beschäftigt, jetzt macht das Johannes-Wilhelm Rörig als Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs. Das sind die beiden Einzigen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen und öffentlich dafür engagieren. Politiker sind für mich Menschen, die man anschreiben kann, doch die ignorieren das. Ein voller Briefkasten, der nie geleert wird. Wir bekommen nichts zurück. Wir können einladen, sie sind selten da, sie wollen sich mit dem Thema nicht auseinandersetzen.

Missbrauch ist in Deutschland ja immer noch tabu. Darüber wird nicht gesprochen, das hat es nie gegeben, das darf nicht sein.

Frage aus dem Publikum: Sind die Erzieher belangt worden, die solche Rituale durchgezogen haben? Sind die Namen bekannt geworden, ist irgendetwas passiert?

Manuela Rummel: In den 1990er-Jahren gab es durchaus Anzeigen der Betroffenen gegen die Erzieher. Aber man muss vor Gericht Beweise bringen, was sehr schwierig war. Die Betroffenen standen nicht im Kontakt miteinander. Heute gibt es die Gedenkstätte und wir haben die sozialen Netzwerke, da ist ein Austausch möglich. Die Akten waren damals noch nicht gesichtet, man musste erst nachweisen, dass man im Geschlossenen Jugendwerkhof war, und am besten vor Gericht äußern, zu welchem Zeitpunkt durch welchen Erzieher was stattgefunden hat. Doch strafbare Handlungen ließen sich in den seltensten Fällen nachweisen. Verurteilungen beschränkten sich auf Einzelfälle, wenn Zeugen Fälle von Körperverletzung und Nötigung bestätigen konnten. In diesen Fällen verhängte das Gericht Geldstrafen.

Man muss auch wissen: Der Geschlossene Jugendwerkhof wurde 1989 um den Tag des Mauerfalls herum durch eine telefonische Anweisung aus dem Ministerium für Volksbildung aufgelöst. Am 9. November war der Mauerfall, und schon am 17. November hat der letzte Jugendliche diese Einrichtung verlassen. Die Auflösung ging also sehr schnell. Die Erzieher begannen unmittelbar danach mit sogenannten „Aufräumarbeiten“. Es wurden Umbaumaßnahmen eingeleitet, die den Charakter des Gebäudes stark veränderten. Fast alle Gitter und Sichtblenden vor den Fenstern wurden entfernt und die alten Gefängnistüren ausgetauscht.

Dann kam für ein Jahr das Internat einer Torgauer Hilfsschule dort unter, mit denselben Erziehern als vermeintlichem Fachpersonal. Erst durch die unabhängige Untersuchungskommission, die sich 1990 konstituierte, wurde festgestellt, dass die Zustände in Torgau untragbar waren – in vielerlei Hinsicht härter als im Strafvollzug, obwohl keiner der Minderjährigen aufgrund eines gerichtlichen Strafurteils eingewiesen worden war. Soweit die Erzieher noch im öffentlichen Dienst arbeiteten, wurden sie 1990 entlassen. In der restlichen Bundesrepublik haben sie durchaus wieder Stellen im pflegerischen oder pädagogischen Bereich erhalten.

Frage aus dem Publikum: Frau Thalheim, Sie sind die Einzige in der Bundesrepublik, die so einen Verein gegründet hat. Man liest aber auch viel über Missbräuche, die in Westdeutschland vorgekommen sind, zum Beispiel in der katholischen Kirche. Haben sich auch Menschen an Sie gewandt, die aus dieser Richtung kommen? Oder nur aus der früheren DDR?

Corinna Thalheim: Es wenden sich auch ehemalige Westheimkinder an mich und sprechen mit mir über das, was ihnen geschehen ist. Die Westheimkinder dürfen

den Anspruch an diesen erweiterten Fonds für die Opfer sexuellen Missbrauchs geltend machen, da die Kirchen in diesen Fonds einzahlen, nur zum Teil der Bund. Aber es gibt auch Probleme bei den Kirchen, die dagegen sind, etwas zu zahlen, wenn es nicht einwandfrei bewiesen ist. Da ist die Problematik ähnlich, da gibt es keinen Unterschied zwischen Ost und West.

Frage aus dem Publikum: Mein Name ist Peter Eckert. Ich glaube, ich bin der Erste aus Westdeutschland gewesen, der im Januar 1990 den Geschlossenen Jugendwerkhof von innen gesehen hat. Das Problem, das Sie alle schildern, ist nicht nur, was da Schlimmes passiert ist. Das Zweitschlimme ist, wie die Abwicklung dieses Jugendwerkhofes vonstattenging, vonseiten der Staatsregierung in Dresden, der Gerichte, die nicht verurteilt haben, der Amtsärzte in Torgau, die nichts gewusst haben wollen, der Erzieher, die unter Mitnahme von Eigentum verschwunden sind. Nicht nur die lokalen Zeitungen berichteten, das sei schlimm gewesen. Die Bevölkerung von Torgau und Umgebung hat von den „Assis“ gesprochen – ein schlimmes DDR-Wort, wie Sie wissen –, die angeblich zu Recht in diesem Jugendwerkhof gesessen hätten. Und wenn Sie heute nur noch die Gedenkstätte haben, aber der authentische Ort mit den Werkstätten und dem Hof, wie sie damals waren, heute nicht mehr vorhanden ist, dann müssten Sie auch Kritik üben, an wem auch immer. Sie wissen, ich war damals Bundestagsabgeordneter und habe der Arbeitsgruppe angehört, die den Strafantrag gegen Frau Honecker gestellt hat. Und Sie wissen, dass dabei nichts herauskam. Das ist eine schlimme Sache. Zur Aufarbeitung gehört auch, was nach der Wende passiert ist, nicht nur, was vorher war.

Das zweite Problem, das ich ansprechen möchte: Die Geschichte der bundesdeutschen Heime, obwohl man das nicht vergleichen soll, ist fast genauso schlimm gewesen. Es ist eine Schande, dass wir keinen Entschädigungsfonds für alle Betroffenen haben, sondern dass die Beweislast bei denen liegt, die da gewesen sind, nicht umgekehrt. (Applaus)

Frage aus dem Publikum: Wie im Jugendwerkhof Burg bei Magdeburg. Da habe ich versucht, mit Studenten Recherchen zu machen. Die Leute dort haben sich geweigert, die Unterlagen von früher herauszugeben. Da gibt es noch nicht mal eine Gedenkplakette irgendwo, die daran erinnert, dass das ein Jugendwerkhof war.

Alexander Müller: Der ganze Arresttrakt – ich war in Burg im Jugendwerkhof – ist voll mit Akten, und wir kommen nicht ran. Ich weiß, wovon Sie sprechen. Meines Wissens sind viele ehemalige Erzieher von der Diakonie übernommen worden, haben es in leitende Positionen geschafft und verhindern die Herausgabe der Akten. Ich bringe mal noch ein anderes Beispiel, das ich auch völlig absurd finde: Die sogenannten Erzieher von Torgau haben für den Landkreis Torgau Berufsverbot be-

kommen, das hat aber einige nicht davon abgehalten, sich woanders als Erzieher zu bewerben. Unter anderem gibt es einen Erzieher, der nach Würzburg an die Universitätsklinik gewechselt ist und dort heute als Psychotherapeut in der Kinderklinik arbeitet. Das halte ich für einen Riesenskandal. Wir weisen die Uniklinik schon seit Jahren darauf hin, dass das ein absolutes Unding ist, aber die finden, dass er gute Arbeit macht und sagen: „Schwamm drüber.“ Das finden wir gar nicht, sondern denken, dass wir bis zum Schluss dranbleiben müssen. Deswegen wird es dort dieses Jahr auch noch eine entsprechende Veranstaltung geben. (Applaus)

Manuela Rummel: Eine Anmerkung noch zu dem Kommentar von vorhin. Sie haben die Westheime angesprochen. Wir haben eine Veranstaltungsreihe in der Gedenkstätte: „Das Schweigen brechen – Schicksale ehemaliger Heimkinder“. Wir haben dieses Podium für die ehemaligen Westheimkinder geöffnet, weil sich die Schicksale oftmals ähneln, gerade in der repressiven Heimerziehung in der frühen Bundesrepublik, ich denke da an Freistadt, ein Pendant zu Torgau. Für diese Aufklärung und Aufarbeitung setzt sich die Gedenkstätte ein, genau dafür ist Ihr Engagement als Zeitzeugen, Frau Thalheim, Herr Müller, so wichtig. (Applaus)

Frage aus dem Publikum: Ich wollte noch einmal die Entschädigungsfrage kurz ansprechen. Ein Stichwort ist noch nicht so klar gefallen: der Heimkinderfonds. Was haben die Betroffenen für Erfahrungen damit gemacht? Vielleicht sagen Sie kurz, was sich hinter diesem Stichwort verbirgt. Die meisten wissen glaube ich gar nicht, worum es da geht.

Corinna Thalheim: Der Heimkinderfonds war für uns zunächst eine feine Sache. Wir dachten, jetzt kümmert sich jemand um uns. Für viele Betroffene ist es toll, sie können sich jetzt etwas leisten, was sie vorher nicht konnten.

Aber man muss sich permanent erklären. Die Betroffenen müssen in einer Vereinbarung festlegen, was sie sich von dem Fonds kaufen möchten, und dies mit Rechnungen in den Beratungsstellen belegen. Außerdem beklagen viele Betroffene, dass die Wartezeiten bis zum Erstgespräch in den Beratungsstellen zu lang sind, und es ist für viele nicht nachvollziehbar, dass die Antragsfrist vorzeitig zum 30. September 2014 beendet wurde. Ich weiß aus Kontakten zu Beratungsstellen, dass es weit über 5 000 Betroffene gibt, die sich nach dieser Antragsfrist gemeldet haben und einfach nicht mehr in die sogenannte „Härtefallregelung“ gefallen sind.

Alexander Müller: Es ist auch eine Sache, die wir gar nicht nötig hätten. Gerade diejenigen, die in den Jugendwerkhöfen waren, wir alle sind Opfer von Zwangsarbeit, definitiv. Gerade die in Torgau waren. Wir mussten dort Akkordarbeit leisten für den Westen, haben dort Teile für die Elektroindustrie geliefert, sprich Teile für Elektrogeräte wie E-Herde oder Bügeleisen von Rowenta, Stücke für Elek-



troherde von AEG und sämtliche Vertreter der Katalog-Industrie. Ich habe – wie viele andere auch – in einem halben Jahr in Torgau als Arbeiter nicht einmal 500 DDR-Mark erhalten. Davon durften wir dann noch mit weit über 200 Mark unsere Unterkunft dort bezahlen.

Statt uns diese Brocken hinzuwerfen und uns wieder vorzuschreiben, was wir mit dem Geld zu tun oder zu lassen haben, sollte man uns lieber das Geld auszahlen, das uns zusteht, und zwar Monat für Monat den Facharbeiterlohn. Und weil wir doch im Kapitalismus leben, bitte auch mit Zins und Zinseszins. (Applaus) Dann hätten wir diese Almosen nicht mehr nötig und auch nicht diese Erniedrigung, die wir uns dort gefallen lassen mussten, indem wir hingegangen sind und wieder einmal mehr beweisen sollten, was wir alles erlitten haben. Entweder steht uns das Geld zu oder es steht uns nicht zu. Und wenn ich das Geld verbrenne, ist es auch meine Sache.

Frage aus dem Publikum: Ich möchte Ihnen als Zeitzeugen meine Hochachtung ausdrücken, dass Sie immer wieder zu solchen Veranstaltungen gehen und über Ihr erlittenes Schicksal sprechen. Ich glaube, dass es, gerade wenn man so etwas in so jungen Jahren, als Kind oder Jugendlicher, erlebt, in besonderer Weise die Seele angreift und das Leben erschüttert. Ich weiß aus vielen Gesprächen mit ehemaligen

Heimkindern, wie schambesetzt die Erinnerung oft ist, weil sie als Kinder sehr über die Beschämung unterdrückt wurden. Ich finde es sehr gut, was Sie machen, und wünsche Ihnen die Stärke, das auch weiter zu tun. Herr Müller, Sie sind ja viel unterwegs, und ich weiß, wie schwierig das manchmal ist, aber ich hoffe, dass Sie auch bald nach Brandenburg kommen und auch bei uns solche Veranstaltungen machen. (Applaus)

Frage aus dem Publikum: Ich bin hier aus Bautzen, freue mich, dass es jedes Jahr so viele Menschen zu uns treibt, die sich für das Schicksal nicht nur politischer Häftlinge interessieren. Alles, was wir seit gestern gehört haben, war grässlich, war unmenschlich. Dennoch ist es ganz wichtig, dass davon ganz viele Menschen in unserem Lande erfahren. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass solche Veranstaltungen stattfinden. Aber ich habe wieder festgestellt: Es wird viel zu viel Geld für Dinge ausgegeben, die keiner braucht, andererseits sind immer noch viele Dinge ungeklärt. Unsere Politiker interessiert das aber nicht. Für mich sind Jugendwerksinsassen das Gleiche wie politische Häftlinge. Vieles ist bei euch nicht geregelt und bei uns auch nicht. Solange eure und unsere Probleme nicht gelöst sind, kann man nicht neue Gesetze machen, in denen unsere Rechte immer weiter eingeschränkt werden. Deshalb danke bei allen Teilnehmern und den Aktiven, die an diese Themen und die ungelösten Probleme erinnern. (Applaus)

Frage aus dem Publikum: Herr Müller, eine Frage zu Ihrer Vorgeschichte. Was haben Sie vor Ihrem 14. Lebensjahr getan, inwiefern haben Sie Druck gemacht, dem Staat gegenüber und Ähnliches?

Alexander Müller: Ich bringe ein Beispiel. In der siebten Klasse kam das Fach Staatsbürgerkunde dazu, Marxismus-Leninismus in Reinkultur, das kennt ihr noch alle. 1982, von April bis Juni, gab es den Falklandkonflikt zwischen Argentinien und Großbritannien, vielleicht könnt ihr euch daran erinnern. Er war Thema hoch und runter, „Imperialismus“, „Raubtierkapitalismus“, all die Phrasen, das ganze Vokabular wurde in dem Zusammenhang aufgerufen. Wir hatten vier Wochenstunden, und wir konnten es nicht mehr hören. Wir waren froh, als der Konflikt vorbei war und wir in die großen Ferien entlassen wurden. Mit Beginn der achten Klasse sollten wir dann einen Aufsatz zum Thema „Annexion eines Landes durch ein anderes“ schreiben. Die Staatsbürgerkundelehrerin war sich so sicher, und ich höre noch das Kratzen der Kreide an der Tafel, als sie schrieb: „Das Beispiel ist frei wählbar.“ Fast unfassbar in dem Unterricht. Sie hatte Recht, alle nahmen das Beispiel Argentinien–Großbritannien, das waren ja die Kontrahenten. Nur ich leider nicht, ich nahm Sowjetunion–Afghanistan. Ihr versteht, was ich meine. Zwei Stunden später war die Staatssicherheit in der Schule, ich musste zum Direktor, meine Staats-

bürgerkundelehrerin stand dabei. Die zwei Herren in den Kunstlederjacken sagten nichts, aber die Lehrer haben mich rund gemacht. Ich wusste das damals nicht, weiß es aber heute: Dort wurde im Grunde genommen eine Ausschulung beschlossen. Es ist nur ein Beispiel dafür.

Ich habe es vorhin schon angerissen: Ein Kind in der DDR konnte nach Hause zu seinen Eltern gehen und sagen: „Heute im Staatsbürgerkundeunterricht haben wir das und das gehört.“ Und was sagten da die Eltern? „Sag dort bloß nichts! Was du hier zu Hause sagst, bleibt hier, aber in der Schule wirst du sagen, was die von dir wollen.“ Daran kann man erkennen, wie systematisch die SED das komplette Volk zu Heuchlern und Lügnern erzogen hat. Es gab ja immer zwei Meinungen. Aber was macht ein Heimkind? Das will auch irgendwohin mit seinen Fragen, aber was soll es denn machen? Ich habe mich an eine Erzieherin gewandt, von der ich dachte, ich hätte bei ihr so einen mütterlichen Funken gesehen. Aber die Frau hat von Anfang an Berichte über mich geschrieben.

Und so lief das fort. Immer mal eine unbequeme Frage, meine eigene Meinung, mal ein Witz. Wir hatten in der Klasse einen Schüler, den Sohn eines SED-Parteisekretärs – Traumjob in der DDR –, der war strunzblöd, der wusste nichts. Wenn der sich mal gemeldet hat, da war die Lehrerin so froh, dass sie ihn sofort dran nahm, in der Hoffnung, dass sie ihm vielleicht eine gute Note geben könne. Da wurde mal in Staatsbürgerkunde gefragt: „Wer kann mir denn ein verschärft kapitalistisches Land nennen?“ Der saß vor mir und ich flüsterte ihm zu: „Mongolei.“ Und er meldete sich wie wild und schrie, nachdem er aufgerufen wurde: „Mongolei!“ Die Lehrerin guckte an ihm vorbei, zeigte auf mich und sagte: „Müller, fünf!“ Die wusste definitiv, woher es kam. Das sind so Pflastersteine auf dem Weg in den Jugendwerkhof.

Als ich mich schon auf dem Weg in denselben befand, habe ich es bis zum Schluss nicht geglaubt, weil ich niemanden kannte, der in einen Jugendwerkhof gekommen war. Ich dachte immer, das seien irgendwelche Typen, die Stress gemacht oder was geklaut hatten. Das hatte man mir auch so gesagt. Als ich nach 25 Jahren meine alte Klasse wiedergetroffen und so von meinem Leben erzählt habe, guckten die mich alle ganz verwundert an und sagten: „Die haben uns erzählt, sie hätten dich entlassen.“ Man hat also nicht einmal offen kommuniziert, dass ich in den Jugendwerkhof gekommen bin, denn vielleicht hätten die anderen sich das nicht erklären können: Wegen so etwas kommt man in den Jugendwerkhof? Einige haben dann betreten festgestellt, dass sie auch ganz knapp davor waren. Ich könnte Ihnen noch mehr erzählen, aber die Zeit drängt etwas.

Frage aus dem Publikum: Der familiäre Background?



Alexander Müller: Wie schon angesprochen, meine Mutter war Grafikerin und Kunsthandwerkerin für die Deutsche Werbe- und Anzeigengesellschaft (DEWAG). Sie hat eine der Petitionen gegen die Biermann-Ausbürgerung mit unterschrieben – Name und Adresse standen in Druckbuchstaben drauf, das hat der Stasi einiges erleichtert – und eines Tages standen die bei meiner Mutter in der Küche. Sie sagten, sie solle das aufgeben und sich als Näherin in der Produktion bewähren. Der Hintergrund war, dass sie so besser überwachbar war. In dem Textilbetrieb war sie in einem der sogenannten Arbeiter- und Bauernkunstzirkel und hat die Wandzeitung mitgestalten müssen. Als sie in einem Neckermann-Katalog genau die Klamotten fand, die in diesem Textilbetrieb hergestellt wurden, hat sie die Seite herausgetrennt und an die Wandzeitung gepinnt mit den Worten: „Ist ja schön, dass wir so viel Valuta verdienen, nur schade, dass wir davon nichts in der Lohntüte sehen.“ Das war der Auslöser dafür, dass man ihr sagte, es gebe eine Jugendhilfekonferenz. Dahin musste sie dann mit meiner Oma. Man hat ihr aber nicht den wahren Grund vorgeworfen, sondern etwas konstruiert und sie angemahnt, wie das üblich war, Selbstkritik zu üben. Sie drohten ihr damit, nicht nur mich, sondern auch meine kleine Schwester ins Heim und sie in den Knast zu stecken. Meine Oma hat sie dann be-

schworen, das Spiel mitzuspielen. Ich habe davon nichts weiter mitbekommen, als dass sie nach dieser Konferenz zu mir sagte: „Wir müssen uns jetzt ganz ordentlich benehmen.“ Sie hoffte, dass sie das abwenden könne. Ich habe das damals nicht genau verstanden, erst als ich sie dann nach vielen Jahren wieder richtig zu Gesicht bekam, haben wir das mal besprochen.

Wie das vorhin Alexander Latotzky ausgeführt hat, fehlen auch mir unheimlich viele Jahre mit meiner Mutter, sieben Jahre eigentlich. Ich kann nur sagen, was das mit einem macht: Wir haben kein Mutter-Kind-Verhältnis, sondern ein freundschaftliches Verhältnis, und ich muss sagen, ich vermisse dieses Mutter-Kind-Verhältnis, ich hätte das gerne gehabt. Ich habe das in diesen sieben Jahren verloren. Das ist ein großer Verlust, an dem ich heute noch sehr zu kauen habe. Ich merke auch sehr gegenüber meinen Kindern, wie sehr ich darauf bedacht bin, dass ich denen nicht verloren gehe, und habe oft ein schlechtes Gewissen, wenn ich mal ein paar Tage irgendwohin verschwinde. Aber ich versuche dann zumindest telefonisch Kontakt zu halten. In der DDR war das ja viel schwieriger, ihr wisst, wie wenige Telefone es gab, wegen der wenigen Wanzen wahrscheinlich. Das musste den Produktionsverhältnissen angepasst sein.

Frage aus dem Publikum: Bei Frau Thalheim war es auch so?

Corinna Thalheim: Bei mir war das ganz anders. Ich bin mit meiner Mutter alleine groß geworden, ich hatte noch zwei ältere Geschwister, aber die waren schon raus. Meine Mutter wurde nach einer Erkrankung Workoholic, wechselte dann innerbetrieblich ihren Arbeitsplatz, sodass ich mit zwölf Jahren schon auf meinen eigenen Füßen stand und sehen musste, wo ich bleibe. Mit meiner Mutter hatte das nichts zu tun. Mein einziges „Verbrechen“ war eine Ordnungswidrigkeit, die darin bestand, dass ich mal paar Tage nicht in der Schule war. Deshalb hat man mir diese „Jugendhilfe“ zugesprochen und mich weggesperrt. Für anderthalb Jahre. Ich sage immer: Gott sei Dank nur anderthalb Jahre, ich wurde dann mit 18 entlassen. Ich war aber auch danach noch nicht aus den Fängen des Jugendamts, sondern musste mich regelmäßig, bis ich 19 war, noch beim Jugendamt melden und zeigen, dass ich ein guter sozialistischer Bürger bin. Ich kenne das Gefühl, das Herr Müller gerade beschrieben hat, dieses Nicht-Mutter-Kind-Verhältnis, das war bei uns in der Familie grundsätzlich so, das hat aber nichts mit meiner Heimerziehung zu tun. Genau wie Herr Müller sich als „Gluckenvater“ beschreibt, bin ich eine „Gluckenmutter“. Meine Kinder müssen mir immer wieder erklären, wo sie sind und was sie machen. Sie sind es gewöhnt, sie sind es auch noch nicht leid, irgendwann vielleicht. Aber es hat sich übertragen. Dieses Vermissen, das Eingesperrtsein, das Kontrolliertwerden, das spielt eine Rolle.

Manuela Rummel: Dann kommen wir jetzt zum Ende. Ich denke, es wurde deutlich, wie eine Diktatur auch abseits vom normalen Strafvollzug ihre repressive Energie einsetzen kann. Herzlichen Dank noch einmal an Sie, liebe Zeitzeugen! Und Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit. Sie sind natürlich eingeladen, sich in der Pause – wer es noch nicht getan hat – unsere Wanderausstellungen zur Geschichte des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgaus anzuschauen. Herzlichen Dank!



PODIUMSDISKUSSION

Die DDR in den Köpfen und die Erwartungen an Demokratie heute

Susann Rüthrich, Dr. Anna Kaminsky, Prof. Dr. Heinrich Best,
Dr. Michael Parak

Moderation: Michael Naumann

Matthias Eisel: Unser Abschlusspodium hat die Aufarbeitung und die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zum Thema. Es geht uns hier darum, die Schicksale der Opfer zu würdigen, aber es geht auch darum aufzuzeigen, wie doktrinaire Systeme funktionieren, wie Menschen in doktrinären Systemen funktionieren oder wie sie eben dort nicht funktionieren. Die Frage, was das alles mit uns zu tun hat, dazu wollen wir jetzt kommen. Ich denke, wir werden eine spannende Abschlussrunde haben. Ich freue mich, dass wir mit Susann Rüthrich eine Bundestagsabge-

ordnete aus dem Wahlkreis Dresden-Meißen begrüßen können. Sie ist seit 2013 im Bundestag, Mitglied der SPD-Fraktion, im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Sie hat Politikwissenschaft und Soziologie studiert und engagiert sich seit vielen Jahren, seit sie Schülerin war, gegen Rechtsextremismus in Sachsen. Sie hat das Netzwerk für Demokratie und Courage mit initiiert, ist dort engagiert tätig, und wir wissen ja, dass Rechtsextremismus hier in Sachsen auch ein besonderes Problem ist. Susann Rüttrich, willkommen beim Bautzen-Forum.

Ich freue mich auch, dass wir Dr. Anna Kaminsky wieder zum Bautzen-Forum begrüßen können. Sie ist die Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung, die uns über Jahre auch hier beim Bautzen-Forum unterstützt hat, als es für die Friedrich-Ebert-Stiftung hier und da mit den Finanzen schwierig wurde. Dafür ganz herzlichen Dank und natürlich auch danke, dass Sie da sind.

Ich begrüße Prof. Dr. Heinrich Best, der aus Jena zu uns gekommen ist. Er ist Professor am Institut für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität in Jena im Lehrbereich Empirische Sozialforschung und Sozialstrukturanalyse und schon darüber verbunden mit unserem Thema. Noch dazu – und das war der Anlass, Sie einzuladen – auch Leiter des Thüringen-Monitors, der jährlich repräsentative Bevölkerungsumfragen macht. Die letzten Befunde waren ja gerade in den Medien sehr stark, was die Affinitäten oder Beziehungen zur DDR betraf. Interessant zum Thema DDR in den Köpfen. Schön, dass Sie da sind.

Herr Dr. Michael Parak hat in Leipzig Geschichte studiert, seitdem kennen wir uns auch, weil er viele Jahre mit uns zusammen das Bautzen-Forum vorbereitet und konzipiert hat. Diese Zusammenarbeit hat sich fortgesetzt, als er dann Geschäftsführer von Gegen Vergessen – für Demokratie e.V. wurde. In der Zeit, als Joachim Gauck der Vorsitzende dieses Vereins war, haben wir unsere Zusammenarbeit begründet, die bis heute anhält, auch in der konzeptionellen Vorbereitung, der Organisation der Foren ist Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. seit Jahren unser Partner. Es ist eine Zusammenarbeit, die wir sehr schätzen. Deshalb freue ich mich, dass du heute Gast unseres Podiums bist, herzlich willkommen.

Unser Moderator Michael Naumann kommt vom MDR, wir freuen uns über das große Interesse des Mitteldeutschen Rundfunks an unserer Veranstaltungsreihe. Herr Naumann ist in Leipzig beim MDR im Bereich Nachrichten, Politische Berichterstattung tätig, aber eben auch mit Beiträgen zu geschichtspolitischen Themen, wie wir sie hier besprechen, immer wieder präsent. Heute sind Sie als Moderator hier, vielen herzlichen Dank, legen Sie los.

Michael Naumann: Vielen Dank, Herr Eisel, ich freue mich sehr, dass ich hier sein

darf. Bevor ich unsere Gäste vorstelle und wir in die Diskussion einsteigen, der Hinweis, dass natürlich Ihre Fragen jederzeit herzlich willkommen sind, auch die der jüngeren Teilnehmer hier im Saal. Wir wollen versuchen, der Veranstaltung zu einem Abschluss zu verhelfen, der sich mit Erinnerung beschäftigt, aber auch einen kleinen Ausblick zu geben.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung. Ich bin seit gestern da und habe in den vergangenen Jahren – ich bin seit 2003 beim MDR – viel über DDR-Aufarbeitung in den drei Bundesländern berichtet. Ich war zwölf zum Mauerfall, so viel DDR hatte ich noch nicht in meinem Kopf, bin hier noch Lernender und finde es immer wieder zutiefst beeindruckend, wenn ich Ihre persönlichen Schicksale und Geschichten höre. Ich möchte auch meinen persönlichen Respekt und meine Hochachtung ausdrücken.

Blicken wir in die Gegenwart, blicken wir nach vorn – was können wir lernen. Wir leben in bewegten Zeiten: in Deutschland, in Europa, in der Welt; Konflikte mit Russland, großes Unsicherheitsempfinden. Frau Rüttrich, Ihr Motto auf Ihrer Homepage ist „Gerecht. Echt. Rüttrich“. Sie setzen sich für Menschen ein, die frei und selbstbestimmt in einer toleranten und solidarischen Gesellschaft leben wollen. Wie viel DDR haben Sie noch im Kopf und wie leben wir in diesen Zeiten, hat da DDR-Aufarbeitung überhaupt noch Platz?

Susann Rüttrich: Vielen Dank, ich freue mich sehr, dass auch ich heute hier sein kann und so ein zahlreiches Publikum teilnimmt. Mir geht es wie Ihnen, ich kann das, was Sie gerade gesagt haben, genau so beschreiben. Ich war zwölf bei der Wende. Es war eine Zeit, an die ich zumindest noch eine eigene Erinnerung habe, die natürlich geprägt ist, aber mich im politischen Sinne auch heute noch prägt im politischen Alltag. Deshalb würde ich die Überschrift des Podiums um einen Aspekt erweitern. DDR in den Köpfen klingt wie etwas Rationales. DDR in den Herzen, in den Familienerinnerungen, in dem, was die Familien so mit sich tragen, wäre ein zweiter Aspekt. Ich kann das für mich selber beschreiben und für das, was ich um mich herum lebe im politischen Raum. Ich bin mir sehr bewusst darüber, in einer anderen Gesellschaft aufgewachsen zu sein als der, in der ich jetzt lebe. Lebensumstände, die ich jetzt wahrnehme, sind für mich nicht in Stein gemeißelt, es kann sich auch wieder verändern. Freiheit, die ich jetzt habe, muss ich auch verteidigen und muss sehen, dass ich das, was ich schätze, zu Ende gehen kann und mir bewahren, was ich für sinnvoll halte. Für mich war es sehr prägend mitzuerleben, dass das, was meine Eltern als gegeben erlebten, plötzlich zu Ende war. Wenn ich heute unter anderem mit jungen Menschen spreche, höre ich häufig die Vorstellung: „Ich kann sowieso nichts ändern, die Gesellschaft ist eben so, wie sie ist, und alle



Freiheiten, die ich habe, sind selbstverständlich, und alles, was mich stört, ist im Zweifel auch selbstverständlich.“ Das dem nicht so ist, trage ich sehr in mir. Ich würde an Schlaglichtern beschreiben, wie ich wahrnehme, dass wir die DDR heute noch in ihren Auswirkungen spüren. Ich habe auch vorher, als ich noch politische Bildung gemacht habe, häufig erlebt, dass gesellschaftliche Gruppen sagten: „Politik musste man in der DDR machen, jetzt will ich nichts mehr damit zu tun haben. Ich habe mir geschworen, nie wieder in eine Partei zu gehen.“ Auf der einen Seite wird es so in eins gesetzt, als wenn Parteien heute dasselbe wären wie Parteien damals. Führt aber auch dazu, dass alles, was an demokratischer Bildung, Wertevermittlung heute in Schulen, in den Medien transportiert werden könnte, so mit über Bord geworfen wird. Daraus erwächst eine sehr unpolitische Haltung, die vielleicht auch etwas mit der Politik- und Demokratieferne auf den Straßen, in den Köpfen heute zu tun hat. Dann wird häufig gesagt: „Politik sind die da oben, da kann man eh nichts machen.“ Für mich beginnt Politik beim Schüler im Schülerrat und geht über den Gemeindevertreter in der Gemeindepolitik usw., um sich das Gemeinwesen wirklich zu eigen zu machen und durchzusetzen, was man in seiner

Schule, in seiner Stadt möchte und was nicht. Sich dafür einsetzen. Das ist etwas, das ich mir mehr wünschen würde, als die Fragen nur irgendwohin zu delegieren. Denn „die da oben“ gibt's nicht, die sehe ich zumindest nicht. Und wenn ich „die da oben“ sein soll, dann würde ich das von mir weisen.

Ein dritter Aspekt ist alles, was so rund um die offene Gesellschaft, die ich schätze und in der ich mich gerade wohl fühle, beschreiben würde. Wenn wir Besuchergruppen haben und die Lehrerin von hinten reinruft: „Warum macht ihr nicht endlich die Grenzen dicht?“, stehe ich da und sage: „Ich bin in einem Land aufgewachsen, dessen Grenze dicht war. Ich möchte das nicht. Weder dass die Jungs diese Grenze schützen müssen noch mich selber einmauern, um andere draußen zu halten. Doch wir müssen schauen, dass wir die offene Gesellschaft so gestalten, dass auch jeder seinen Platz darin findet. Einfach nur als Ausgrenzung zu definieren, dass wir dann drinnen oder was Besseres sind, das ist nicht mein Bild der Gesellschaft. Das sehe ich aber leider viel zu oft.“

Und vielleicht noch ein Teilaspekt, weil Sie gerade Russland, die Außenpolitik ansprechen. Man kann ja zum Beispiel von TTIP halten, was man möchte. Darauf möchte ich jetzt nicht sachlich eingehen, sondern eher auf die Erzählungen dahinter, die ich bei Kollegen im Bundestag erlebe, aber auch bei Menschen, die ins Bürgerbüro kommen und mit mir reden. Ganz häufig hat das so einen Anklang, den ich von früher noch unterstelle: „Der Amerikaner ist an sich unser Feind, die wollen wir nicht, die wollen uns Böses und die Russen sind die Guten. Alles, was wir an Russlandpolitik machen, ist falsch, und alles, was wir mit Amerika machen, ist auch falsch.“ Bei westdeutschen Kollegen begegnet mir das ähnlich, nur anders herum. Da sage ich, so ganz schwarz-weiß würde ich das nicht sehen. Mit Sicherheit ist an vielem etwas dran, aber ich würde mir wünschen, dass man ein bisschen genauer hinsieht, was genau an welcher Politik gut und schlecht ist. Und nicht so pauschalisieren. Solche Kontinuitäten bemerke ich, die mich irritieren und gegenüber denen ich gern ein Stück weiterkommen würde. Das sind die Aspekte, die ich einwerfen würde.

Michael Naumann: Frau Dr. Kaminsky, Sie sind seit 2001 Geschäftsführerin der Stiftung Aufarbeitung. Im Podium vorhin sagte jemand: „Die Politiker interessiert es nicht, wenn über DDR-Unrecht gesprochen wird.“ Teilen Sie dieses Empfinden bei Ihrer Tätigkeit? Und wo befinden wir uns heute in Sachen Aufarbeitung im Jahr 26 nach der Wende? Sind wir auf einer Zielgeraden oder irgendwo im Mittelfeld?

Dr. Anna Kaminsky: Ich fange mit dem Leichtereren an, wo stehen wir nach 26 Jahren Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur? Mein Bild ist immer: Das Glas ist halbvoll und nicht halbleer. Einerseits ist, wenn wir uns Anfang der 1990er-Jahre

vergegenwärtigen, eine ganze Menge passiert. Wir haben ein dichtes Netz an Institutionen, an Gedenkstätten, an Projekten bundesweit. Auch im Westen dieses Landes kommt so langsam an, dass die kommunistische Diktatur im Osten nicht nur ein Regionalproblem war, womit sich die Ostdeutschen zu befassen haben. Wenn man die Lehrpläne aus den 1990er-Jahren mit den heutigen vergleicht, kann man feststellen, dass darin viele Angebote zur Beschäftigung mit der zweiten Diktatur in Deutschland im Unterricht enthalten sind. Wir müssen uns heute nicht mehr wie in den 1990er-Jahren darüber streiten, ob die DDR eine Diktatur war und ob man die DDR als Diktatur bezeichnen darf. Das scheint mittlerweile geklärt zu sein, auch wenn die Debatte um den Unrechtsstaat, die 2009 ausgebrochen ist, manchmal auch andere Befürchtungen erwecken kann. Auch wir als Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur müssen uns nicht mehr dafür rechtfertigen, warum die DDR als Diktatur bezeichnet wird. Da ist einerseits eine ganze Menge passiert.

Andererseits stelle ich immer wieder fest, dass der Kreis derjenigen, die sich mit der kommunistischen Diktatur befassen, relativ stabil und konstant geblieben ist und dass in unseren Veranstaltungen oftmals die gleichen Gesichter zu sehen sind, diejenigen, die ohnehin interessiert sind. Was mich besonders umtreibt, ist die Frage: Wie schafft man es, unser Thema weiter zu vermitteln und klarzumachen, dass die zweite Diktatur nicht nur im Schatten der ersten Diktatur steht oder nicht nur im Schatten dessen, was nach 1990 vielleicht falsch gelaufen ist, bewertet werden kann, sondern ein Eigengewicht hat.

Ich fand den heutigen Vormittag besonders eindringlich, weil deutlich wurde, dass es nicht nur Einzelschicksale sind. Das ist ein Argument, das wir in unserer Arbeit oft hören. Oder wenn ich unterwegs bin und gefragt werde, wo ich arbeite, und den vollen Namen unserer Stiftung sage, dann werde ich als Erstes in eine Diskussion verwickelt: „Aber die DDR war ja gar keine richtige Diktatur. Es hat gar nicht so viele Tote gegeben.“ Oder die schönste Aussage: „Ich selbst habe nie etwas davon gemerkt, dass die DDR eine Diktatur war.“ Ich frage dann so rum: „Hatten Sie Verwandte im Westen? Durften Sie die so besuchen, wie Sie wollten? Durften Ihre Kinder den Schulabschluss machen, den sie eigentlich wollten? Durften die studieren, was sie wollten? Kannten Sie jemanden, der das alles nicht durfte? Kannten Sie jemanden, der von der Stasi zersetzt oder verfolgt wurde?“ Und dann kommt so nach und nach raus, dass jeder diese Erfahrung hat, aber eigenartigerweise nicht mit sich selbst in Verbindung bringt.

Um das abzuschließen: Ich war etwa vor einem Jahr im ZDF-Morgenmagazin eingeladen. Das ZDF hatte damals eine mehrteilige Sendereihe produziert, die „Es war

nicht alles schlecht“ hieß. Zuerst hatte ich nach dem Titel das Schlimmste befürchtet, das ZDF hat ja da auch eine unrühmliche Tradition von den Ostalgie-Shows, die Anfang der 2000er-Jahre vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen begründet wurde. Ich dachte: Jetzt, zehn Jahre später, setzen sie das fort. Aber die Sendung war wirklich klasse. Sie spießten alle Mythen über die DDR auf, nahmen sie mit vielen Zeitzeugen auseinander und zeigten, wie das Leben eigentlich war. Am Ende dieser Sendung wurde ich gefragt: „Frau Kaminsky, Sie haben jetzt so viel Schlechtes über die DDR gesagt, jetzt sagen Sie doch auch mal, was war gut an der DDR?“ Da sagte ich: „Ich finde, die Frage ist völlig falsch. Wieso stellen Sie mir nicht die Frage: Was ist gut an einer Diktatur? Darum geht es doch. Mir diese Frage zu stellen, was gut an einer Diktatur ist, auf die Idee würden Sie gar nicht kommen. Niemand kommt auf die Idee, in einer Diktatur etwas Gutes zu vermuten.“ Das ist auch die Herausforderung für heute, im Alltag der Demokratie immer wieder deutlich zu machen, was es heißt, unter nicht so freien Verhältnissen zu leben. Ich muss ehrlich zugeben, auch ich habe da oft Probleme, das deutlich zu machen und immer wieder zu sagen: Seht euch an, was damals passiert ist, wie aus kleinsten Anlässen – das haben wir ja heute Morgen auf dem Podium durch Herrn Müller erlebt – Willkür, Unrecht und auch die Machtlosigkeit des Einzelnen entstehen kann. (Applaus)

Michael Naumann: Noch mal kurz nachgefragt, aus Ihrer Wahrnehmung der Satz „Politiker interessiert das nicht“. Würden Sie das unterstreichen oder eher verneinen?

Dr. Anna Kaminsky: Weder noch. Das kommt immer auf die einzelne Person an. Unsere Erfahrung ist, man muss immer dicke Bretter bohren. Die Auseinandersetzung, die Beschäftigung mit der zweiten Diktatur war immer ein Minderheitenthema. Zum einen sind 80 Prozent unserer Politiker aus dem Westen und haben keine eigene Erfahrung mit dieser Diktatur. Wir haben auch eine neue Politikergeneration, die nachwächst, für die das auch eher ein Thema vom Hörensagen als aus eigenem Erleben ist. Wir stellen als Stiftung immer wieder fest: Es gibt eine große Aufgeschlossenheit, sich der Probleme anzunehmen, auch Hilfe zu leisten, aber ich wünsche mir oft, dass die Unterstützung insgesamt noch größer und besser wäre und die finanziellen Probleme mal grundsätzlich angegangen werden könnten.

Michael Naumann: Herr Professor Best, Sie sind gebürtiger Kölner, seit 1992 arbeiten Sie in Jena, am Lehrstuhl für Soziologie, sind also, wenn ich das so sagen darf, inzwischen ein halber Ossi, vielleicht auch ein gesamtdeutsch zu sehender Mensch. Sie sind gerade zurück von einer Tagung in Wien, wo Sie einen Vortrag zum Thema

Rechtsextremismus in Ostdeutschland gehalten haben. Sie leiten seit 2012 den Thüringen-Monitor, in dem Sie das Lebensgefühl und die politisch-gesellschaftlichen Einstellungen der Thüringer erforschen. Im aktuell vorliegenden von 2015 hält sich sehr hartnäckig das Gefühl von Benachteiligung. Ein Satz ist mir als besonders bemerkenswert aufgefallen: „Auch Personen, die der Charakterisierung als Unrechtsstaat zustimmen, geben überwiegend ein positives Gesamturteil über die DDR ab.“ Ist das nicht für Sie als Forscher ein schockierender Befund, wenn ich etwas als Unrechtsstaat klassifiziere, es aber trotzdem überwiegend positiv sehe?

Prof. Dr. Heinrich Best: Nach einem langen Wissenschaftlerleben bin ich an solche Schockmomente gewöhnt. Grundsätzlich kann man festhalten, dass das Bild der DDR, die Wahrnehmung in den Köpfen, in diesem Fall der Thüringer, die aber pars pro toto stehen können für Ostdeutsche, ambivalent bis widersprüchlich ist. Da gehen Dinge zusammen, die eigentlich gar nicht zusammengehen dürften. Man kann sich das klarmachen an diesem Beispiel, das Sie gerade gebraucht haben. Über 60 Prozent der Befragten geben an, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Dieser hohe Anteil ist sicher auch mit der speziellen Diskussion, die wir zu diesem Thema in Thüringen hatten, in Zusammenhang zu bringen. In Thüringen hat ja die Landesregierung über dieses Thema im Vorfeld der Regierungsbildung gestritten, und es ist dann sogar im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden, sodass da eine größere Akzeptanz in der Bevölkerung bestehen könnte. Aber ebenso haben 63 Prozent der Befragten ein positives Bild der DDR. Rund 50 Prozent sagen, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte. Durch eine einfache Operation des Kopfrechnens kann man schließen, dass sehr viele beidem zustimmen müssen. Tatsächlich ist es so, dass rund die Hälfte derjenigen, die sagen, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen, auch ein positives Bild der DDR hat.

Wir haben auch gefragt, nach welchen Kriterien die DDR bewertet wird, und dabei feststellen können, dass die Bewertung des politischen Systems der DDR, also ihres Diktaturcharakters, keine statistische Auswirkung auf die Gesamtbewertung der DDR hat. Die Gesamtbewertung der DDR wird ganz entscheidend durch ihre Wahrnehmung als Lebenswelt und als Sozialstaat bestimmt. Wenn wir danach fragen, was bestimmend für diese positive Bewertung ist, was die DDR so positiv macht, dann ist das der gesellschaftliche Zusammenhalt. Das ist natürlich für Opfer des Regimes, die aus diesem Zusammenhalt herausgeflogen sind und damit die Kehrseite des Zusammenhalts, nämlich das Nichtdazugehören, erfahren haben, schwer nachvollziehbar.

Man wird fragen, wie dieses Bild in der Rückschau zustande kommt. Wir haben nicht nur geschlossene Fragen gestellt, sondern auch offene Fragen in unseren Fra-



gebogen integriert – meine Nachbarin wird die Raffinesse dieser Methodik nachvollziehen können – und haben damit feststellen können, was sich die Befragten bei den Antworten gedacht haben. Es sind im Grunde genommen drei Komponenten bei der Wahrnehmung der DDR, durch die diese Gesellschaft auch positiv charakterisiert ist. Einmal ist es Homogenität: Es war eine Gesellschaft der Gleichartigen. Eine Gesellschaft, in der es praktisch keine Ausländer gab, und die, die es gab, waren kaserniert und sorgfältig vom Rest der Bevölkerung getrennt. Das Zweite ist die Egalität. Auch das ist eine Unterstellung, wir haben nämlich mal eine Untersuchung „Die DDR als Ungleichheitsordnung“ gemacht und da festgestellt, dass die DDR durchaus den Charakter einer Ungleichheitsordnung hatte: oben eine zunehmend geschlossene Gesellschaft mit einem hohem Ausmaß an Selbstrekrutierung. Dennoch wird sie als egalitäre Gesellschaft wahrgenommen. Und das Dritte ist Autorität: ein autoritäres Regime, und das wird positiv wahrgenommen. Die DDR wird von einer Minderheit von etwa 20 bis 25 Prozent der Befragten nicht gut gefunden, obwohl sie eine Diktatur war, sondern gut gefunden, weil sie eine Diktatur war. Das ist etwas, das einen natürlich schockiert. Dass es eben diese große Minderheit gibt. Und dann noch ein dritter ganz wichtiger Befund. Diese positive

Wahrnehmung einer Diktatur ist eng assoziiert mit Rechtsextremismus. Das heißt also, wir stellen fest, die positive Bewertung der DDR geht zusammen mit positiver Bewertung des Nationalsozialismus. Ein hoher, starker, korrelativer Zusammenhang. Die von uns identifizierten Rechtsextremen sind weit überwiegend im Vergleich zu den nicht Rechtsextremen dafür, zur sozialistischen Ordnung zurückzukehren. Also etwas, das man nicht unbedingt mit rechts assoziiert. Man muss dazusagen, die Rechtsextremen, die wir über ihre Einstellungsmuster identifizieren, haben sich über die 16 Jahre, die es den Thüringen-Monitor nun schon gibt, weit überwiegend selber als links klassifiziert. Rechts und links geht da in einer ganz verqueren Weise in den Köpfen durcheinander, wenn wir mal unsere externe Sichtweise als Wissenschaftler anlegen. Das also als kurzer Einstieg von unserer wissenschaftlichen Seite.

Einwurf aus dem Publikum: Die Diskussion ist noch nicht eröffnet, aber ich möchte das, was der Herr Prof. Best über Diktatur und Unrechtsstaat gesagt hat, nicht unwidersprochen lassen. Die DDR wurde im Oktober 1949 gegründet, 1950 wurden Strafgefangene der Volkspolizei übergeben. Als die Gefangenen aufstanden, weil die Essensrationen gekürzt wurden, da kam die Volkspolizei hinein auf die Krankenstation und hat die Kranken niedergeknüppelt, diejenigen, die schon genug gelitten hatten, das war ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ich habe auch entsprechende Gummiknüppelschläge abbekommen. Da kann man nicht sagen, es war ein Unrechtsstaat oder vielleicht: Ein paar haben es als ganz gut empfunden. Es war eine Diktatur, und zwar eine Diktatur, die alle Facetten der Brutalität und der Zerstörung hatte. Wenn man sagt, wir müssen danach gehen, wie es die Menschen empfunden haben, darauf kann man es überhaupt nicht abstellen. Es ist nicht entscheidend, was ein Mensch empfindet, sondern die Fakten sind entscheidend. Und wenn das Volk der DDR an Gedächtnisschwund und Gedankenlosigkeit leidet, dann kann man die nicht auf das Schild heben und sagen: Es geht danach, was die Menschen empfunden haben, die vielleicht die Verbrechen der DDR in ihrem Anfang gar nicht erlebt haben.

Michael Naumann: Vielen Dank für Ihren Beitrag, ich wäre dennoch dafür, das Podium noch für eine Zeit geschlossen zu halten und später in die offene Diskussion einzusteigen.

Prof. Dr. Heinrich Best: Ich möchte nur kurz reagieren. Ich denke, dass wir gar nicht so weit auseinander sind. Was ich hier berichtet habe, das sind Befunde einer Untersuchung, das sind nicht meine eigenen Wünsche oder Vorstellungen, ganz im Gegenteil. Das sind beunruhigende Befunde! Wenn ich das etwas zurückgenommen habe – ich bin gewohnt an beunruhigende Befunde als Sozialforscher –, dann bedeutet das nicht, dass ich diese Befunde bagatellisieren will. Nur das, was Sie

erfahren haben und was Sie wahrnehmen, das unterscheidet sich eben in einer dramatischen Weise von dem, was in weiten Teilen der ostdeutschen Bevölkerung gesehen und wahrgenommen wird. Und darüber muss man reden, darüber rede ich auch, und ich rede darüber in Empathie und Sympathie mit Ihnen und nicht, weil ich die Position einer ignoranten Mehrheit ergreifen will. Aber ich muss darauf aufmerksam machen. Und wir sitzen ja gerade hier, um dazu beizutragen, dass diese Bewusstseinslücke geschossen wird.

Michael Naumann: Und wir versuchen ja auch, den Bogen in die heutige Zeit und Schlüsse daraus zu ziehen. Herr Parak, das ist eine Steilvorlage zu Ihnen. Hier ist von der Erosion von Werten die Rede, sicherlich auch von Bereitschaft sich einzubringen, manifestiert in der desaströsen Wahlbeteiligung der letzten Jahre, vor allem in den ostdeutschen Bundesländern, die häufig als Protest interpretiert wird. Ist es nicht eher eine destruktive Verweigerungshaltung, die man daraus ablesen kann? Wie kann das Erinnern an damals heute helfen?

Dr. Michael Parak: Schwierig nun, hier weiterzumachen, ich probiere es mal selbstkritisch mit der Frage zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dem Umgang mit der Geschichte. Ich vertrete hier Gegen Vergessen – Für Demokratie. Der Verein wurde 1993 gegründet, als es die Anschläge auf Asylbewerber in Deutschland gab. Die Idee war es, vor dem Hintergrund der deutschen Vergangenheit, von zwei Diktaturen zu sagen: Es gibt Dinge, die nie wieder in Deutschland geschehen dürfen. Es gibt eine Unverletzbarkeit der Person, der Menschenrechte. Damals war die Idee noch sehr stark, dass man aus der Geschichte lernen kann, dass dadurch die Demokratie unmittelbar gestärkt wird. Als Historiker glaube ich immer noch daran. Mittlerweile, mit einer gewissen Selbstkritik, sehe ich das etwas differenzierter. Es gibt zum einen den Umgang mit der Vergangenheit, der ist weiter wichtig, da sollten wir nicht nachlassen. Wir müssen wissen, was wir nicht wollen. Dafür gibt es zwei Beispiele in Deutschland, die schrecklich waren und an denen man lernen kann, was nie wieder geschehen darf in Deutschland.

Allerdings ist der Bogen, den wir haben wollen, zu schwierig. Der Bogen hin zu der Frage, wie wir Demokratie gestalten wollen, wie wir uns in der Demokratie verhalten. Ich glaube, hier müssen wir noch eine Facette hinzufügen. Wir beschäftigen uns mit dem, was wir nicht haben wollen, aber es fehlt in vielem die Vision, wohin wir eigentlich wollen. Wir haben diese hohen Werte der Demokratie, aber wie leben wir diese im Alltag? Das ist eigentlich die schwierige Aufgabe, in der wir weiter Suchende sind und uns vortasten. Die DDR in den Köpfen und Herausforderung für die Demokratie heute: Für mich ist das ein Ansatz über zwei Punkte. Meine Vordröner_innen haben hervorgehoben, was wir an geistigem Gepäck aus der Diktatur



mit uns tragen. Der Wunsch nach Autorität und Homogenität, das ist einfach weiter da. Aber das ist es nicht allein, das erklärt auch nicht die Wahlergebnisse und nicht die Demokratiefeindlichkeit in Westdeutschland, die gibt es nämlich auch, das ist nicht nur ein ostdeutsches Phänomen. Ich wünsche mir zusätzlich zu der Beschäftigung mit dem, was nie wieder sein darf, die offene Debatte darüber, wie wir gemeinsam leben und die Demokratie gestalten wollen. Ich glaube, dass das für uns zunehmend die Herausforderung werden wird, und wir dürfen es uns da nicht so einfach machen.

Michael Naumann: Frau Rüthrich, ich würde den Ball gleich an Sie weiterspielen. Sie als aktive Politikerin hier, Mitglied des Bundestags, wie erleben Sie das? Sie haben es vorhin schon kurz anklingen lassen, Herr Parak sagte es eben auch: Was man nicht haben will, ist schnell klar, weniger klar ist, was wir wollen. Wir sehen es aktuell im Umgang mit der jetzigen Situation im Land, die Flüchtlingsproblematik ist ein großes, brandheißes Thema, das alle betrifft. Wie wollen wir leben, mit welchen Vorstellungen kommen Menschen zu Ihnen?

Susann Rüthrich: Die Vorstellung von dem, was wir nicht wollen, wird wahr-

scheinlich hier im Raum und bis zu einem gewissen Grad auch darüber hinaus geteilt, aber die Vorstellung, autoritäre Erklärsmuster abzulehnen, ist nicht so weit verbreitet. Ganz häufig erlebe ich, dass Menschen zu uns kommen, wie beim Pizza-Bringendienst Bestellungen abgeben und sagen, ich möchte jetzt 100 Prozent von dem, was ich bestellt habe. Ich bezahle mit meiner Wahlstimme und wenn ich nicht bekomme, was ich will, dann gebe ich euch diese Wahlstimme nicht mehr. Sich selber aber einzusetzen und den mühsamen Weg des Kompromisses und des Aushandels zu gehen, das ist nicht das, was man selbstverständlich bei allen Menschen annehmen kann. Wenn Senioren ins Bürgerbüro kommen, können Sie sehr genau für sich beschreiben, was sie wollen. Wenn ich sage, das habe ich verstanden, das müssen wir jetzt in Einklang mit dem bringen, was die Kinder und Jugendlichen in dem Land wollen, dann wird gesagt: „Sie verstehen ja das Volk nicht, die Kinder interessieren mich jetzt gerade nicht.“ Andersherum geht es natürlich auch, dass Jugendliche kommen und sagen: „Was interessieren mich die Älteren, ich will für mich sorgen.“ Das ist individuell vielleicht eine nachvollziehbare Haltung, dass man das Maximum für sich selber haben möchte, aber so funktioniert Politik und Demokratie nicht. Ich muss versuchen, das Bild für alle zumindest so stimmig zu machen, dass sich niemand prinzipiell immer benachteiligt fühlt und jemand anders automatisch immer bevorteilt ist.

Alle müssen Kompromisse machen, und dazu haben wir mit Sicherheit unterschiedliche Visionen, wo es hingehen soll. Ich glaube aber, die sind schwierig auszuhandeln. Wo sind denn die Plattformen, auf denen wir aushandeln können, wie soll denn Sachsen, Deutschland, unsere Gemeinde in 25 Jahren aussehen. Wir hatten jetzt 25-Jahr-Feierlichkeiten der wiedervereinigten Bundesrepublik, das war häufig rückwärtsgewandt, es war sehr nachvollziehbar, diese Feierlichkeiten zu begehen. Aber die Frage, wo wir denn in 25 Jahren sein wollen, ist sehr viel schwieriger zu beantworten.

Gerade in so einer Situation wie im letzten Jahr mit den Geflüchteten, die zu uns kommen, da hatte ich sehr häufig den Eindruck, dass man erst einmal versucht, die Situation zu bewältigen. Aber zu sagen, wir wollen in fünf Jahren dort und in zehn Jahren dort und in 20 Jahren da sein, das ist sehr viel schwerer in Worte zu fassen, zumal man dann natürlich auch aneckt. In dem Moment, in dem ich sage: Meine gesellschaftliche Vorstellung ist die einer offenen Gesellschaft, die sich demokratisiert, dann ecke ich natürlich bei denen an, die sagen: „Das will ich nicht, ich will mich einigeln, ich will meine Ruhe haben, ich will, dass sich in meinem Leben nichts mehr verändert.“ Das sind einfach widerstreitende Interessen, über die man reden muss. Man muss miteinander die Bilder abgleichen, ohne davon aus-

zugehen, dass jeder das Bild des anderen automatisch teilt. Aber kennen muss man die zumindest, um dann die nächsten Schritte weiterzugehen.

Michael Naumann: Frau Kaminsky, Sie beschäftigen sich seit sehr vielen Jahren mit der Aufarbeitung der SED-Diktatur. Überspitzt formuliert: Musste der DDR-Bürger Demokratie noch lernen? Auch jetzt noch?

Dr. Anna Kaminsky: DEN DDR-Bürger gab es nicht und gibt es ja heute auch nicht. Ich glaube, was wir alle lernen müssen, und das merke ich auch in der täglichen Arbeit der Stiftung, ist, dass wir gesprächsfähig bleiben. Wir dürfen in unserer Gesellschaft nicht verlernen, auch eine andere Meinung auszuhalten. Das ist für mich eine Erfahrung, die ich unabhängig von Ost und West mache. Ein Beispiel: Die Flüchtlingskrise betrifft uns als Stiftung nur mittelbar. Aber wir haben im vergangenen Jahr zum 13. August, dem Jahrestag des Mauerbaus, wie jedes Jahr eine öffentliche Diskussionsveranstaltung organisiert, bei der wir versucht haben deutlich zu machen, dass die Themen aus der Vergangenheit uns heute in vielfältiger anderer Gestalt auch immer wieder als Problem betreffen. Wir müssen nicht immer wieder nur davon erzählen, was 1961 am 13. August passiert ist und was es für Auswirkungen auf die Menschen hatte. Wir haben im vergangenen Jahr gedacht, es kommen jetzt viele Flüchtlinge nach Deutschland, nach Europa – lasst uns doch über Fluchtursachen damals und heute reden.

Als wir die Veranstaltung ankündigten, bekamen wir sehr geteilte Meinungen. Zum einen wurden wir dazu beglückwünscht, eine solche Veranstaltung mit einem so aktuellen Bezug zu organisieren, zum anderen sind wir beschimpft und bedroht worden: „Hoffentlich drehen sie euch den Geldhahn ab. Wie könnt ihr nur, die Flüchtlingssituation heute hat rein gar nichts mit der Situation damals zu tun.“

Ich dachte, es ist schade, dass so etwas oft anonym kommt. Man kann mit den Menschen dann nicht in eine Diskussion eintreten, man kann nicht argumentieren und erklären, warum wir das machen. Es kann ja auch sein, dass man am Schluss zu dem Punkt kommt zu sagen, eine solche Veranstaltung ist fruchtlos. Aber man muss erst einmal die Diskussion führen, die Argumente des anderen zur Kenntnis nehmen, selbst wenn man sie nicht teilt. Das ist etwas, das mir im vergangenen Jahr zunehmende Bauchschmerzen bereitet hat. Ich dachte, wo ist eigentlich dieser Anspruch hin, dem anderen zuzuhören und sich mit dessen Argumenten produktiv auseinanderzusetzen. Ich hatte oft den Eindruck, da werden Argumente, ohne sie zu kennen, in bestimmte Ecken geschoben und es findet eine Polarisierung und Polemisierung von Debatte statt. Das ist keine demokratische Gesprächskultur, wie wir sie uns zumindest in der DDR immer gewünscht und verteidigt hatten. Wenn die Bereitschaft anfängt verloren zu gehen, auch kontroverse Meinungen aus-

zuhalten und nicht gleich alles in Schubladen zu stecken, dann sollte man das als Warnsignal ernst nehmen.

Michael Naumann: Professor Best, beobachten Sie das für Ihre Forschungen bei den Menschen auch? Und eine zweite Fragen: Sie haben in Ihrem Monitor auch festgestellt, dass der Anteil rechtsextrem eingestellter Personen in Thüringen wieder ansteigt. Vermuten Sie dazu einen Zusammenhang mit der Erfahrungswelt der Menschen in Thüringen?

Prof. Dr. Heinrich Best: Der Thüringen-Monitor ist ja eine Befragung, die seit 2000 jährlich durchgeführt wird. Seit 2001 messen wir damit die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen in Thüringen. Wir haben also eine lange durchgehende Zeitreihe, die gibt es weltweit nur einmal, nämlich in Thüringen. Wir messen immer mit dem gleichen Erhebungsinstrument, einer Konstanz der Methoden, was sehr wichtig ist, um über die Zeit vergleichen zu können. Wir haben festgestellt, dass es gegenüber der Anfangsphase einen deutlichen Rückgang des Rechtsextremismus in Thüringen gab. Wir hatten sehr hohe Ausgangswerte zu Anfang des Jahrtausends und dann so ab 2009/10 ist es deutlich zurückgegangen. Diese Zeitreihe entspricht fast genau dem Rückgang der Arbeitslosigkeit in Thüringen, es gibt also eine enge Assoziation zwischen beiden Zeitreihen.

Aber wir haben einen Gipfel, einen Anstieg des Rechtsextremismus im Jahr 2011 und wir haben einen Anstieg 2015. Beide sind nicht in irgendeiner Weise mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Verbindung zu bringen. Was ist da passiert? 2011 – das ist unsere Vermutung, verbunden mit einigen Hinweisen aus unseren Daten – war die Sarrazin-Debatte, die Enttabuisierung bestimmter Positionen. 2015 dann die sich abzeichnende Flüchtlingswelle und gleichzeitig auch die Kulmination der Griechenlandkrise. Öffentliche Debatten, selbst wenn sie keine unmittelbare Auswirkung auf die Lebenswirklichkeit der Menschen haben, verändern diese Einstellungsmuster. Es ist also ganz wichtig, was wie in der Öffentlichkeit diskutiert wird, das setzt dann solche Tendenzen frei.

Ich denke, wenn hier auf Diskussionen in der Öffentlichkeit verwiesen wird: Es ist ganz wichtig, auch letztlich ein ganz wichtiges Signal für die politische Bildungsarbeit, dass das zum Teil Kopfgeburten sind, die nur locker mit der Lebenswirklichkeit der Leute verbunden sind. Wir haben untersucht, warum Leute rechtsextreme Einstellungen unterstützen. Arbeitslosigkeit, Einkommen usw., also ihre eigene reale soziale Lage, hat keinen direkten Einfluss. Was Einfluss hat, ist das Gefühl, benachteiligt zu sein, neben anderen Faktoren, auf die ich jetzt hier nicht eingehen kann. Ganz speziell neben dem allgemeinen Gefühl der Benachteiligung steht die konkrete subjektive Erfahrung, als Ostdeutsche benachteiligt zu sein. Die Frage ist, wie

das mit der Lebenswirklichkeit zusammenhängt. Es gibt zum Beispiel Nachteile im Hinblick auf die Rente, die das Gefühl auslösen, persönlich benachteiligt zu sein. Eine persönliche Diskriminierungserfahrung ist gerade bei den Jüngeren verbreitet. Die Hälfte der zwischen 25- und 34-Jährigen hat angegeben, eine persönliche Diskriminierung erfahren zu haben. Da fragt man sich natürlich, wie das zustande kommt.

Die Antwort ist für uns, es ist die Erfahrung auf dem gesamtdeutschen Arbeitsmarkt. Die Leute sind in der Zeit der Massenarbeitslosigkeit auf den Arbeitsmarkt gekommen. Selbst wenn sie heute nicht mehr arbeitslos sind, ist das etwas, das heute immer noch als Diskriminierungserfahrung nachwirkt, allein schon, wenn sie arbeitslos waren, wegen geringerer Rentenpunkte, aber auch Probleme beim Einstieg in den Arbeitsmarkt, das ist ein ganz wichtiger Faktor. Die ältere Generation nimmt wahr, was mit der jüngeren Generation passiert, und hat das Problem der Ostrenten. Das heißt, dahinter stehen durchaus reale Erfahrungen, nur müssen sie eben, um politisch virulent zu werden, als Benachteiligung erlebt werden. Wir wissen, dass Menschen, die sich selber diskriminiert fühlen, eine größere Bereitschaft und Neigung haben, andere zu diskriminieren. Das ist ein ganz verhängnisvoller Mechanismus.

Sicherlich ist dann die Konsequenz, dass sie sagen: „Moment mal, erst bitte wir. Wir haben schließlich die deutsche Einheit erkämpft, wir haben das Recht, zunächst einmal einen Ausgleich dafür zu bekommen.“ Das ist das Gefühl, das dahinter steht. Das ist ein fataler Zusammenhang, von dem ich hier berichte. Ich schaue da als Wissenschaftler nicht darauf und bewerte das moralisch. Dieser Zusammenhang ist aus der Lebenswirklichkeit heraus plausibel, leider.

Michael Naumann: Wir werden das Podium gleich für Ihre Fragen öffnen. Zuvor aber noch eine Frage an Herrn Parak. Für Ihre tägliche Arbeit, Ihren Einsatz für Demokratie, Demokratieverständnis und Beteiligung, ist das nicht ein Kampf gegen eine unvorstellbar große Hürde, wenn Sie solche Befunde hören? Erstarken von rechten Gedanken, Verweigerung, Gefühl von Benachteiligung – wie begegnen Sie diesen Hürden in Ihrer Arbeit?

Dr. Michael Parak: Generell erst einmal mit einem positiven Menschenbild, zudem mit dem Rückblick auf die Diktaturen. Man kann die Abwehrhaltung haben oder den Glauben, dass man etwas verändern kann. Ich habe immer noch den Glauben, dass Menschen sich auch verändern können, dass etwas entstehen kann. Das ist harte Arbeit, aber man kann überzeugen. Das ist mein Selbstverständnis dafür, Bildungsarbeit zu betreiben. Wenn ich ein anderes Verständnis hätte, müsste ich wahrscheinlich eher in der Polizei oder im Staatsschutz arbeiten und sagen: Ich ver-



teidige und haue drauf. Ich glaube immer noch, dass man durch Diskussionen etwas verändern kann, dass man gemeinsam etwas entwickeln kann. Dies bedeutet für mich auch Demokratie.

Wenn man auf die Welt schaut, sieht es derzeit nicht gut aus. Dies beeinflusst immer die innenpolitische Lage. Wir können uns außenpolitisch anstrengen, aber ich sehe derzeit nicht die Perspektive, dass sich die Welt an sich so schnell ändern wird. Mein Ansatzpunkt im Kleineren ist daher der Glaube, dass etwas entstehen kann, wenn man dem anderen zuhört und fähig ist, auch kontroverse Dinge zu diskutieren. Jeder von Ihnen hat die Erfahrung in der Familie gemacht: Es gibt gegenteilige Meinungen und Einstellungen. Ich habe diese Erfahrung in ganz vielen Momenten gemacht: Man hat eigentlich zwei Positionen, aber weil man bereit ist, dem anderen zuzuhören, anzuerkennen, dass er ein ernstzunehmender Gesprächspartner ist, kann etwas entstehen. Und hinterher trennt man sich und sagt: Das Argument von dir kann ich nachvollziehen, in anderen Punkten sind wir noch immer weit aus-

einander, aber es ist etwas entstanden. Das wünsche ich mir mehr, und das ist auch das Ziel der Bildungsarbeit zur Stärkung der Demokratie.

Hier braucht es eine Vorbildfunktion, vielleicht auch von Politik und Medien, wie eine Diskussion geführt werden kann. Ob diese Vorbildfunktion im Moment immer wahrgenommen wird, wage ich zu bezweifeln. Es gibt aber auch Bildungsarbeit. Jeder von uns weiß, wenn man ins Gespräch geht und dem anderen signalisiert: „Ich achte dich nicht, ich hau dir meine Meinung um die Ohren“, ist die Wahrscheinlichkeit, dass dort etwas entsteht, relativ gering.

Deshalb glaube ich immer noch an Möglichkeiten und Erfolge in der Bildungsarbeit. Ich sehe darin die einzige Möglichkeit, die wir haben. Manche Grundprobleme sind da und wir werden die Politik der USA und mancher anderer Staaten nicht direkt beeinflussen können. Aber ich glaube an etwas, das Joachim Gauck einmal gesagt hat: „Demokratie bedeutet auch Ertragen.“ Das müssen wir lernen. Demokratie bedeutet Aushandlungsprozesse, das ist ein immerwährender Prozess. Ich halte nichts davon, so zu tun, als könne man Jüngere gleichsam impfen und damit zu Demokraten machen, ihnen sagen, ihr müsst dies und das wissen und dann habt ihr das verinnerlicht. Was Professor Best als Befunde gezeigt hat, sagt: Ein statisches Bild gibt es nicht. Zustimmung zu bestimmten Einstellungen wie Rechtsextremismus und anderen, das wandelt sich. Es ist unsere Aufgabe, daran zu arbeiten. Ganz habe ich den Glauben nicht verloren, und das treibt mich immer noch an. Es kann etwas entstehen durch Überzeugen und Zuhören, so schwer es manchmal fällt. (Applaus)

Michael Naumann: Vielen Dank. Dann ist für mich jetzt der Zeitpunkt gekommen, das Podium zu öffnen. Ich würde gern mit einer Frage ins Publikum beginnen, und zwar an Alexander Müller, den wir in der vorherigen Podiumsdiskussion mit seinen schlimmen Erfahrungen im Jugendwerkhof hörten. Herr Müller, Sie haben auch ein Demokratieprojekt gegründet. Welche Erfahrungen machen Sie da, was ist Ihr Antrieb, was versuchen Sie in die heutige Zeit zu vermitteln?

Alexander Müller aus dem Publikum: Zunächst einmal ist es so, dass kein Mensch als Demokrat geboren wird. Eine Gesellschaft ist auch keine Einbahnstraße. Wenn man als Politiker etwas von der Gesellschaft will, dann muss irgendetwas zurückkommen. Es kann nicht sein, dass immer nur um Verständnis gebeten und gesagt wird „Wir arbeiten daran“, man aber, wie das Professor Best sagt, so dieses gefühlte Nichts hat. Ich erlebe es ganz oft in den Projekten unseres Vereins, dass die Leute sagen: „Ja, aber ...“ Letztlich ist es so, wenn wir nicht darauf achten, dass wir in diesem demokratischen Spektrum bleiben, also CDU/CSU bis SPD – tut mir leid, weiter geht es bei mir nicht –, dann machen wir einen ganz großen Fehler. Wir

überlassen dann die Deutungshoheit über unsere Gesellschaft dem linken und rechten Rand. Wo das hinführt, sehen wir gerade. Ich bin selber verfolgt gewesen, ich bin selber eingesperrt worden, ich war ein Außenseiter. Heut sehe ich, voriges Jahr schon, als die Flüchtlingswelle kam, das sind auch Außenseiter. Und ich kann die Leute nicht verstehen, die selber Außenseiter waren, sich aber heute hinstellen und auf die Leute zeigen, obwohl sie wissen müssten, wie es ist, hintendran zu stehen, beschimpft oder ausgegrenzt zu werden. Ich denke, es sollten mal alle ihre Erfahrungen zusammennehmen und zusammenrücken und sagen: Das lasse ich in meinem Leben nicht mehr zu, nicht für mich und auch nicht für andere.

Michael Naumann: Und was ist Ihr ganz konkretes Anliegen, wenn Sie mit Ihrem Demokratieprojekt unterwegs sind? Was ist die zentrale Botschaft?

Alexander Müller: Zunächst einmal eine politische, aber absolut partei-unpolitische. Meine Botschaft ist, die Leute aufzufordern, am Entwicklungsprozess der Demokratie teilzunehmen. Das ist ein ewig wählender Prozess. Wir kommen da nirgendwo an, wir gestalten immer wieder neu. Natürlich braucht es eine Rückschau, um zu sehen, woher wir kommen und welche Fehler wir in Zukunft vermeiden können. Deswegen brauchen wir die Rückschau, das ist vollkommen richtig. Aber wir müssen auch die Erfolge sehen, die wir in der Zwischenzeit haben, wo wir uns durchgesetzt haben, beispielsweise die Opferrente. Ich weiß, dass die lächerlich ist in Bezug auf das, was wir erlebt haben. Oder auch Rentenansprüche oder Entschädigung für Zwangsarbeit, all diese Dinge. Aber das fließt alles in meine Arbeit gar nicht ein.

Ich bin daran interessiert, was die nächste Generation vorhat. So fragen wir unter anderem in so einem Barcamp, Stadtcamp in den Regionen, in denen wir gerade sind, was beispielsweise die Schüler und Studenten mit dieser Stadt vorhaben. Was dort verändert werden, was dort geschehen soll, damit sie bleiben, damit sie eben nicht aus dem Osten abhauen. Das ist unser Anliegen. Und dann auch mit gewissen Ressentiments gegenüber den Einzelnen oder gegen kleine Gruppen vorzugehen. Oder überhaupt die Fragen erst mal zu stellen. Hier ist auch so ein Punkt: Zu Beginn die richtigen, nicht immer dieselben Fragen zu stellen. Weil Sie sagen, Sie haben dieses Konzept da entwickelt, Herr Professor Best, und das, was Sie immer da abrufen. Ich weiß nicht, ich denke, dass wir einer Entwicklung unterliegen, vielleicht sollte man auch einmal paar andere Fragen zu stellen beginnen, möglicherweise. Eine Anregung vom Laien.

Michael Naumann: Gut, vielen Dank. Fragen. Herr Templin?

Wolfgang Templin aus dem Publikum: Eine Frage an Susann Rüttrich, die Thilo Sarrazin betrifft. Der Herr ist für mich seit dem Moment erledigt, als er anfang, die

Essentagesätze für Hartz-IV-Empfänger zu berechnen, und ungefähr bei 3,50 Euro landete. Die Methode, mit der er demonstrierte, wie man davon leben könnte, mit Blick auf seine eigene soziale Stellung – erledigt, gut. Er ist aber vorhanden, Sie haben seine Wirkung beschrieben, ich verfolge den. Wenn ich in der Buchhandlung vor dem neuen Renner von ihm – es ist bereits der zweite – stehe, dann kriegte der Buchhändler viereckige Augen, wenn ich nach der Auflagenhöhe frage. Er ist also sehr wirksam. Das muss die Demokratie ertragen. Ich bin überhaupt nicht für eine Buchhandelsdiktatur. Aber was man nicht ertragen muss, ist, dass dieser Mann mit seinen Positionen weiter in der SPD ist. Sie kennen den Inhalt seiner Bücher, nehme ich an. Meine Frage an Sie: Wie kommt es, dass die SPD nicht in der Lage ist, einen Publizisten mit hoher gesellschaftlicher, und zwar extrem schädlicher Wirkung aus Ihren eigenen Reihen zu verabschieden. Ich verstehe es nicht. Es sei denn, ich bin nicht auf dem letzten Stand und Sie sagen mir: „Er ist draußen.“ (Applaus)

Susann Rütthrich: Es gab ein Parteiausschlussverfahren, das durch die Gremien der Partei ging. Es war nicht meine Schiedskommission in meinem Unterbezirk und in meinem Landesverband, die so entschieden hat. Aber auch das ist innerparteiliche Demokratie, dass man den Gremienweg irgendwie nachvollziehen kann. Ich hätte mir gewünscht, dass dieses Parteiausschlussverfahren erfolgreich gewesen wäre. Das war in der Schiedskommission offensichtlich nicht so. Ich weiß aber auch bei uns, dass es durchaus Ortsvereinsmitglieder gibt, die diese Thesen teilen, und zum Glück hinreichend viele, die sie ablehnen, da gibt es eine gewisse Spannbreite. Nach meinem sozialdemokratischen Wertekanon ist die Vorstellung, andere Menschen ungleichwertig zu betrachten, soziale Ressentiments, Rassismus usw., mit Sozialdemokratie aus meiner Sicht nicht vereinbar. (Applaus) Das kann ich aber nur für mich postulieren. Leider ist er noch Mitglied dieser Partei.

Frage aus dem Publikum: Ich saß wegen versuchter Republikflucht 360 Tage und habe dabei auch die Methoden der Stasi kennengelernt. Erst einmal möchte ich sagen, ich finde es sehr gut, dass heute Schüler dabei sind. Leider waren gestern Nachmittag keine da, das wäre sehr gut gewesen. Ich möchte mich besonders an Frau Rütthrich wenden. Ich habe mit vielen jüdischen Zeitzeugen des Nationalsozialismus Kontakt gehabt, bis heute, und habe dabei gemerkt, welche Schwierigkeiten sie mit ihrer Haft- und KZ-Erfahrung hatten. Ich habe durch sie herausgefunden, dass ich mit dem jetzt bekannten Begriff der Posttraumatischen Belastungsstörung behaftet bin. Kurz nachdem man überhaupt einen Antrag auf einen Ausgleich für Erkrankungen aufgrund der Haft stellen konnte, habe ich das versucht. Zehn Jahre lang habe ich mit dem Sozialamt Chemnitz gearbeitet, musste mir dann einen Rechtsanwalt nehmen, um überhaupt an meine Gutachten zu

kommen. Das sechste Gutachten in Würzburg hat endlich gewirkt, ich habe 30 Prozent Posttraumatische Belastungsstörung. Ich habe einen Bekannten, der 1947 in Bautzen saß und Tuberkulose hatte. Er hat die Unterlagen zu dieser Tuberkulose vorgezeigt und zu hören bekommen, es könnte eine Hafterkrankung sein. Ich würde die SPD sehr bitten, sich mit diesen Fällen zu beschäftigen. Ich denke, hier gibt es viele, die da auch sehr große Schwierigkeiten haben. (Applaus)

Susann Rütthrich: Ich brauche immer konkrete Fälle und Unterlagen, um zu schauen, an welcher Stelle wir unterstützen können. Die Frage ist, ob es gesetzliche Antragsmöglichkeiten gibt, die man ausschöpfen kann, und die Verwaltung, die Bürokratie ist schwierig, oder ob Sie durchs Raster fallen und man gesetzlich nachsteuern muss. Ich kann das sehr gerne mitnehmen, die Bürgerbüros bei uns im Lande nehmen das auf und kümmern sich. Sie können sich überlegen, ob Sie sich an Ihre lokalen Bundes- oder Landtagsabgeordneten wenden oder es mir mitgeben. Sehr gern.

Frage: Ich habe in diesem Zusammenhang an die SPD-Bundestagsgruppe eine Petition gerichtet, aber bis heute keine Antwort bekommen.

Susann Rütthrich: Die Petitionen werden im Bundespetitionsausschuss bearbeitet, da kann ich gern nachsehen. Wenn Sie mir die Nummer sagen, die Sie bekommen haben, bekomme ich gern heraus, wie der Stand ist, und wende mich an den Kollegen. Wenn Sie sich an die Bundestagsfraktion gewendet haben, müssen wir schauen, in welcher Arbeitsgruppe das bei uns gelandet ist. Auf meinem Schreibtisch ist es leider nicht. Wir bemühen uns immer, möglichst schnell zu antworten.

Michael Naumann: Frau Kaminsky würde auch gern noch dazu ergänzen.

Dr. Anna Kaminsky: Was Sie gerade ansprechen, ist ja eine Forderung, die von den Opferverbänden, von den Landesbeauftragten, auch von unserer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur seit Jahren an die Politik gerichtet wird. Dass nämlich endlich die Umkehr der Beweislast bei gesundheitlichen Folgeschäden eintritt. Da wir Frau Rütthrich hier haben, vielleicht wäre das doch eine wunderbare Möglichkeit in der laufenden Legislatur, dass die SPD sich hier zum Vorreiter macht und endlich die Umkehr dieser Beweislast, die seit über 20 Jahren immer wieder gefordert wird, einzuführen. Es würde vielen Erleichterung bringen, wenn sie nicht immer wieder begründen müssten, warum Probleme und gesundheitliche Schäden, die sie haben, mit der Haft und der Verfolgung in der DDR zu tun haben. Es sollte eigentlich selbstverständlich sein anzunehmen, dass das die Folge der Verfolgung ist, und nicht, dass man immer wieder nichtvorhandene medizinische Dokumente einbringen muss und berechtigte Forderungen damit abgelehnt werden. (Applaus)

Michael Naumann: Frau Rüttrich nimmt das alles mit. Weitere Fragen!

Frage aus dem Publikum: Herr Professor Dr. Best, Satire darf alles. Haben Sie schon mal den Spruch gehört: Traue keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast? Sie erinnern mich an eine andere Zeit. Nach unserem Abitur hatten wir ein Klassentreffen. Einige von uns haben an der Humboldt-Universität zu Berlin studiert. Da stand eine Wahl an, da war ein englischer Dozent, der hinten in seinem Auto drin stehen hatte, dass er die Blockparteien wählen würde. Da haben meine Klassenkameraden gesagt: „Wenn ich Engländer wäre, würde ich das auch tun.“ Sie sind Kölner. Wir sind Opfer. Das ist ein wesentlicher Unterschied. Sie können das in dem Sinne nicht beurteilen. Ich frage Sie mit Kästner: „Wo ist das Positive?“

Prof. Dr. Heinrich Best: Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie aus meiner Herkunft als Kölner schließen, dass ich mich nicht angemessen mit Ostdeutschen beschäftigen kann. Ich darf nur darauf verweisen, dass ich seit 1992 in Jena gearbeitet habe und seit 1993 in Weimar gewohnt habe. Wenn ich heute aus Köln angereist bin, ist das dem Umstand geschuldet, dass ich mich nach meiner Pensionierung wieder in meine alte Heimatstadt zurückbegeben habe. Auch als Kölner darf man eine Rheinische Identität haben. Aber ich habe immerhin aktive 25 Jahre meines Berufslebens in Ostdeutschland verbracht und habe das getan unter dem Gesichtspunkt, dass ich an der deutschen Einheit positiv als Wissenschaftler mitwirken wollte. Ich war Direktor eines Instituts in Bonn und Professor an der Universität Köln und ging damals nach Jena, weil ich dort aktiv an dem Prozess der deutschen Einheit mitwirken wollte.

Ich habe mich in der Zeit, in der ich dort wissenschaftlich tätig war, im Schwerpunkt mit Themen befasst, die heute auf der Tagesordnung stehen: einmal mit der DDR und dann mit dem Prozess der Vereinigung und den Folgen, die das für die Bevölkerung hatte. Ich denke, ich habe mir doch das Recht erworben, Aussagen über Ostdeutschland zu machen. Auf der anderen Seite: Statistik fälschen, nein, das tun wir nicht. Ich bin jemand, der fast 25 Jahre in Jena damit verbracht hat, Studierenden die Methoden der empirischen Sozialforschung zu übermitteln, das ist genau das Gegenteil des Fälschens einer Statistik. Es ist das Bemühen, mit sehr viel methodischem Aufwand valide, gültige Ergebnisse über Sachverhalte zu entwickeln. Ich denke, das haben wir ganz gut geschafft. Das, was wir an Wissenschaft hervorgebracht haben, hat eine sehr große Wirkung in den Diskussionen in unserem Land und auch darüber hinaus, wie ich feststelle, auch hier im Saal. Ich denke, es ist gerade die harte sachliche Auseinandersetzung, die sich zunächst einmal im Prozess der wissenschaftlichen Forschung möglichst emotionsfrei vollziehen sollte, die diese Wirkung entfaltet. Unser Motto ist: Wirkung durch Versachlichung!



Ich kann Ihnen ein Beispiel aus Ihrem eigenen Erfahrungsbereich dafür nennen. Wir haben 2007 eine Untersuchung über Opfer des SED-Regimes für die Landesregierung in Thüringen vorgenommen, die war damals noch CDU-geführt. Eine Untersuchung mit den kühlen Methoden der empirischen Sozialforschung. Es war eine Herausforderung, bei der Präsentation der Ergebnisse war das Publikum ganz ähnlich wie das heutige, doch danach sind mehrere Teilnehmer zu mir gekommen, unter anderem der Vorsitzende des Verbandes der Opfer. Er sagte: „Endlich hat mal einer schwarz auf weiß gezeigt, was bei uns und mit uns los ist. Es sind immer nur Einzelfälle, von denen bisher berichtet wurde, aber endlich hat mal jemand gezeigt, was hier als Kollektivphänomen festzustellen und festzuhalten ist.“ Und was wir festgestellt haben, waren Dinge, die gerade für Opfer von ganz großer Bedeutung sind. Wir stellten zum Beispiel fest, dass das Opfersein, die Benachteiligung eine Beschädigung der Biografie bedeutet, die im weiteren Verlauf des Lebens und auch nach der Friedlichen Revolution nicht mehr reparabel ist. In Einzelfällen natürlich, aber im Schnitt, in der Masse nicht. Das war ein ganz wichtiger Befund. Insofern also auch eine Grundlage, ein wichtiges Argument für Wiedergutmachungsleis-

tungen. Ich weiß jetzt nicht, welcher englische Dozent das war, der bei Ihnen an der Humboldt-Universität gelehrt hat, aber ich vermute mal, das war jemand, der wissenschaftlich nicht auf meiner Linie lag. (Applaus)

Michael Naumann: Für alle, die es interessiert, der Thüringen-Monitor steht online, man kann ihn als PDF-Dokument abrufen.

Frage aus dem Publikum: An Frau Kaminsky und Herrn Parak habe ich noch eine Bemerkung zu machen. Interessant die immer fortwährende Weiterentwicklung der Demokratie und der damit verbundenen Ausbildung. Frau Kaminsky hat die Frage über die Anonymität bestimmter Bemerkungen zu bestimmten Veranstaltungen im Grunde selber beantwortet. Warum müssen Menschen, die ihre Meinung in einer Demokratie darbringen, immer sofort als Neonazis und in die rechte Ecke gestellt werden? Das kritisieren viele Bürger, die nie zu Pegida gehen. Ich bin auch nicht rechts und kein Neonazi, das werde ich auch nicht. Ich bin logischerweise auch kein Kommunistenfreund. Ich habe 42 Monate bei der Stasi im Gefängnis gesessen, das ist eine ganz andere Frage. Aber warum gehen Menschen anonym gegen Ihre Angebote vor? Die können gut sein, Ihre Angebote, aber die Leute trauen sich nicht mehr, ihre Meinung offen zu sagen. Das ist doch schlimm in einer Demokratie, das kann doch nicht sein. So geht es doch los. Warum muss man die NPD verbieten, warum kann man nicht mit demokratischen Mitteln entscheiden lassen, damit die Leute sagen können: Ich brauche die NPD nicht. Man muss doch sagen können, was seine Meinung ist.

Dr. Anna Kaminsky: Sie haben Recht, ich sehe das auch mit Besorgnis. Wenn wir an dem Punkt sind, dass die Argumente nicht mehr ausgetauscht und diskutiert werden, dann gute Nacht.

Dr. Michael Parak: Ich habe ja auch mit einer Unzufriedenheit angefangen. Ich mahne Diskussion an, ich mahne das Ertragen an, ich mahne freie Meinungsäußerung an, ich mahne aber genauso an – das ist die Erfahrung der Geschichte –, dass wir ein Grundgesetz haben, in dem Grundrechte festgehalten sind. Und darin steht etwas über die Wahrung der Menschenrechte, in den ersten 20 Artikeln. Es gibt einfach Äußerungen, die nicht verfassungskonform sind, und es gibt Handlungen, die einfach kriminell sind. Es gibt in Deutschland politische Kriminalität. Es hat nichts mit Meinungsäußerung zu tun, wenn man ein Asylbewerberheim anzündet. Das ist einfach kriminell.

Wir dürfen es uns nicht zu einfach machen. Wir müssen unterscheiden zwischen dem, was Polizeiaufgabe ist, was nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland verboten ist, und dem, was Meinungen sind, die ich vielleicht nicht gut finde, aber mit denen ich mich auseinandersetzen muss. Das ist die Herausforderung, vor

der wir stehen. Das eine sind Verbrechen nach den Maßstäben unseres Staates und das andere sind Dinge, die man ertragen und aushalten muss. Ich glaube letztlich immer noch – und das ist das Wesen der Demokratie –, die Aufgabe ist zu überzeugen, zu überzeugen, zu reden, zu reden. Und wenn ich nicht dieses positive Menschenbild hätte, wäre es schwer, mich für die Demokratie zu engagieren.

Frage aus dem Publikum: Herr Parak, Sie fragten vorhin, wie können wir künftig Demokratie leben. Was halten Sie eigentlich von mehr Volksabstimmungen? Ich habe immer das Gefühl, dass man den Bürgern in diesem Land die politische Mündigkeit nicht zugestehen will, nicht zutraut und im Zweifelsfall diese Dinge dann lieber lässt.

Dr. Michael Parak: Ich habe eine persönliche Meinung zu bundesweiten Volksentscheiden, ich glaube nicht, dass es die große neue Sache ist. Ich glaube, dass wir daran arbeiten und lernen müssen, dass Demokratie das Werben um Mehrheiten, das Auseinandersetzen mit anderen Meinungen ist und dass wir auch ertragen müssen, nicht immer Recht zu bekommen. Ich glaube daran, dass Demokratie der Weg ist. Und er bedeutet eben nicht, dass ich immer Recht bekomme und meine Meinung eins zu eins umsetze, sondern Demokratie bedeutet Aushandlungsprozesse und Kompromisse. Das ist immer noch besser – das kann der Historiker sagen – als alle anderen Systeme, die wir kennen. In diese Richtung würde ich weitergehen.

Michael Naumann: Wir nähern uns dem Ende der Veranstaltung, wir würden noch eine oder zwei Fragen beantworten.

Frage aus dem Publikum: Wenn es um Fälschungen geht: Ich habe Gerichtsprotokolle bekommen. Die eine Seite behauptet, die sind gefälscht, die andere Seite sagt, sie seien nicht gefälscht. Ich stehe seit ewigen Zeiten in der Mitte und bemühe mich um Aufklärung. Vor Kurzem war ich in Freital bei der Frau Rüttrich, und da wurde mir am Tisch gesagt: „Ich komme dann anschließend zu Ihnen und dann reden wir darüber.“ Ich habe ewig gewartet, aber es hat niemand mit mir geredet. Ich habe Petition eingereicht, da wurde gesagt, wenn Richter Gerichtsprotokolle fälschen, dann sind auch wir am Ende der Fahnenstange und können nichts mehr machen. Das kann nicht sein.

Susann Rüttrich: Wir könnten jetzt Ihren Fall besprechen. Mein Mitarbeiter hat sich danach länger mit Ihnen unterhalten und ich habe Ihnen bestimmt nichts an diesem Tisch versprochen. So etwas mache ich nicht.

Michael Naumann: Ihr Fall ist wie oft sehr persönlich. Ich glaube, Frau Rüttrich hat danach noch ein offenes Ohr für Sie. Jetzt hat sie aber noch eine Frage an Herrn Müller.

Susann Rüttrich: Herr Müller, ich teile die tiefe innere Überzeugung, die ich aus

Ihren Worten herausgehört habe, dass Demokratie nie fertig ist, dass sie immer weiter geht und wir immer wieder neu daran arbeiten und kämpfen müssen. Nicht nur, weil immer wieder Generationen nachwachsen, sondern weil die Gesellschaft sich ja auch immer weiter entwickelt und wir immer wieder neue Antworten finden müssen. Ich weiß nicht, aus welchen Fördertöpfen sich Ihre Arbeit speist, ich habe früher die Erfahrung gemacht, jedes Jahr neu Mittel beantragen zu müssen, nie genug Geld zu haben, alle Mitarbeiter immer nur befristet einstellen zu können. Die sind, sobald Sie Familie gründen wollen, immer nur prekär beschäftigt, das funktioniert alles nicht. Deshalb ist mein großer Kampf für diese Legislatur, für diese ganzen Modellprojekte und Einzelprojekte, die wir jetzt in dem wirklich guten Bundesprogramm „Demokratie leben“ drin haben, langfristige Finanzierungen zu erreichen. Erst bekamen wir 30 Millionen, dann 40 Millionen, dann 50 Millionen, wir hoffen nächstes Jahr eine Verdoppelung auf 100 Millionen zu bekommen, genau mit der Aussage: Was funktioniert und was gute Projekte sind, das wissen wir nun mittlerweile. Jetzt müssen die Projekte in die Breite gebracht und überall zugänglich werden. Und zwar dann, wenn sie verbreitet sind, langfristig abgesichert und nicht nur für ein Jahr und mit Zeitverträgen. Deswegen hoffe ich für die Präventionsprojekte „Demokratie leben“ eine eigene gesetzliche Grundlage zu haben. Das haben wir im Koalitionsvertrag und im NSU-Untersuchungsausschuss stehen, in dem ich stellvertretende Vorsitzende bin. Es ist eine Empfehlung, diese Präventionsprojekte auf eine eigene gesetzliche Grundlage zu stellen und dauerhaft zu finanzieren, weil Demokratie eine Daueraufgabe ist. Ich hoffe, dass wir das in dieser Legislatur noch hinbekommen.

Michael Naumann: Das bietet sich förmlich als Schlusswort an. Demokratie ist eine Daueraufgabe. Und was hier auch schon anklang, dass das Miteinander-Reden nicht vergessen werden sollte, ohne Vorurteile und vielleicht auch ergebnisoffen. Ich bedanke mich bei Ihnen, auch für Ihre Beteiligung im Publikum. Ich halte es mit Christian Kunert, der gestern über den Humor hier im Saal erstaunt war: Bleiben Sie humorvoll und optimistisch trotz aller Schwere Ihrer persönlichen Schicksale.

Matthias Eisel: Ich möchte mich noch einmal ganz herzlich bei allen Referent_innen und Podiumsgästen dieses Forums bedanken, auch für diese Runde, die ganz offensichtlich keine einfache war. Ich denke, umso wichtiger ist es, dass wir das heute auch so in dieser Weise thematisiert haben unter der Überschrift „Die DDR in den Köpfen und die Erwartungen an Demokratie heute“. Vielen Dank an unsere Gäste, dass Sie sich dem gestellt haben.

Auf der anderen Seite muss ich aber auch sagen, wir sind hier bei den Bautzen-Foren intensive Diskussionen gewöhnt. Das soll auch so bleiben und das ist auch gut so.

Ich muss aber auch sagen, dass das, was ich hier gerade in Teilen erlebt habe, für mich nur schwer zu ertragen war. Im Grunde schaden Einzelne ihren jeweiligen Anliegen selbst am meisten, wenn sie bei Zwischenrufen Personen als Ratten bezeichnen oder Podiumsgäste vollkommen unqualifiziert diffamieren. (Anm. der Red.: Einwürfe aus dem Publikum ohne Mikrofon-Verstärkung konnten hier nicht abgedruckt werden.)

Seit Jahren lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung zu den Bautzen-Foren ein, um ihren sehr anerkannten Beitrag zu leisten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, um Diskussion zu befördern und eine breitere Öffentlichkeit dabei zu erreichen. Wir haben die Abschlussrunde so konzipiert, dass sie einen Blick in die Gegenwart unserer Gesellschaft werfen sollte. Und da bitte ich jetzt schon für zukünftige Veranstaltungen, dass wir in einer von gegenseitigem Respekt geprägten Atmosphäre miteinander diskutieren. In den Gesichtern von anwesenden Schüler_innen war Unverständnis darüber zu bemerken, wie einige Wenige hier überreagiert haben. Ich bitte wirklich um mehr gegenseitigen Respekt. Den können Sie von uns erwarten und den erwarten wir umgekehrt auch. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir uns zum nächsten Bautzen-Forum im Mai 2017 wiederschen. Ich danke allen Beteiligten, auch meinem Team. Gute Heimreise und alles Gute für Sie!

Referent_innen des 27. Bautzen-Forums

Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

Prof. Dr. **Heinrich Best**, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie

Prof. Dr. **Rainer Eckert**, ehemaliger Direktor des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig

Matthias Eisel, Leiter des Landesbüro Sachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leipzig

Heinz Greifenhain, wegen Spionage 1949 zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, sieben Jahre Haft in Bautzen und Torgau

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

Dr. **Anna Kaminsky**, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen

Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtages, SPD-Fraktion

Christian Kunert, Musiker bei der 1975 von der SED verbotenen Leipziger Rockband RENFT

Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e. V.

Wolfgang Löttsch, vom besten Radrennfahrer des DDR-Sports zum Staatsfeind

Eileen Mägel, Pressesprecherin, Moderatorin, Dresden

Alexander Müller, 1983–85 u. a. im Jugendwerkhof Burg und Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau

Michael Naumann, Journalist, Mitteldeutscher Rundfunk

Stefan Nölke, Redaktionsleiter Radio MDR Kultur

Dr. **Michael Parak**, Geschäftsführer von Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

Manuela Rummel, Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau

Susann Rüttrich, Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD

Uwe Schwabe, in den 1980er-Jahren in Leipzig aktiv u. a. in kirchlichen Umweltgruppen und bei Protestaktionen

Wolfgang Templin, Bürgerrechtler und Publizist

Corinna Thalheim, 1984–85 im Jugendwerkhof Wittenberg und Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau, Vorsitzende der Betroffeneninitiative Missbrauch in DDR-Heimen

Dr. **Stefan Wolle**, wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums Berlin

Bautzen-Foren im Überblick

(Die Broschüren sind teilweise vergriffen, können aber über www.fes.de als pdf-Dateien heruntergeladen werden)

Nr. 1

Stalinismus. Analyse und persönliche Betroffenheit. Leipzig 1990.

Nr. 2

Gerechtigkeit den Opfern der kommunistischen Diktatur. Leipzig 1991.

Nr. 3

Die kriminelle Herrschaftssicherung des kommunistischen Regimes der Deutschen Demokratischen Republik. Probleme der strafrechtlichen Verfolgung der Täter. Konsequenzen für den inneren Frieden des deutschen Volkes. Leipzig 1992.

Nr. 4

Der 17. Juni 1953. Der Anfang vom Ende des sowjetischen Imperiums. Deutsche Teil-Vergangenheiten, Aufarbeitung West: Die innerdeutschen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der DDR. Leipzig 1993.

Nr. 5

Die Akten der kommunistischen Gewaltherrschaft. Schluss-Strich oder Aufarbeitung? Leipzig 1994.

Nr. 6

Wahrheit, Gerechtigkeit, Versöhnung. Menschliches Verhalten und Gewaltherrschaft. Leipzig 1995.

Nr. 7

Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. Mahnung gegen das Vergessen. Leipzig 1996.

Nr. 8

Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung. Leipzig 1997.

Nr. 9

Freiheits- und Widerstandsbewegungen in der deutschen Geschichte. Leipzig 1998.

Nr. 10

Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999. Leipzig 1999.

Nr. 11

Erinnern für die Zukunft. Formen des Gedenkens, Prozess der Aufarbeitung. Leipzig 2000.

Nr. 12

Jugend und Diktatur. Verfolgung und Widerstand in der SBZ/DDR. Leipzig 2001.

Nr. 13

Recht und Gerechtigkeit. Politische Häftlinge der SBZ/DDR im geteilten und vereinten Deutschland. Leipzig 2002.

Nr. 14

Der 17. Juni 1953. Widerstand als Vermächtnis. Leipzig 2003.

Nr. 15

Verfolgung unterm Sowjetstern. Stalins Lager in der SBZ/DDR. Leipzig 2004.

Nr. 16

Opfer und Täter der SED-Herrschaft. Lebenswege in einer Diktatur. Leipzig 2005.

Nr. 17

Demokraten im Unrechtsstaat. Das politische System der SBZ/DDR zwischen Zwangsvereinigung und Nationaler Front. Leipzig 2006.

Nr. 18

Im Visier der Geheimpolizei. Der kommunistische Überwachungs- und Repressionsapparat 1945–1989. Leipzig 2007.

Nr. 19

Alltag in der SBZ/DDR. Leben in einer Diktatur. Leipzig 2008.

Nr. 20

Freiheit und Unfreiheit als deutsche Erfahrung. Leipzig 2009.

Nr. 21

Unrechtsstaat DDR – Willkür. Gewalt. Macht. Leipzig 2010.

Nr. 22

50 Jahre Mauerbau. Vom Leben mit dem „antifaschistischen Schutzwall“. Leipzig 2011.

Nr. 23

Ein ganz normaler Staat? Legendenbildung und Verharmlosung in der Rückschau auf die DDR. Leipzig 2012.

Nr. 24

Widerstand gegen den Kommunismus. Vom 17. Juni 1953 bis zum Ende der kommunistischen Diktatur. Leipzig 2013.

Nr. 25

Aufbruch zur Freiheit. Bürgerrechtsbewegungen in der DDR und Osteuropa. Leipzig 2014.

Nr. 26

Das Bild von der DDR heute. Zum Umgang mit dem SED-Unrecht im vereinten Deutschland.
Leipzig 2015

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Sachsen
Burgstraße 25
04109 Leipzig

Redaktion	Ines Eifler, Görlitz Matthias Eisel, Leipzig
Gestaltung	Thomas Glöß, Leipzig
Fotos	Gaby Waldek, Leipzig
Druck	noch offen

ISBN 978-3-95861-607-3

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die Friedrich-Ebert-Stiftung nicht gestattet.

